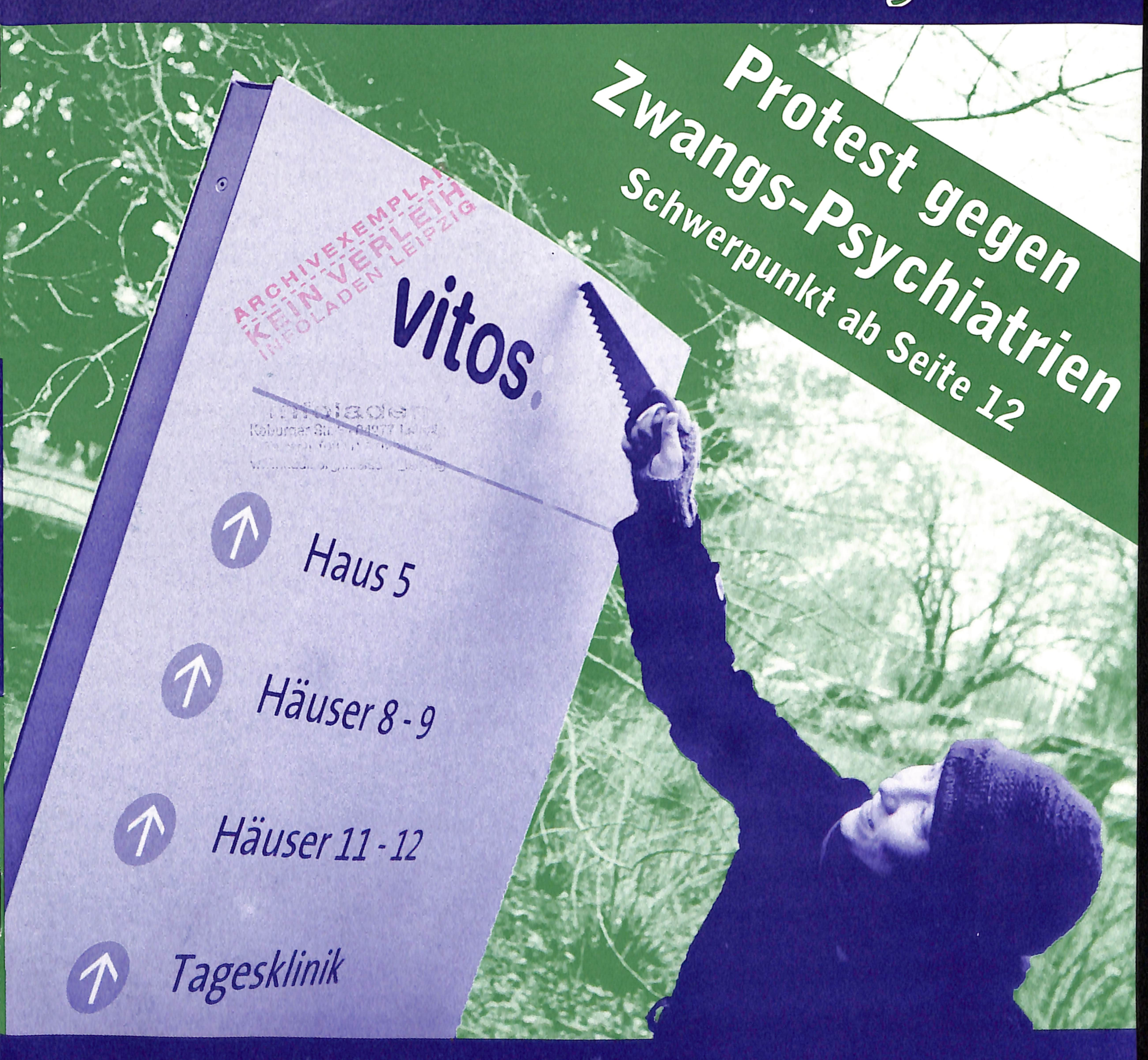
Winter 2014/2015
Nr. 66, 20. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Protest gegen Zwangs-Psychiatrien

Schwerpunkt ab Seite 12

Inhaltsverzeichnis

Editorial

kcl/ Während wir die letzte Woche vor unseren Computern saßen, Texte diskutiert, überarbeitet und gelayoutet haben erreichten uns erschütternde Nachrichten, über die wir in dieser Ausgabe leider nicht ausführlich und angemessen berichten können.

Am 26. Oktober wurde Rémi Fraisse von Cops mit einer „Schockgranate" ermordet, weil er sich an Aktionen gegen den Sivens-Staudamm bei Testet (Südfrankreich) beteiligte. Wir möchten den Hinterbliebenen und inhaftierten Genoss_innen solidarische Grüße überbringen. Informieren könnt ihr euch hier: http://tantquilyauradesbouilles.wordpress.com/

Fünf Tage später - am 31. Oktober - räumten Securitys von RWE zusammen mit der Polizei eine Besetzung im Hambacher Forst und verletzten dabei mehrere Genoss_innen, zum Teil schwer. Am selben Abend wurde die „Wiesen-Besetzung" gerazzt. An diesem Tag wurden insgesamt 14 Aktivist_innen festgenommen. Zu diesem Zeitpunkt - ein paar Stunden vor dem Druck - befindet sich immer noch ein_e Genossin in Untersuchungshaft in Köln. Auch den Betroffenen und Gefangenen der Repression im Hambacher Forst wünschen wir alles Gute! Lasst euch nicht unterkriegen! Informieren könnt ihr euch unter: http://hambacherforst.blogsport.de

In der nächsten Ausgabe werden wir hoffentlich ausführlicher berichten können - was u.a. davon abhängt, ob uns Artikel zugeschickt werden.

Der nächste Redaktionsschluss ist am 6. Februar 2015. Schwerpunktmäßig wird sich dem Thema „Kritik an vereinfachten Welterklärungen" gewidmet.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75430609671101740600
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Falk Beyer (fb), Thomas Puls, Jörg Bergstedt (jb), Karl-Caspar Linde (kcl), apendix, Bernhard Heidbreder, vega, Dominik (dr) (V.i.S.d.P.) , gruppen gegen kapital und nation (ggkn), Onno Oncken (OO), diana, mehr bio vom netto (mbvn) u.a.

Satz und Layout
Zymth, Dominik, Rowena, Falk Beyer, Karl-Casper Linde, Jörg Bergstedt

Fotos
Pay Numrich, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Thomas Puls

Auflage: 1500 Hefte
Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:

http://gruenes-blatt.de/redaktion/

Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:

redaktion // grbl-passwort

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Eigentumsvorbehalt

Aktionsaufruf zur Grünen Woche im Januar 2015!



gwd/ Das Aktionsbündnis Grüne Woche demaskieren! hat im Januar 2014 zum ersten Mal anlässlich der Messe Internationale Grüne Woche mit vielen kreativen und bunten Aktionen gegen das heutige Landwirtschafts- und Ernährungssystem protestiert.

Warum gegen die Grüne Woche?

Als weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau steht die Grüne Woche für all die Unterdrückung, Tierausbeutung und Umweltzerstörung des kapitalistischen Landwirtschaftssystems. Die Grüne Woche bedeutet jedes Jahr zehn Tage Propaganda und Werbung für eine ausbeuterische und umweltzerstörerische (Land-)Wirtschaft – ein Landwirtschaftssystem, das auf die Bedürfnisse und das Wohlergehen von Mensch und Tier scheißt, die Grundlage für alles Leben auf diesem Planeten zerstört und einzig am Profit für Wenige interessiert ist.

Beteiligt euch auch 2015!

2015 findet die Grüne Woche vom 16. bis 25. Januar auf dem Messegelände Berlin statt. Und dann wollen wir wieder mit eigenen Informations- und Protestveranstaltungen gegen diese unsägliche Propaganda vorgehen.
Wir, die aufrufenden Aktiven und Gruppen, fokussieren in unserem politischen Alltag vor allem den Kampf gegen Tierausbeutung. Während der Grünen Woche nimmt die Präsentation von Tierhaltung einen bedeutenden Platz ein und bietet so Anknüpfungspunkte für Protest und Widerstand gegen die grauenhafte weltweite Unterdrückung und Ausbeutung von Milliarden von fühlenden Individuen. Darüber hinaus möchten wir andere Aktive und Gruppen motivieren, eigene Aktionen zu ihren bevorzugten Themenschwerpunkten zu organisieren. Denn nicht nur die Tierausbeutung gilt es in der kapitalistischen Landwirtschaft zu kritisieren. Es gibt genug Anknüpfungspunkte für zahlreiche Proteste gegen die Grüne Woche. So soll auch 2015 wieder ein buntes Ensemble sich ergänzender Aktionen mit unterschiedlichen Blickwinkeln und Kommunikationsstrategien am Messegelände entstehen.

Wie könnt ihr aktiv werden?

Wenn ihr mit Euren Freund*innen, mit eurer Gruppe oder als einzeln Aktive Lust habt, selbst etwas nach Eurem Geschmack zu organisieren, kündigen wir eure Aktion im Vorfeld auf der Aktionswochen-Website gerne an und mobilisieren dafür. Meldet euch dafür oder wenn Ihr mit uns zusammen am organisatorischen Rahmen der Aktionswoche arbeiten wollt gerne einfach bei *aktionen-gruene-woche@riseup.net.*

Für ein kraftvolles und wahrnehmbares politisches Signal gegen die allumfassende Ausbeutung von Tier, Mensch und Umwelt im kapitalistischen System!
Mehr Infos unter: www.gruene-woche-demaskieren.de

Klimacamp im Rheinland 2014: (M)Ein Nachklapp

igel **Im Frühsommer diesen Jahres erschien unter dem Titel „Klimacamp im Rheinland ... wir kommen wieder – keine Frage!“ bereits ein Artikel im Grünen Blatt. Darin wurde ein Ausblick auf das Camp gewagt und gleichzeitg alle Interessierten eingeladen, selbst teilzunehmen. Das Ende des Camps liegt nun etwa drei Monate zurück und auch rundherum war so einiges los. Auf den kommenden Seiten soll ein subjektiver Blick darauf geworfen werden.**

Berichte politischer Camps haben die Tenedenz dazu, nicht allzu spannend zu sein - alles ist schon gelaufen und das meiste wurde sowieso schon auf Blogs berichtet und in mehreren Texten so oder so ähnlich bereits geschrieben. Dennoch ein Versuch: Innerhalb der neun Tage haben ca. 700 - 800 Menschen das Camp besucht. Sie haben das vielfältige und umfangreiche Bildungsprogramm genossen und/oder mitgestaltet. Gemeinsam wurde ein Straßenfest im fast vollständig umgesiedelten Ort Borschemich direkt am Tagebaurand veranstaltet und an einem kraftvollen Aktionstag sind ca. 200 Personen der mannigfaltigen Zerstörung entgegengetreten.

Foto: ausgeCO2hlt

Entgegen der Jahre zuvor hatten wir uns für den Tagebau Garzweiler entschieden - Gründe dafür gab es am Ende mehr als Gründe dagegen; wobei eines der größten Bedenken war, dass wir im Tagebaugebiet Hambach Unterstützer*innennetzwerke haben und zudem die Waldbesetzung im Hambacher Forst nicht nur ein wichtiger Ort des Widerstandes ist sondern das Zusammenspiel von Camp und Besetzung sich in den letzten Jahren als sehr fruchtbar gezeigt hat. Um dem zumindest ein wenig Rechnung zu tragen, wurde ein Busshuttle eingerichtet, welcher zwei mal am Tag die 40 Kilometer von einem zum anderen Tagebau zurücklegte, so dass am Ende ein größtmöglicher Austausch trotz enormer Entfernung erreicht werden konnte.

Politische Camps gefährden bestehende Strukturen tendenziell. Von daher werden die Rahmenbedingungen zur Durchführung dieser auch nicht besser. Was wir beim Schreiben des Artikels im Frühsommer noch nicht wussten: auch in diesem Jahr werden wir um Campflächen heftig streiten müssen und auch in diesem Jahr endete dies (vorläufig) vor einem Verwaltungsgericht. Ein kleiner Rückblick: Zunächst sah alles sehr vielversprechend aus. Die konkrete Einladung zweier Brüder, das Camp auf dem Grundstück ihrer Gärtnerei in unmittelbarer Nähe zum Tagebaurand zu veranstalten, gab uns eine gewisse Planungssicherheit. Hinzu kam ein weiterer Landwirt, welcher uns Flächen zur Verfügung stellen wollte. Und etwa zwei Wochen vor Beginn des Camps hatten innerhalb von fünf Tagen beide Angebotsgeber dem Druck von RWE nicht mehr standhalten können. Und so wurde erneut eine versammlungsrechtliche Lösung auf öffentlicher Fläche angestrebt. Und auch wie schon gewohnt: Auflage der Versammlungsbehörde: Keine Schlafzelte, da diese nicht versammlungsimmanent seien. Dabei zeigte sich die Versammlungsbehörde Heinsberg (Garzweiler) gegenüber der in Kerpen (Hambach) noch recht umgänglich und erfand nicht die Auflage, dass auch Workshopzelte nicht versammlungsrelevant seien. Langer Text, kurzer Sinn: So wie wir im Jahre 2013 juristisch gegen die Auflagen bzgl. der Workshopzelte vorgegangen sind, tun wir dies auch in diesem Jahr gegen die bzgl. der Schlafzelte. Beide Verfahren könnten große Relevanz für zukünftige Camps im Generellen haben, da die Rechtssprechung dabei noch immer recht unklar ist. Und je mehr politische Selbstorganisierung gegen bestehende Verhältnisse eine Gefahr darstellt - ganz gleich ob es sich um Klima-, Anti-Atom-, AntiRa- oder andere Camps handelt, umso gravierender wird die Beschränkung der formal legalen Möglichkeiten sein - das Versammlungsgesetz ist eine davon. Dem gilt es etwas entgegenzusetzen - gemeinsam und spektrenübergreifend.

Herausragend in diesem Jahr war der Aktionstag. Es ist noch immer kaum zu fassen, wie es den „Leitmedien“ gelingt um den Widerstand von unten einen Bogen zu machen, obwohl sich dieser nicht selten von seiner schönsten Seite zeigt.
Das Experiment „Garzweiler Revier“ hat aus meiner Sicht zum Erfolg des Aktionstages beigetragen. Nicht nur, dass erstmalig mehrere große Gruppen selbstorganisiert einen der größten Tagebaue Europas betreten und riesige Bagger besetzt haben; auch gab es am selben Tag Aktionen am Tagebau Hambach mit mehreren Schienen-

blockaden der Hambacher Kohlebahn. Und um noch eins draufzusetzen: Aus einer Demo heraus entwickelte sich eine mehrstündige Blockade eines Zufahrtstors zum Tagebau Garzweiler. Das Geschickte daran: Diese Blockade sorgte auch dafür, dass die zur Räumung der Menschen auf den Baggern benötigten Fahrzeuge ebenfalls erst verzögert Zugang zum Tagebau erhalten konnten. Die Bilanz des Tages: etwa 200 Aktivist*innen befanden sich auf oder vor Baggern; mit lock-ons an der Kante; sitzend vor der Zufahrt; an Seilen gesichert über der Hambachbahn oder mit Lock-ons befestigt an der Selbigen. Es wurde gezeigt: das Uhrwerk Rheinisches Braunkohlerevier kann durch ineinandergreifende Aktionen zumindest aus dem Takt gebracht werden.

„Darf sich die Wahrheit eigentlich alles erlauben?“

Dieser Spruch beschäftigt mich, seit ich ihn in einer Kunstausstellung während der Degrowth-Konferenz in Leipzig gelesen habe. Kaum möglich erscheint es mir manchmal, auf die vielen Wahrheiten dieser Welt zu schauen und mich dabei nicht völlig ohnmächtig zu fühlen. Was für mich ein Camp besonders und auch nahezu unersetzlich macht, ist der Austausch von verschiedenen Menschen mit unterschiedlichsten Perspektiven. Um der Komplexität der Herausforderungen zu begegnen; den strukturellen Gründen dafür „gerecht“ zu werden und am Ende an Konzepten für ein „danach“ zu feilen, ist es aus meiner Sicht unabdingbar sich nicht nur positiv aufeinander zu beziehen, sondern auch gemeinsam zu überlegen, zu planen und auch Kraft zu schöpfen. Die Pflänzchen sind noch ganz zart: Beim BUKO wurde ein Workshop zum Thema „Klimagerechtigkeit als feministische und antirassistische Strategie“ veranstaltet, wo über gemeinsame Konzepte und Ansatzpunkte aber auch Differenzen diskutiert wurde und mensch sich darauf verständigte, diese Verknüpfung auch mehr und mehr praktisch werden zu lassen. Unterschiede sollten aus meiner Sicht dabei unbedingt thematisiert aber nicht überinterpretiert sondern konstruktive Wege gefunden werden. Beim war-stars-here-Camp tauschten sich Klimaaktivist*innen mit Menschen aus der Antimilitaristischen Bewegung aus um zu schauen, wie man sich aufeinander beziehen kann und wo genau das auch seine Grenzen hat. Im September dann gab es einen Vorstoß von Aktivist*innen der Tierbefreiungsbewegung, mit Klimaaktivist*innen zu Planungen fürs kommende Jahr in Austausch zu treten. Und ganz bestimmt gibt es dieser Beispiele noch viele mehr.

Und was kommt nun? Über was wird in der kommenden Ausgabe des grünen blattes berichtet werden können? Ohne Zweifel wird im Winter der Fokus vieler Aktivist*innen und Initiativen auf dem Hambacher Forst liegen. Die Rodungssaison hat am 01.10. begonnen; diese erlaubt es RWE bis zum Ende der Nist- und Brutzeit, also bis zum 31.03. Bäume zu fällen. Die Antwort darauf nennt sich „Kein Baum fällt! 180 Tage! Stoppt Rodung!“. Die Kampagne mobilisiert sowohl zu Aktionswochenenden als auch selbstorganisierte Gruppen für einige Tage in den Wald zu kommen um dort gemeinsam mit den Besetzer*innen oder allein die Rodungsarbeiten auf kreative und direkte Weise ... sagen wir ... zu begleiten. Darüber hinaus können wir gespannt darauf sein, was im kommenden Jahr passieren wird. Menschenkette? Klimacamp? Großmobilisierung zu Blockaden von Kohleinfrastruktur? Es braut sich auf jeden Fall etwas zusammen und Anlass gibt es mehr als genug: die Leitentscheidung Braunkohleabbau steht in NRW auf dem Programm; ebenso der Weltklimagipfel in Paris und zuletzt aber nicht als Letztes: Der fortschreitende menschengemachte Klimawandel, den es von unten aufzuhalten gilt!

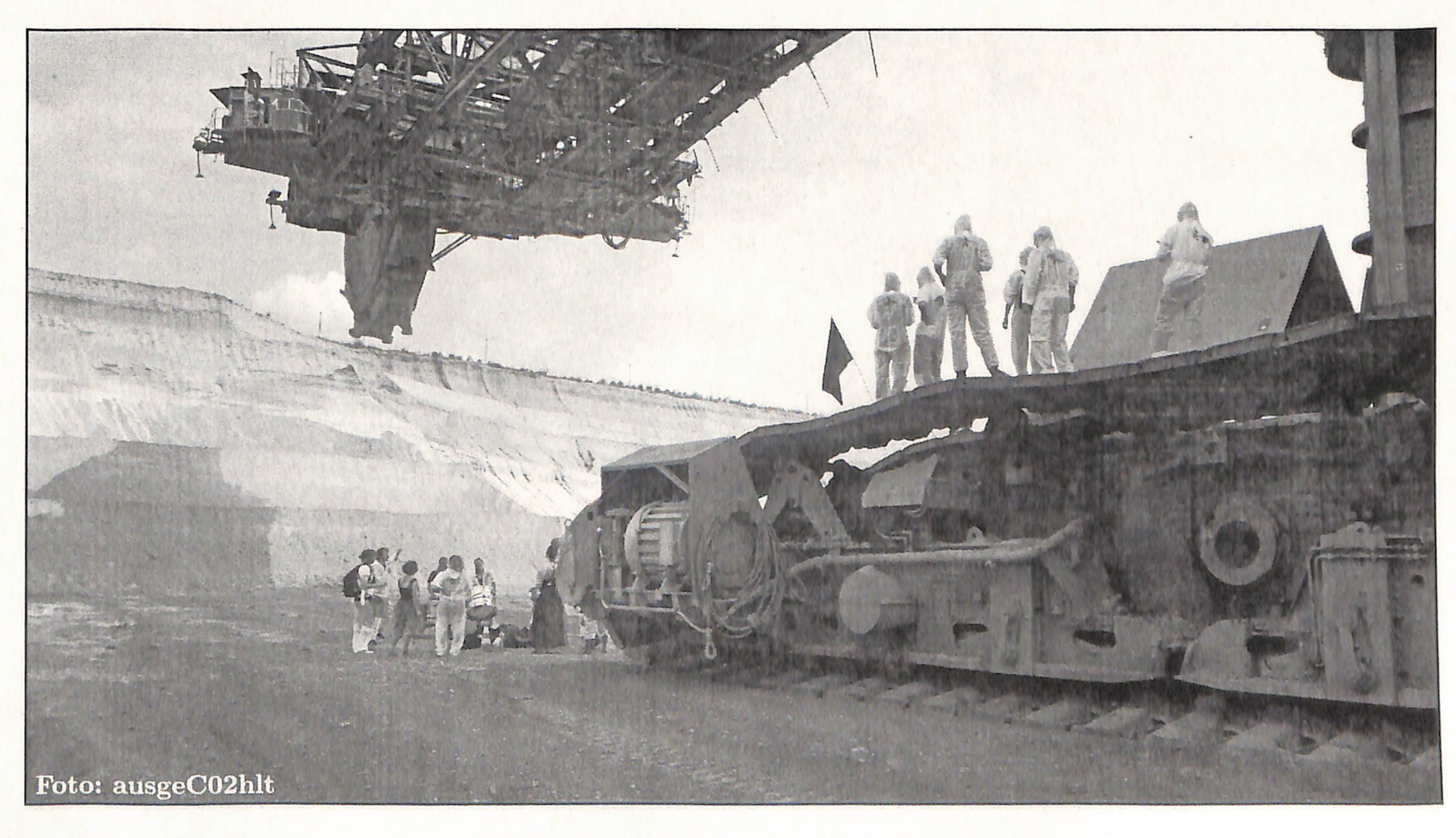


Foto: ausgeC02hlt

„Rote Bete statt schwarzer Knete“

Reclaim the fields trifft Gemüsebaukooperative Rote Beete

beet **Was passierte vom Aktionscamp im Juli 2014 bis jetzt (Oktober)**

Das Aktions-Camp

Wie schon im vergangenen Jahr gab es auch in diesem wieder ein Sommercamp in Sehlis bei Leipzig anlässlich der leider weiterhin andauernden Planungen zum Bau der B87n, einer Bundesstraße von Torgau nach Leipzig. Eine sonst landwirtschaftlich genutzte Wiese, die wie andere Lebensräume und lokale Bewirtschaftungen des Landschaftsschutzgebietes der Partheaue, dem Projekt zum Opfer fallen würden, wurde vom 7. bis zum 14. Juli zu einem Ort der Begegnung, des inhaltlichen Arbeitens und des Widerstandes.

Das Besondere in diesem Jahr war die Zusammenarbeit von Menschen des Reclaim the fields Netzwerkes, der ortsansässigen Gemüsekooperative, deren Umfeld und dem Sehliser Autobahnstammtisch. So war es nicht nur als reines Protestcamp gegen eben jene geplante Straße gedacht, sondern es sollte auch den Raum öffnen für breitere Themen wie Landkämpfe, solidarische Landwirtschaft, gemeinschaftliches selbstverwaltetes Leben und vieles mehr.

Die ersten Tage waren neben dem gemeinsamen Aufbau der Camp Infrastruktur ein offener Raum für die interne Arbeit des RtF-Netzwerkes und anderer Gruppen, wie der lokalen Gemüsekooperative und der Flüchtlingsinitiative. Trotz recht regnerischen Wetters, durch Sturm erschütterter Zeltlandschaft und hier und da organisatorischer Unplanmäßigkeiten versammelten sich schon in der Anfangszeit ungefähr 30-50 Teilnehmer_innen und die zugehörigen Ideen bei ausgelassener Stimmung um das Lagerfeuer oder in den Morgenplena. Darauf Anschließend ging es weiter mit der Workshopphase und Aktionsvorbereitungen. Ersteres wurde ausgefüllt mit Beiträgen, wie...

- *„Green Economy“, reclaimthefields.org*
- *„Schienen- Güterverkehr- Game Over?!“*
- *„Technologie-Kritik“, Autodidaktische Initiative, adi-leipzig.net*
- *„Solidarische Landwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit“, Gemüsekoop Sehlis, rotebeete.org*
- *„biokohle-raketen-ofen selbstbau: zwischen alternativer koch- und heizmöglichkeit und terra-preta-weltrettungshype“*
- *„B87n - Nein Danke“, Kommune Sehlis, schmiede4.net*
- *Film mit Diskussion „Über den Tellerrand“, Heiko Thiele, zwischenzeit-muenster.de*
- *„Saatgutführung“ auf benachbartem Demeter-Hof, biohof-leipzig.de*
- *„TTIP & weitere aktuelle Freihandelsprojekte“, Netzwerk Vorsicht Freihandel, vorsichtfreihandel.blogsport.de*
- *„Frausein - die Arbeit an d Identität und Feminismus“*
- *„Kräuterwanderung“*
- *„Einführung in den Postwach tumsdiskurs“, konzeptwerk-neu oekonomie.org*
- *„Solidarische Landwirtschaft i Rumänien/Alternative food ne works in Romania“*
- *„Selbstverwaltung vs. Klasse kampf?!“ Autodidaktische Initiativ adi-leipzig.net*
- *„Offene Siebdruckwerkstatt“*

Die Aktionsvorbereitungsgrupp bastelte fleißig Fahrräder zusam men, organisierte Flyer & Snack um für die Radtour durch die ur liegenden Dörfer am Sonntag g wappnet zu sein. Das Kulturpr gramm am Freitag, Samstag un Sonntag ließ eine regelrechte F stivalstimmung aufkommen. Di Teilnehmer_innenzahl stieg an de Abenden auf an die 300 Persone an. So dass die Pizzacrew vor der mobilen Holzofen ganz schön in Schwitzen kam. Es wurde gefeier gelacht und getanzt mit den Bra banditen, Karla- Heinz Feuermelde & die durchgeknallten Brandsti ter*innen, Jomomoyle, Wohin mi dem Wahnsinn; DJ Futternight un DJ Ringo Feier. Am Sonntag hiel es mit Sambaband und ungefähr 7 Radler_innen über die von de Straßenbauplänen betroffene Dörfer zu strampeln und sich e was Appetit für das spätere Nach barschaftskaffeetrinken zu macher Bei diesem Abschlussakt mischt sich wieder das Wetter ein und liel die Besucher_innen während eine kräftigen Regengusses unterm Zel zusammenrücken. Nebenbei fan das letzte Konzert des Camps stat der „Bestaussehendste Chor“ in de Sehliser Dorfkirche und Treibsand.

Etwas Müde, dafür dann aber bei sonnigerem Wetter, baute eine kleine Crew zwei Tage lang ab und verabschiedete sich nach und nach. Durch ein gelungenes Camp und das Wohlwollen und die Unterstützung der Nachbarschaft hoffnungsvoll gemacht, dass ein Widerstand gegen absurde obrigkeitsstaatliche Bauvorhaben noch Bewegung schaffen kann. Außerdem bleibt wiedermal festzustellen, dass so ein Aktivist_innencamp auch einen guten Rahmen liefert mit der Utopie im Kleinen zu experimentieren und mit dem selbstbestimmten Leben in Gemeinschaft neue erkenntnisreiche Erfahrungen zu sammeln. Haltet die Ohren und Augen offen. Kann schon sein, dass wir im nächsten Sommer daran anknüpfen... Mitgestalter_innen sind herzlich willkommen, meldet euch unter rtf-aktionscamp@mtmedia.org

Und was beim deutschsprachigen RtF Netzwerk so passiert ist

In den zwei kurzen Tagen, die wir intern gearbeitet haben, haben sich zwei Grüppchen heraus kristalisiert. Zum Einen gibt es Menschen, die sich am Nyéléni-Prozess innerhalb Deutschlands beteiligen wollen. Die nächste Konferenz wird 2016 in der BRD stattfinden. Für mehr Informationen zum Stand der Dinge schaut hier: www.nyéléni.de. Zum Anderen hat sich eine kleine Gruppe zusammengefunden, die sich gerne damit beschäftigen will, inwieweit eine andere* Landwirtschaft zum gesellschaftlichen Wandel beitragen kann. Es gibt leider noch niemensch, welches das nächste RtF-Treffen organisieren möchte, obwohl der Wunsch danach da war. Wenn ihr also Lust habt, einem bestimmten RtF-Thema Raum zu geben, eine bestimmte Methodik mal ausprobieren möchtet oder ihr euch schon immer mal an einem bestimmten Ort treffen wolltet, dann packt die Chance am Schopfe: Denn Reclaim the fields ist das, was du draus machst!

Inzwischen hat sich die in Sehlis gegründete RtF-Stern-Gruppe getroffen und zwei wunderschöne Tage zusammen verbracht. Wir haben Texte zur Solidarischen und Nichtkapitalistischen Landwirtschaft gelesen, geredet, Fragen gesammelt. Es ging uns darum herauszufinden, wie wir bestehende Projekte auf ihr „revolutionäres" Potenzial hin untersuchen können. Wir haben in reflektierenden Texten von Gruppen und eigenen Erfahrungen nach den Punkten gesucht, die es braucht, um das Bestehende nicht nur durch den strukturellen Rahmen, sondern auch im eigenen Denken und Handeln zu überwinden. Wir haben angefangen eine Art Fragenkatalog zu schreiben, der die für uns auf der Hand liegenden Notwendigkeiten sammelt. Wir wollen damit eine Haltung entwickeln, die es uns erlaubt kritisch, aber nicht verurteilend Projekte und Initiativen zu analysieren. Kann nicht auch ein Projekt, wie manche bürgerliche CSA (Community Supported Agriculture – englisch für Solidarische Landwirtschaft), das auf den ersten Blick nicht radikal genug erscheint, doch ein Schritt in eine herrschaftsfreie Gesellschaft sein? Nämlich dann, wenn die Potenziale dieser Form von Organisierung ausgeschöpft werden, wenn sich möglichst viele Menschen Gedanken über sich und ihr Leben machen. Fragend voran!
Die Punkte sind prinzipiell auch auf nicht-landwirtschaftliche Projekte anzuwenden, aber da wir in der Gruppe einen Fokus auf die Landwirtschaft haben, werden wir auch in Bezug auf Bodenbewirtschaftung und Anbauplanung noch in die Tiefe gehen.

Campen gegen Atomtransporte – ein Rückblick

hanna **Mit vielfältigen Aktionen und Workshops hat das diesjährige Anti-Atom-Camp im August am Nordostseekanal bei Kiel Aufmerksamkeit auf die Thematik der trotz angeblichem Atomausstieg nach wie vor zahlreich vorhandenen Atomtransporte gelenkt.**

Der Frachter Sheksna, bekannt dafür regelmäßig radioaktive Güter von St. Petersburg nach Hamburg zu transportieren, war bereits für den ersten Tag des Camps im Nord-Ostsee-Kanal erwartet. Statt jedoch wie sonst üblich durch den Kanal fuhr das Schiff den langen Umweg um Dänemark/ Skagen. Wir vermuten, dass unser Protest-Camp für diese Entscheidung ausschlaggebend war. Aufmerksam verfolgten wir über die folgenden Tage den weiteren Weg des Schiffes, welches mit mehreren Tagen Verzögerung schließlich im Hamburger Hafen anlegte und wie von uns vermutet tatsächlich radioaktive Fracht entlud. Die Ladung, Yellow Cake aus Usbekistan, stand nun mehrere Tage im Südwestterminal. Eine weitere Schiffsladung, ebenfalls mit Uranerzkonzentrat, diesmal jedoch aus Namibia, traf mit der "Green Mountain" ebenfalls bei C.Steinweg am Südwestterminal ein. Außerdem entdeckten wir bei Beobachtungen noch vier weitere Container desselben Materials aus Kasachstan, die (entgegen anderslautender Behauptungen des Senats) bereits seit einem Monat dort standen. Eine Gruppe Aktivist_innen vom Camp startete daraufhin eine Inspektion am Terminal.



Foto: Pay Numrich

Aus der Pressemitteilung:
*Gestern deckten Atomkraftgegner*innen auf, dass entgegen der Auskünfte der Hamburger Bürgerschaft vier von der Wasserschutzpolizei beanstandetete Container nicht weiter transportiert wurden, sondern immer noch auf dem Gelände lagern. „Da angesichts dieser Falschauskünfte und der laufenden Atomtransporte vieles unklar bleibt, überzeugen wir uns nun selbst vom Zustand der Lagerung. Wir wollen wissen, ob hier noch mehr radioaktives Material dauerhaft zwischengelagert wird", erklärt eine Teilnehmerin die Inspektion. Die Atomkraftgegner*innen sind in Strahlenschutzanzügen auf das Firmengelände gegangen und fotografieren die Container mit radioaktivem Material. „Ziel ist zu zeigen, dass es ein öffentliches Interesse an den Transporten und deren Verhinderung gibt. Schließlich versorgen diese Transporte die Atomindustrie in der ganzen Welt" sind sich die Inspektor*innen einig.*

Zwei Tage nach Ende des Camps verließ der mit Uran beladene Zug schließlich den Hamburger Hafen, wurde jedoch durch zwei Ankettaktionen circa fünf Stunden lang aufgehalten.

Aus der PM:
Aktivist_innen haben in den frühen Morgenstunden einen Zug mit mehr als 50 Containern Uranerzkonzentrat gestoppt. Am Güterbahnhof Hamburg-Süd ketteten sich Personen vor und hinter dem Zug an. Über den Umschlag der Uranerzkonzentrat-Container durch die Firma C. Steinweg am Süd-West-Terminal hatte es zuletzt Diskussionen gegeben, die Bürgerschaft hatte falsche Auskünfte dazu gegeben und das Uran stand einen Monat lang im Hamburger Hafen. Das Uran stammt aus Namibia, Kasachstan und Usbekistan. Dort wird der Brennstoff für Atomkraftwerke unter Verursachung großer Umweltschäden abgebaut. Für eine Tonne Uran müssen bis zu 100.000 Tonnen Gestein abgebaut werden, die Reste strahlen radioaktiv und der Staub wird von Menschen eingeatmet, gravierende Krankheiten sind die Folge. Der große Wasserverbrauch in trinkwasserarmen Regionen führt zudem zur Absenkung des Grundwasserspiegels.

Angeliefert wurde ein Großteil des Uranerzkonzentrates mit der "Sheksna" und der "Green Mountain" über das Süd-West-Terminal in der vergangenen Woche. Bestimmt ist das auch als "Yellow Cake" bekannte Material für die Konversionsanlage in Malvesi (nahe Narbonne in Frankreich). In weiteren Schritten werden daraus Brennelemente für Atomkraftwerke in aller Welt produziert.

Auch in Kiel gab es zahlreiche Aktionen, um auf die Transporte aufmerksam zu machen. Neben bunten Aktionen an der Kiellinie kam es zu einer Besetzung des Ministeriums sowie einer Kletteraktion am Kieler Hauptbahnhof.

Aus der PM:
Momentan gibt es wöchentlich mindestens einen Transport von



Foto: Pay Numrich

z.B. Uranerzkonzentrat oder Uranhexafluorid durch den Nord-Ostsee-Kanal. Auch die Deutsche Bahn transportiert regelmäßig angereichertes Uran und andere atomare Fracht, sie ist zudem Gesellschafterin beim Atomkraftwerk Neckarwestheim.

Außerdem wurden Passagiere der Stena-Line auf die durch die Stena durchgefürten Atomtransporte hingewiesen. Aus dem auf deutsch und schwedisch verteilten Flugblatt an die Passagiere:

Liebe Passagiere,
wussten Sie schon, dass Sie nicht die einzige "Fracht" sind, die die Stena Line transportiert? Die schwedische Reederei Stena Line (bzw. vormals die Scandlines) transportiert seit Jahren auf ihren Personen- und LKW-Fähren regelmäßig Atombrennstoffe und andere radioaktive Fracht der Brennelementefabrik im schwedischen Västerås. Dabei werden die Passagiere, nicht über die atomare Fracht auf ihrem Schiff informiert. Atomtransporte sind täglich weltweit auf Schifffahrtsrouten unterwegs. Sie versorgen Urananreicherungsanlagen wie in Gronau (D) und Brennelementefabriken wie in Lingen (D) oder Västerås (S) mit Uran.

Inhaltlicher Schwerpunkt des Camps waren ebenfalls die Atomtransporte sowie der Versuch einer globalen Perspektive (militärische Konflikte um Uranabbau, die Situation der Anti-Atom-Bewegung in Indien, Berichte aus Schweden etc). In Diskussionen, Vorträgen und Filmen ging es darüberhinaus jedoch auch um Themen wie Fracking und Kohleabbau sowie konkrete Widerstandstechniken wie Klettern und Tripodblockaden. Bereichert wurde das Campprogramm insbesondere auch durch den Blick über den energiepolitischen Tellerrand mit einem Vortrag über den NSU und einer Diskussionsrunde zum Thema Patriarchat. Zwei Künstler_Innen bereicherten das Programm darüberhinaus um politisches Puppentheater und Anti-Atom-Linoldrucke und die Musiker_innen von Hörzu, Rest'n'risiko und Song X der RAK (rotzfreche Asphaltkultur) gaben Konzerte bei den Aktionen in der Kieler Innenstadt und auf dem Camp.

Frankfurter Flughafen: Sommercamp gegen Terminal 3

landewahn **Der Frankfurter Flughafen soll mal wieder ausgebaut werden. Während der Streit wegen der neuen Landebahn weitergeht (nach wie vor wird jeden Montag im Flughafenterminal demonstriert), soll jetzt auch noch ein drittes Terminal gebaut werden. Für seinen Autobahnanschluss würde auch wieder Wald fallen. In diesem bedrohten Waldstück fand Ende Juni ein Protestcamp statt. Spannend war hier vor allem das Zusammenkommen unterschiedlicher Spektren der Protestbewegung.**

Das schlug sich auch in der Zusammensetzung der TeilnehmerInnen nieder. Zum inhaltlichen Auftakt am Donnerstag (ein Feiertag) fanden deutlich über hundert Menschen ihren Weg in das nicht gerade zentral gelegenen Waldstück. Einerseits seit Startbahn-West-Zeiten Aktive, mehrheitlich aber das eher bürgerliche Montagsdemopublikum (das zum Teil weite Anreisewege auf sich genommen hat). Am Freitag - Aktionstag, Werktag - war die Beteiligung sehr überschaubar. Samstag war wieder deutlich mehr los. Es dominierten die linksradikalen VeteranInnen - dabei waren aber auch einige, die nur zu besonderen Anlässen in diesen Strukturen aktiv werden. Der Sonntag war von Größe und Zusammensetzung wieder wie der Donnerstag. Nachts haben meist so 10-20 Leute im Wald gepennt. Hier haben besonders jüngere UmweltaktivistInnen aus anderen Regionen eine Rolle gespielt.

Das inhaltliche Programm war ein bewusster Versuch, über die immer noch stark auf Lärm- und Schadstoffbelastung fokussierten Montagsdemos hinauszugehen. Die Entwicklung des Flughafens wurde immer wieder ökonomisch als Teil von kapitalistischer Zurichtung auf globaler und regionaler Ebene diskutiert, weniger beleuchtete Funktionen wurden angesprochen (Waffenexporte, Wasserverbrauch...), es wurde Kritik an Einbindungsversuchen durch die Politik geäußert und mit Beiträgen zu den Energiekämpfen im Hambacher Forst, TTIP und Blockupy die Gemeinsamkeiten mit anderen sozialen Bewegungen abgeklopft.

Besonders aufschlussreich war die Abschlussdiskussion am Sonntagnachmittag. Statt frontaler Ansprachen und Krachschlagen kamen hier die radikaleren, schon lange politisierten Teile des Montagsdemopublikums mit den frischer politisierten, eher bürgerlichen TeilnehmerInnen ins Gespräch. Und ein junges, aktionsorientiertes Publikum, dass zum Teil vorher noch nie etwas von diesen Demos gehört hatte, traf auf deren schon länger ergraute und zunehmend frustrierte TeilnehmerInnen. Es war für alle Seiten ein ziemliches Aha-Erlebnis.
Ausgangspunkt der Debatte war die Situation der Montagsdemos im Terminal. Während hier lange Zeit immer um die tausend Leute kamen, sind es seit der 100. Demo Ende Mai eher so 500. Menschen unter 40 haben hier absoluten Seltenheitswert, die Aktionsformen sind sehr eingefahren. Inhaltlich hat es eine gewisse Tendenz gegeben, sich neben der eigenen Betroffenheit durch Fluglärm für weitere Themen zu öffnen. Allerdings verläuft dieser Prozess immer noch in engen Grenzen. In den regionalen Medien erfahren die Demos normalerweise kaum noch Aufmerksamkeit, überregional kennt sie kein Schwein. Angesichts der nach über zweieinhalb Jahren immer noch mageren Erfolge und dem Verrat der Grünen nach der Landtagswahl wächst die Frustration.
Dementsprechend kritisch fiel in der Debatte die Bestandsaufnahme der Montagsdemos aus. Es herrschte weitgehend Einigkeit: Die Demos sollen weitergehen, müssen aber dringend durch direktere und kreativere Aktionsformen ergänzt werden. An diesem Punkt wurde mit bemerkenswerter Offenheit z.B. über Bürobesetzungen diskutiert. Bedenken der eher bürgerlichen TeilnehmerInnen fanden ihren Raum, es wurde aber deutlich, dass viele von ihnen bereit waren, über die ihnen vertrauten, legalistischen

Protestformen hinauszugehen.

Eine ganz ähnliche praktische Beobachtung ließ sich schon am Sonntag Vormittag machen. Etwa 50-100 Menschen waren zur Baustelle des Terminals gezogen. Dort angekommen, stand auf einmal ein Baustellentor offen. Während die ersten schon durchströmten, hatte eine große Gruppe sichtliche Bedenken es ihnen nachzutun - gab sich dann aber doch einen Ruck und die Demonstration führte kollektiv und spontan auf die Baustellenfläche. Hier entschloss sich eine Gruppe, die Zwischenkundgebung auf einem geparkten Bagger abzuhalten. Auch dort oben fanden sich einige Gesichter wieder, die mensch nicht unbedingt erwartet hätte.

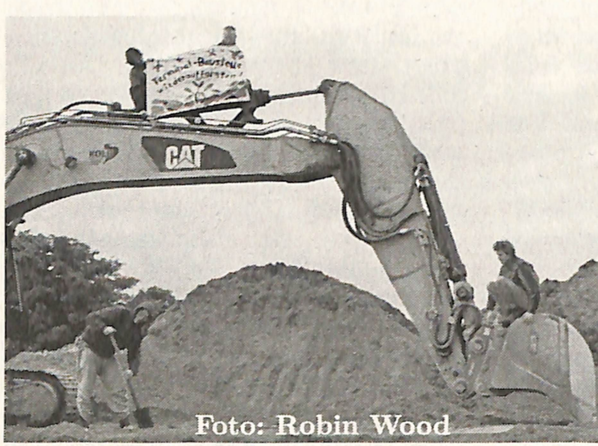


Foto: Robin Wood

Eine dritte Episode zum Thema Radikalisierung: Ein Grüppchen von AktivistInnen aus dem Camp nahm am nächsten Tag an der Montagsdemo teil und blockierte im Anschluss einen Zugang zum Transitbereich. Auf der Demo eine Woche später distanzierte sich ein BI-"Funktionär" ziemlich scharf von der Aktion. Auf einer Montagsdemo einige Wochen später zog eine Vertreterin des linken BI-Flügels eine Resümee des Sommercamps, rechtfertigte auch die Blockadeaktion im Terminal und erntete dafür viel Applaus. Auch dieses Beispiel zeigt: Während in der „Chefetage" der Bürgerinitiativen der Ton zwischen Gemäßigten und Radikalen zunehmend rauer wird, ist an der Basis eher das Gegenteil der Fall.

Was ist seit dem Camp passiert?

Die Grünen haben für noch mehr böses Blut bei den Bürgerinitiativen gesorgt. Zum einen indem sie eine Anhörung im Landtag zur Frage der Notwendigkeit des 3. Terminals verhinderten. Und zum anderen durch die Genehmigung des Bauantrags durch das grüne Frankfurter Stadtplanungsdezernat unter Olaf Cunitz. Der hatte noch kurz vorher eine Abordnung von Frankfurter Bürgerinitiativen versetzt, die ihm Unterschriften dagegen überbringen wollten.
Die letzte formale Hürde für den offiziellen Baubeginn des Terminals ist jetzt die sogenannte Bedarfsprüfung, eine Kompromissformel aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag. Die Fraport hat der Landesregierung ein Gutachten vorgelegt, demzufolge sie auf das neue Terminal wirtschaftlich angewiesen ist. Die Regierung muss jetzt entscheiden, ob sie dieser Argumentation folgt. Es zeichnet sich ab, dass sie grünes Licht geben wird, wenn im Gegenzug der morgendliche Fluglärm gebündelt und anders auf die Region verteilt wird.

Es ist also damit zu rechnen, dass die Fraport im nächsten Jahr die Bauarbeiten für das Terminal intensivieren wird. Laufen tun die allerdings schon seit mehreren Jahren. Interessanterweise hieß es gegenüber der Presse auch, es solle weder dieses noch nächstes Jahr Rodungen im Treburer Wald geben. Interessant daran ist, dass der spätere Autobahnzubringer ja erstmal als Baustellenzufahrt dienen soll, und deshalb eine Rodung kurz nach der Baugenehmigung erwartet worden war. Auf ihrer Aktionärsversammlung kurz vor dem Camp, hatte sich die Fraport in der Frage noch sehr bedeckt gehalten. Möglich, dass hier ein kleiner strategischer Rückzug vor der Protestbewegung stattgefunden hat.

Es bleibt die Frage, wie ein Widerstand gegen das Terminal aussehen kann. Die Montagsdemo-Bewegung ist zwar noch lange nicht tot, dürfte ihren Zenit aber überschritten haben. In dieser Situation hat das Sommercamp neue Ansätze aufgezeigt, wie die sich radikalisierenden bürgerlichen MontagsdemonstrantInnen, lokale WiderstandsveteranInnen und Akteure einer eher jüngeren, überregionalen radikalen Umweltbewegung zueinander finden können.

Büchel 2014:
Trinational Fasting and Blockade for a world without nuclear weapons

peace / This was the 3rd time I joined a group to comemorize the shock of Hiroshima and Nagasaki which still casts a shadow on the science that is ongoing in north corea for example and also on the attacks of american forces on Iraq! Bombs and also uran-amunition is too deadly for the human race...

Last weak on the 5th of August I arrived in Cochem, where the Mosel is flowing and made my way up the hills through Büchel up to the Militarybase where Tornados train to throw bombs "Nato Style"

It`s not right and the german parties know it, the police knows it, we demand change because we know, soldiers act secretive and among them one doesn't really know what the other may know and maybe still we all don't really have a clue how what the other may know and maybe still we all don`t have really have a clue how to get rid of the fucking A-Bombs. I suggest we don`t build new ones and get the radioactive stuff out of the shells and keep it away from people who are not informed yet, like the one soldier we met...

Yup, when I arrived at the protest camp right in front of the main entrance of the base, I was relieved because I saw a camp with standards like toilets, water and electricity... I put up a tent and we celebrated a first sermon next to two tripodes blocking the way for cars. The next day we made an action in Cochem too, we held a banner that said "Holidayland Cochem Nuclearweapon free". We took some signatures on a letter to Angela Merkel and then we went back up the hill, where the noise and the stench of cerosene are coming from.

There was the group "Friedensritt" that joined the protest with horses, Cecile read from her book "Kommen Sie da runter!" and we all had a good time even when some of us didn`t eat and it was a serious reason to be there...

The next day, when the first letters were handed to the soldiers driving in, I flipped though some papers and information from Ippnw for example and a strange message could be heard by two policemen coming forward. There was a terror threat and we should understand, that the base is on a higher level of alarm now! We reflected and it couldn`t distract us. We refreshed our power, did the Cochem action again and planned the next blockade...
The next day our success came quick, a blockade is not a word from Obama, but if it stops nonsense it`s very helpfull. ;) A friend from France, our press woman and I build a skype confernce that day. It was the first skype conference for me and it was fun. Paris, Büchel, Bourghfield, we shared some information - the Ministry of defence in Paris for example was surrounded by tents this year and the media reported accordingly...

I hadn't yet seen the Lebenslaute concert, but they already had underlinedthe break of our fasting with some good music...
I tried to think about those who still stayed to protest and remove the camp, which is hard work... I supported the way I can and to come to a conclusion now, yes we can think of a world without nuclear weapons. It would be a safer place.
See you next year.

Krebskongress 2015 - Ein Aspekt des Ausstiegs

Onno Oncken /„Durch Wissen zum Leben“ lautet das Motto des Vereins bayerische Krebsgesellschaft. Die Wissenschaft beschäftigt sich derweil mit Quantenheilung und der Rolle der verschiedenen Zellen im Gehirn: Blieb die Heilung von Krebs bisher auf der Strecke oder wird sie von Profitinteressen unterdrückt?

Schauen wir auf Fukushima; Gleiche Grenzwerte für Kinder und Erwachsene verdutzen nicht nur Schüler, weniger Leukozyten und die direkte Folge, Nasenbluten bis zur Ohnmacht sind beobachtet worden! Dazu eine Randnotiz die man vielleicht im Hinterkopf behalten sollte: „die Gesundheitsverantwortung tragen die Staaten selber“. Dumm nur, dass Strahlung vor keiner Grenze halt macht und Partikel schon in Luftfiltern von Autos in Kanada gefunden wurden... Ein Kind das 10 Jahre nach dem Fukushima-Desaster geboren wird hat das Recht, überall auf der Welt medizinische Hilfe zu suchen. Wenn ichs mir recht überlege sogar jedes Kind!

Auf dem deutschen Krebskongress war die Prävention vom Gesundheitsminister im nationalen Rahmen propagiert worden, die Krankheit an sich steht allerdings nicht im Fokus, sondern der betroffene Mensch. Ganz schön paradox, oder? Die Frage ist, fallen dadurch auch die Ursachenforschung wie auch bekannte Bedrohungen wie ein Supergau hinten über?

Warum das wichtig ist? Sind 7000 Wismut-Mitarbeitern an Alphastrahlung gestorben oder nicht, das ist das Gewicht, das noch zu stemmen bleibt wie es scheint.
Einerseits gibt es bald hoffentlich abschreckende Bildchen auf Tabakpäckchen, andererseits sehe ich die Weltgemeinschaft auch in der Verantwortung, Solidarität zu zeigen wo Gefahren unbeherrschbar geworden sind: Wir können nicht einerseits Urangeschosse verstreuen und Menschen mit bloßen Händen die Pechblende aus den Tiefen holen lassen, während wir an anderem Ort die Augen verschließen und nicht einmal versuchen, die Folgen in den Griff zu bekommen!

Der Weltkrebstag findet jährlich am 4. Februar statt und hat zum Ziel, die Vorbeugung, Erforschung und Behandlung von Krebserkrankungen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Er wurde 2006 von der Union Internationale Contre le Cancer (UICC), der WHO und anderen Organisationen ins Leben gerufen.

Aus Platzgründen sahen wir uns leider gezwungen den Text zu kürzen. Die vollständige Version findet ihr unter: grünes-blatt.de

Krieg mit Spritzen und Fesseln

Blicke hinter die Mauern und Zäune der Kliniken

jb Kaum jemand weiß etwas über sie. Dabei werden über 200.000 Menschen jährlich dort inhaftiert. Aber sie reden nicht gerne darüber. Und die Gesellschaft schaut weg. BILD & Co. schaffen eine Stimmung, nach der sich viele solche Psychoknäste wünschen. Sie haben keine Angst vor Ehemännern, Polizei, Priester_innen, Lehrer_innen oder Ärzt_innen (um mal die Haupttäter_innen von Übergriffen zu nennen), sondern vor irgendwelchen Fremden. Die niemand kennt. Die weggesperrt werden. Mit diesem Schwerpunkt soll der Schleier gelüftet werden - wenigstens ein bisschen ...

Warum gegen Zwangspsychiatrie?

Aus „Umstrittene Hilfe", in: FR, 30.6.2008, S. 2 f.)

Einweisungen gegen den Willen der Patienten nehmen in Deutschland seit Jahren rapide zu. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der betroffenen Menschen nach Zahlen der Bundes- und Landesjustizministerien auf fast 200 000 verdoppelt - eine von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Entwicklung.

Es ist also ein Massenphänomen, über - nein: gegen das hier geschrieben werden soll. Die Zahlen zeigen zweierlei: Es trifft viele, schon jetzt. Und es kann jede_n treffen, jederzeit. Es lohnt sich also, sich zu wehren. Um sich zu schützen, aber auch um einer üblen Sache Widerstand entgegen zu setzen in der Hoffnung, dass es sie irgendwann nicht mehr gibt. Denn: Einsperren und alle anderen Formen der Zwangsbehandlung sind nicht nur brutal, menschenunwürdig und gefährlich, sie machen auch schlicht alles schlimmer.

Zwang und Strafe sind immer und überall falsch

Welchen Sinn macht Zwang? Begründet wird er regelmäßig nur mit dem Schutz von Menschen vor sich selbst oder, häufiger, dem Schutz anderer. Nur: Körperverletzungen oder Tötungen durch sog. „Irre" sind selten. Viel häufiger töten Autofahrer_innen, Soldat_innen und Polizist_innen. Auch Eheleute (vor allem -männer), Eltern, Ärzt_innen usw. stehen ganz oben auf der Skala derer, von denen körperliche, oft sexuelle Übergriffe ausgehen. Werden sie eingesperrt? Zum Glück nicht (zum Glück, weil Einsperren immer und überall falsch ist, d.h. alles nur verschlimmert) ... aber warum werden „Irre" dann eingesperrt? Und warum baut der Staat den Autofahrer_innen sogar noch die Pisten zum Töten und führt Kriege, um an die Munition (Öl) zu kommen? Warum bezahlt er andere (Armee, Polizei) für das Töten?

Falldokumentationen (Originalakten/-briefe) gesucht: www.psychiatrieundknast.de.vu

David Jungbluth, Ex-Staatsanwalt und Ex-Richter, auf: telepolis am 14.8.2014

Dass hinter jedem Verfahren menschliche Schicksale stecken, geht in der Masse der Verfahren ganz schlicht und einfach unter.

Die Ablehnung der Idee, dass die einen Menschen über andere richten, deren Verhalten als „anders" und „unerwünscht" definieren (und damit das eigene zur Norm erheben) und es schließlich kraft ihrer Machtfülle sanktionieren oder ausmerzen können, bildet die Grundlage jeder Kritik an Zwangsstrukturen, insbesondere aber an Gefängnissen und Zwangspsychiatrien (Psychoknäste). Hinzu kommt, dass das vorgegebene Ziel nicht erreicht werden kann. Menschen lernen ein Leben in Freiheit nicht hinter Mauern und Stacheldraht. Sie können eventuelle Neigung zu Gewalt nicht reflektieren, wenn sie unterdrückt werden und selbst Gewalt erleiden. Es entsteht keine angstfreie Kommunikation, wo Drohung und Sanktion die Tagesordnung bilden. Wer will, dass Gewalt abnimmt, muss eine Welt anstreben, die nicht maßregelt, sondern kommunikativ und aufmerksam ist. Dass dahinter viele komplizierte Fragen stehen, soll hier nicht verschwiegen werden. In diesem Heft soll es dabei belassen werden. Wer mehr erfahren und lesen will, schaut auf www.welt-ohne-strafe.de.vu nach oder findet Bücher wie „Gefangen", „Strafe - Recht auf Gewalt" und das Kapitel „Alternativen zur Strafe" im Buch „Autonomie und Kooperation" auf www.aktionsversand.de.vu. Der - als ziemlich rabiat bekannte - hessische Klinikchef Dr. Rüdiger Müller-Isberner braucht so etwas übrigens nicht mehr zu lesen. Er weiß es schon. Jedenfalls schrieb er in seinem „Praxishandbuch Maßregelvollzug" selbst, dass „die Meta-Analysen der Straftäterbehandlung zeigen, dass erfolgreiche Programme ... eher in Freiheit als in Institutionen stattfinden". Dummerweise hat er daraus nie die Konsequenz gezogen, seinen Laden dicht zu machen. Ganz im Gegenteil werden die Verweildauern dort immer länger. Oder anders ausgedrückt: Er will den Misserfolg ... verdient ja auch daran! Es ist also Sache der Menschen selbst, mit Aktionen dem menschenfeindlichen Treiben ein Ende zu setzen.



Spruchband auf den Demos an der Vitos-Klinik in Gießen – in Anlehnung an George Orwells „1984".

Diagnose und Begutachtung sind willkürlich

Was als „krank" gilt, ist gesellschaftlich festgelegt - durch die, die in der Welt den meisten Einfluss haben und damit in „normal" und „nicht normal" teilen können. Je nach politischer Wetterlage wechselt, was „krank" bedeutet. Homosexualität war bis vor kurzem noch eine Krankheit. Querulantenwahn heißt eine anerkannte Geistesverwirrung, wenn Menschen an der Willkür von Institutionen verzweifeln. Wie absurd Diagnosen und in der Folge Zwangseinweisungen sind, zeigen schon die Statistiken: Gibt es immer mehr „Irre"? Und leben in manchen Orten viel mehr davon als anderswo? Oder zeigt das alles nur, dass Diagnosen so etwas Ähnliches wie Würfel oder Kupferpendel sind?

Aus dem kritischen Text „In den Fängen des Paragrafen 63" von Jakob Augstein in: Spiegel Online, am 12.8.2013 (dort am Beispiel der forensischen Psychiatrie)

Wenn der Paragraf 63 sich einmal eines Menschen bemächtigt hat, gibt er ihn ungern wieder her. Die Anstalt kann schlimmer sein als der Knast. ... Es ist eine große Aufgabe, eine Seele zu heilen, in der grauenhafte Erinnerungen oder Phantasien alles durcheinandergebracht haben. Es kostet Mühe und Geduld und Geld. Der bedeutende forensische Psychiater Wilfried Rasch wollte einst sozialtherapeutische Einrichtungen im ganzen Land eröffnen, in denen den Tätern, den gesunden und den kranken, Mitleid mit dem Opfer und Respekt vor den sozialen Normen gelehrt werden sollte. Es wurde nichts daraus. Stattdessen hat sich die Psychiatrie in ih-

rer unglücklichen Ehe mit der Justiz eingerichtet. Denn über Gesund und Krank entscheidet nicht der Richter. Er ist kein Arzt. Der „Engel des Rechts" bittet da den „Engel der Medizin" um Hilfe. So hat Robert Musil das ungleiche Gespann im Gerichtssaal genannt. Der eine Engel muss urteilen, der andere soll heilen. Aber schon Musil wusste, dass der Engel der Medizin seine eigene Sendung nur allzu oft vergisst: „Er schlägt dann klirrend die Flügel zusammen und benimmt sich im Gerichtssaal wie ein Reserveengel der Jurisprudenz."

Aus „Umstrittene Hilfe", in: FR, 30.6.2008 (S. 2 f.)

Die Grundlage für Zwangseinweisungen: Der Betroffene muss entweder sich selbst oder andere gefährden, bevor ihn ein Arzt oder Betreuer einweisen lassen kann. In der Praxis sind das dehnbare Kriterien, wie eine aktuelle Statistik des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums belegt: Die Wahrscheinlichkeit, gegen seinen Willen eingewiesen zu werden, hängt stark vom Wohnort ab. So werden in der rheinischen Stadt Remscheid statistisch 3,4 von tausend Menschen zwangstherapiert, im münsterländischen Olpe jedoch nur 0,29 pro Tausend.

Wer Konflikte individualisiert, sich also an (vermeintlichen) „Täter_innen" oder „tickenden Bomben" abarbeitet, entpolitisiert das Geschehen. Denn nicht nur gesamtgesellschaftlich stellen sich die wichtigeren Fragen sowohl hinsichtlich der Zurichtungen und Lebensverhältnisse, die zu Gewalt führen als auch in Bezug auf autoritäre Strukturen oder Wegschauen der vielen anderen. Wer Gewalt und Unterwerfung minimieren will, darf nicht einsperren, sondern muss Verhältnisse ändern. Das aber wird verhindert oder zumindest vertagt durch die Ersatzreaktion des Einsperrens sowie die begleitende Angstmache. Tatsächlich geschieht fast alle Gewalt zwischen Menschen dort, wo sich die Menschen kennen und Kontakt zur Außenwelt haben könnten. Die aber guckt weg. Zu Übergriffen kommt es vor allem in den Wohnungen (Schlaf-/Kinderzimmer), in Wohn- und Schulheimen, in Knast und Psychiatrie, bei Armee und Polizei, in Arzt- und Therapiepraxen, aber so gut wie nie in der dunklen Unterführung oder mitten im Wald. Wer Gewalt abbauen will, muss also ganz woanders ansetzen.

In den folgenden Texten geht es um die Sache selbst, die Möglichkeiten zum Selbstschutz (Psychiatrierecht) und Aktionen gegen die Zwangspsychiatrie. Alles in einem Heft zusammen zu bringen, macht Sinn. Denn einerseits würde der Schrecken weitergehen, auch wenn sich Einzelne vor ihm besser schützen. Verteidigung ist also zu wenig. Andererseits gefährden sich alle, die Aktionen machen. Verteidigung und Aktion sind also notwendig.

Zur Frage von Zwangsbehandlungen

§ 1906 BGB:
Genehmigung des Betreuungsgerichts bei der Unterbringung

(1) Eine Unterbringung des Betreuten durch den Betreuer, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, ist nur zulässig, solange sie zum Wohl des Betreuten erforderlich ist, weil

1. auf Grund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung des Betreuten die Gefahr besteht, dass er sich selbst tötet oder erheblichen gesundheitlichen Schaden zufügt, oder
2. zur Abwendung eines drohenden erheblichen gesundheitlichen Schadens eine Untersuchung des Gesundheitszustands, eine Heilbehandlung oder ein ärztlicher Eingriff notwendig ist, ohne die Unterbringung des Betreuten nicht durchgeführt werden kann und der Betreute auf Grund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit der Unterbringung nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann.

Aus dem Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 4.6.2014 (Az. XII ZB 121/14) zur Einwilligung des Betreuers in eine ärztliche Zwangsbehandlung:

Gemäß § 1906 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BGB muss die ärztliche Zwangsmaßnahme erforderlich sein, um einen drohenden erheblichen gesundheitlichen Schaden des Betroffenen abzuwenden ... Denn die Überwindung des entgegenstehenden natürlichen Willens des Betroffenen im Wege der Zwangsbehandlung kann schon im Ansatz nur dann gerechtfertigt sein, wenn es gilt, gewichtige gesundheitliche Nachteile des Betroffenen zu verhindern ... Umgekehrt ist der natürliche Wille des Betroffenen zu respektieren, wenn auch bei Unterbleiben der Behandlung keine wesentlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Betroffenen zu erwarten sind.

Ausfluss des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ist weiterhin das Erfordernis, dass der erhebliche gesundheitliche Nachteil nicht durch eine mildere, dem Betroffenen zumutbare Maßnahme abgewendet werden kann ... Eine solche kann etwa in einer alternativen Behandlungsmethode zu sehen sein, die nicht dem natürlichen Willen des Betroffenen widerspricht und ebenfalls das mit der Zwangsbehandlung verfolgte Behandlungsziel herbeizuführen vermag, aber auch in sonstigen, die Behandlung entbehrlich machenden Maßnahmen ...

Auch wenn diese Voraussetzungen vorliegen, ist die Zwangsbehandlung nur verhältnismäßig, sofern der von ihr zu erwartende Nutzen die aus ihr für den Betroffenen folgenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegt.

Aus dem Beschluss vom 30.7.2014 (Az. XII ZB 169/14) zur Unterbringung eines behandlungsverweigernden Betreuten:

Sofern sich ein Betroffener nicht behandeln lassen will, ist die Genehmigung der Unterbringung zur Durchführung der Heilbehandlung gemäß § 1906 Abs. 1 Nr. 2 BGB nur dann zulässig, wenn die Voraussetzungen für die Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme vorliegen und diese rechtswirksam genehmigt wird ...

Beschluss des Zweiten Senats beim Bundesverfassungsgericht vom 23. März 2011 (Az. 2 BvR 882/09)

1. Der schwerwiegende Eingriff in das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 GG, der in der medizinischen Behandlung eines im Maßregelvollzug Untergebrachten gegen dessen natürlichen Willen liegt, kann auch zur Erreichung des Vollzugsziels gerechtfertigt sein.
2. Eine Zwangsbehandlung zur Erreichung des Vollzugsziels ist nur zulässig, wenn der Untergebrachte krankheitsbedingt zur Einsicht in die Behandlungsbedürftigkeit oder zum Handeln gemäß dieser Einsicht nicht fähig ist. Maßnahmen der Zwangsbehandlung dürfen nur als letztes Mittel und nur dann eingesetzt werden, wenn sie im Hinblick auf das Behandlungsziel, das ihren Einsatz rechtfertigt, Erfolg versprechen und für den Betroffenen nicht mit Belastungen verbunden sind, die außer Verhältnis zu dem erwartbaren Nutzen stehen. Zum Schutz der Grundrechte des Untergebrachten sind besondere verfahrensmäßige Sicherungen geboten.
3. Die wesentlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Zwangsbehandlung bedürfen klarer und bestimmter gesetzlicher Regelung. Dies gilt auch für die Anforderungen an das Verfahren.

Artikel 14
UN-Behindertenrechtskonvention
Freiheit und Sicherheit der Person

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten,

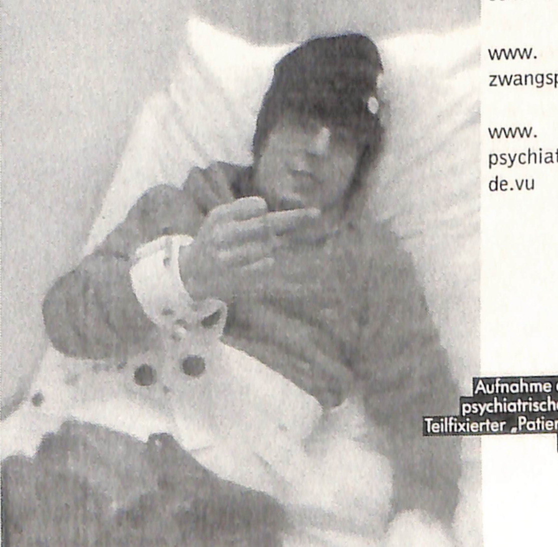
a) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit genießen;

b) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Freiheit nicht rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird, dass jede Freiheitsentziehung im Einklang mit dem Gesetz erfolgt und dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt.

(2) Vertragsstaaten gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen, denen aufgrund eines Verfahrens ihre Freiheit entzogen wird, gleichberechtigten Anspruch auf die in den internationalen Menschenrechtsnormen vorgesehenen Garantien haben und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen dieses Übereinkommens behandelt werden, einschließlich durch die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen.

www.zwangspsychiatrie.de

www.psychiatrieundknast.de.vu



Aufnahme aus einer psychiatrischen Klinik: Teilfixierter „Patient" (eher: Häftling)

Kontinuitäten der (Zwangs-)psychiatrie

Der folgende Text stammt aus der Einleitung zu „Kontinuitäten der (Zwangs-)Psychiatrie. Eine kritische Betrachtung" von Alice Halmi aus dem Jahr 2008. Die gesamte Arbeit steht unter www.irrenoffensive.de/kontinuitaeten_zwangspsychiatrie.pdf.

Der psychiatrische Blick und die damit einhergehende Entmenschlichung ist die Grundlage für die Grausamkeiten, die an Menschen begangen werden, die, je nach dem der jeweiligen Epoche entsprechenden Sprachgebrauch, als „Irre", „Minderwertige" oder „psychisch Kranke" bezeichnet werden. Zum selektierenden und abwertenden Blick von Ärzten auf Andere und dem Herrschafts- und Machtverhältnis, das sich darin offenbart, sei an den berüchtigten „Pannwitz-Blick", den der jüdische Schriftsteller und Chemiker Primo Levi in Auschwitz gesehen hatte, erinnert. In seinem Buch „Ist das ein Mensch" beschreibt er, wie er von Dr. Pannwitz, dem Chef der chemischen Abteilung von Auschwitz, ausgefragt und „begutachtet" wird:

Levi war Chemiker von Beruf. Eine Arbeit der chemischen Abteilung könnte ihn vielleicht vor der Vernichtung bewahren. Als er in seiner KZ-Uniform auf der anderen Seite des Schreibtisches stand, sah Dr. Pannwitz ihn an, als blicke er auf einen Fisch im Aquarium. So war Primo Levi noch nie von jemandem angesehen worden - und er hat die Bedeutung dieses Blickes nie vergessen. Hier fand eine Begegnung zweier Menschen statt, als sei sie die zweier Gattungen."1 In dem Blick von Pannwitz las er: „Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es, festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist.[2] [...]

Die Psychiatrie als Institution im heutigen Sinne, als selbsternannter selbstständiger „Wissenschaftszweig" und als Weltbild, ist im 18. Jahrhundert entstanden. Dass sie als „Naturwissenschaft" anerkannt wurde, entwickelte sich parallel mit der sogenannten „Aufklärung" und der hohen Bewertung der „Vernunft". Des Weiteren spielt der zu dieser Zeit aufkommende Kapitalismus bis heute ebenso eine wesentliche Rolle für die (Entwicklung der) Psychiatrie. Die soziale Funktion der Psychiatrie und die Motive für ihre (Gewalt-) Ausübung sind bis heute im Kern dieselben geblieben. Sie variieren lediglich in ihren praktischen Ausformungen jeweils im historischen Kontext.

Das grundlegende Element der (Zwangs-) Psychiatrie ist und war zu allen Zeiten die sogenannte „Diagnose" (wie z.B. „Schizophrenie" oder „paranoide Psychose") bzw. die Etikettierung als „geistig krank" und die damit einhergehende Bewertung als „nicht einsichtsfähige" und „nicht einwilligungsfähige" Person, die angeblich für sich keine Verantwortung mehr übernehmen könne. Die Diagnose selber wird auch ohne Einwilligung der Betroffenen gestellt. Die psychiatrische „Diagnose" ist die Voraussetzung für die Ausübung von Zwangsmaßnahmen und Entmündigung und diente den Nazis ebenfalls als Selektionsmittel zum Mord. Einmal „diagnostiziert", aktenkundig geworden und somit in das psychiatrisch-staatliche System geraten, sind Betroffene der Bedrohung durch jahrelange Verfolgung durch (gemeinde-) psychiatrische Institutionen und Behörden ausgesetzt.

Vorab dazu noch ein bis heute gültiges Zitat von Thomas Szasz (vgl. Kapitel 2) aus „Interview with Thomas Szasz" in „The New Physician", aus dem Jahr 1969:

'Schizophrenie' ist ein strategisches Etikett, wie es 'Jude' im Nazi-Deutschland war. Wenn man Menschen aus der sozialen Ordnung ausgrenzen will, muss man dies vor anderen, aber insbesondere vor einem selbst rechtfertigen. Also entwirft man eine rechtfertigende Redewendung. Dies ist der Punkt, um den es bei all den hässlichen psychiatrischen Vokabeln geht: Sie sind rechtfertigende Redewendungen, eine etikettierende Verpackung für 'Müll'; sie bedeuten 'nimm ihn weg', 'schaff ihn mir aus den Augen', etc. Dies bedeutete das Wort 'Jude' in Nazi-Deutschland, gemeint war keine Person mit einer bestimmten religiösen Überzeugung. Es bedeutete 'Ungeziefer', 'vergas es'. Ich fürchte, dass 'schizophren' und 'sozial kranke Persönlichkeit' und viele andere psychiatrisch diagnostische Fachbegriffe genau den gleichen Sachverhalt bezeichnen; sie bedeuten 'menschlicher Abfall', 'nimm ihn weg', 'schaff ihn mir aus den Augen'.[3]

WIR ERINNERN UNS DER PATIENTEN DER LANDESHEIL- UND PFLEGEANSTALT HAINA. IHR LEBEN GALT DEN NATIONALSOZIALISTEN ALS "LEBENSUNWERT".
– AB 1937 BIS 1945 VERSCHLECHTERTEN SICH DIE LEBENSBEDINGUNGEN DRASTISCH, VIELE PATIENTEN STARBEN.
– 1940 WURDEN 30 JÜDISCHE PATIENTEN ABTRANSPORTIERT UND AN UNBEKANNTEM ORT ERMORDET.
– 1941 KAMEN ETWA 450 PATIENTEN NACH HADAMAR UND WURDEN DORT OPFER DER "EUTHANASIE"-VERBRECHEN.
– 1944 WURDEN 17 NACH DEN NS-GESETZEN STRAFFÄLLIG GEWORDENE PATIENTEN IN DAS KZ MAUTHAUSEN VERLEGT.
LEBEN UND TOD DIESER MENSCHEN SIND UNS MAHNUNG UND VERPFLICHTUNG

Gedenktafel in Haina

Das heißt, die Gemeinsamkeit zwischen psychiatrischer Sichtweise und Antisemitismus und auch Rassismus besteht in der zielgerichteten Unterscheidung von Menschen als „andersartig" und der damit verbundenen Abwertung, Aussonderung und im schlimmsten Falle auch Vernichtung. Die Betroffenen haben gemeinsam, sozial unerwünschte Personen zu sein. Umgekehrt erfüllt die Psychiatrie und ihre Ideologie dieselbe Funktion wie die rassistische Ideologie, nämlich die der sozialen Kontrolle und Legitimation für Herrschafts- und Gewaltausübung für wirtschaftliche oder nationale Zwecke. [...]

Die psychiatrische Ideologie und der damit verbundene Blick, mit dem Menschen zu 'Untermenschen' gemacht werden, war die Voraussetzung für nationalsozialistische Verbrechen wie Zwangssterilisation und dem systematischen Massenmord an PsychiatrieinsassInnen und denjenigen, die als „Asoziale", „Trinker" und „Kriminelle", galten, an Homosexuellen, an „Epileptikern" und an angeblich körperlich „Behinderten" oder kranken Menschen. Die Begründung war, sie seien „erbkrank" und sie oder ihr Leben sei „lebensunwert". Die NS-Verbrechen steigerten sich von Zwangssterilisation bis zur Ermordung in den Gaskammern der psychiatrischen Anstalten, Verhungernlassen oder der Ermordung durch Giftspritzen. Darüber hinaus bildete die Ermordung von PsychiatrieinsassInnen ihrerseits eine Voraussetzung für den systematischen Massenmord an Juden, Sinti, Roma und Anderen in den Gaskammern der NS-Vernichtungslager. [...]

Der systematische Massenmord ist als trauriger Höhepunkt in der Geschichte der Psychiatrie anzusehen. Doch das psychiatrische Denken, die Klassifikation von Menschen nach angeblichen „Geisteskrankheiten", die Ausgrenzung und die grausame (und bis heute auf kurz oder lang nicht selten tödliche) Behandlung durch die Psychiatrie, so wie „rassistisches" Denken und der Antisemitismus (bzw. Antijudaismus), waren ebenso wenig eine Erfindung der Nationalsozialisten, als dass sie mit ihnen 1945 verschwunden wären. Die grausamen und brutalen Methoden der traditionellen Psychiatrie, d.h. die ersten „Therapie"- Formen, auf die aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit nur hingewiesen werden kann, lassen sich

kaum von den berüchtigten Foltermethoden in den Kerkern des europäischen Mittelalters unterscheiden. Die „traditionelle" psychiatrische Behandlung zielte auf eine „Heilung" ab, die „primär durch das Hervorrufen von Schmerzempfindungen und Ekelgefühlen sowie durch Ausschaltung des Willens eingeleitet und vollbracht werden soll".[7]

Einige der traditionellen Methoden wie Fesselung und Einsperrung sind bis heute aktuell, sie werden lediglich in „reformierten" Formen praktiziert. So wurden aus der Ankettung und den Käfigen die „Befreiung" durch die Zwangsjacke und schließlich die „Fixierung" ans Bett oder auch Isolierräume, und aus den Irrenhäusern und Narrenschiffen wurden zunächst Heil- und Pflegeanstalten und dann moderne Krankenhausabteilungen. Auf traditionelle „Therapien" wie Rotationsmaschinen, Aufhängung, Klitorisentfernung, Verbrennungen, Kälte- oder Wärmefolter hingegen, sahen die späteren PsychiaterInnen mit einem „Schmunzeln"[8] herab und es setzten sich dann im 20. Jahrhundert, als wissenschaftlich gepriesene Behandlungsmethoden, zunächst Ende der 20er und in den 30er Jahren diverse Formen der Schock-„Therapien" wie Insulin-, Krampfgift- und der bis heute noch, auch zwangsweise angewandte, Elektroschock und die, ebenfalls heute noch angewandte, operative Zerstörung des Gehirns (Lobotomie) und schließlich ab den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts die heute massenhaft angewandte „Behandlung" mit psychiatrischen Psychopharmaka durch.[9] Die durch die Psychopharmaka ausgelöste „chemische Revolution" ermöglichte es der Psychiatrie - gepaart mit (nach wie vor) pseudowissenschaftlicher Propaganda, mit scheinbaren Reformen wie der Psychiatrie- Enquete 1975 in Deutschland und dem Eindringen (bzw. auch, wie mit Blick auf die NS-Psychiatrie zu erkennen ist, dem Verbleiben) der sogenannten „Sozialpsychiatrie" in sämtliche(n) Bereiche(n) der Gesellschaft - weiterhin ungestört „Behandlungsmethoden" zu verwenden, die schwere Schädigungen und Leiden bei den Betroffenen auslösen. Auch aufgrund der Beschaffenheit der psychiatrischen Drogen gelang es, den erwünschten Effekt der inneren Knebelung und geistigen Blockade der Betroffenen - welche die mechanische Knebelung ablöste - zu erzielen, ohne dass diese Umstände seitens der Mehrheit öffentlich als solche anerkannt und abgelehnt werden. Trotz der Verdrängung der Kritik durch den herrschenden Diskurs seitens der Ärzteschaft, Pharmaindustrie und Anderen, gibt es zahlreiche Veröffentlichungen zum Nachweis der durch Psychopharmaka und Elektroschocks herbeigeführten (gegebenenfalls irreversiblen) körperlichen Schäden und schweren Beeinträchtigungen des Geistes bzw. Intellektes. Auf diese kann aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit ebenfalls nicht näher eingegangen werden. Ebenso wird der Kampf der GegnerInnen gegen die beinahe allmächtige Psychiatrie nur punktuell im Kontext der hier näher erörterten Themen angesprochen und spiegelt sich in der von mir verwendeten Literatur wieder, die vielfach aus „antipsychiatrischen" Quellen, vor allem aus Publikationen der Irren-Offensive e.V. bzw. dem Umfeld des Werner-Fuß-Zentrums in Berlin stammt.[10] Eine Psychiatriekritik, die sich an den mittlerweile in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948 verankerten oder zumindest durch sie in die Diskussion gebrachten Menschenrechten orientiert, muss sich (aber) in erster Linie gegen die Menschenrechtsverletzungen der Psychiatrie wenden und nicht gegen den Konsum von Psychopharmaka oder die sogenannten „Behandlungsmethoden" im Einzelnen. Denn: Auf der einen Seite soll es das Recht eines jeden Menschen sein, Drogen zu nehmen, wenn dies freiwillig geschieht und auf der anderen Seite spielt es weniger eine Rolle, welche Stoffe einem Menschen zwangsweise verabreicht werden, sondern es ist zu kritisieren, dass sie gewaltsam, d.h. unter Drohung, Nötigung und vor allem, unter gesetzlich legitimiertem Zwang, verabreicht werden. Alleine das Einstechen einer Nadel ohne Einwilligung des/der Betroffenen ist Körperverletzung und verletzt die im deutschen Grundgesetz angeblich garantierte Integrität der Menschen. Vielmehr ist der Hinweis auf spezielle Methoden der Psychiatrie daraufhin gegeben, zu untersuchen, inwieweit sie den (politischen) Zielen der Psychiatrie und der Herrschenden im Allgemeinen dienen.

Die Psychiatrie begeht also heutzutage nach wie vor weltweit schwere Menschenrechtsverletzungen: Körperverletzung, „Sonderbehandlung", weitgehende Entrechtung, Entmündigung und Ausgrenzung. Dies passiert keinesfalls als Ausnahme, sondern ist staatlich-rechtlich legitimiert und gesellschaftlich toleriert bzw. erwünscht. Dies ist der Gegenstand von Teil II dieser Abhandlung. Dazu analysiere ich die entsprechenden Gesetzestexte und werde auch einen genaueren Blick auf die juristische und politische Diskussion um das Betreuungsrecht und die diesbezüglichen höchstrichterlichen Urteile werfen. Die Handlungsweise der Psychiatrie ist sogar als eine Form von Folter anzusehen. Während die Formen sogenannter psychiatrischer „Hilfe" je nach dem „Stand der Technik" wechselten, blieb das Charaktermerkmal der Folter mit dem Ziel, „Krankheitseinsichtigkeit" zu erlangen bzw. die Betroffenen gefügig zu machen, bis in die heutige Zeit bestehen. [...] Die moderne Eugenik, biologistische Menschenbilder und damit verbundene „Wissenschaften" wie die psychiatrische Genetik, Hirnforschung und ihre praktische Anwendung, z.B. bei der Gewaltprävention, gewinnen in der gesamtgesellschaftlichen, politischen und „wissenschaftlichen" Diskussion steigende Anerkennung und finden teilweise ebenfalls ihren Niederschlag in der Gesetzgebung. [...]

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, wie viele der NS-TäterInnen davongekommen sind, ohne für ihre Vergehen in irgendeiner Weise zur Verantwortung gezogen zu werden und obendrein nach 1945 ihre „glänzenden" Karrieren in ihrem Metier fortführen konnten. Ich möchte auf die frappierenden Mängel der „Aufarbeitung" der NS-Verbrechen, dem fehlenden Gedenken der Opfer und auf die anhaltende Verehrung der TäterInnen innerhalb der psychiatrischen Zunft hinweisen. Dieser Sachverhalt bestärkt die These, dass das nicht alleine seinen Grund darin hat, dass die Geschichtsaufarbeitung „irgendwie noch immer nicht gelungen ist", sondern dass die VertreterInnen der heutigen Psychiatrie demselben Denken verhaftet sind, das die TäterInnen in der nationalsozialistischen Zeit und davor hatten. Aus diesem Grund deckt die heutige Psychiatrie nach wie vor viele der NS-VerbrecherInnen.

[...] Karl Bonhoeffer ist der Vater des evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer, der seinerseits durch seinen Widerstand gegen die Nationalsozialisten berühmt geworden ist. Karl Bonhoeffer hatte sich nicht an den Mordaktionen in den psychiatrischen Anstalten beteiligt und sie angeblich auch abgelehnt. Er war aber sowohl ideologischer Wegbereiter für die späteren Massenmorde als auch praktischer Täter aufgrund seiner Beteiligung an der Zwangssterilisation. Weitgehend ungeachtet dessen genießt Karl Bonhoeffer als bedeutender Psychiater und auch als Person bis heute einen guten Ruf innerhalb seiner Zunft und auch allgemein in der Gesellschaft.

Anmerkungen

1. Ignatieff 1998
2. Regenbogenkino-Filmarchiv
3. Thomas Szasz zitiert in Talbot 1998
7. Lehmann 1990: 20 8 ebd.: 57 3
9. Diese Entwicklung, ist u.a. beschrieben in Lehmann 1990: Teil 1-4: Seite 11-83. Lehmann unterscheidet darin die Methoden der „traditionellen" und der „klassischen" Psychiatrie und beschreibt den Übergang zur „modernen" Psychiatrie, die sich für ihn durch die „pharmakologische Behandlung" auszeichnet.
10. Zum heutigen radikalen und politischen Widerstand gegen die Zwangspsychiatrie sei daherzu empfehlen: www.zwangspsychiatrie.de und zur aktuellen Kritik und dem Kampf gegen die Behandlungsmethoden der Psychiatrie vor allem: Breggin, Peter: Giftige Psychiatrie. Band 1. Heidelberg: Carl Auer Verlag 1996, seine Startseite zu psychiatrischen Drogen und E-Schocks: www.breggin.com und ein Artikel auf Deutsch zum Kampf gegen Elektroschocks: www.antipsychiatrieverlag.de/artikel/gesundheit/breggin.htm und der hier bereits zitierte Lehmann, Peter: Der chemische Knebel. Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen. Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag: Berlin 1990 (überarbeitet 2005).

Psychiatrierecht: Basiswissen für Betroffene & Laien

Das folgende Kapitel ist ein Text der Gruppe Autopilot // Psychiatrie-Erfahrene Limburg a.d. Lahn. Er wird auch als Kopie einzeln verteilt und ist im Internet zu finden. Unter dem Motto „Unbeschadet das Kuckucksnest überfliegen!" hat die Gruppe versucht, die aktuelle Rechtslage für juristische Laien verständlich zu erörtern. Die Kapitel 1 bis 3 stellen die derzeitige Situation und die verschiedenen Rechtsgrundlagen für Unterbringungen dar. Für die verschiedenen Arten der Unterbringung werden Möglichkeiten, sich zu wehren, genannt. Kapitel 4 beschreibt, wie sich jeder im Voraus schützen kann. Der Text ist, gekürzt um Elemente, die durch die Einbettung in diesem Schwerpunkt überflüssig wurden, wiedergegeben.

Nach wie vor laufen Menschen mit psychiatrischer Diagnose Gefahr, ihrer Freiheit beraubt zu werden, mit Psychopharmaka oder Elektroschocks zwangsbehandelt zu werden. Dieser Zwang wird durch Gesetze legalisiert, die mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik nicht vereinbar sind:

- Artikel 1 (1): Die Würde des Menschen ist unantastbar. - Es sei denn, man sagt diesem Menschen eine psychische Krankheit nach.
- Artikel 2 (1): Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt. - Es sei denn, man bezeichnet ihn als psychisch krank. Dann wird die freie Entfaltung, wenn sie zu sonderlich erscheint, zum behandlungsbedürftigen Symptom, gegen das nötigenfalls Gewalt aufgebracht wird.
- Artikel 2 (2): Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. - Einem Menschen, dem die Einsichtsfähigkeit abgesprochen wird, z.B. aufgrund einer psychischen Erkrankung, kann dieses Recht unverschuldet genommen werden.
- Artikel 3 (1): Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. - Bis auf die Menschen, die als psychisch Kranke und geistig Behinderte gebrandmarkt werden und deren Grundrechte mittels Sondergesetzen verletzt werden können.
- Artikel 3 (3): Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. - Es sei denn, man spricht ihm die freie Willensbestimmung ab und mach ihn zum Objekt psychiatrischer Gewalt.
- Artikel 4 (1): Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. - Ausgenommen, man erklärt sonderliche Weltanschauungen zu Symptomen einer Geisteskrankheit, um sie einem Menschen mit Gewalt zu nehmen.

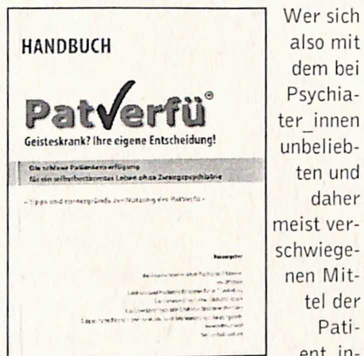
Der aufmerksame Leser wird anmerken, dass Grundrechte durch andere Gesetze eingeschränkt werden können. So beruht etwa das Strafrecht auf Einschränkungen von Grundrechten für einen gewissen Zeitraum. Allerdings ist die Bedingung für solche Einschränkungen, dass das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten muss. Also für alle Menschen und nicht nur für „psychisch Kranke". Wenn etwa ein Mensch für seine Mitmenschen nachweisbar gefährlich ist, muss ein Einsperren dieser Person mit der Gefährlichkeit begründet werden und nicht mit einer psychischen Krankheit. Psychisch Kranke per Sondergesetzen schlechter zu stellen ist verfassungswidrig.

Sind sog. „Irre" gefährlicher als „normale Menschen"? Nach Bölker und Häfner haben Menschen mit psychiatrischer Diagnose kein höheres Risiko, gewalttätig zu werden als die Durchschnittsbevölkerung. Selbst bei der Diagnosegruppe Schizophrenie gibt es keinen Konsens darüber, ob die so Diagnostizierten gefährlicher sind; die Studienergebnisse sind widersprüchlich. Im Kontrast dazu ist mitt-

Patient_innenverfügung und Rechtshilfe

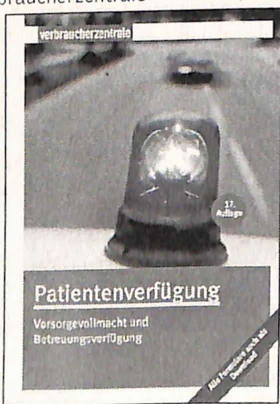
Die PatVerfü ist eine Patientenverfügung, die ausdrücklich psychiatrische Untersuchungen untersagt und so die Entstehung psychiatrischer Diagnosen verhindert. Denn ohne Diagnose sind psychiatrischen Zwangsmaßnahmen und einer rechtlichen Stellvertretung gegen Ihren Willen die rechtliche Grundlage entzogen. Zusätzlich ist wichtig, in der PatVerfü Vertrauenspersonen zu benennen. Diese können als Vorsorgebevollmächtigte selbst dann, wenn euch die Fähigkeit zu eigenen Entscheidungen abgesprochen wird, euren Willen durchsetzen. Damit ist die gerichtliche Bestellung eines Betreuers gegen euren Willen nicht mehr möglich (jedenfalls eigentlich – tatsächlich halten sich Gerichte und Psychiatrien nicht gerne an solche Einschränkungen, weshalb ein offensiver Kampf auf der Straße die bereits bestehenden Rechte und zusätzliche Veränderungen auch durchsetzen muss ... Protest und Selbstschutz gehören also immer zusammen!).

Wichtig: Nicht erst handeln, wenn es akut wird! Denn für die genaue Ausformulierung die Auswahl der Vertrauenspersonen braucht ihr Zeit. Ist der Ernstfall schon eingetreten und euch drohen die oben genannten Zwangsmaßnahmen, kann eine PatVerfü zwar noch immer helfen. Aber der Weg heraus ist dann kompliziert und meist nur mit Hilfe eines spezialisierten Anwalts möglich, der nicht umsonst arbeiten dürfte. Die PatVerfü dagegen kostet kein Geld, kann aber ein wichtiger Helfer in der Not sein.



Wer sich also mit dem bei Psychiater_innen unbeliebten und daher meist verschwiegenen Mittel der Patient_innenverfügung zumindest teilschützen will, kann das über die Internetseite www.patverfue.de oder mit Hilfe des „Handbuch der Patientenverfügung" tun. Dort gibt es praktische Tipps, die geeigneten Formulare und politische Hintergrundtexte. Die Internetseite und das Buch sind erste Wahl.

Nützlich ist auch der Ratgeber „Patientenverfügung" der Verbraucherzentrale Nordrhein-



Westfalen (17. Auflage 2014, 168 S., Buch: 9,90 €, eBook: 6,49 €, www.vz-ratgeber.de). Er verzichtet auf politische Texte und stellt praktische Hilfen in sehr anschaulicher Form in den Vordergrund. Die Checklisten, Formulare zum Ausfüllen und abreißbaren Hinweiskarten sind dabei hilfreich.

Weitere Bücher

Ihr gutes Recht als Patient
(3. Auflage 2013, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, 200 S., 9,90 €)
Für einen erträglichen Preis enthalten Leser_innen eine umfassende Sammlung guter Tipps im Dschungel von Arztpraxen und Krankenhäusern. Es geht um Datenschutz und das Recht auf Aufklärung, Honorare und Leistungsansprüche, Patientenrechte und ihre Durchsetzung. Die Kapitel sind mit kleinen Infokästen durchsetzt, die auch ein kurzes Hineinlesen ermöglichen.

Carolin Gütschow
Die einstweilige Unterbringung im Strafprozess (§ 126a StPO) und das Unterbringungsverfahren gem. §§ 121, 122 StPO
(2013, Tectum Verlag in Marburg, 262 S., 34,90 €)
Waren Strafen ursprünglich vor allem Vergeltung, so trat im Laufe des Ausbaus autoritärer Staatsapparate der Schutz der Gesellschaft in den Vordergrund. Damit meinte sich der Staat allerdings oft selbst. Vor allem das Dritte Reich schuf die gesetzlichen Grundlagen, Menschen schon vor einer Verurteilung aus dem Verkehr zu ziehen, unter anderem aufgrund der Diagnose einer krankhaften Gefährlichkeit nach §126a der Strafprozessordnung. Das Buch zeichnet die Geschichte dieser Paragraphen nach, diskutiert ihre Wirkung und die Verfahren, um Menschen hinter Gitter zu bringen. Ein kritischer Blick auf die Machtfülle, die staatlichen Apparaten und ihren Vollstrecker_innen damit gegeben wurde, prägt die Texte. Reichhaltige Quellenangaben und Verweise auf Urteile machen das Buch zu einer Art Gesetzeskommentar.

lerweile gut belegt, dass so genannte psychisch Kranke deutlich häufiger Opfer von Gewalt werden als Normalbürger. So werden sie etwa fünfmal häufiger Opfer eines Mordes.

Aber kann man psychisch Kranke nur durch Behandlung langfristig von Gewalttaten abhalten? Die Psychopharmaka, die bei Zwangsbehandlungen am häufigsten angewandt werden, sind der Gruppe der Neuroleptika zugehörig. Neuroleptikum heißt wörtlich übersetzt Nervendämpfungsmittel. Diese (dämpfende) Wirkung haben sie auf alle Menschen - egal ob sie als psychisch krank gelten oder nicht. Hinzu kommen quälende Nebenwirkungen von Krämpfen und Schmerzen bis hin zu Herzproblemen, Fettleibigkeit und oft unheilbaren chronischen Bewegungsstörungen. Das Neuroleptikum macht keinen Unterschied zwischen dem „gefährlichen Verrückten" und einem Nazi-Schläger oder einem prügelnden Ehemann. Man kann jeden Menschen mit diesen Substanzen derart niederstrecken, dass er oder sie zu nicht mehr viel in der Lage ist.

Psychiater sind unfähig, die Gefährlichkeit einer Person vorherzusagen. Der forensische Psychiater Prof. Norbert Nedopil gab erst kürzlich zu, dass schätzungsweise 50% seiner Gutachten falsch seien. Georg Bruns schrieb 1993, dass klinische Vorhersagen nicht zuverlässiger sind als die Zufallswahrscheinlichkeit. Es gibt auch keine statistischen Nachweise dafür, dass sich psychiatrische Zwangsmaßnahmen positiv auf die Gewalt- oder Suizidrate bei sogenannten psychisch Kranken auswirken.

Mit internationalem Recht nicht vereinbar

Nicht nur das Grundgesetz wird von den menschenverachtenden Sondergesetzen gegen psychisch Kranke berührt. Auch zwei internationale Übereinkommen werden durch diese Gesetzgebung verletzt: Die UN-Antifolterkonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention.

Die UN-Antifolterkonvention definiert als Folter „jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, (...) oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden."

Seit Jahrzehnten schon bezeichnen Psychiatrie-Erfahrene die ihnen angetanen Zwangsbehandlungen als Folter in diesem Sinne. Im März 2013 wurde dies endlich auch von den Vereinten Nationen (UN) anerkannt: Der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Juan E. Méndez, ordnet psychiatrische Maßnahmen wie Fixierung (Fesselung am Bett), Isolierung (Einsperren in eine Zelle) und Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka oder Elektroschocks als Formen von Folter ein. Er fordert in seinem Abschlussbericht alle Staaten auf, die Gesetzesgrundlagen dieser Maßnahmen abzuschaffen.

In der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, dass „die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung" (Art. 4) gewährleistet wird. In regelmäßigen Abständen müssen die Staaten den UN einen Bericht vorlegen, der dann überprüft wird. Die erste Prüfung Deutschlands steht erst 2015 an. Vorhersagen über die Ergebnisse lassen sich aber bereits aus der Staatenberichtsprüfung über Österreich, das ähnliche Zwangsgesetze hat, ableiten. Darin forderte die UN Österreich im September 2013 mit Nachdruck auf, die Verwendung sämtlicher nicht einvernehmlicher Praktiken (wie Fixierungen) in Psychiatrien abzuschaffen. Der Bericht geht sogar noch weiter und sagt, dass auch ein bloßes Einsperren auf Grundlage einer Diagnose unzulässig ist.

Eigentlich haben beide Konventionen Gesetzeskraft. Allerdings muss sich jedes Mal zuerst ein Zwangsbehandelter durch die Instanzen klagen, bis sein Recht anerkannt und ein Gesetz genichtet (für ungültig erklärt) wird. Es wird noch viele Jahre dauern, bis unsere Grund- und Menschenrechte im deutschen Recht umgesetzt und endlich gewahrt werden.

Arten der Unterbringung und wie wir uns wehren können

Es gibt in Deutschland drei Wege, für einen längeren Zeitraum in der Psychiatrie zu landen: Auf öffentlich-rechtlicher Grundlage nach den Gesetzen der Bundesländer, nach Betreuungsrecht und nach Regelungen im Strafgesetzbuch. In diesem Kapitel sollen die Voraussetzungen für jede Art der Unterbringung erläutert werden.

a. Öffentlich-rechtlich

Diese Art der Unterbringung kann jeden treffen, der sich auffällig verhält, egal ob er einen gesetzlichen Betreuer hat oder eine Straftat begangen hat. Auch muss man nicht mit einer Axt durch die Fußgängerzone laufen oder auf der Brüstung eines Hochhausdaches balancieren, um in der Psychiatrie zu landen. Es kann schon ein Familienstreit, zu laute Musik oder seltsames Verhalten auf öffentlichen Plätzen zu einer Ingewahrsamnahme führen. Die Regelung ist kein Hilfegesetz („Hilfen" sind im Sozialgesetzbuch geregelt!), sondern stammt aus dem Polizeirecht. In Hessen gilt das uralte „Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- und alkoholsüchtiger Personen" (HFEG) aus dem Jahr 1952.

Das Gesetz legt die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, um jemanden einzusperren. Es muss von der Person eine Gefahr für sich selbst oder andere ausgehen, die:

1. aus ihrem Geisteszustand resultiert
2. erheblich ist und unmittelbar droht
3. nicht anders abgewendet werden kann

Unsere Erfahrungen zeigen, dass diese drei Kriterien fast nie erfüllt werden. Psychiatern reicht oft schon eine Verweigerung der Behandlung, um eine Zwangsunterbringung zu beantragen. Erfreulicherweise haben wir erfahren, dass Richter vom Amtsgericht Hadamar in letzter Zeit deutlich strenger prüfen, ob jemand wirklich gefährlich ist. Dennoch ist es unheimlich wichtig, diese Kriterien selbst zu kennen, da Psychiater in den richterlichen Anhörungen zur Unterbringung gerne zu schmutzigen Mitteln greifen (Einschüchterung, falsche Behauptungen), um unseren Willen zu brechen, sodass viele Betroffene in einen vermeintlich freiwilligen Aufenthalt einwilligen.

Bevor Sie von einem Richter angehört werden, können Sie für 24 Stunden ohne Richterbeschluss auf einer geschlossenen psychiatrischen Station eingesperrt werden. Der Bürgermeister als oberste Ordnungsbehörde verfügt diese „Ingewahrsamnahme" auf Hinweis eines Polizisten/Ordnungsbeamten oder eines Arztes. Ehe Sie von dem Richter angehört werden, sollten Sie sich weder körperlich wehren noch Psychopharmaka einnehmen! Auch wenn Ihnen gedroht wird: Die Ärzte dürfen in diesem 24-Stunden-Rahmen nichts zwangsweise verabreichen!

Die Zwangsbehandlung ist im HFEG besonders lasch geregelt. Dort steht lediglich: „Die Unterbringung umfasst auch die Behandlung mittels eines Heil- oder Entziehungsverfahrens." Wenn Sie also erst einmal zwangsuntergebracht sind (durch richterlichen Beschluss nach der persönlichen Anhörung), können die Ärzte Sie behandeln, wie sie es für richtig halten, ohne auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse Rücksicht nehmen zu müssen. Man wird Sie auffordern, Psychopharmaka als Tabletten oder Flüssigkeit einzunehmen und drohen, dass man sie Ihnen ansonsten zwangsweise spritzen wird.

Daher sollte das oberste Ziel sein, die Unterbringung ganz zu verhindern, indem man in der richterlichen Anhörung überzeugt:

- den Richter darauf hinweisen, dass die Unterbringungskriterien nicht erfüllt sind.

- den Psychiater fragen, auf welche wissenschaftlichen Methoden er denn sein Attest gestützt hat.
- den Psychiater fragen, welche Validität seine Aussagen haben.
- ankündigen, dass Sie Strafantrag wegen Freiheitsberaubung und eventuell Körperverletzung stellen.

b. Nach Betreuungsrecht

Ein Betreuer ist ein gesetzlicher Vertreter, den das Amtsgericht für bestimmte Lebensbereiche bestimmen kann. Dies kann es mit der Begründung tun, dass Sie aufgrund einer Krankheit oder Behinderung nicht mehr in der Lage seien, sich um Ihre Angelegenheiten zu kümmern. Das Betreuungsrecht ist im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt. Es gilt also für das gesamte Bundesgebiet und nicht nur für einzelne Bundesländer.

Gegen Ihren Willen kann das Gericht nur dann einen Betreuer bestellen, wenn Ihnen in einem Gutachten die Einwilligungsfähigkeit aberkannt wird. Wenn Sie keinen Betreuer wollen, sollten Sie Ihre Ablehnung schriftlich beim Amtsgericht einreichen. Besser ist es, wenn Verwandte oder Freunde schriftlich bestätigen können, dass eine Betreuerbestellung unnötig ist. Auch ein ärztliches Attest, dass Ihre Einwilligungsfähigkeit bestätigt, ist sinnvoll. Droht dennoch eine Betreuung, ist es ratsam, eine Person, der man vertraut, als ehrenamtlichen Betreuer vorzuschlagen. Es ist rechtlich festgelegt, dass ein ehrenamtlicher Betreuer einem Berufsbetreuer vorgezogen werden muss.

Wenn Sie einen Betreuer loswerden wollen, können Sie seine Entlassung beim Gericht beantragen und eine vertraute Person als Ersatz benennen. Ein guter Grund für einen Betreuerwechsel ist, wenn der Betreuer seinen Pflichten nicht nachkommt und nicht alle wichtigen Entscheidungen mit Ihnen bespricht. Solange Sie nicht als „mittellos" eingestuft werden, müssen Sie die Kosten für das Verfahren und die Betreuung selbst übernehmen. Ein Berufsbetreuer ist deutlich teurer als ein ehrenamtlicher Betreuer, der „lediglich" einen Aufwendungsersatz (Kostenrückerstattung) verlangen kann. Eine Vorsorgevollmacht kann die Einrichtung einer Betreuung rechtssicher verhindern (siehe letztes Kapitel).

Die Unterbringungsgründe für gesetzlich Betreute sind lascher als für nicht Betreute:

1. Gefahr des Todes oder eines erheblichen Gesundheitsschadens aufgrund der Erkrankung
2. nur die Unterbringung kann eine Untersuchung oder Behandlung ermöglichen, die diesen Schaden abwenden kann
3. die Person kann die „Notwendigkeit" der Unterbringung „nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln"

Diese Begriffe sind bewusst in Anführungszeichen gesetzt, weil der Arzt oder Betreuer diese Behauptungen jederzeit aufstellen kann. Z.B. werden Unterbringungen und Zwangsbehandlungen oft dann vorgenommen, wenn der Betroffene ganz einfach anderer Meinung ist als der Arzt oder Betreuer und eine Behandlung ablehnt.

Anfang 2012 war der Bundestag gezwungen, für die Zwangsbehandlung strengere Kriterien zu setzen. Es muss dem Betreuten der freie Wille abgesprochen werden, Ärzte müssen ihn vorher von der Behandlung zu überzeugen versuchen (es wird also gedroht, dass ansonsten Zwang angewendet wird), die Maßnahme muss erforderlich sein, um einen drohenden Gesundheitsschaden abzuwenden, der Schaden muss durch keine andere zumutbare freiwillige Maßnahme abwendbar sein und der erwartbare Nutzen der Maßnahme muss möglich Beeinträchtigungen deutlich überwiegen.

Sollten Sie in eine solch bedrohliche Lage kommen, gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich zu verhalten:

1. Sie machen die Maßnahme „freiwillig" mit, um die Traumatisierung und Spätschäden durch Zwangsbehandlungen zu vermeiden. Nach Ihrer Entlassung aus der Psychiatrie bemühen Sie sich um eine Entlassung des Betreuers.
2. Sie legen Widerspruch beim Gericht ein. Weisen Sie auf § 1901 a Art. 2 BGB hin: Der Betreuer ist verpflichtet, Ihren mutmaßlichen Willen (keine Behandlung zu bekommen) festzustellen. Stellen Sie ggf. Strafantrag wegen Körperverletzung.

c. Nach Strafrecht

Der wohl bekannteste Fall dieser Art der Zwangspsychiatrisierung ist der von Gustl Mollath, der nach sieben Jahren Psychiatrie auf freiem Fuß ist und nun sein Wiederaufnahmeverfahren bestreitet. Im Strafrecht ist geregelt, dass Personen mit Alkohol- oder anderer Rauschgiftsucht sowie Personen, denen eine psychische Krankheit nachgesagt wird, zwangsuntergebracht werden können, wenn Sie eine rechtswidrige Tat begangen haben und ein Psychiater vorhersagt, dass weitere Taten zu erwarten seien. Dabei muss es sich nicht um schwere Gewaltdelikte handeln. Auch Diebstahl, Drogenhandel, selbst Fahren ohne Führerschein können statt zu einer Verurteilung zu einer Unterbringung in der Forensik führen.

Suchtkranke können dann nach § 64 StGB in einer Entziehungsanstalt untergebracht werden. Menschen mit psychiatrischer Diagnose können nach § 63 StGB in der forensischen Psychiatrie (Maßregelvollzug) untergebracht werden. Im Strafgesetzbuch ist nur geregelt, in welchen Fällen eine Unterbringung erfolgt. Die Art und Weise der Maßregel wird in den Maßregelvollzugsgesetzen der Länder geregelt. Unseres Erachtens ist die Einweisung in den Maßregelvollzug eines der schlimmsten Dinge, die einem hierzulande passieren können. Man ist dort auf unbestimmte Zeit weggesperrt. Wann man wieder herauskommt, bestimmen Ärzte und Richter. Das können drei Jahre, aber auch fünfzehn sein.

Wie sehr ein Insasse des Maßregelvollzuges dem Gutdünken der Ärzte und anderen Personals ausgeliefert ist, macht dieser Auszug aus einem Brief des prominenten Strafverteidigers Rolf Bossi an Gustl Mollath deutlich: „Ich muss Sie als Rechtsanwalt darauf hinweisen, dass wir im Maßregelvollzug keinerlei rechtliche Handhabe besitzen, um wirkungsvoll auf die Durchführung des Maßregelvollzugs einwirken zu können. Hieraus wollen Sie ersehen, daß Sie im Maßregelvollzug rechtlich ohne jede Hilfe sind und ausschließlich auf die Beurteilung der Ärzte angewiesen sind inwieweit diese aus medizinischen Gründen Ihre weitere Unterbringung im Maßregelvollzug für notwendig halten oder nicht. (...) Jeder Arzt in einem Bezirkskrankenhaus ist daran interessiert, daß sein Haus voll ist, weil er für jeden Patienten Geld bekommt." Was Rechtsanwalt Bossi hier beschreibt, ist nichts anderes als ein rechtsfreier Raum.

Gustl Mollath sprach nach seiner Entlassung aus der Forensik in Bayreuth von mitunter „folterähnlichen Umständen". Etliche Suizide von verzweifelten Mitinsassen hat er miterlebt, einige davon unter ungeklärten Umständen (z.B. mit Brüchen der Handknochen). Es gibt keine offizielle Todesfallstatistik zum psychiatrischen Maßregelvollzug. Möchten Sie im Maßregelvollzug keine Psychopharmaka nehmen und hat man vor, sie zwangszubehandeln, wird Ihnen dies in der Regel schriftlich angekündigt. Dagegen können Sie mit Hilfe Ihres Anwaltes widersprechen. Ihre Chancen stehen aber äußerst schlecht. 2011 ist es zum ersten und letzten Mal zwei Maßregelvollzugsinsassen gelungen, bis zum Bundesverfassungsgericht zu klagen. Dennoch mussten beide bis dahin die Psychopharmaka „freiwillig" nehmen, um ein gewaltsames Verabreichen zu verhindern.

Es ist nahezu unausgeschlossen, aus der Forensik herauszukommen, wenn Sie sich nicht dem Arztwillen beugen. Gustl Mollath und Ulvi K. sind Ausnahmefälle.

Schutz vor der Zwangspsychiatrie

Genug von Angst und Schrecken - es gibt seit einigen Jahren gute Möglichkeiten, sich gegen Zwangsbehandlung vorbeugend zu schützen. Wenn Sie noch nie etwas mit Psychiatrie zu tun hatten, werden Sie sich vielleicht auch fragen: „Was geht mich das eigentlich an?" Unseres Erachtens gehen Menschenrechtsverletzungen gegen Minderheiten jeden etwas an. Aber selbst unabhängig davon sind es Ihre Krankenkassenbeiträge, mit denen Zwangsbehandlungen finanziert werden und Ihre Steuergelder, mit denen der äußerst teure Maßregelvollzug unterhalten wird. Und spätestens wenn wir alt werden, wird jeder von uns von unfreiwilliger psychiatrischer Behandlung bedroht sein: Neuroleptika werden in Altenheimen verteilt, als seien es Smarties - obwohl gerade alte Menschen sie besonders schlecht vertragen. Wichtig ist es, rechtzeitig vorzusorgen und nicht dann erst, wenn einem schon die Entscheidungsfähigkeit aberkannt wurde!

Seit September 2009 ist das neue Patientenverfügungsgesetz in Kraft. Geregelt ist es unter § 1901 BGB. Dort ist festgelegt: Wenn ein einwilligungsfähiger Volljähriger schriftlich bestimmt hat, wie und ob er im Falle einer Einwilligungsunfähigkeit medizinisch behandelt werden will, muss seinen Wünschen nachgekommen werden. Die Patientenverfügung gilt für ALLE Bereiche, auch die Psychiatrie! Damit haben wir nun endlich die Möglichkeit, unsere Behandlung oder Nichtbehandlung selbst zu bestimmen. Wenn Sie psychiatrische Behandlung grundsätzlich ablehnen, können Sie in Ihrer Patientenverfügung sogar eine Untersuchung verbieten. Dies hat den Vorteil, dass Ihnen niemand eine psychiatrische Diagnose verpassen kann. Keine Diagnose, keine Zwangsbehandlung. Keine Diagnose, keine Betreuerbestellung. Ein Entwurf einer solchen Verfügung nennt sich PatVerfü und wurde von einem Bündnis von Psychiatrie-Erfahrenen-Organisationen herausgegeben. Bei der Ausarbeitung waren Anwälte behilflich.

Die Formulierungshilfe kann kostenlos unter www.patverfue.de heruntergeladen werden. Haben Sie keinen Internetzugang, können sie sich an eine der Kontaktadressen im nächsten Kapitel wenden. Wer psychiatrische Behandlung nicht grundsätzlich ablehnt, aber selbst bestimmen möchte, wie genau er oder sie behandelt werden möchte, kann die Bochumer Willenserklärung nutzen. Dort können Sie im Detail festlegen, wer im Falle einer Krise benachrichtigt werden soll, was Ihnen hilft und welche Medikamente Sie bekommen dürfen.

Einen Vordruck finden sie hier: www.psychiatrie-erfahrenenrw.de/WILLEN7.htm

Es wird empfohlen, zugleich eine Vorsorgevollmacht auszustellen. In einer Vorsorgevollmacht können Sie eine vertraute Person bestimmen, die im Falle Ihrer Einwilligungsunfähigkeit dafür sorgt, dass Ihr Wille umgesetzt wird. Es kann dann kein Betreuer mehr bestellt werden. Außerdem sollten Sie ein ärztliches Attest über Ihre jetzige Einwilligungsfähigkeit beilegen und die Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht von einem Notar beurkunden lassen. Haben Sie kein Geld für einen Notar, bitten Sie zwei Bekannte, schriftlich zu bestätigen, dass Sie die Unterschrift geleistet haben.

- Rechtliche Informationen vom Werner-Fuß-Zentrum in Berlin finden Sie unter www.zwangspsychiatrie.de oder Tel. 030/2911001.
- Die Seite des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener ist www.bpe-online.de. Telefonische Erstberatung und Informationen zur Mitgliedschaft unter 0234/68705552.

Weitere Bücher zur Psychiatrie

Nellie Bly
Zehn Tage im Irrenhaus
(2. Auflage 2012, AvivA in Berlin, 192 S., 18,50 €)

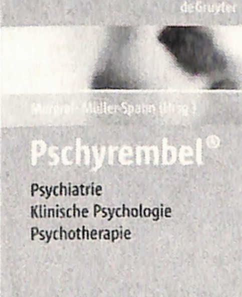
Der Text stammt aus dem Jahr 1887. Es war eine mutige Entscheidung der Journalisten, sich „undercover" über mehrere Stationen auf die Irrenhaus-Insel „Blackwell's Island" bringen zu lassen. Ihr Buch ist nichts als die Erzählung der Geschehnisse – in einfacher Sprache ohne weitere Bewertungen. Die Abläufe sprechen auch so für sich: Der Umgang mit den Ausgesonderten der Gesellschaft würde jedem noch so schlechten Tierschutzgesetz widersprechen. Physische und psychische Demütigung ist Alltag – und die Autorin resümiert: Wer hier zwei Monate aushält, ist danach reif für diese Insel. Die meisten aber bleiben für ewig dort. Rund um den historischen Text finden sich Ergänzungen, welche Wirkung der Bericht damals erzeugte. Das Buch kann aber auch die aktuelle Debatte befeuern: Immer noch sind Zwangspsychiatrien unbekannte Flecken, auf denen Willkür und Vernebelung herrschen. Immer noch sind Ärzt_innen und Pfleger_innen oft mehr das Gesetz als dass sie sich daran halten.

Marion Reddy/ Iris Zachenhofer
Dachschaden
(2014, Edition a in Wien, 175 S., 19,95 €)

Psychiater_innen definieren bestimmte Verhaltensweisen als „krank" und wollen Menschen mit Chemie oder anderen Therapien zum normalen Leben zurückbringen. Das Buch „Dachschaden" beschreibt hingegen die chirurgischen Alternativen: Herumschnippeln im Gehirn. Die beiden Autorinnen berichten aus der (eigenen) Praxis, die gefüllt war mit arroganten Ärzt_innen, der Jagd nach Geld und vielem, was mit dem Wohl der Patient_innen wenig, mit einer Ökonomie des Profits dagegen viel zu tun hat.

Ähnliche Themen

Jürgen Margraf/ Wolfgang Maier (Hrsg.)
Pschyrembel
(2. Auflage Walter de Gruyter in Berlin, 999 S., 44,95 €)



Pschyrembel steht für eine bewährte Form medizinischer Wörterbücher im De Gruyter Verlag. Die Themenbereiche „Psychiatrie, Klinische Psychologie und Psychotherapie" waren dabei ein Spätstarter – die erste Auflage erschien erst 2009. Das dicke Buch (tatsächlich genau 999 Seiten mit Inhalt) ist dennoch bereits eine profunde Sammlung von mehr als 2000 Fachbegriffen, jeweils mit englischer Übersetzung und Verweisen auf weiterführende Definitionen. Als Nachschlagewerk ist es daher tatsächlich eine Art Markenzeichen.

Angst zur Freiheit
(1992, Denkmalfilm in München, DVD mit 90min)

Ohne kommentierende Stimme begleitet die Kamera verschiedene Menschen, die ganz unterschiedliche Formen von Angst erleben und damit umgehen müssen. Die einen zieht das Abenteuer an – ob beim Bungeespringen oder in der Geisterbahn. Die anderen werden die Angst nicht los und stehen unter Zwängen, die den Alltag prägen. In den Geschichten werden schlaglichtartig Ursachen, Muster und Auswege sichtbar – aber immer nur als Teil eines Mosaiks von Reportage und Deutung.

Bestellung und weitere Informationen unter www.denkmal-film.tv.

Karina Becker u.a.
Handbuch Gesundheit & Beteiligung
(2. Auflage 2014, VSA in Hamburg, 286 S., 19,80 €)

Das Buch schafft einen Überblick über mitspracheorientierte Instrumente für den Gesundheitsschutz in Betrieben, z.T. auch in Behörden. Bestandserfassungen z.B. mit Fragebogenaktionen werden ebenso vorgestellt wie die Integration sogenannter „prekärer Beschäftigtengruppen" oder Aspekte des Datenschutzes. Die ersten Kapitel dienen den rechtlichen und sonstigen Grundlagen des Gesundheitsschutzes. Das Buch richtet sich sowohl an hauptamtliche Beauftragte wie auch an Betriebsratsmitglieder oder das Firmenmanagement.

Bernice S. Elger u.a.
Ethik und Recht in Medizin und Biowissenschaften
(2014, Walter de Gruyter in Berlin, 299 S., 49,95 €)

Die Kapitel des Buches stehen für die großen, umstrittenen Fragen der Techniken, die in der Gesellschaft oft heiß diskutiert werden. Vorgeburtliche Untersuchungen, Organtransplantation und Stammzellforschung, die gentechnische Veränderung von Pflanzen und Tierversuche gehören dazu, aber auch interne Fragen der Wissenschaft wie Fehlverhalten im Labor oder Wirtschaftlichkeitsüberlegungen versus Qualität. Jedes Kapitel beginnt mit einem Fallbeispiel, was die Sache anschaulich macht, die Themensetzung aber auch eingrenzt. Es folgen jeweils Kapitel zur ethischen Beurteilung und zu rechtlichen Fragen, getrennt in schweizer, österreichisches und deutsches Recht. Der sehr sachliche bis trockene Sprachstil nimmt den Themen ein Stück der Brisanz, die in ihnen wohnen. Hilfreich wäre gewesen, verschiedene statt einer vermeintlich objektiven Position darzustellen. Speziell zur Psychiatrie enthält das Buch ein Kapitel zu Zwangseinweisungen und eines zum Umgang mit Patientenverfügungen. Mehrere weitere medizinische Kapitel berühren auch psychiatrisches Handeln.

Was sie selbst sagen ...

jb Mensch kann Fallbeispiele sammeln, (Horror-)Geschichten aus dem Inneren der geschlossenen Abteilungen anhören, es selbst erleben ... oder etwas sehr Einfaches tun: Das lesen, was die Täter_innen in Anzug und Arztkittel selbst von sich geben. Denn das ist oft entlarvend und braucht keine zusätzlichen Belege. Die Chef_innen der Kliniken füllen Akten, schreiben Bücher und Briefe. In denen sagen sie ganz offen, was sie tun: Recht brechen, Menschen wie Sachen behandeln. Oder rufen offen dazu auf. Weder Staatsanwaltschaften noch Politik interessiert das (bisher) ...

Im Folgenden sind ausgewählte Beispiele dokumentiert. Bei rechtlichen Themen ist die Rechtslage dargestellt, dann wird das Zitat gegenüber gestellt. Bei anderen Themen sind kurze Erläuterungen hinzugefügt - oder das Zitat spricht für sich. Die Texte aus der Feder der Psychiater_innen oder derer, die ihnen zuarbeiten, sind kursiv.

Patientenverfügung: Geltendes Recht, aber in vielen Kliniken missachtet!

Auf der Internetseite des Bundesministeriums der Justiz steht eindeutig (www.bmj.de/DE/Buerger/gesellschaft/Patientenverfuegung/patientenverfuegung_node.html):

In der Patientenverfügung kann man vorab über das Ob und Wie medizinischer Maßnahmen entscheiden. Wer nicht möchte, dass andere über die medizinische Behandlung entscheiden, wenn man selbst dazu nicht mehr in der Lage ist, kann durch Patientenverfügung festlegen, ob bei konkret beschriebenen Krankheitszuständen bestimmte medizinische Maßnahmen gewünscht oder nicht gewünscht sind. Dank einer fraktionsübergreifend unterstützten Initiative ist die Patientenverfügung seit September 2009 gesetzlich verankert.

Doch die forensischen Psychiatrien in Hessen scheren sich darum nicht. Wohl eher zufällig benutzen sie den gleichen Wortlaut „ob und wie“, schreiben dann aber das Gegenteil (Brief aus der Vitosklinik in Gießen rechts).

> Das ob und wie bestimmt sich aber nicht nach dem Wunsch des Patienten bzw. sonstigen Bevollmächtigten, sondern erfolgt durch die hiesigen Behandler in Zusammenarbeit mit konsultierten Fachärzten nach den anerkannten Regeln der ärztlichen Kunst. Insoweit besteht ein ärztliches Ermessen.
>
> Mit freundlichen Grüßen
>
> Dr. R. Müller-Isberner, Ärztlicher Direktor — Dr. V. Hofstetter, Ltd. Abteilungsarzt — A. Rohner, Justiziarin

Da wundert es nicht, dass das Wohlergehen der Patient_innen ohnehin nicht das Ziel ist:

Behandlungserfolg misst sich in der Behandlung psychisch kranker Rechtsbrecher nicht an den individuellen Anliegen und Zielen des Patienten, sondern an den normativen Vorgaben des gesetzlichen Auftrages zur Behandlung des Patienten. (S. 91, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Psychiater_innen selbst wissen um die Wirkung der Medikamente (aus „Memorandum der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie zur Anwendung von Neuroleptika“, 2012)

Die Neuroleptikabehandlung ist bei alten und demenzkranken Menschen mit folgenden weiteren Risiken verbunden: Pneumonie, extrapyramidalmotorische Störungen (EPMS), Thrombose, Herzrhythmusstörungen, Schluckstörungen. Außerdem wird die Kognition verschlechtert, d.h., die demenziellen Symptome verstärken sich. Die Risiken hängen zum Teil wechselseitig miteinander zusammen (z.B.: Schluckstörung - Pneumonie - Tod; EPMS - Sturz - Tod; Thrombose - Lungenembolie - Tod). (S. 11)

„Die Kombination unerwünschter Wirkungen antipsychotischer Medikation mit schlechter Ernährung, Bewegungsmangel, starkem Rauchen und anderen aus einer psychotischen Erkrankung resultierenden Faktoren sowie insgesamt prekären Lebensverhältnissen hat einen verheerenden Effekt auf die kardiometabolische Gesundheit. Deshalb verwundert es nicht, dass Menschen mit schweren psychischen Störungen um 16 bis 25 Jahre kürzer als die Allgemeinbevölkerung leben und dass koronare Herzerkrankungen und nicht Suizid deren Haupttodesursache ist.“ (S. 25, als Quelle angegeben: Lancet Editorial (2011) 377:611)

Die Sache mit den vielen Toten weiß auch der zuständige Marburger Richter, der die Menschen genau dorthin schickt, wo er sagt:

Die Unterbringung nach § 63 StGB endet ... durch Tod des Untergebrachten, was viel häufiger vorkommt als man zunächst denkt, angesichts der oft sehr schweren seelischen Erkrankungen der Klientel aber auch nicht verwunderlich erscheint. (S. 11, Autor: Thomas Wolf*)

Hauptgrund sind die Medikamente. Kein Wunder, denn die sind nicht nur wenig untersucht in ihrer Wirkung (siehe Zitate unten), sondern werden ganz absichtlich auch in Bereichen eingesetzt, wo sie gar nicht zulässig sind. Mehrfach finden sich solche Anleitungen im „Praxishandbuch Maßregelvollzug“ - ein offener Aufruf zu Straftaten (gefährliche und schwere Körperverletzung, vielfach mit Todesfolge):

Eine Pharmakotherapie der Dissozialität oder Delinquenz gibt es nicht. Im ‚off label use' können Medikamente bei bestimmten Zielsymptomen/-syndromen aber hilfreich sein. (S. 34, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Zu dem Problem der geringen Evidenz kommt zudem das Problem, dass die empfohlenen Medikamente in der betreffenden Indikation unter Umständen gar nicht zugelassen sind, sodass in nicht unerheblichem Umfang im rechtlich problematischen Off label Bereich therapiert werden muss. (S. 207, Autorinnen: Beate Eusterschulte/Hilla Müller/Anne Rohner*)

Eine Rechtsprechung hinsichtlich einer Off-label-Behandlung, d. h. ein Einsatz von bereits zugelassenen Arzneimitteln in einem nicht von der Zulassung umfassten Bereich, liegt für den Maßregelvollzug nicht vor. (S. 211, Autorinnen: Beate Eusterschulte/Hilla Müller/Anne Rohner*)

Meinung der Klinikchef_innen: Aggression und Rücksichtlosigkeit sind natürlich - Psychiatrien müssen sie bändigen!

Das, was uns als Dissozialität imponiert, ist aus evolutionärer Sicht nichts anderes als eine schlechte Passung zwischen Individuum und Umwelt: In einer früheren Umwelt, in der die Konkurrenz um limitierte (Nahrungs)Ressourcen einen überwiegenden Anteil an Handlungsprozessen beanspruchte, stellten Verhaltensprogramme, die ein hohes Maß an Rücksichtslosigkeit, spontaner Aggressivität und hochentwickelten Raubstrategien beinhalteten, sich als höchst adaptiv, also vernünftig und das Überleben sichernd, dar.

Offenbar haben die Autor_innen neue Evolutionsliteratur nicht beachtet, sondern sind auf dem primitiven Schulbuchwissen hängen geblieben. Ohne ausgefeilte Kooperations- und Kommunikationsstrategien wären die Menschen jedenfalls nie zur dominanten Art auf diesem Planeten geworden. Ihre körperliche Ausstattung ist jedenfalls aus einer individuellen Raubtierperspektive nicht sehr beeindruckend. Auf jeden Fall: Müller-Isberner & Co. halten die Gene für die entscheidende Prägung selbst beim Sozialverhalten von Menschen (wenige Zeilen nach dem obigen Zitat):

Genetische Faktoren
Für das Vorhandensein eines erheblichen genetischen Faktors als Basis antisozialen Verhaltens gibt es eine überwältigende Evidenz.

So konnte gezeigt werden, dass genetische Faktoren zur Entwicklung von Kriminalität, aggressivem Verhalten, Impulsivität, einer dissozialen Persönlichkeitsstörung sowie zu Alkoholismus und Drogenabhängigkeit beitragen. (S. 58f, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Absurd: Die Oberpsychiater_innen behaupten zwar, zu wissen, dass die Gene das meiste prägen, räumen aber kurz danach selbst ein, dass das gar nicht untersucht wurde:

Umweltbedingungen, die antisoziales Verhalten fördern, sind insgesamt weniger systematisch untersucht als biologische Faktoren. (S. 60, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Aber es kommt schlimmer: Nicht nur über die Ursachen von vermeintlichen Geisteskrankheiten wissen die nicht Bescheid, geben aber trotzdem steile Thesen über die Steuerung durch Gene von sich, sie wissen einfach insgesamt wenig bis nichts über ihr Fachgebiet. An neun (!) Stellen finden sich im „Praxishandbuch Maßregelvollzug" Formulierungen, die zeigen, dass wenig oder gar keine Erkenntnisse über die Menschen und ihr Verhalten vorliegen, die da eingesperrt und zwangsbehandelt werden. Drei Beispiele:

Spezifische Literatur zur psychiatrischen Kriminaltherapie ist erst in der Entstehung begriffen (...), wobei wissenschaftliche Erkenntnisse nach wie vor wenig Eingang in die praktische Arbeit finden. Auch heute zeichnen sich nicht wenige Behandlungsprogramme dadurch aus, dass sie schlicht fehlen und im Falle ihres Vorhandenseins häufig schlecht implementiert, unzureichend evaluiert, theoretisch wenig begründet und unvollständig beschrieben und dokumentiert sind. (S. 69, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Empirisches Wissen darüber, wie sich Größe und Organisationsform kriminaltherapeutischer Institutionen auf therapeutische Effizienz und Wirtschaftlichkeit auswirken, fehlt weltweit. (S. 87, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Patienten, die an einer Schizophrenie leiden, stellen die größte Patientengruppe im psychiatrischen Maßregelvollzug dar, im hessischen Maßregelvollzug umfasst diese Gruppe jetzt 50% aller Patienten, nachdem ihr Anteil an den Einweisungen in den letzten 20 Jahren ständig zugenommen hat (Müller-Isberner et al., 2006). Schizophrene Rechtsbrecher sind die Hauptursache für die europaweit zu beobachtende Zunahme forensischer Behandlungsplätze (Hodgins et al., 2007a). Was wissen wir über die Schizophrenen im Maßregelvollzug? Bemerkenswert wenig: ... (S. 147, Autor_innen: Müller-Isberner/Beate Eusterschulte/Hilla Müller*; Eusterschulte wird 2017 Nachfolgerin von Müller-Isberner als Klinikchefin)

Dann ein interessantes Zitat:

Die konditionale Annahme dissozialer Menschen lautet: Wenn ich andere nicht herumstoße, manipuliere, ausbeute oder angreife, bekomme ich nie das, was ich verdiene'. Instrumentelle oder imperative Annahmen sind: überwältige den Anderen, bevor er dich überwältigt', Du bist jetzt dran', Greife zu, du verdienst es', Nimm dir, was du kannst'. (S. 67, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Interessant ist es deshalb, weil hier etwas ja als „krank" und als verbesserungswürdig angesehen wird, was der Kapitalismus fordert und zu dem die Menschen deshalb absichtlich erzogen werden. Oder anders ausgedrückt: Der Kapitalismus wäre die „Krankheit". Das haben die Autor_innen zwar wahrscheinlich nicht gemeint. Aber geschrieben!

Die (gen-gesteuerten Raubtiermenschen) werden dann auch eher wie Maschinen betrachtet, die *„von der Klinik entsprechend eingestellt werden"* müssen (S. 11, Autor: Thomas Wolf*). Die Klinik ist nicht für die Menschen da, sondern diese haben sich der Klinik anzupassen:

Nachdem durch die Aufnahmeprozedur i. e. S. sozusagen der „äußere Rahmen" geschaffen wurde, geht es nun im nächsten Schritt darum, den neuaufgenommenen Patienten in den Behandlungsprozess der Maßregelvollzugsklinik zu integrieren. Umgangssprachlich formuliert: Der Patient soll befähigt werden, den Anforderungen einer Behandlung gerecht werden zu können. (S. 186, Autorinnen: Sabine Eucker/Petra Bauer*)

Fassungslos macht ein Satz in der Mitte des Lehrbuches. Die Autor_innen zeigen, dass sie genauso wissen, dass ihr Handeln von Grund auf falsch ist. Denn: In Freiheit geht alles besser:

Die Meta-Analysen der Straftäterbehandlung zeigen, dass erfolgreiche Programme ... eher in Freiheit als in Institutionen stattfinden. (S. 81, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Die Wirklichkeit ist aber andersherum: Je mehr (Psycho-)Knäste, desto mehr wird eingesperrt:

Andererseits zeigt die Erfahrung, dass höher gesicherte Kapazitäten, so sie einmal zur Verfügung stehen, auch genutzt werden. (S. 89, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Immer mehr werden eingesperrt - und zudem immer mehr von denen, die ohnehin ausgegrenzt werden:

In Hessen, wo Daten kontinuierlich erhoben wurden, ergibt sich folgendes Bild (Müller-Isberner et al., 2006): Während die Bevölkerung von 1990 bis 2006 um 7 % zunahm, verdoppelte sich die Anzahl der Einweisungen gem. § 63 StGB. ... Der Anteil von Patienten fremdkultureller Herkunft hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verzehnfacht. Der Ausländeranteil in der hessischen Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum von 9,5 % auf 12,2 % angestiegen. Die Zunahme von Patienten mit fremdkultureller Herkunft trägt trotz 5-7 Abschiebungen pro Jahr also ganz wesentlich zur Belegungszunahme mit bei. Bemerkenswert ist, dass diese Patientengruppe, die - gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung - im psychiatrischen Maßregelvollzug noch vor 20 Jahren um den Faktor 3,7 unterrepräsentiert war, nunmehr um den Faktor 2,3 überrepräsentiert ist. Mittlerweile hat jeder dritte, als Behandlungsfall aufgenommene Patient einen fremdkulturellen Hintergrund. (S. 85f, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*; folgende Abb. stammt aus einem Vortrag von Müller-Isberner)

Tab. 2: Stichtagsdaten
Anzahl der Patienten, Altersverteilung, kultureller Hintergrund & Indexdelikte

Erhebungsjahr	1991	1993	2000	2006
Pat. Gesamt	258	245	268	382
Ø Alter (J.)	37,2	36,7	39,3	39,7
> 60 J. (%)	4,7	3,3	6,3	5,8
Fremdkulturelle Herkunft (%)	./.	9,0	18,3	28,0
Tötungsdelikt (%)	28,3	26,5	25,8	19,6
Körperverletzung (%)	18,3	21,6	22,0	31,9
Sexualdelikt (%)	27,5	27,4	25,7	24,6
Brandstiftung (%)	12,0	13,1	12,7	11,5
Raub (%)	3,1	5,3	6,3	6,0
Diebstahl (%)	7,0	2,9	3,4	2,6

Jeder Tag Gefangennahme bringt richtig viel Geld in die Kassen der Kliniken. Daher überrascht nicht, dass mehr eingesperrt wird als nötig:

Die langen Unterbringungszeiten bergen grundsätzlich das Risiko, dass „man sich Zeit lässt" ... (S. 205, Autorinnen: Beate Eusterschulte/Hilla Müller/Anne Rohner*)

Auch der keineswegs seltene Missbrauch des psychiatrischen Maßregelvollzuges als verkappte Dauerinhaftierung wird offen benannt: Sicherungsverwahrung und das Fehlen wirksamer Behandlungsmethoden bei einigen Patienten (...) wirft schwer lösbare ethische Fragen auf (...). (S. 253, Autor_innen: Müller-Isberner/Eucker*)

Dabei spielt auch die Logik der Justiz eine Rolle. Sie definiert unumstößliche Wahrheiten. Schreibt genau der Marburger Richter, der zuständig (also: Täter) ist beim Einsperren in die Zwangspsychiatrien (grammatikalischer Fehler im Original):

Ein rechtskräftiges Erkenntnis (s.o. altertümlich, aber gerne gebraucht für „Urteil" oder „Gesamtstrafenbeschluss") darf nicht geändert werden. ... Ein rechtlich falsches Urteil ist falsch, aber eben rechtskräftig und deshalb

bis in alle Ewigkeit gültig. Das ist fernab von jeder medizinischen Kunst, aber die Sicherheit eines gültigen Urteils ist ein zentrales Element des Rechtsstaates. (S. 15, Autor: Thomas Wolf*)

Derselbe Richter aber zeigt dann, dass er Einsperren für richtig hält - selbst wenn es eigentlich nicht (mehr) zulässig wäre. Er ruft offen zum Tricksen auf, um die Menschen im Psychoknast zu behalten:

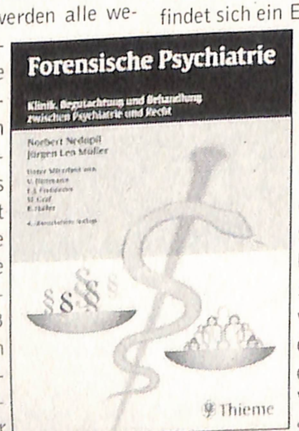
...; die geplante Aussetzung schon im Urteil für sich genommen stellt nämlich keinen rechtlichen Grund für die Fortdauer der einstweiligen Unterbringung dar. Hier ist kluge Phantasie gefragt, warum ein Gutachten länger braucht. (S. 6, Autor: Thomas Wolf*)

* Diese Zitate stammen aus Kapiteln in einer Art Lehrbuch für Zwangspsychiatrie, hauptsächlich verfasst und herausgegeben von den Chef_innen vor allem der Zwangspsychiatrien in Hessen: Rüdiger Müller-Isberner/Sabine Eucker, „Praxishandbuch Maßregelvollzug“ (Hrsg., 2012, Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft in Berlin).

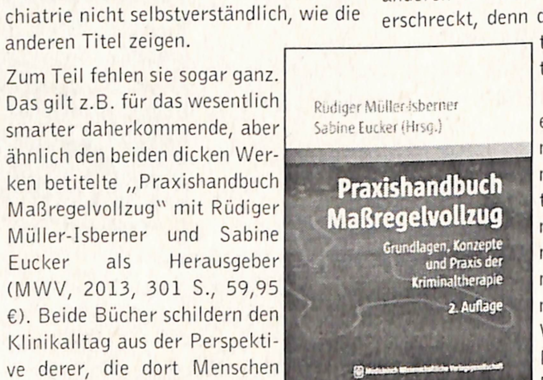
Lehrbücher und Grundlagenwerke zur forensischen Psychiatrie: Kaum versteckte Willkür

Wenn Gerichte feststellen (im Namen des Volkes ...), dass eine Person straffällig wurde, aber zum Zeitpunkt der Strafe unzurechnungsfähig war, können sie ein Urteil fällen, mit dem eine Einlieferung in die geschlossene Psychiatrie verfügt wird. Das ist nicht selten und wird ständig häufiger. Zusammen mit den dort vorläufig Untergebrachten und aus anderen Gründen eingesperrten Menschen bilden die Verurteilten nach § 63 und 64 StGB in den forensischen Psychiatrien, wie die Anstalten des Maßregelvollzugs nach Strafrecht heißen, und sonstigen geschlossenen Einrichtungen eine Art Parallelgesellschaft. Hier schaut kaum noch jemand hin. Die Bediensteten der Zwangspsychiatrien, vor allem deren Leitung, sind uneingeschränkte Herrscher_innen in einem Mikrokosmos der Hierarchien. Einzelne, inzwischen bekannt gewordene Fälle zeigen das. Die Dokumentation des gesamten Grauens steht noch aus.

Einen überraschend ehrlichen Einblick bieten bereits Lehr- und Grundlagenbücher zum Thema, z.B. aus der Medizinisch Wissenschaftlichen Verlagsgesellschaft (Berlin) oder dem Thieme-Verlag in Stuttgart. Wir haben einige unter die Lupe genommen und waren überrascht, wie offen willkürliche, folterähnliche und zum Teil klar rechtswidrige Praxen dort als Standardverhalten hinter Mauern und Stacheldraht propagiert werden - wenn auch mit interessanten Unterschieden im Detail. Als Ausgangspunkt wählten wir zwei Grundlagenwerke mit zum Teil gleichen Autoren (bemerkenswerterweise alle männlich). Das erste heißt „Praxishandbuch Forensischer Psychiatrie des Kindes-, Jugend und Erwachsenenalters“ (MWV, 99,95 €) und wurde herausgegeben im Jahr 2011 von Frank Häßler, Wolfram Kinze und Norbert Nedopil. Auf 741 Seiten werden alle wesentlichen Fragestellungen und Arbeitsbereiche dargestellt. Etliche Autor_innen haben an dem Werk mitgearbeitet. Älter und eher im Ruf als Klassiker zum Thema ist das Werk „Forensische Psychiatrie“ (4. Auflage 2012, Thieme in Stuttgart, 129,99 €). Die 533 Seiten der Hauptautoren Norbert Nedopil und Jürgen Leo Müller sowie ihrer vier Unterstützer

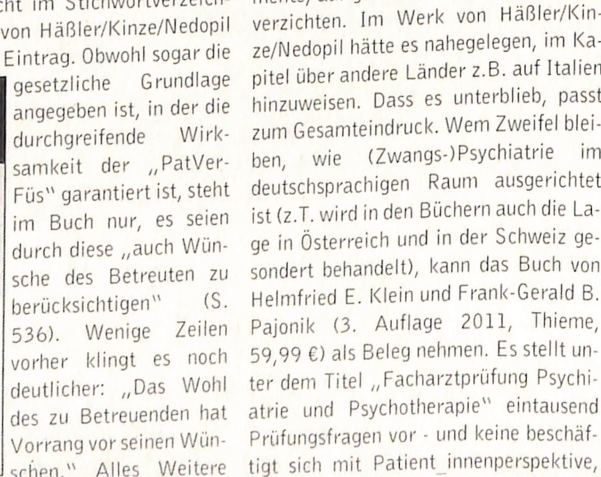


kommen nicht ganz so dick daher, aber durch das enge Schriftbild bietet es mindestens genauso vielen Informationen Platz. Die streng systematische Ordnung mit z.T. vierstufigen Gliederungszahlen verpasst dem Buch einen lexikalischen Eindruck. Das umfangreiche Stichwort- und Literaturverzeichnis hilft ebenfalls dabei. Beide Bücher sind geeignet, einen ausreichend genauen Einblick in rechtliche Grundlagen, Begutachtung, Behandlungsziele und -formen zu verschaffen. Sie gehen systematisch auf alle Fragestellungen ein und behandeln diese präzise, oft mit Beispielen, Zahlen und Tabellen, Quellennennung und Verweisen auf Gesetze und Urteile. Die Patient_innenperspektive und noch mehr deren Rechte kommen in beiden Büchern jedoch recht knapp daher - aber immerhin: Sie und ihre Rechtsgrundlagen werden erwähnt. Das ist in Lehrbüchern zur Zwangspsychiatrie nicht selbstverständlich, wie die anderen Titel zeigen.



Zum Teil fehlen sie sogar ganz. Das gilt z.B. für das wesentlich smarter daherkommende, aber ähnlich den beiden dicken Werken betitelte „Praxishandbuch Maßregelvollzug“ mit Rüdiger Müller-Isberner und Sabine Eucker als Herausgeber (MWV, 2013, 301 S., 59,95 €). Beide Bücher schildern den Klinikalltag aus der Perspektive derer, die dort Menschen festhalten, behandeln und begutachten - allerdings sehr unterschiedlich. Das „Praxishandbuch Maßregelvollzug“ ist oberflächlicher, mitunter wirken die Sätze wie persönliche Äußerungen der Autor_innen. Der Nutzen für die Praxis ist daher eher gering. Die Patient_innen und ihr Blickwinkel kommen im Buch von Müller-Isberner/Eucker gar nicht vor. Die Patient_innenverfügung als zentrales Steuerungsinstrument der Selbstbestimmung von Psychiatrisierten steht auch nicht im Stichwortverzeichnis. Im Werk von Häßler/Kinze/Nedopil findet sich ein Eintrag. Obwohl sogar die gesetzliche Grundlage angegeben ist, in der die durchgreifende Wirksamkeit der „PatVerFüs“ garantiert ist, steht im Buch nur, es seien durch diese „auch Wünsche des Betreuten zu berücksichtigen“ (S. 536). Wenige Zeilen vorher klingt es noch deutlicher: „Das Wohl des zu Betreuenden hat Vorrang vor seinen Wünschen.“ Alles Weitere definieren die Ärzt_innen - unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das ist glatter Rechtsbruch, wie im dritten Buch aus dem gleichen Verlag zu lesen ist. Dort behandeln die Herausgeber_innen Michael Mauer, Matthias Lammel, Steffen Lau und Stephan Sutarski die „Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung“ (MWV, 2011, 143 S., 29,95 €). Danach „muss der Arzt in eigener Verantwortung eine ihm bekannte Patientenverfügung beachten und umsetzen“ (S. 11). Existiert zudem eine bevollmächtigte Person, so ist diese bei Interpretationsfragen entscheidungsbefugt.

Auch dieser Sachverhalt kommt in den anderen beiden Büchern nicht vor. Das erschreckt, denn die in führenden Positionen tätigen Autor_innen scheinen Patient_innenrechte entweder nicht zu kennen oder für so vernachlässigbar zu halten, dass sie diese in einem Grundlagenbuch nicht einmal erwähnen. Die Erfahrungen mit der Praxis von Willkür hinter den Mauern forensischer Psychiatrien passen zu diesem Denken. Dass niemand hinguckt, geben Müller-Isberner/Eucker sogar offen zu: „Die Notwendigkeit solcher Evaluationen ist evident und wurde beschrieben (...), gleichwohl fehlen sie“ (S. 139). Und: „Empirisches Wissen darüber, wie sich Größe und Organisationsform kriminaltherapeutischer Institutionen auf therapeutische Effizienz und Wirtschaftlichkeit auswirken, fehlt weltweit“ (S. 87). Keine Hinweise gibt es auf Experimente, auf geschlossene Psychiatrien zu verzichten. Im Werk von Häßler/Kinze/Nedopil hätte es nahegelegen, im Kapitel über andere Länder z.B. auf Italien hinzuweisen. Dass es unterblieb, passt zum Gesamteindruck. Wem Zweifel bleiben, wie (Zwangs-)Psychiatrie im deutschsprachigen Raum ausgerichtet ist (z.T. wird in den Büchern auch die Lage in Österreich und in der Schweiz gesondert behandelt), kann das Buch von Helmfried E. Klein und Frank-Gerald B. Pajonik (3. Auflage 2011, Thieme, 59,99 €) als Beleg nehmen. Es stellt unter dem Titel „Facharztprüfung Psychiatrie und Psychotherapie“ eintausend Prüfungsfragen vor - und keine beschäftigt sich mit Patient_innenperspektive, -rechten oder -verfügungen. Wer so lehrt und lernt, produziert Verwahranstalten und Folterhäuser.



Hinsichtlich kompakter Wissensvermittlung sei noch die Reihe „Basiswissen“ aus dem Psychiatrieverlag in Köln) erwähnt. Die kleinen Taschenbücher behandeln jeweils ein konkretes Thema und verschaffen dabei einen guten Rundumblick mit Schwerpunkt auf die rechtlichen Bedingungen und konkreten Abläufe. Die Autor_innen stammen aus der Praxis, was ihnen einerseits hilft, die Dinge sehr praxisnah zu schildern. Andererseits führt das zu einem Blickwinkel aus der Sicht der Psychiatrie. Politische und ethische Erwägungen spielen z.B. im Buch „Maßregelvollzug“ von Cornelia Schaumburg (2010, 137 S., 16,95 €) kaum eine Rolle. Verfolgungsbehörden wie die Staatsanwaltschaft werden zur Vertretung der Bürger_innen verklärt (S. 21). Dennoch bleibt: Wer Informationen über die formalen und organisatorischen Abläufe der forensischen Psychiatrie einschließlich der Gerichtsverfahren sucht, liegt mit dem kleinen Büchlein genau richtig.

Zum Schluss sei ein weiterer Betrachtungswinkel benannt: Haben wir nicht alle Macken? Warum sind bestimmte als „krank“ definiert? Und warum werden immer mehr „krank“? Zum einen geht es darum, Abweichungen auszumerzen und am „Wahnsinn“ der Normalität auch noch zu verdienen. Davon handelt das Buch „Die Burnoutlüge“ von Martina Leibovici-Mühlberger (2013, edition a in Wien, 222 S., 19,95 €). Durch die Pathologisierung würden die unmenschlichen Zwänge kapitalistischer Produktionsverhältnisse verschleiert. Schade, dass die Autorin dann nur nach Wegen sucht, das im System zu verbessern. Lesenswert ist die Absage ans Krankheitserfinden aber. Zum zweiten ist es bei den menschlichen Macken wie mit den Drogen: Einige sind erlaubt (z.T. sogar erwünscht), andere nicht. Die Grenzziehung ist Willkür. Kurosch Yazdi beschreibt in seinem Buch „Junkies wie wir“ (2013, edition a in Wien, 203 S., 19,95 €) viele Süchte von Menschen. Einige davon gelten als Krankheit, andere nicht. Manche taugen sogar als Statussymbol, z.B. der ständige Kauf teurer Sachen. Die Wirtschaft profitiert von beidem: Den Süchten wie ihrer Bekämpfung („Heilung“).

Alternativen zur Psychiatrie

Das Werner-Fuß-Zentrum wurde am 8.4.2014 in den Ausschuss Arbeit, Soziales, Gesundheit und Senioren der Bezirksverordnetenversammlung Pankow in Berlin zum Thema Alternativen zur Psychiatrie eingeladen. Da der dort gehaltene Redebeitrag genauso für andere Berliner Bezirke und Gemeinden in der BRD interessant ist, ist er hier abgedruckt (mehr: www.zwangspsychiatrie.de/alternativen-zur-psychiatrie/).

Vorab noch einige Erklärungen. Dass die Bezirke in Berlin in der Verantwortung stehen, steht in der Rahmengeschäftsordnung für die Steuerungsgremien Psychiatrie in den Berliner Bezirken (RGO-SGP), § 1 (2) Zitat: „Der Bezirk trägt als Pflichtversorgungsregion Verantwortung für die Ausgestaltung des regionalen psychiatrischen Hilfesystem". Wie unten erklärt, ist die Zwangspsychiatrie rechtlich eigentlich schon verboten; es gibt nur noch Ermessensspielräume, die - sozusagen mit aller Gewalt - gegen die Betroffenen ausgenutzt werden. Es könnte also eine erfolgversprechende politische Strategie werden, wenn wir uns in Zukunft darauf konzentrieren, dass es zwar so aussieht, als gäbe es Möglichkeiten, den Zwang und die Gewalt der Psychiatrie legal auszuüben, aber in einer größeren Gemeinde, in einem (Regierungs-) Bezirk oder einem Kreistag könnte sehr wohl beschlossen werden, diese Gewalttätigkeit zu bannen, weil man sich im Sinne der Menschenrechte und der Selbstbestimmung, kondensiert in der Behindertenrechtskonvention, auf Gewaltfreiheit festlegt. So könnte der Blick weg von den oberen politischen Gremien, Bundestag und Landtage, hin zu den Gemeinden gelenkt werden. Durch so einen Perspektivenwechsel gibt es auf einmal viel mehr politisch Verantwortliche, die leicht direkt ansprechbar sind. Egal welche Gemeinde den ersten Schritt dann macht, sie wäre vorbildlich für alle anderen.

Der Redebeitrag

1) Wir müssen hier nicht lange um den heißen Brei herumreden, die Frage nach Alternativen zur Psychiatrie ist immer nur die Frage nach der Abschaffung des in der Psychiatrie ausgeübten Zwangs und deren Gewalttätigkeit. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt der Psychiatrie. Entsprechend geht es uns im Weiteren nur um die Zwangspsychiatrie. Alle freiwilligen Angebote können privat bezahlt bzw. auf Wunsch eines armen Betroffenen vom Sozialamt bezuschusst oder sogar ganz übernommen werden. Dagegen ist allen hier im Saal bekannt, dass jedes System mit der Option auf Zwang und Gewalt ein völlig anderes ist, als eines ohne diese Option. Mit der Option auf Zwang gibt es keine freie Entscheidung mehr und deshalb basiert die Psychiatrie immer auf Nötigung. Wenn dort Zwang und Gewalt ausgeübt werden, wird das Opfer nicht nur der Freiheit beraubt, sondern regelmäßig müssen die Betroffenen unter der Drohung, dass jeder körperliche Widerstand gebrochen wird, eine Körperverletzung erdulden. Das hat ungefähr die Qualität einer zu erduldenden Vergewaltigung.

Alternativen zur Psychiatrie gibt es also nur als Alternativen zur Zwangspsychiatrie.

So wie die Kirche mit Inquisition und Folter Macht und Terror ausgeübt hat, so übt die Psychiatrie mit ihrer Option auf Zwang und Gewalt Macht und Terror aus. Wie die Kirche ohne Inquisition nur noch Gläubigen dienen kann, so muss die Psychiatrie endlich gewaltfrei agieren. Die Psychiatrie darf niemanden mehr versuchen zu zwingen, zu glauben, man sei psychisch krank und müsse mit „Psychopharmaka" genannten Drogen oder sogar Elektroschock behandelt werden. Nur wer´s glauben will, soll damit selig werden - Geisteskrank? Ihre eigene Entscheidung! Dazu kommen wir später noch.

Zum Versuch der Rechtfertigung dieser Gewaltausübung gibt es zwei Behauptungen. Die eine ist: die Umwelt müsse vor den angeblich oder tatsächlich „psychisch Kranken" geschützt werden. Diese Behauptung ist verlogen, weil es zum Schutz der Rechte, sowie Leib und Leben der Bürger, ein umfangreiches Regelwerk mit differenzierten Sanktionen gibt, das aber, solange es sich um einen Rechtsstaat handeln soll, für alle Bürger gleich gelten muss. Es darf weder für Herrn Wulff, noch für Juden oder für angeblich oder tatsächlich „psychisch Kranke" ein Sonderrecht geben. Deshalb muss diese besondere rechtliche Diskriminierung der sog. „psychisch Kranken" total abgestellt werden - das ist durch die Behindertenrechtskonvention zwar an sich geltendes, aber leider staatlicherseits völlig negiertes Recht. Als einzige der Gruppen, die von 1939-49 versucht wurden, in Deutschland auszurotten, werden wir immer noch mit staatlichen Mitteln verfolgt.

Die andere Rechtsfertigungsbehauptung ist ganz offensichtlich zynisch und perfide: die Gewalttätigkeit geschehe doch nur zu unserem eigenen Besten, zu unserem Wohle. Das können wir nun ganz einfach feststellen. Wer hier möchte eine positive Vorausverfügung ausfüllen und unterzeichnen? Niemand hier? Also ist es eine faustdicke Lüge, dass es zum Wohle geschehe, im Gegenteil psychiatrische Gewalt wird nur zum Unwohl, zu der Demütigung, Entrechtung und Entwürdigung der Betroffenen ausgeübt - und alle lassen sie zu, weil alle denken, sie trifft nicht mich, geisteskrank sind doch nur Andere.

2) Als nächstes muss ein Missverständnis aufgeklärt werden - das Märchen, dass es zur Überwindung psychiatrischer Gewalt tatsächlich zwei Wege gäbe.

Bei dem einen Weg, wird behauptet, würde durch mehr Geld für Erziehungsmaßnahmen und therapeutische Beschwörungen die Gewalt immer weiter abnehmen, die Gewalttätigkeit umgekehrt proportional zum finanziellen und pädagogischen Einsatz sozusagen asymptotisch gegen Null gehen. Dieses angebliche „Argument" wurde z.B. zu einem zynischen Erpressungsversuch benutzt, als vor einigen Jahren die Kontakt- und Beratungsstellen gedroht haben, bei Kürzungen würden es mehr Zwangseinweisungen geben.

Dieser Weg hat sich als Sackgasse herausgestellt, obwohl seit Mitte der 70 Jahre mehr und mehr Geld für das psychiatrische System aufgewendet wurde. Stichwort ist die sog. „Enthospitalisierung".

Statt weniger sind es sogar mehr Zwangseinweisungen geworden, die Zahl der Entmündigungen - regelmäßig gegen den Willen aufoktroyiert und zur Täuschung „Betreuung" genannt - hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt usw. Allerdings wurden die sprachlichen

Anstrengungen zur Beschönigung der Gewalt verstärkt und die Dekoration in den Anstalten aufgehübscht. Diese Sackgasse führt nur zu einem immer weiter aufgeblähten Apparat, wir nennen das sozialpädagogischen Barock. Das heißt, es soll zur angeblichen „Prävention" noch eine zusätzliche Beratung, einen weiteren Krisendienst, noch eine offene Station, noch eine Werkstatt mehr, und als Sahnehäubchen zur Beschwichtigung auch noch eine sog. „Beschwerdestelle" geben. Alle, die in diesem Gewerbe ihr Geld verdienen, hängen am Tropf der Diagnostizierungen. Sie alle haben ein unmittelbares finanzielles Interesse daran, dass immer mehr Menschen in diesem System gebunden werden. Es sollte sich also niemand wundern, dass anstatt psychiatrische Gewalt zu mindern, sich die Gewalt dieses Systems immer flächiger verbreiterte (die letzte Umdrehung dieser Spirale ist übrigens nun das von Prof. Allen Fraces kritisierte DSM 5).

Der andere und einzig erfolgversprechende Weg ist ein konsequentes und umfassendes Umstellen auf eine gewaltfreie Psychiatrie - also keine weiteren zusätzlichen offenen Stationen. Wenn das geschehen ist, kann man danach sehen, ob, und wenn ja welchen, besonderen Unterstützungsbedarf es - selbstverständlich nur auf freiwilliger Basis - noch gibt.

Also ist die Forderung: keine weitere „Enthospitalisierung", sondern eine gewaltfreie Psychiatrie jetzt sofort.

An sich ist das seitdem das Patientenverfügungsgesetzes 2009 in Kraft getreten ist sogar rechtlich der Fall: Medizinische Gewaltfreiheit ist gesetzlich verankert*. Das Bundesverfassungsgericht hat seit März 2011 drei Mal festgestellt, dass es in der BRD noch nie ein verfassungskonformes Gesetz zur Zwangsbehandlung gab, sie also in dieser Republik noch nie legal war. Jedoch wollen die Gesetzgeber das nicht anerkennen, sondern sind lieber inkonsequent. Vor allem der Ärzte-Richter-Filz will daran festhalten, dass Grund- und Menschenrechte hintergangen werden. Für Zwang und Gewalt gegen psychiatrisch Diagnostizierte werden gesetzliche Spielräume aufgetan bzw. es wird von den Gesetzgebern verbissen versucht, an dieser Gewalttätigkeit festzuhalten. So wurde im Februar 2013 vom Bundestag ein illegales Foltergesetz im Betreuungsrecht verabschiedet. Auf Länderebene wurden im Sommer 2013 in Baden-Württemberg und im Herbst in Hamburg Gesetzesnovellen verabschiedet - sie alle werden in Karlsruhe scheitern. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg haben illegale Novellen in die Landtage eingebracht. Auffällig ist, wie insbesondere von Grünen, der SPD sowie von der LINKEN regierte Länder ganz scharf darauf sind, gewalttätig gegen angeblich und tatsächlich „psychisch Kranke" vorzugehen. Wir finden das ekelerregend, insbesondere, wenn im Fall von DIE LINKE, noch im Wahlprogramm für die Bundestagswahl erstmals in der BRD eine gewaltfreie Psychiatrie versprochen wurde. Das wörtliche Zitat ist: Rechtliche Diskriminierung, insbesondere über psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse, ist aufzuheben.

3) Wenn es hier in Pankow nun tatsächlich um Alternativen zur Zwangspsychiatrie gehen sollte, dann wäre das ein wegweisender Fortschritt. Das Problem würde an der kategorisch richtigen Stelle angepackt, nämlich im politischen Raum, auch wenn die Kompetenzen des Bezirks nur klein scheinen.

Der entscheidende Schritt ist ein Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für eine gewaltfreie Psychiatrie im Bezirk Pankow.

Das heißt, im Bezirk Pankow müssen sämtliche Spielräume genutzt werden, um diesen Beschluss zu verwirklichen, so dass es keine Zwangseinweisungen und sowieso keine Zwangsbehandlungen mehr gibt. Dieser Beschluss wird eine erhebliche mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Weiter ausbuchstabiert bedeutet der Beschluss:

- Der sozialpsychiatrische Dienst wird von der BVV angewiesen, keinerlei Zwangseinweisungen mehr vorzunehmen. Dazu müssen alle Mitarbeiter eine Verpflichtungserklärung unterschreiben oder sie müssen ausgetauscht werden gegen Personen, die dazu bereit sind.
- Der Chefärztin der Psychiatrie im Krankenhaus Weißensee, der Gewaltverteidigerin Frau Dr. Hauth, wird von der BVV das Misstrauen ausgesprochen. Sie wird aufgefordert, sich woanders eine Tätigkeit zu suchen. Sie wird durch einen Chefarzt ersetzt, der schon bewiesen hat, dass er für eine gewaltlose Psychiatrie steht. Das könnte z.B. der Chefarzt der Psychiatrie Heidenheim, Herr Dr. Martin Zinkler, sein, oder möglicherweise einer seiner OberärztInnen.
- Die Polizeiwachen im Bezirk werden von der BVV informiert, dass eine Polizei, die die Bürger im Bezirk ernst nehmen will, niemanden mehr in der Psychiatrie abliefern darf, der bzw. die das nicht ausdrücklich verlangt. Sämtliche Ermessensspielräume müssen genutzt werden, dass nur dann, wenn Straftaten begangen wurden, eine Festnahme, aber keine Psychiatrisierung erfolg. (Ausnahmeregelung unten).
- Die Gerichte im Bezirk werden von der BVV informiert, dass ein Gericht, das den Bürgerwillen im Bezirk ernst nehmen will, weder eine Zwangseinweisung oder Zwangsbehandlung beschließt noch eine Betreuung gegen den erklärten bez. natürlichen Willen einrichtet oder fortsetzt.
- Zusätzlich werden in allen öffentlich zugänglichen Räumen des Bezirks PatVerfü Kärtchen in Ständern vorgehalten, so dass alle Bürger Zug um Zug über diese rechtlich verbindliche Möglichkeit informiert sind.

Wenn im Bezirk tatsächlich der politische Wille dafür da ist, eine völlig gewaltfreie Psychiatrie zu verwirklichen und dafür alle vorhandenen Spielräume zu nutzen, sind wir gerne und jederzeit bereit, dafür an einer Stelle Verantwortung zu übernehmen, die Entscheidungen zur Umsetzung fällt, z.B. als PsychiatriekoordinatorIn.

Kurz noch zu einer nötigen Ausnahmeregelung: Alle, die psychiatrische Gewalt für sich selbst zulassen wollen, aber auch nur die, müssen dafür eine entsprechende Zwang autorisierende Patientenverfügung unterschreiben (siehe z.B. diese positive Vorausverfügung: www.psychiatrie-erfahren.de/positivestestament.htm). Nur für diese Personen ist eine geschlossene Station im Bezirk vorzuhalten. Für diese speziellen Vorausverfügungen wird im Bezirk eine Datei aufgebaut, in der diese registriert werden müssen. So kann allen, die Zwang zulassen wollen, auch mit Gewalt geholfen werden (z.B. nach einem Selbsttötungsversuch). Diskreten Zugriff auf diese Datei müssten Polizei und Feuerwehr, sowie Psychiatrie und Richter haben.

Als letztes noch ein ganz einfach zu verwirklichender Wunsch. Der systematische ärztliche Massenmord in der Gaskammer, der die Blaupause für den anschließenden systematischen Mord in den Vernichtungslagern war, sollte erinnert werden. Dazu schlagen wir folgende Erinnerungshilfe vor dem Rathaus von Pankow vor. Eine Tafel analog der vor dem KaDeWe mit der Beschriftung:

Orte ärztlichen Massenmords, die wir niemals vergessen dürfen: Brandenburg - Bernburg - Pirna Grafeneck - Hadamar - Hartheim

Hinweis: Alle einwilligungsfähigen Erwachsenen haben sowieso das letzte Wort bei jeder medizinischen Behandlung, genannt „informed consent". Für alle Einwilligungsunfähigen ist im § 1901a BGB gesetzlich geregelt, dass das gemacht werden muss, was im Voraus in einer Patientenverfügung verfügt wurde. Bei allen Einwilligungsunfähigen, die keine oder keine auf die Situation anwendbare Patientenverfügung gemacht haben, muss der mutmaßliche Wille anhand von konkreten Anhaltspunkten, also beweisbaren Tatsachen ermittelt werden. Irgendeine projektive Unterstellung eines Arztes, Richters, Betreuers oder Bevollmächtigten, also eine Behauptung ohne konkrete und beweisbare Anhaltspunkte ist unzulässig. Eine solche projektive Unterstellung als Rechtfertigung wäre ein Verbrechen gegen das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit des Betroffenen. Der Gesetzestext ist eindeutig: Der mutmaßliche Wille ist aufgrund konkreter Anhaltspunkte zu ermitteln. Wenn es keine Beweise gibt, darf das genauso wenig wie ein Schweigen als eine Zustimmung zu einer Gewaltmaßnahme und gegen den aktuell erklärten Willen gewertet werden. Diese Beweise gibt es unserer Erfahrung nach nie.

Aktionen

Zitat: F. K. Waechter

Warum schreibt und komponiert ihr nicht?! Warum malt und modelliert ihr nicht?! Warum schreit und randaliert ihr nicht?!

jb Würden Gewerkschaften zu Tarifrunden gehen, aber im Falle des Scheiterns weder streiken noch irgendetwas anders tun können, um Druck auszuüben, so wäre ihr Gang zu den Inhaber_innen der Produktionsmittel sinnlos. Leider sind in Deutschland Streiks aber eher selten, obwohl diese ein völlig legales und ziemlich zurückhaltendes Mittel sind. Fabrikaneignungen oder Sabotage würde den Ausbeuter_innen von Mensch und Natur mehr weh tun. Die Folge: Deutschland ist Billiglohnland, Weltmeister in Überstunden und gezeichnet von physisch-psychischer Zerstörung durch den Arbeitsalltag. Doch sind schon die Gewerkschaften ein Beispiel, wie politische Kampfkraft in diesem Land schwächlich ausfällt, so sieht es darüber hinaus meist noch düsterer aus: Fast überall bieten gesellschaftliche Akteur_innen gar nichts anderes außer Bittstellerei und Lobbyarbeit, Appelle an die Mächtigen - kombiniert mit Spenden- und Mitgliedersammeln. Es ist fast ein Wunder, dass es trotzdem den einen oder anderen Erfolg gibt bzw. Schlimmeres manchmal verhindert oder wenigstens abgemildert wird.

Doch es geht anders. Das sollen die nächsten Seiten zeigen. Sie bieten Einblicke in Handlungsmöglichkeiten. Diese sind immer nur kurz angerissen. Dieser kleine Text ersetzt nicht den Direct-Action-Reader, die spezielleren Aktionshefte (auf www.aktionsversand.de.vu zum Bestellen oder Download) oder als riesige Fundgrube von Beispielen, Tipps und Texten die Internetseite www.direct-action.de.vu. Ebenso sollen die vielen anderen Formen der Einmischung weder vergessen noch herabgewürdigt werden. Von Selbsthilfegruppen bis zu politischer Beratung hat alles seinen Sinn, wird hier aber nicht weiter ausgeführt, weil sich dieser Text speziell um Aktionen dreht. Kritik der Psychiatrie ist mehr als Aktion, aber sollte auch das sein bzw. werden. Die wachsende Vielfalt unterschiedlicher Handlungsformen würde sich nämlich gegenseitig stärken. Wer mit Politiker_innen oder Kliniken verhandelt, hat eine stärkere Position, wenn draußen auf der Straße Druck gemacht wird. Gerichte, Psychiater_innen oder Polizei werden Patient_innenverfügungen und andere Schutzrechte eher anerkennen, wenn sie wissen, dass da draußen Menschen aufpassen und laut sein können. Eher dumm wäre es, das nicht zu nutzen - noch dümmer, sich in peinlicher Unterwürfigkeit von anderen Aktivitätsformen zu distanzieren. Das nähme genau die Stärke weg, die Zwangspsychiatriekritik braucht!

Fangen wir also an, Aktionsformen zu beschreiben - und hoffentlich Appetit zu machen, das Spektrum auch zu nutzen. Denn es ist vieles möglich. Entdecke die Möglichkeiten ... Die Beispiele, die im Folgenden genannt werden, stammen aus verschiedenen politischen Feldern. Zur Kritik an Psychiatrie ist wenig dabei, weil es dort bislang nur wenige Aktionen gab. Das sollte sich ändern - und hoffentlich dann zukünftige Hefte Stück für Stück mit Berichten davon gefüllt werden. Bis dahin müssen die Ideen von den hier genannten Themen auf Anwendungen zum Thema Psychiatrie bzw. vor oder in psychiatrischen Einrichtungen und deren Trägern übertragen werden. Wir fangen an, wo es noch ziemlich normal wird: Die Demonstration. Auch die kann aber schon mehr sein als Stehen, Gehen, Jammern und wieder nach Hause fahren.

Kreativ demonstrieren ...

Einen Vorteil hat die Zwangspsychiatrie ja: Direkten Zwang darf angesichts des Gewaltmonopols nur der Staat anwenden, also nur er darf gegen den Willen der Betroffenen erschießen, prügeln, fixieren, spritzen ... Folglich müssen Gefängnisse aller Art (Knast, Psychoknast, Abschiebelager ...) unter der Regie des Staates laufen, auch wenn der versucht, soviel wie möglich zu privatisieren, damit nicht die Allgemeinheit, sondern nur Einzelne an dem Ganzen verdienen. Der Staat aber ist grundrechtsgebunden, d.h. es gelten Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht usw. Das lässt sich nutzen und verschafft Vorteile. Dabei muss es nicht immer die übliche Latschdemo sein, denn das Versammlungsrecht schreibt nicht vor, wie eine Versammlung auszusehen hat. Es ist eher eine Erfindung der meist langweiligen politischen Organisationen in diesem Land, dass jede Demo aus Reden anhören, latschen, Reden anhören, nach Hause fahren besteht. Es geht viel mehr - und das soll im Folgenden kurz angerissen werden. Mehr findet Ihr in der Aktionsbroschüre „Kreativ demonstrieren". Trotz ihrer Begrenztheit beginnen wir aber mit der klassischen Versammlungsform.

Klassische Demo

Schon die 0-8-15-Nummer bringt Bewegung in die Sache. Bunt, laut, mit Spruchbändern und Flyern - das ist vor den Türen und Fenstern der Psychoknäste etwas Neues. Es schafft auch Chancen der direkten Kontaktaufnahme mit den Betroffenen, aber auch mit Angehörigen oder denen, die in der Psychiatrie ihren Job verrichten.

Variable Demoformen

- Kreide: Optimal, um Wege und Straßen mit Sprüchen zu verschönern oder auf Herrschaftsdurchgriffe in der Öffentlichkeit zu reagieren. Wo das Wetter irgendwann wieder alles wegwäscht, ist Kreide legal. So können einerseits Parolen gut sichtbar untergebracht und der Weg der Demo passend umgestaltet werden. Bei den Protestmärschen zur Vitos-Psychiatrie in Gießen war hinterher der gesamte Weg voller Parolen. Andererseits ist Kreide auch ein kreativer Umgang mit Repression. Polizeifahrzeuge oder einzelne Polizist_innen lassen sich per Spruchblasen auf dem Boden kommentieren.



Kreidemalen bei der Vitosklinik Gießen

- Lieder: Lustige Sprechgesänge und Lieder können eine Demo, aber auch andere Aktionen, lustiger und bunter gestalten. Mehr siehe unter Straßentheater ...
- Flash Mob (laut Wikipedia): Zunächst wird ein Aufruf von einem Urheber erfasst und via Online-Communitys, Weblogs, Newsgroups, E-Mail-Kettenbriefe oder per Mobiltelefon verbreitet. Dabei wird ein öffentlicher Ort als Treffpunkt und ein genauer Zeitpunkt angegeben. Zumeist werden auch Informationen über die Aktion selbst und evtl. mitzubringende Gegenstände oder zu tragende Kleidung mitgegeben. Sollte die genaue Aktion nicht bekannt sein, treffen sich die Teilnehmer zunächst an dem vereinbarten Ort für die notwendigen Absprachen. Dann startet der Flash-Mob dadurch, dass jemand zum vereinbarten Zeitpunkt mit der vereinbarten Aktion beginnt und die anderen Teilnehmer_innen

rasch einsteigen. Diese wie aus dem Nichts blitzartig entstehende Bildung des Mobs und das identische Handeln der Personen im Mob (z. B. applaudieren, telefonieren mit gleichen inhaltlichen Texten), sind typisch für Flashmobs. Für die unwissenden Passanten ist der Flashmob völlig überraschend und die Tätigkeit erscheint zumeist sinn- und inhaltslos. Der Flashmob endet durch ein vereinbartes Signal, eine erreichte Zeit, oder das natürliche Ende der Aktion (z.B. beim gemeinsamen Singen von „O du fröhliche" im Sommer nach der letzten Strophe). So schnell, wie die Menschen zusammengekommen sind, löst sich ihre Gruppe vor den Augen der häufig verdutzten Zuschauer auch wieder auf. Möglich überall, auch in/vor Gerichten oder Kliniken ...

- Critical Mass: Auf Rädern (Fahrrad, Inliner ...) auf den Straßen unterwegs sein, einfach chaotisch und immer in Bewegung. Den Verkehr chaotisieren - aber das Ganze nicht als organisierter Block, sondern wie ein zufälliges Zusammentreffen vieler Menschen, die unabhängig was voneinander tun (fahren, Kreidemalerei, Flugis verteilen). Eine Demo? Nein, wo denn? Ein_e Versammlungsleiter_in? Ist doch gar keine Gruppe hier, ich bin ganz zufällig grad hier am Langfahren ... usw.
- Reclaim the ... streets/fields/factories/...: Gemeint ist die Wiederaneignung des Raumes für ein freies und buntes Leben. Das können Parties auf Straßen, ein Garten auf der öden Kurzrasenfläche (z.B. vor der Klinik?) oder ein selbstverwalteter Betrieb in der Ausbeutungs- oder stillgelegten Fabrik sein. Zum Schutz vor Räumungen sind Ankettvorrichtungen oder erkletterbare Türme (Dreibeine, sog. „Tripods") üblich.
- Bunte Aktionsmischungen: Warum nur eine Demo? Es gehen auch mehrere - über die Stadt verteilt, mit unterschiedlichen Aktivitäten, aber dadurch an mehreren Orten gleichzeitig. So lassen sich mehr Menschen erreichen und die Wirkung erhöhen. Irgendwo wird Theater gespielt, eine Gruppe agiert mit Kreide, zwei Kleingruppen sind mit Lautsprechern unterwegs - immer sind Flugblätter dabei.

Mehr Ideen und genauere Beschreibungen enthält die Broschüre „Kreativ demonstrieren" (Download oder Bestellung für 1 € über www.aktionsversand.de.vu).



Demo in Limburg am 23.8.2014

Subversion: Die eigene Gegendemo

Subversiv denken heißt, im Kopf einen Salto zu vollziehen. Die eigene Position wird dadurch (und oft viel wirksamer!) vermittelt, dass die Gegenposition eingenommen und karikiert wird. Das nimmt zudem denen, gegen die sich Protest richtet, den Raum genommen, selbst aufzutreten. Weil sich mit solchen Methoden oft viel erreichen lässt, gibt es unter dem Titel „Kommunikationsguerilla" dazu noch ein Extra-Kapitel. Hier soll aber schon mal die Idee der Gegendemo beschrieben werden. Sprich: Ihr demonstriert gegen Euch selbst bzw. für die andere Seite - gleichzeitig, vor und/oder nach Euren eigenen Aktivitäten. Wer also zu einem Thema aktiv ist, kann eine Gegengruppe erfinden bzw. eine vorhandene imitieren. Wie wäre es dann mit einer Demo für die Psychiatrisierung von Leuten, die notorisch Essen anbrennen oder das Licht angeschaltet lassen, die immer wieder im Halteverbot parken, ständig in jede Kamera reden, beim Abwaschen kleckern oder beim Sex immer oben liegen wollen. Oder eine Lichterkette für die notleidende Industrie zur Herstellung von Psychopharmaka oder Fixiergurten. Das Ganze kann ernst oder skurril sein, in jedem Fall schafft es einen deutlich kommunikativeren Rahmen als nur eine „Normal-Demo". In die scheinbar echte Debatte mischen sich schnell mehr ein ...

Pro & Contra (oder besser Chancen und Risiken): Demonstrieren

Demo - das ist das Konzept politischen Ausdrucks auf der Straße. Die Vormachtstellung innerhalb politischer Bewegung Deutschlands hat nichts mit der besonderen Qualität und Durchschlagskraft von Versammlungen zu tun, sondern mit der Ängstlichkeit und Autoritätsgläubigkeit selbst derer, die Protest organisieren. Gänzlich sinnlos sind Demos aber auch nicht. Sie können ein Baustein vielfältiger Aktionskonzepte sein. Listen wir also ein paar Vorteile/Chancen auf:

- Besser als nichts: Demonstrieren bedeutet, sich öffentlich zu zeigen. Das ist in jedem Fall besser als nichts, auch als die Selbstbeschränkung auf Treffen ohne Außenwirkung oder tagebuchähnliche Blogs für Insider.
- Es geht mehr: Außerdem engt das formale Versammlungsrecht weniger ein als es scheint. Die Anmeldung als Demonstration (oder bei aktuellen Anlässen auch ohne Anmeldung, siehe www.demorecht.de.vu) eröffnet eigentlich nur den Raum. Wie er gefüllt wird, ist weitgehend offen.
- Demonstrationsrecht bricht allgemeine Verordnungen: Polizeirechtliche Maßnahmen (Kontrollen, Platzverweise, Gewahrsam) sind gegenüber Teilnehmer_innen von Versammlungen ebenso unzulässig wie Hausverbote auf der Versammlungsfläche. Das gilt zwar nur während der Demo, aber immerhin - und hebt bestehende Verbote zumindest für die Zeit der Versammlung auf.

Dennoch sei auf einige Gefahren hingewiesen. Diese stammen aus der Praxis politischen Protestes.

- Zur Begleitfolklore des Unabwendbaren werden: Versammlungen sind meist Appelle an die Mächtigen. Sie können diese zwar nerven, stören aber tatsächlich nur begrenzt. Die Mächtigen bleiben unangefochten, sie können die Demos aussitzen. Am Tag danach ist alles wieder wie vorher. Entwickeln sich Versammlungen zur Routine, ohne zusätzlichen Druck zu entfalten, werden sie selbst zur Normalität - so wie Lichterketten gegen Rassismus oder Mahnwachen gegen Kriege, die längst zum integrierten Bestandteil des Schreckens geworden sind.
- Sich in enge Formen pressen lassen: Das Versammlungsrecht schafft nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch Grenzen. So sind „Passivbewaffnung" (Anketten, Festbinden, Schutzhelm usw.) und Vermummung in einer Demo verboten, außerhalb aber oft kein Problem. Schlaue Mischungen helfen, um alle Stärken zum Ausdruck zu bringen.

Niemand ist gezwungen, so langweilig zu agieren wie die meisten politischen Gruppen in Deutschland, wenn sie „Demo" machen. Wenn das Mittel flexibel eingesetzt, kann es hilfreich sein. Doch auch bei kreativem Gebrauch hat es Grenzen. Daher ist wichtig, weitere Aktionsformen im Blick zu haben.

Kreative Aktionen auf Straßen, Plätzen, in Restaurants, U-Bahnen und mehr

Von den vielen weiteren Aktionsmöglichkeiten seien einige ausgewählt und beschrieben. Sie wirken vor allem in öffentlichen bzw. kommunikativen Räumen - also den Plätzen, wo Menschen besonders gut erreicht werden können.

Aktionen im Alltag

Der Alltag hat einen Vorteil, der vielfach als Nachteil empfunden wird: Er ist immer da, mensch muss also nicht extra nicht hin-, kann

Was ist Direct Action?

(Quelle: www.direct-action.de.vu)

„Direct Action" ist eine Form kreativen Widerstandes, die wir als Teil gesellschaftlicher Intervention gegen Herrschaft und Verwertung sowie als Eröffnung von Diskussionen um visionäre, emanzipatorische Gesellschaftsformen verstehen. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung, versucht aber, Erstarrungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...) oder das Gegeneinander aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

„Direkte Aktion" ist mehr als nur mal hier eine Blockade oder da ein Steinwurf. Sie ist eine Methode, ein Aktionskonzept und eine Idee für eine Politikform, die nicht mehr nur Einzelnes angreift - aber auch mehr will als schwächliche Miniveränderungen innerhalb von umweltzerstörenden und menschenverachtenden Verwertungs- und Herrschaftsstrukturen. Direkte Aktion will die Köpfe erreichen. Und den Kopf benutzen. Das erste Ziel einer direkten Aktion ist die Schaffung eines „Erregungskorridors" in der Gesellschaft: Aufmerksamkeit, Irritation, Freude oder Wut sind alles solche Formen. Wie das erreicht werden kann, ist vielfältig: Kommunikationsguerilla, verdecktes Theater, Blockade von Castor-Zügen, Sabotage, Internet-Hacken usw. Wo die Erregung entsteht, ist dann Platz für politische Positionen und Visionen. Aber auch deren Vermittlung will durchdacht sein, d.h. Ideen für kreative Vermittlungsformen sind nötig. Direkte Aktion ist alles drei: Die kreative, direkte Aktion, der entstehende Erregungskorridor und die politischen Positionen/Visionen. Die Qualität entsteht auch durch Übung: In Workshops und Trainings kann über direkte Aktionen geredet und an konkreten Beispielen geübt werden, wie Langeweile und Wirkungsarmut politischer Arbeit überwunden werden.

aber auch nicht weggehen. Herrschaft in all seinen Ausformungen durchzieht die Gesellschaft bis in den letzten Winkel. Das ist bedrückend, aber schafft Gelegenheiten. Wer aufmerksam durch den Tag wandelt, bemerkt tausend Stellen, an denen kleine Zeichen gegen das genormte Dasein hinterlassen werden können. Das gilt auch für die Einteilung in „krank" und „gesund", in „normal" und „irre", in die Ausgrenzung des Andersartigen. Eine hohe Aufmerksamkeit, die Dinge zu entdecken, ist der wichtigste „Ausrüstungsgegenstand" für den Widerstand im Alltag. Dazu kommt, sich gezielt Aktionstechniken anzueignen, um diese situationsbezogen einsetzen zu können. Im Folgenden sollen kleine Interventionen in die Welt beschrieben werden - einschließlich der Accessoires, die mensch dafür braucht. Vielleicht habt ihr immer eine Aktionssammlung dabei habt, um nie mehr ohnmächtig daneben zu stehen.

- Wachsmaler, dicker Filzstift („Edding"): Spontane Veränderungen auf Plakaten, Toiletten, Behörden usw. Stifte aus Plastik werden von Metalldetektoren (oft an Eingängen von Polizeistationen, Gerichten, ...) nicht bemerkt.
- Konfetti: Autoritätspersonen oder Macker_innen werden durch Konfetti ein wenig „dekonstruiert".
- Parfüm: Es kratzt an Autorität und dürfte peinlich wirken, wenn Uniformierte „plötzlich" anfangen, nach Rosenblüten zu „duften".
- Leere Plakate/Stoffe sind in Kombination mit dicken Stiften immer gut, um spontan auf Situationen reagieren zu können, z.B. um bei einer Festnahme den Beamt_innen zu folgen mit gehobenem Plakat (Aufschrift: „Hier findet eine ... Gewaltmaßnahme statt").
- Mars-TV-Ausstattung (Aktionsbeschreibung folgt noch)
- Leere oder ergänzbare Aufkleber helfen, um sexistische Magazine zu kommentieren, Produkte zu entwerten („Dieses Produkt ist entwertet - alles für alle statt Eigentum"), Lichtschalter („Zwangspsychiatrie ausschalten") oder Klotasten („Krank-Definitionen runterspülen") als Fläche für Slogans nutzen zu können. Briefetiketten in Verbindung mit einem Stift reichen.
- Kleber: Sekundenkleber kann Schlösser unbrauchbar machen, Türen ganz verschließen (in Türrahmen schmieren) und vieles lahmlegen (Tasten, Knöpfe, ... nix geht mehr). Klebeband dient zum Plakatieren, aber auch um Bewegungsmelder, Lichtschranken usw. unauffällig zu blockieren. Vor Videokameras können lustige Bildchen, Straßendreck u.ä. gehängt werden. Achtung: Auf Fingerabdrücke auf dem Klebeband achten!
- Achter-Vierkantschlüssel oder wahlweise Mehrfach-Innenschlüssel (Vierkant, Dreikant usw.): Das Allround-Werkzeug, um in Zügen und Bahnhöfen an Sprechanlagen zu gelangen, Türen zu öffnen oder zu schließen, Klappen im Zug zu öffnen (z.B. um was zu verstecken) usw. - auch praktisch für Lebensmittelcontainer, wenn Einkaufen mal nichts kosten soll.
- Kreide: Der Sinn wurde schon beschrieben. Sie ist das Allround-Vermittlungswerkzeug.
- Ereigniskarte „Sie kommen aus dem Gefängnis frei": Hilft zwar nicht wirklich gegen Festnahmen, ist aber lustig.
- TV B Gone (oder ähnliches): Klein, unauffällig und nur für spezielle Orte einsetzbar ist der Infrarotstrahler am Schlüsselring. In ihm sind viele Frequenzen der Ein-/Ausschaltimpulse für Fernsehgeräte oder Beamer gespeichert. Richtet mensch nun das Gerät auf solche und drückt den einzigen Knopf, den das Gerät hat, so dauert es meist ein paar Sekunden - und dann ist der Fernseher aus. Oder an. Das bietet interessante Chancen, z.B. auf Veranstaltungen, Wahlpartys, im Unterricht oder wo auch immer das Aus von Propaganda oder auch nur des ständigen Gaffens erwünscht sein kann.
- Trillerpfeife, Alarmstift u.ä.: Zum Lärmmachen überall. Alarmstifte sind kleine, batteriebetriebene, extrem schrill-laute Sirenen. Sie sollen z.B. Angreifer_innen in der Nacht abschrecken. Aus ihnen wird ein Stift gezogen oder eine Taste gedrückt und das Ding irgendwo hingeworfen. Es kann nicht ausgeschaltet werden. Wenn es also bei einer Veranstaltung irgendwo oben auf einem Gerüst oder in einem Ablauf landet, wo niemand so schnell rankommt, ist es vorbei mit dem Labern, Feiern, Heldengedenken oder was auch immer grad läuft.
- Plastikkartenhalter: An Hemdtasche oder anderswo befestigt, gibt so ein transparenter Visitenkartenhalter schnell ein förmliches Aussehen. Am besten gleich mit vielen Karten füllen und immer die passende nach vorne holen - je nach Lage: Sicherheitsdienst, Presse, Umsonstfahren (wenn mensch es offensichtlich macht, ist es keine Straftat!), Kontrolletti, „Ich bin auch wichtig" ... oder was mensch mal kurz sein oder zeigen will.

Straßentheater

Laut, bunt, voller Bewegung, geheimnisvoll: So oder durch Einbeziehung der Passant_innen lässt sich eine Performance auffällig gestalten. Eine der wichtigsten Entscheidungen ist der Ort, denn ein Straßentheater muss dort, wo Menschen nur vorübergehen, ja so attraktiv sein, dass sie stehen bleiben. Sonst verfehlt es seine Wirkung. Das aber dürfte schwierig sein. Es gibt aber zwei Alternativen. Zum einen kann ein Ort gewählt werden, wo die Menschen nicht fliehen, z.B. ein Straßenbahn- oder Zugwaggon, ein Laden, ein Restaurant oder ein anderer Innenraum voller Menschen. Zum anderen kann das Theater eine konkrete Runde Menschen direkt in den Bann ziehen. Als Beispiel dafür seien „Mars-TV" und die Clowns Army beschrieben.

- Mars-TV: Mars-TV ist eine lustige Form, die heutige Gesellschaft in Frage zu stellen oder der Repression frech zu begegnen. Während Aktionen stattfinden, so z.B. Demos oder Blockaden, können Teams von als Marsianis verkleideten Aktivisten umherschwirren, Polizisten oder Bürger befragen oder einfach nur im Weg sein (eine genauere Beschreibung möglicher Dialoge siehe unten). Das kann durch lustige Verkleidungen zur Deeskalation

führen, aber auch eine kreative Form der Vermittlung zu einer bestimmten Aktion sein. So z.B. bei einer Tierrechtsaktion zum Thema Pelzhandel in der Bielefelder Innenstadt, wo Fußgänger gefragt wurden, ob es auf der Erde üblich sei, Verwandte zu ermorden, um sich in ihrer Haut vor der Kälte zu schützen. Oder bei Fahrkartenkontrollen interviewt ihr Fahrgäste und Kontrollettis, was der Sinn vom Bezahlen ist, ob die Züge dadurch schneller fahren, was der gigantische Kontrollaufwand bringt usw. Das Team muss mindestens aus drei Marsmenschen bestehen: ein_e Moderator_in/Interviewer_in und zwei weitere Personen, die einen aus Stoff ausgeschnittenen Fernsehbildschirm halten. Hinter dem Bildschirm steht die_der Interviewer_in und stellt knackige Fragen. Die Polizei kann bei Eintreffen in die Aktion gut mit einbezogen werden. Auch bei Repression gegen Demo oder Blockade usw. kann Mars-TV sehr gut einschreiten.

- Clowns Army: In deutlich skurrilen Armeeuniformen verkleidet verhalten sich die Spieler_innen extrem albern-nervig. Zwar agieren sie als Gruppe (z.B. dort Gleichschritt oder militärischem Gruß), aber alle wählen eigene Formen des Störens von Seifenblasen über Trillenpfeifen oder Singen. So stören sie offizielle Anlässe oder belästigen Ordnungshüter_innen.

Eine besondere Möglichkeit ist das versteckte Theater. Gemeint ist eine gespielte Situation, von der aber nicht auffällt, dass sie künstlich erzeugt ist. Beispiele, die es schon gegeben hat:

- Gratis„einkauf“ (Kritik an Preisen): Ein Mensch sammelt Waren im Supermarkt ein, geht zur Kasse und sagt dann während des Einscannens etwas wie „Ich habe übrigens kein Geld. Aber es ist doch genug für alle, da kann ich das doch auch so mitnehmen, oder?“ In der Regel entsteht ein Gespräch. Sinnvoll ist das alles, wenn Schlangen an den Kassen sind. Denn die Menschen dort sind der angesprochene Kreis. In dieser Schlange können - unerkannt - weitere Personen aus der versteckten Theatergruppe sein, die je nach Lage in das Gespräch eingreifen.
- Wegguckeritis: Ein sexistischer, rassistischer oder sonst diskriminierender Übergriff wird im öffentlichen Raum (Fußgänger_innenzone, Restaurant, Waggon, Schulhof ...) nachgestellt. Danach diskutieren Menschen, die nicht an der eigentlichen Szene beteiligt waren, mit den Umstehenden darüber, warum sie weggeguckt/nicht eingegriffen haben (bzw. für den seltenen Fall, dass jemand eingreift, warum das gut war).

Viele weitere Beispiele sind möglich. Etliche finden sich zusammen mit Tipps auf der Infoseite zu Straßentheater: www.mars-tv.de.vu.

Darbietungen

Langweilige Latschdemos bringen wenig Kommunikation. Reines Flyerverteilen erinnert an Firmen oder Sekten. Es lohnt daher, sich kleine Sachen auszudenken.

- Musik: Selbst komponieren oder, meist einfacher und schneller, bekannte Melodien mit neuem Text versehen. Dann können auch andere gleich mitsingen. Wer Liederzettel an die Umstehenden verteilt und sie zum Mitsingen/-gröhlen einlädt, kann so auch Gespräche anzetteln. Beispiele für kreative Texte auf populäre bis peinliche Musik als Gag und Aufmerksamkeitsstifter (mit Akkorden) unter www.projektwerkstatt.de/lieder. Sie mögen eher als Anregung denn als Kopiervorlage dienen. Manches ist sehr einfach. Dichtet doch selbst mal weiter: „Im Ort hier steht ein Irrenhaus, wir holen alle Irren raus, damit in dieser öden (schönen?) Stadt, das Menschenrecht 'ne Chance hat“ ...
- Tanzen: Auf der Straße tanzen und dabei politische Inhalte (per Parolen, Spruchbänder, Kreide usw.) rüberbringen. Kann bei politischer Ausrichtung als Demo angemeldet, um auch den Straßenraum zu erobern.
- Artistik: Alles flutscht besser, wenn es spektakulär rüberkommt. Schon das Verteilen von Flugblättern geht besser vom Einrad oder von hohen Stelzen. Akrobatik kann Menschen ebenso aufmerksam machen wie Musik oder Theater. Andere können dann den Zuschauenden Flyer in die Hand drücken.
- Straßengemälde oder wenigstens ein paar Sprüche mit Kreide malen.

Kommunikationsguerilla

Diese Welt ist durchzogen von Codes, Labeln und Moden. Sie ist aufgeladen mit Autorität. Ob Lieschen Müller etwas sagt oder „der Vorsitzende der SPD X-Stadt“, der „Präsident von und zu“ oder der „Direktor der blablabla“, macht einen Unterschied. Anstrengend bis chancenlos erscheint, sich selbst die gleiche Wirkung beschaffen zu wollen wie die Berühmtheiten oder Autoritäten dieser Welt. Und doch gibt es einen Trick, um die wichtige Gegenöffentlichkeit und eigene Vermittlung zu erreichen: Die Subversion. Sie ist so etwas wie japanische Kampfkunst auf politische Aktion angewendet: Die Wucht des Gegners nutzen für die eigenen Ideen. Zum Beispiel statt zum x-ten Mal gegen die Agenda 2010 wettern, diese noch überdehnen und als SPD-Gruppe die Erweiterung Agenda 2020 ankündigen. Oder verdeckt als Straßentheater agieren. In einer Veranstaltung statt protestieren sich überidentifizieren mit den benannten Zielen - „Law and Order“ und Zwangsbehandlungen, Wirtschaftsorientierung oder Aufrüstung bejubeln und selbst einfordern. Plakate nicht mehr überall selbst kleben, sondern bestehende unauffällig, aber die Aussage verdrehend verändern. Mehr findet Ihr in der Aktionsbroschüre „Kommunikation subversiv“ und auf www.direct-action.de.vu.

Subversives Theater

Im versteckten Theater kann mit den Codes der Herrschenden gespielt werden: Auftritte in Polizei-, Security-, Armeeuniform oder Arztkittel, Aktionen vor Firmenfilialen im scheinbaren Dress der Firmen oder als Ordnungstruppe vor der Klinik. Kaum etwas davon ist verboten. Bestraft würde nur Amtsanmaßung, die aber erst greift, wenn mensch auch eine Amtshandlung durchführt (also z.B. Bußgelder kassiert oder Menschen fest nimmt). Verkleidungen mit Autoritätscodes helfen auch für andere Ziele: Durch eine Polizeikette geht es am einfachsten in Polizei- oder Securityuniform. In ein bewachtes Gebäude kommt mensch gut mit weißem Overall und Werkzeugkasten („wegen dem verstopften Klo") usw.

Als Subversion gilt auch die Überidentifikation, d.h. die übertriebene, aber in der Regel gerade noch ernst genommene Übernahme der eigentlich kritisierten Position des politischen Gegners. Durch die gesteigerte Präsentation, im günstigen Fall unter Offenlegung der dahinter stehenden Interessen, kann so diese Meinung diskreditiert werden. Mögliche Formen sind frenetischer Applaus, Jubeln oder Slips-Werfen bei Auftritten von Politiker_innen, Industrievertreter_innen usw., die Gründung einer Unterstützungs-BI, die Unterschriften oder Spenden sammelt, Petitionen einreicht oder Demonstrationen durchführt für die dadurch lächerlich gemachte Position oder die Anmeldung von Gegendemos gegen die eigene Demo (siehe oben).

Fakes

„Faken" bezeichnet das Fälschen administrativer und behördlicher Verlautbarungen oder Firmenmitteilungen. Ein Fake stützt sich dabei auf die Verfremdung und Erfindung von Tatsachen oder Ereignissen, um einen Bruch in geordneten gesellschaftlichen Verläufen zu provozieren. So könnten die Bürger_innen einer Stadt, in der in naher Zeit eine öffentliche Vereidigung von Rekruten stattfindet, plötzlich ein amtliches Schreiben in ihren Briefkästen finden, das alle wehrfähigen Bewohner_innen dazu auffordert, mit selbstgemachten Uniformen und Waffen beim Gelöbnis zu erscheinen, um zu demonstrieren, dass die gesamte Bevölkerung hinter der Bundeswehr als institutionalisierte Hüterin der nationalen Sicherheit steht. Eine Klinik kann zu Freiwilligendiensten beim Fixieren aufrufen. Den Möglichkeiten sind kaum Grenzen gesetzt.

Fakes benötigen ein verstörendes Moment, sind darauf angelegt, Irritation auszulösen und Ambivalenzen zu aktivieren. Im Fall des oben genannten Schreibens: Das Gefühl, einer amtlichen Anordnung Folge leisten zu müssen, kollidiert mit der Empörung über eine derartig unverschämte Einmischung des Staates in das eigene Leben. Wer hat schon Lust, sich mit Holzgewehr und Karnevalsuniform zum Gespött zu machen.



Patienteninformation 01

Ihre Krankenkassen informieren: Praxisgebührerstattung

Initiative Gesundheit Für Alle

Zum 1.1.2004 trat die Gesundheitsreform in Kraft. Teil der Reform ist die Einführung der sogenannten Praxisgebühr, die einmal pro Quartal bei Haus- und Facharzt sowie Zahnärzten zu begleichen ist. Augenblicklich ändern sich die Durchführungsbestimmungen nahezu täglich. Wie Sie wissen bestehen erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Zudem ist die Gebühr rechtlich umstritten, schließlich bezahlen Sie alle bereits Beiträge zur Krankenversicherung.

Die Regelung bedeutet für Sie als Patient und als Patientin Verunsicherungen, und für uns einen erheblichen Mehraufwand an Verwaltung. Sie haben nur Nachteile – wir haben keinen Nutzen. Daher lehnen wir die neue Regelung ab. Wir sehen die Gefahr, dass bestimmte Patientengruppen trotz medizinischer Notwendigkeit in Zukunft keinen Arzt mehr aufsuchen und sich die notwendigen Medikamente nicht leisten können. Natürlich trifft dies vor allem mittellose Menschen, z.B. viele ältere Rentner und Rentnerinnern, Arbeitslose oder Flüchtlinge.

Wir stehen nicht für eine begrenzte Gesundheitsversorgung und eine Zwei-Klassen-Medizin.

Nach intensiven Beratungen haben wir, die Göttinger Krankenkassen, beschlossen: Wir bieten als Zeichen unseres Entgegenkommens Ihnen an, die Praxisgebühr in Höhe von 10 Euro zurück zu erstatten. Der Gesetzgeber ermöglicht es uns leider nicht, die Erstattungsmöglichkeiten dauerhalt anzubieten. Daher können wir Ihnen zunächst nur an einem Termin die Kosten erstatten. Weitere Termine werden Ihnen mitgeteilt.

1. Rückerstattungstermin: 1. März 2004, 10:00 bis 12:00 Uhr

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir eine Erstattung nur gegen Vorlage einer Quittung vornehmen können.

Wir empfehlen darüber hinaus, beim nächsten Arztbesuch die Bezahlung der Gebühr zu verweigern.
Wir unterstützen außerdem die Initiative der Göttinger Ärzte, die sich weigern, die Gebühr zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre örtlichen Krankenkassen

DAK
Weender Landstr. 1
37073 Göttingen
Tel. 0551-4978-0

Techniker Krankenkasse
Weender Str. 60
37073 Göttingen
Tel. 0551-49702-0

AOK
Godehardstr. 24
37081 Göttingen
Tel. 0551-5217-0

Barmer Ersatzkasse
Weender Str. 75
37073 Göttingen
Tel. 0180-1110-120

Gefälschtes Schreiben zur Praxisgebühr (2004 in Göttingen aufgetaucht)

Um die gewünschte Wirkung zu erzielen, müssen sich Faker_innen nicht nur um ein professionelles Aussehen der Fälschung bemühen (amtliche Briefköpfe, sauberes Papier - bei Werbefakes aufwendige Gestaltung), sondern auch Sprache und Stil der Gefakten überzeugend kopieren. Andernfalls erscheint ein gut durchdachtes Fake bloß als billiger Scherz. Die Fälschung muss einerseits plausibel erscheinen, aber auch durch die falsche Information absurd wirken. Sie darf nicht so überzeugend sein, dass sie den imitierten Machtdiskurs verstärkt und Gehorsam nach sich zieht, sondern Empörung und Auflehnung. Das Fake benutzt die Sprache und die Informationskanäle der Macht, um sie ihrer Legitimität zu berauben.

Viele Fakes ziehen ein Dementi der Gefakten Seite nach sich. Das wäre ein Indiz für die Qualität der Fälschung. Besonders wirkungsvoll kann es sein, auch das Dementi noch selbst zu faken. So kann beispielsweise ein Fax an regionale und überregionale Medien rausgehen, indem eine Klinik die Zahlen für Fixierungen oder Menschenrechtsverletzungen bestreitet halten - das sei eine Falschmeldung von radikalen Psychiatriegegner_innen gewesen. Stattdessen seien es etwas weniger. Durch die doppelte Botschaft wird das Thema noch breiter in die öffentliche Debatte geschubst, und die Vertreter_innen der Klinik müssen sich gut überlegen, wie darauf zu reagieren ist, ohne sich weiter in die Scheiße zu reiten.

Es gibt endlos viele Einsatzbereiche für Fakes ... von Ankündigungen auf dem Briefpapier anderer über Stellungnahmen erfundener oder existierender Gruppen oder Politiker_innen bis zu unsinnigen Unterstützungsaktionen für eine dadurch thematisierte Politik. Mensch kann auch einfach Pizza zur Staatskanzlei bzw. Preisausschreiben-Anrufe in ein Parteibüro bestellen. Generell kann in verschiedene Stoßrichtungen von Fakes unterschieden werden.

- Behördenschreiben oder amtliche Plakate, die unbescholtene Bürger_innen mit kafkaesker amtlicher Willkür verunsichern. Diese greifen die Rechtmäßigkeit von staatlichen Institutionen an.
- Schreiben, die Handlungen provozieren, die bestimmten taktischen Interessen nützen, z.B. als Infohotline deklarierte Privatnummer des Vorstandsvorsitzenden einer Firma angeben, die dick im Atomgeschäft ist o.ä.
- Fakes, die die Exklusivität von Räumen oder Handlungen angreifen, indem fingierte Eintrittskarten oder Einladungen für Tage der offenen Tür oder Nobelveranstaltungen verteilt werden.
- Als sehr spaßig können sich gefälschte Werbeflyer von Warenhäusern erweisen, die angeblich zu einem Free-Shopping-Day/Kaufen ohne Knete einladen.

Adbusting

Mit diesem Begriff, einer Kombination der englischen Wörter „Advertising" (Werbung) und dem Verb „bust" (umgangssprachlich für zerschlagen), ist das Verändern der bereits vorhandenen Werbung für eigene Zwecke und Botschaften gemeint. Es wird also kein eigenes Plakat geklebt oder Graffiti gesprüht, sondern das vorhandene verändert. Verschiedene Varianten sind denkbar:

- Einfach etwas mit dem eigenen Inhalt füllen, z.B. dem Werbeplakat Sprechblasen hinzufügen, auf dem Verkehrsschild unter das „Stopp" ein „Atomkraft" oder „Psychoknäste" oder unter „Einbahnstraße" einen passenden Begriff malen.
- Den vorhandenen Inhalt eines Plakates gegen sich selbst drehen, also z.B. ein sexistisches Plakat zur Aufklärung gegen Sexismus wandeln, die Propaganda für Wahlen zur Kritik am Mitspielen bei Pseudobeteiligungen machen. Firmenwerbung zur Kritik an ihnen verändern. Besonders anspruchsvoll ist es, dass so geschickt zu machen, dass es gar nicht auffällt (z.B. durch Überklebungen in gleicher Farbe, mit gleichen Buchstabengrößen und -formen usw.).

Stören, blockieren, sabotieren

Die meisten der bisherigen Aktionen sollen zum Nachdenken oder Diskutieren anregen. Sie greifen ein in die üblichen Denkmuster und damit in den Kern gesellschaftlicher Herrschaftsbereiche. Denn die Grundlage z.B. für die Psychiatrisierung von Menschen sind nicht Spritzen, Fixierbänder, Mauern, Gitter und Stacheldraht, sondern das Einteilen in „gesund" und „krank", in „normal" und „verrückt" sowie der Glaube an Wahrheit „im Namen des Volkes" und die Objektivität der Gutachter_innen. All das gilt auch für den physischen Eingriff in den Normalbetrieb dieser Gesellschaft, also den direkten Angriff auf Zwangspsychiatrien, die Transporte dorthin oder das dazugehörige Geschehen in den Gerichten. Militanz oder Sabotage ohne Vermittlung von Kritik und Alternativen, das Infragestellen des Selbstverständlichen und das Benennen des bislang Übersehenen ist in der Regel sinnlos. Es bietet aber Elemente, die zusätzlich wirken können.

- Blockaden: Ein Transport oder eine Veranstaltung kann durch eine Sitzblockade verzögert, be- oder verhindert werden. Beispiel: Wenn die Türen dicht sind, erleben auch die Angestellten einer Zwangspsychiatrie mal, wie es ist, das Haus nicht verlassen zu können. Technische Hilfsmittel (Anketten an Türen, Masten, Betonblöcken usw.) machen Blockaden wirksamer.
- Besetzungen: Mensch kann Zugänge versperren - oder gleich das Objekt übernehmen. Flächen, Häuser und Teile davon lassen sich besetzen, um den Betrieb lahmzulegen, Vorhaben zu verhindern und die Kritik lautstark öffentlich zu machen. Je nach Lage kann solch eine Aktion Hausfriedensbruch sein - muss aber nicht (schlaue Durchführung vorausgesetzt). Mehr im A5-Aktionsheft „Aneignung jetzt!".
- Sabotage: Beschädigung und Zerstörung von Steuerungen, Maschinen, Infrastruktur oder anderen Dingen zugunsten eines höheren Zweckes („Gewalt" gegen Sachen). Das können sehr kleine Sachen sein wie das Verkleben von Bewegungsmeldern und Schlössern, um eine Tür dauerhaft zu schließen (oder zu öffnen), das Kappen des Kabels zur Überwachungskamera oder das Luftablassen aus Baumaschinen. Es geht aber auch mehr ...
- Gewalt gegen Menschen: Sie wird regelmäßig verpönt - sowohl von Seiten der Politik (die mit ihren Armeen, Polizei, Psychiatrien und Knästen allerdings selbst krass gewalttätig agiert) als auch von vielen politisch Aktiven. Dabei gilt auch hier: Alles muss überlegt, angemessen und vermittlungsstark sein. Die Ohrfeige von Beate Klarsfeld als Ausdruck der Abneigung gegenüber Altnazis in Führungspositionen ist ein ebenso bekanntes Beispiel für einen symbolträchtigen Angriff auf eine Person wie auch die Tomatenwürfe der frühen Feminist_innen oder so manches Torten„attentat". Ohne solche Aktionen wäre die Geschichte anders verlaufen. Mitunter ist sogar noch mehr passend: Georg Elser hätte mensch sogar mehr Erfolg beim Töten von Menschen gewünscht!



Umgang mit Repression

Wer politisch aktiv ist und nicht nur das Unabwendbare jammernd begleiten will, zieht den Ärger der Obrigkeit auf sich. Denn die, die vom Status Quo profitieren, mögen den Ruf nach einer anderen Welt nicht. Bewegt sich Widerstand zudem jenseits vorgezeichneter Bahnen und ausgelatschter Protestpfade, folgt Repression. Damit gemeint sind alle Formen strukturell verankerter Unterdrückung, die sich gegen Normabweichungen richten. Zu den Repressionsorganen zählen Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaften, (Psycho-)Knäste und Militär sowie ihre Zuträger_innen in Anzug (Chef_innen & Co.), Kittel (Gutachter_innen) oder Pullover (Blockwarte & Co.). Alltäglich ist auch die Repression durch Lehrer_innen in Schulen oder Erwachsene gegenüber Kindern. Vom Polizeiknüppel über Strafbefehle und einstweilige Unterbringung bis hin zur Totalüberwachung gibt es ein breites „Angebot" repressiver Politik. Ihre Ziele liegen auf der Hand. Durch massives, gewaltsames und autoritäres Auftreten soll eine Einschüchterung erzielt werden: Angst vor Schmerzen, vor finanziellen Konsequenzen, Eintragungen im polizeilichen Führungszeugnis oder Druck durch das soziale Umfeld. Repression beginnt nicht erst, nachdem formale Grenzen überschritten oder gegen Regeln verstoßen wurden, sondern wirkt vorauseilend auf Handlungen und Ansichten. Für die Herrschenden wäre das schließlich das eleganteste Ergebnis, wenn Menschen nicht mehr gegen Staatsorgane, Institutionen, Regeln und Gesetze kämpfen, sondern immer stärker mit sich selbst. Der Staat braucht kaum noch aktiv zu werden, wenn jeder Mut unter Normdruck und Sanktionsfurcht verloren geht. Repression wirkt schon im Kopf.

Kreative Antirepression als Gegengift

Kreative Antirepression will Menschen die Handlungsmacht wieder zurückgeben und Ohnmacht durchbrechen. Es geht darum, Repression anzugreifen, zu demaskieren oder einfach lächerlich zu machen. Besonderes Augenmerk lohnt auch hier dem subversiven Denken: Wie kann Repression gegen sich selbst gewendet, für andere Zwecke verwendet werden oder ins Leere laufen? Gegenüber hierarchischen Apparaten sind Frechheit, Überraschung und Wendigkeit das „Gegengift".

Praktische Möglichkeiten

Kreative Antirepression kann in vielen Formen auftreten. Ein paar sollen an dieser Stelle kurz angerissen werden:

- Repression einfordern: Subversiv wäre, Repression offensiv einzufordern - gerade dann, wenn die Gegenseite sich in Einschüchterungsversuchen ergeht („Das ist verboten!“ - „Na und? Machen Sie doch eine Anzeige; dann kann ich vor Gericht noch einmal für mein Anliegen werben!“). Diese Taktik kann auch als Schutz vor Kriminalisierung wirken, weil sie die bekannten Muster durchbricht und die verunsichert, die Von-oben-Agieren gewohnt sind. Beispiel: Neben einer umstrittenen Demonstration wandert eine eigene Gegengruppe, welche die Polizei ständig völlig überzogen auffordert, erstere aufzulösen. Das schafft einen breiteren Kommunikationskorridor für die Aktion, irritiert die Polizei und lenkt ihr Interesse möglicherweise eher auf die Pöbler_innen.
- Überidentifikation: Überidentifikation ist eine verwandte, ähnlich wirkende Praxis. Beim Auftauchen der Polizei wird diese z.B. bejubelt oder gar angebetet. Solche Performances können helfen, die Autorität von Repressionsorganen zu untergraben. In der Praxis verbindet sich das für viele mit der Erfahrung, weniger oder kaum noch Angst vor dem Auftreten von Polizist_innen zu empfinden ... ein Zuwachs an Selbstsicherheit für die Akteur_innen.
- Autorität brechen: Um die Autorität und tendenzielle Mackerigkeit von Uniformierten zu dekonstruieren, kann es sinnvoll sein, immer mit Konfetti, Luftschlangen, Parfüm-Proben (um die „Opfer“ unauffällig nach Blumen duften zu lassen) oder anderen Utensilien ‚bewaffnet‘ zu sein. Bei Gerichtsverfahren oder anderen, vorhersehbaren Abläufen mit gesetzter Atmosphäre können solche Utensilien für einigen Wirbel sorgen.
- Offensive Kommunikation: Bei Zugriffen auf Demonstrant_innen oder Vernehmungen bestimmen meist die Sicherheitsbehörden das Geschehen. Offensive Kommunikation bedeutet, gar nicht erst auf Fragen oder Anordnungen zu warten, sondern selber ein unverfängliches Thema zu setzen oder Fragen zu stellen. So kann eine Vernehmung einfach umgedreht werden, in dem die Uniformierten nach Namen, Adressen, ihrem Aufenthalt in den vergangenen oder ihre Motive für die Taten zu befragen. Das dürfte auch mit Gutachter_innen gehen, deren Alltagsmacken abgefragt werden, um eine „Diagnose“ zu erstellen. Um nicht verunsichert auf Gegenfragen zu reagieren, helfen Entgegnungen, die immer passen: „Machen sie das jetzt, weil sie das müssen oder ist es ihr persönliches Interesse?“ Eine ausgefeilte Form dieser Taktik ist Mars-TV, d.h. mit Transpi-Fernsehbildschirm als Reportage-Team von einem Planeten aufzutreten, auf dem es keine Herrschaft gibt (siehe oben). Eine andere Variante liegt darin, sich in der Kommunikation einen Fixpunkt zu überlegen, auf den du immer zurückkommst, z.B. ständig nachzufragen, wann die bestellte Pizza kommt oder endlich die Karten fürs Skatspiel ausgeteilt werden. Das schützt nebenbei auch davor, versehentlich verwertbare Aussagen zu machen. Denn immer dran denken: Die wollen was von uns wissen. Es nützt niemandem etwas, wenn wir was ausplaudern!
- Autoritäre Aufladung nutzen: Repression kann umgangen werden, indem du dich der bestehenden autoritären Aufladungen bedienst. Mit dem passenden Dresscode ist es schon häufiger gelungen, durch Polizeiketten zu wandern oder Zugang zu gut gesicherten Räumlichkeiten zu erhalten.
- Sabotage: Eine Möglichkeit ist z.B. die farbliche Umgestaltung von Polizei- oder Militärfahrzeugen, Klinik- oder Gerichtsgebäuden, verbunden mit inhaltlicher Vermittlung. Massenhaftes Verkleben herrschaftsdemaskierender Etiketten ist eine weitere Form, den repressiven Alltag zu „kennzeichnen“.
- Selbst- und Laienverteidigung vor Gericht: Kommt es doch zu einer Anklage, ist noch lange nicht alles verloren. Im Gegenteil. Gerichtsprozesse sind Bühnen. Dort kann es gelingen, per Anforderung und Einsicht in Akten und Beweismittel oder durch Zeug_innenvernehmungen tiefe Einblicke in Welten zu nehmen, die sonst verborgen sind. Wann darf mensch schon mal eine_n Laborleiter_in, eine_n Gutachter_in, Uniformierte oder Klinikchef_innen selbst vernehmen - und die müssen auch noch antworten? Das geht vor Gericht. Das Handwerkszeug zu einer offenen Selbstverteidigung wird in Prozesstrainings (www.vortragsangebote.de.vu) oder auf www.prozesstipps.de.vu vermittelt. Es ist auch möglich, sich gegenseitig zu verteidigen, denn Strafverteidiger_in dürfen auch rechtskundige Personen ohne Studium sein (www.laienverteidigung.de.vu).

Wichtige Hinweise und Gefahren

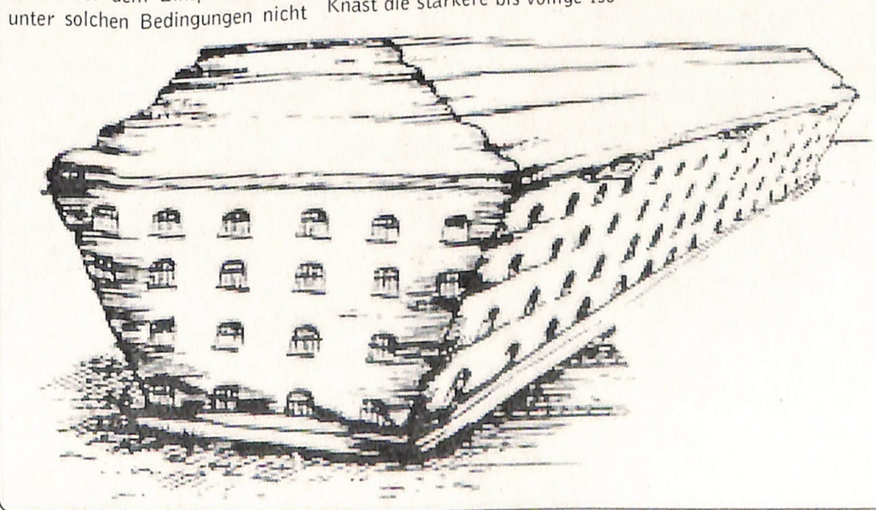
Kreative Antirepression ist eine Denkweise, die eigensinnige und dadurch überraschende Antworten auf Repression sucht. Daher kann es keine konkreten, immer gültigen Formen geben, sondern es bedarf der ständigen Weiterentwicklung bestehender Ansätze - auch, weil die Gegenseite sich mit der Zeit auf of-

Verschiedene Haftformen nicht gegeneinander ausspielen

Es gibt viele Zwangsmaßnahmen. Sie sollen Menschen aussondern oder gefügig machen. Das fängt bei Strafarbeiten und Noten in der Schule oder Zurechtweisungen durch Eltern und Chef_innen an - und endet bei den härtesten Formen des Rauswurfs aus der Gemeinschaft: Dem Aussondern durch Urteile und Diagnosen, in Gefängnisse oder Zwangspsychiatrien. Die Chancen, von dort wieder zurückzukehren in ein Leben mit anderen Menschen, sinken mit jedem Tag der Trennung. Das eigene Verhalten passt sich an Isolation, Fremdbestimmung, Perspektivlosigkeit und ständige Unterwerfungen an. Etwaiges Fehlverhalten vor dem Einsperren kann unter solchen Bedingungen nicht sinnvoll aufgearbeitet werden. Hohe Rückfallzahlen nach Gefängnisaufenthalten oder viele Jahre hinter den Zäunen der Zwangspsychiatrie, vollgepumpt mit gesundheitszerstörenden (Ruhigstell-) Mitteln sind die Folge. Straf- und Psychoknäste lösen keine Probleme, sondern verschlimmern sie. Sie sind zudem der Grund, warum freiwillige Angebote kümmerlich bleiben. Solange die Möglichkeit zum Zwang besteht, braucht diese Gesellschaft die Menschen nicht erreichen, weil die Inhaber des Gewaltmonopols immer auch anders können.

Gefängnis und Zwangspsychiatrie unterscheiden sich nicht in dieser grundsätzlichen Problematik. In Details gibt es Unterschiede. So wird nur in der Psychiatrie chemisch attackiert. Dafür bietet der Knast die stärkere bis völlige Isolation im Alltag. Es macht keinen Sinn, die beiden Unterdrückungsregimes gegeneinander auszuspielen. Wenn psychiatriekritische Gruppen das Ende der Psychoknäste fordern, dabei aber die Inhaftierung in „normale“ Gefängnisse als Alternative anbieten, schießt sich die Kritik am Einsperren ins eigene Knie. Das Gleiche gilt für knastkritische Gruppen, die als Alternative auf die Psychiatrie verweisen. Nur in einer Gesellschaft ohne alle Arten von Knästen wächst der Wille, die Verhältnisse und die Umgehensweisen so zu verbessern, dass Gewalt und Übergriffe verschwinden oder sich zumindest zurückentwickeln. Daher: „§ 63 StGB abschaffen“ - ja. Aber nicht nur den ...

- Mehr unter: www.welt-ohne-strafe.de.vu



fensive Umgangsweisen einstellen wird. Wichtig ist zudem, eine (selbst-)kritische Perspektive zu wahren, um nicht z.B. aus Selbstüberschätzung in Polizei-Verhören doch verwertbare Aussagen zu machen. Hilfreich dafür sind vorherige, intensive Trainings, bei denen ihr euch gegenseitig bewusst macht, welche Sätze z.B. unfreiwillig für staatliche Schnüffler_innen nützliche Informationen enthalten. Oder, dass Verneinungen wie „Ich war es nicht" immer Aussagen darstellen.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass kreative Antirepression selbst wieder ein neues „Mackertum" hervorbringt - z.B. dadurch, dass offensive Kommunikation als Norm vorausgesetzt wird und es als „uncool" erscheint, sich ängstlich und unsicher zu fühlen. Deshalb sollte in der Praxis kreativer Antirepression mitbedacht werden, umsichtig zu handeln, aufeinander zu achten und eine Atmosphäre zu schaffen, in der über Ängste vor Repression und Versagen geredet werden kann.

Nie vergessen: Die Aktion ist „nur" die Verpackung, der Inhalt ist wichtig

Nicht die Taten bewegen die Menschen, sondern die Worte über die Taten.
Aristoteles

Eine Aktion soll Aufmerksamkeit erringen. Die Mischung mehrerer Aktionen soll viel Aufmerksamkeit erringen. Doch das nützt wenig, wenn dieser „Erregungskorridor" nicht gefüllt wird mit Inhalt. Das können konkrete Kritiken sein, oder Enthüllungen über Internas, ebenso aber auch Forderungen, eigene Vorschläge oder utopische Überlegungen einer ganz anderen Welt, in der es kein Einsperren mehr gibt.

Pressearbeit

Der „klassische" Weg zu anderen Menschen läuft über die Presse. Zwar wird das im Zeitalter anzeigenfinanzierter Medien nicht einfacher, aber bleibt möglich. Presseinfos mit eigenen Forderungen, Einladungen an Journalist_innen bei Aktionen und vieles mehr können den Weg in die Medien ebnen.

Eigene Veröffentlichungen

Ob ein Text in die Zeitung kommt, ist nie vorhersehbar. Sicherer sind eigene Veröffentlichungen. Die ersetzen herkömmliche Pressearbeit nicht, sondern wirken zusätzlich. Ob Demo, Straßentheater oder eine andere Aktion - wer dabei nichts verteilt, verpasst die Chance, Aufmerksamkeit zu nutzen. Außerdem lassen sich in der konkreten Handlung (Theater, Spruchband) die Inhalte kaum so präzise oder umfangreich vermitteln wie in einer begleitend verteilten Schrift.

- Flyer und mehr: Habt bei jeder Aktivität Flyer dabei - passend zur Aktion oder eine allgemeine Schrift für all die Fälle, bei denen ihr nicht etwas extra machen wollt oder könnt. Insofern ist es für jede Gruppe schlau, ein Standard-Flugblatt zu entwickeln, welches immer passt. Es sollte die wichtigsten Kritiken und Forderungen enthalten, dazu Hinweise für weitergehende Informationen, Handlungsmöglichkeiten und Kontaktadressen. Und eine kleine Bitte: Es nervt, dass politische Flyer meist wirken wie Karstadt-Reklame - mit Kontonummer und Mitgliedsantrag im Vordergrund. Politische Arbeit hat mit Inhalten zu tun. Es wäre schön, wenn Flyer weniger Werbung und mehr Inhalt enthielten ...
- Ausstellungen: Nicht nur in passenden Räumen, sondern auch bei jeder Aktion lassen sich Stelltafeln mit Informationen aufbauen. Menschen, die eurer Aktion zuschauen, haben dann etwas zu gucken.
- Eigene Medien (allein oder in Kooperation): Vielerorts könnt ihr in freien Radios z.B. eine Sendestunde pro Woche oder Monat gestalten zu eurem Thema. Oder ihr beteiligt euch an einer alternativen Zeitung in der Region. Das schafft Unabhängigkeit.

Weitere Möglichkeiten sind Aushängekästen, Wandzeitungen und Veranstaltungen. Es ist wichtig, immer wieder Kritiken und Forderungen zu benennen. Nehmt euch die Zeit, eure Inhalte ausdrucksstark in die Welt zu tragen!

Recherche: Zitate der anderen Seite als „Waffe" nutzen

Viele Veröffentlichungen, Flugblätter oder Presseinformationen enthalten allgemeine Kritik oder - oft gruselige - Geschichten von Betroffenen. Das soll nicht schlechtgeredet werden, aber für Firmen, Psychiater_innen, Richter_innen und weitere Beteiligte ist es leicht, das abzutun. Ein „stimmt nicht" reicht oft. Gesteigert ist in Psychiatriekreisen noch der Hinweis in Mode, das Jammern gehöre zum „Krankheitsbild" der Betroffenen, sei also kein Beleg für Menschenrechtsverletzungen in der Klinik, sondern für die Berechtigung des Einsperrens. Solche Probleme lassen sich umgehen, wenn statt eigener Beschreibungen die Unterlagen der anderen Seite verwendet werden. Also holt die Belege für eure Kritik aus:

- Patient_innenakten und Unterlagen (Briefe, Verfügungen, Urteile usw.), die im Laufe eines Psychoknastaufenthaltes oder anderer „Begegnungen" mit der Zwangspsychiatrie und ihnen zuarbeitenden Institutionen entstehen.
- Veröffentlichungen aus den Kreisen der Zwangspsychiatrie wie Bücher, Flugblätter, Werbeschreiben, Presseinfos und Internetseiten der dort Tätigen.
- Macht (heimliche) Mitschnitte bei Veranstaltungen, öffentlichen Auftritten, Seminaren und Begegnungen.
- Leuchtet das Umfeld der Beteiligten aus! Wer hängt mit wem zusammen? Wer agiert unter welchen Titeln, hat noch welche Institutionen, Vereine usw. nebenher laufen? Wie fließt das Geld, werden Aufträge verschoben usw.? Wo wäscht eine Hand die andere?
- Undercover-Recherche: Selbst z.B. als Journalist_in, Praktikant_in oder vermeintlicher Gutachter_in agieren oder Informant_innen gewinnen, die im System arbeiten.

Wer interne Informationen veröffentlicht oder Kritik übt, die auf solchen Recherchen beruht, muss die Quellen sichern, um später auch nachweisen zu können, dass die Aussagen stimmen. Also in Ordnern alles schön sammeln (ein papierner Ordner und einer für digitale Quellen). Auch Internetseiten speichern, denn die können später verändert oder verschwunden sein.

Nicht auf Minimalforderungen beschränken!

Viele Aktionen richten sich gegen konkrete Missstände oder Anlässe. Das ist auch gut so, denn so bekommt der Protest eine konkrete Form und kann nachvollziehbare Ziele formulieren. Es ist aber weder nötig noch sinnvoll, sich darauf zu beschränken. Denn fast immer ist das konkrete Problem beeinflusst oder Folge übergeordneter Verhältnisse. So sind Übergriffe gegen gefangene und/oder hilflose Personen keine Sondersituation, sondern die logische Folge, wenn Menschen dauerhaft Macht übereinander ausüben. Der Missbrauch von Macht in Form z.B. von Gewalt ist nur der typische Gebrauch, also keine Überraschung und auch keine bedauerliche Fehlentwicklung - sondern das, was zu erwarten war. Daher lohnt es sich, mit der Kritik am Konkreten auch die Forderung nach dem weiteren Ziel zu verbinden: Keine Fixierungen oder Zwangsbehandlungen als Schritt auf dem Weg ganz raus aus der Zwangspsychiatrie! Keine Strafe für Schwarzfahrer_innen als Schritt hin zu einer Gesellschaft ohne Knäste. Und so weiter ...

Mehr Aktionsideen ...

- In den A5-Aktionsheften und dem Direct-Action-Reader auf www.aktionsversand.de.vu.
- Auf der Internetseite www.direct-action.de.vu mit vielen Tipps und Beispielen.

Außerdem hilft üben: Macht gemeinsam Rollenspiele, denkt euch kreative Aktionen aus! Wer Lust hat, kann ein Training organisieren, wo wir solche Aktionen üben. Auf www.vortragsangebote.de.vu findet ihr die passenden Kontakte.

Sofortforderungen an die Psychiatrie

Vom Vernetzungstreffen am 1. Mai 2014 **Präambel: Unter Aufrechterhaltung unserer grundlegenden Forderung nach Abschaffung aller Zwangsstrukturen, der Verfügung von Menschen über Menschen, der zwangsweisen Verabreichung verhaltenssteuernder Stoffe von Menschen durch Menschen und der Erniedrigung oder formalen Begutachtung von Menschen durch Menschen sowie unter Anerkennung, dass der Mensch das Maß der Dinge ist und nicht umgekehrt, fordern wir zur sofortigen Umsetzung:**

1. Volle Anerkennung der Patient_innenverfügungen und Vorsorgevollmachten ohne Wenn und Aber in Kliniken, vor Gutachter_innen und vor Gericht.
2. Internetzugang, Wahrung des Postgeheimnisses, uneingeschränktes Telefon- und Besuchsrecht in allen freien Phasen des Tages (mindestens zwei Stunden pro Tag).
3. Handlungen von Ärzt_innen und Betreuer_innen mit Auswirkungen auf Status und Gesundheit von Gefangenen oder Patient_innen nur mit Zustimmung der Betroffenen, immer mit Videoaufzeichnung und unter qualitativer Orientierung an den Standards des Bundes Deutscher Psychologen (2001).
4. Vorführung vor Richter_innen oder Gutachter_innen nur ohne vorherige, erzwungene Einnahme oder Zuführung von Psychopharmaka sowie Dokumentation (auch bei gewünschter Einnahme), welche Psychopharmaka in den sechs Monaten davor eingeflößt oder abgesetzt wurden.
5. Keine Sanktionierung für kritische, auch polemische mündliche oder schriftliche Äußerungen. Keine Einschränkung oder Repression für Pressekontakte oder Teilnahme an Protestaktionen.
6. Keine Fixierungen, Zwangsmedikamentierungen und Isolierungen in oder durch die psychiatrischen Anstalten!
7. Uneingeschränktes und jederzeitiges Einsichtsrecht in die Patient_innenakten und Einhaltung der Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes.
8. Besuchskommissionen mit vollen Rechten und unter Beteiligung von Angehörigenvertreter_innen, Betroffenen und zivilgesellschaftlichen, u.a. psychiatriekritischen Vertreter_innen aus dem In- und Ausland.
9. Ständige, mindestens einmal jährlich öffentlich zu machende Dokumentation aller Grundrechtseinschränkungen (Freiheitsberaubungen, Verschärfung der Freiheitsbeschränkungen, körperliche Unversehrtheit, Wahrung des Post- und Telefongeheimnisses).
10. Standardisierung der Rechtsbelehrungen für Betroffene und Überreichung einer standardisierten Rechtshilfe mit Benennung aller Rechte und Pflichten der Inhaftierten.
11. Schriftliche Dokumentation und Begründung aller sogenannten „Besonderen Sicherungsmaßnahmen“ einschließlich der vollen Akteneinsichtsmöglichkeiten und sofortiger Beschwerdemöglichkeiten für die Betroffenen.
12. Ausgang jeden Tag in Anlehnung an den offenen Strafvollzug als Standard des Maßregelvollzugs. Dokumentation und besonderer richterlicher Beschluss bei Einschränkungen.

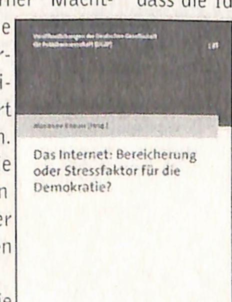
Spenden für eine geplante Massenzeitung, Aktionen gegen die Zwangspsychiatrie und die Dokumentation von Fällen bitte mit dem Stichwort „Anti(zwangs)psychiatrie“ an das Konto „Spenden&Aktionen“ mit dem IBAN DE29 5139 0000 0092 8818 06

Politische Bücher

Boris Grundl
Diktatur der Gutmenschen
(2010, Econ/Ullstein in Berlin, 263 S., 19,95 €)
Der Autor ist Trainer von Führungskräften, er selbst bezeichnet sich im Buch als „Menschenentwickler“ – und fordert seine Leser_innen auf, das auch zu werden. Seine Kritik richtet sich gegen alle, die Menschen in Watte packen, betreuen und dabei bevormunden. Das wäre wichtig, schließlich sind es erkennbar die „Gutmenschen“ (wie Grundl sie schimpft), die Frieden predigen und Kriege führen, die Autorität ablehnen, aber Menschen in Abhängigkeit führen. Doch leider ist das Buch eher von Hass geprägt. Beispiele passen nicht zur Kritik, vieles sind eher Parolen als Argumente. Hass verblendet, das zeigt das Buch eindrucksvoll – und ist deshalb wenig gehaltvoll.

Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.)
Was war? Was bleibt?
(2012, VSA in Hamburg, 206 S., 12,80 €)
Erst der Blick auf Titelfoto oder den Untertitel offenbart, worum es im Buch geht: „Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE“. Es besteht ausschließlich aus Interviews. Die Befragten sind in der doppelten Gründungsphase von zunächst WASG und dann der Fusionspartei DIE LINKE an wichtiger Stelle aktiv gewesen – sei es in Parteifunktion oder als Ideengeber_in. Hinzu kommt ein Gespräch mit dem PDS-Spitzenmann Lothar Bisky. Naturgemäß fällt die Bilanz der eigenen Bemühungen recht positiv aus. Hier sprechen Machtmenschen, von denen nicht Wenige eine Menge anderer aus dem Gründungsprozess gemobbt haben und das immer richtig fanden. Es wäre interessanter gewesen, auch die Nicht-Sieger_innen interner Machtkämpfe oder die Kritiker_innen parlamentarischer Fixierung zu Wort kommen zu lassen. Aber das haben die Herausgeber_innen ja auch schon in der hier behandelten Gründungsphase nur getan, wenn sie mussten.

Reinhart Kößler/
Hanns Wienold
Gesellschaft bei Marx
(2001, Westfälisches Dampfboot in Münster, 381 S.)
Die Marx'schen Theorien sind und bleiben ein Dauerbrenner – auch deshalb, weil vieles bis heute aktuell ist an seinen Analysen, wie ökonomische Systeme und Zwänge funktionieren. „Was können wir heute bei Marx lernen?“ fragen die Autoren und bieten eine Menge Stoff für Anregungen, welche Theorien auf welche Art zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse angewendet werden können. Besonderen Wert legen sie dabei auf die Offenheit, die Marx hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung formuliert haben soll. Das würde seine Theorien zeitlos machen – wenn es denn so wäre. Denn genau hier kommen doch Zweifel auf angesichts dessen, dass die Idee, der Kapitalismus würde sich selbst überwinden, gerade auf Marx zurückgeführt wird.



Marianne Kneuer
Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?
(2013, Nomos in Baden-Baden, 275 S., 44 €)
Mehrere Autor_innen fügen empirische Studien, Beobachtungen, eigene Erfahrungen und Meinungen zu einem umfangreichen Band zusammen. Die Texte, angereichert mit vielen Fußnoten voller Quellenangaben, zeigen ein sehr uneinheitliches Bild, mit dem erkennbar der Auffassung entgegengetreten werden soll, das Internet sei ein Allheilmittel für eine transparentere, demokratischere Entscheidungsfindung. Die bisherigen Versuche belegen das nicht. Ganz im Gegenteil ist das Internet auch eine problematische Beeinflussungsmöglichkeit. Ein eindeutiges Fazit erfolgt nicht – das Buch ist ein guter Beitrag zur Debatte und klärt Fragen auf.

Siegfried Quandt
Volker Bouffier
(2013, Herder in Freiburg, 128 S., 11,99 €)
Als Bouffier nach Roland Kochs Rücktritt Ministerpräsident in Hessen wurde, hatte er sich jahrelang einen Ruf als rücksichtsloser Innenminister erworben, der Ausländer_innen lieber weit weg wähnte, die Polizei aufrüstete und politische Gegner schon mal mit erfundenen Straftaten wegsperren ließ. Da überrascht, wenn eine sogenannte Biografie dem CDU-Politiker die Etiketten „liberal“ und „sozial“ umhängt und als Leitgedanke „ein gelingendes Leben in Freiheit“ für alle postuliert. Was auch immer den Autor, der immerhin Professor in Gießen ist, dazu gebracht hat, ein derart einseitiges, völlig unkritisches und – bemerkenswert für einen sogenannten Wissenschaftler – komplett quellenloses Buch zu veröffentlichen, ist nicht direkt erkennbar. Es wirkt wie ein Freundschaftsdienst. Insofern sagt es mehr über den Autor als über Bouffier aus. Denn zu Bouffier finden sich nur wenige belanglose Daten des Werdeganges sowie eigene, selbstbeweihräuchernde Zitate. Siegfried Quandt, einflussreicher Kommunikator in Bouffiers Heimat betreibt mit dem Buch unwissenschaftliche Lubhudelei eines umstrittenen Ministers. Den Vertreter des Old-School-Konservativismus auf der Buchrückseite als „Hoffnungsträger der CDU“ zu bezeichnen, ist selbst für diese Partei eine Beleidigung.

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

jb Kampagne „Monsanto auf Deutsch"
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

TTN (Evang. Kirche/LMU) wirbt für Agrogentechnik

Das Bundesforschungsministerium hat 25 Jahre lang die Entwicklung der Agrogentechnik finanziert - getarnt unter dem Label „Biosicherheit". Nur wenige Versuche dienten tatsächlich diesem Ziel, das meiste war Produkt- oder Methodenentwicklung. Nun ist eine Broschüre erschienen, in der die Ergebnisse zusammengefasst werden. Wenig überraschend die Gesamtbilanz: „Gentechnisch veränderte Pflanzen zeigen im Vergleich zu konventionell gezüchteten kein höheres Risiko für Umweltbeeinträchtigungen" (www.transgen.de/aktuell/1795.doku.html). Wer sich die Broschüre bestellt, entdeckt etwas Interessantes: Das verzweifelte Vorwort stammt aus der Propagandastelle TTN von Evangelischer Kirche und Uni München. Es enthält den Aufruf dazu, politische Meinungen aus den Zulassungsverfahren rauszuhalten. Im Wortlaut: "Biologische Sicherheitsforschung findet sich in einer paradoxen Grundsituation wieder. Zum einen erfüllt sie ein gesellschaftliches Bedürfnis: Sie prüft an konkreten Szenarien viel diskutierte Risiken einer Technologie und stellt ihre Resultate - beispielsweise auf der Website bioSicherheit.de - transparent und in einer für den interessierten Bürger verständlichen Art und Weise dar. Zum anderen finden die Erkenntnisse der Sicherheitsforschung gentechnisch veränderter Pflanzen jedoch nur bedingt Niederschlag in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wie auch in den politischen Entscheidungsprozessen. Im Besonderen nimmt die Öffentlichkeit die Risiken der Grünen Gentechnik als bedrohlicher wahr als es die Ergebnisse der biologischen Sicherheitsforschung tatsächlich nahelegen würden. ... In der Diskussion sind verschiedenste sozioökonomische Kriterien, wenngleich dies ein heikles Unterfangen ist. Im Kontext der gesetzlich regulierten Zulassungsentscheidung von gentechnisch veränderten Pflanzen können sie keinen Platz haben, da eine Zulassungsentscheidung nicht an unbestimmte Kriterien geknüpft werden darf." Das TTN sitzt in München und organisiert von dort Schriften, Seminare, Veranstaltungen und Predigten pro Agrogentechnik.

FINAB aufgelöst

„Diese Internetseite ist abgeschaltet" steht auf dem Bildschirm nach Aufruf von www.finab.de. Dahinter steckt das komplette Ende des mecklenburg-vorpommerschen Lobbyverbandes mit dem Bandwurm-Namen „Förderverein für innovative und nachhaltige Agrobiotechnologie". Nicht viel anders auf www.bio-ok.com: „This website is shut down." Nur bei www.biovativ.de ist noch die stark veraltete Seite zu erreichen. Damit gilt: Die Strukturen verschwinden tatsächlich! Übrig bleiben Unis, globale Konzerne und einige mehr - aber die Tarnfirmen und in Deutschland agierenden Dienstleister sind durch den Protest offenbar vernichtend, im wahrsten Sinne des Wortes, geschlagen.

Monsanto warnt vor sich selbst

Eine Meldung vom empfehlenswerten Informationsdienst Gentechnik (www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/29808.html): „Eine Studie, an der Mitarbeiter von Monsanto beteiligt waren, warnt, beim Anbau von Gentechnik-Soja des Agrochemie-Konzerns könne es zu unerwünschten Effekten kommen. Eine in Nord- und Südamerika auftretende Schädlingsart könne sich dadurch besser verbreiten. „Unsere Ergebnisse sollten als Alarm interpretiert werden, dass der Befall mit S. eridania auf Feldern mit Bt-Sojabohnen zunehmen kann", schreiben die Forscher.

Bt steht für Bacillus thuringiensis. Die Sojapflanzen haben mittels Gentechnik ein Gen des Bakteriums eingebaut bekommen und sondern dadurch ein Gift ab, das Insekten töten soll. Bei der Falterart Spodoptera eridania klappt das aber offenbar nicht so wie geplant. Sie gedeiht prächtig auf der Gentech-Soja „Intacta", die nicht nur ein Gift produziert, sondern auch noch gegen das Herbizid „Roundup" immun ist."

Bringt das TTIP die Gentechnik nach Europa?

Viele Dinge sind erst skandalös, wenn sie aus den USA kommen. Das hat selten Gründe in der Sache, sondern in der anti-amerikanischen Stimmung, die weit verbreitet ist. So auch mit dem TTIP. Zig solcher Freihandelsabkommen haben Deutschland und die EU schon geschlossen - gekümmert hat es nur wenige. Nun steht das mit den USA an - und schon regt sich viel Widerstand. Unberechtigt ist der nicht, denn Freihandelsabkommen bergen große Probleme. Sie sind eine Art Ermächtigungsgesetz für Konzerne. Sie sind intransparent und zeigen, dass Grenzen für alles geöffnet werden, was dem Kapital dient, während Menschen sich nicht frei bewegen können auf dieser Welt.

Aber es ist falsch, ein Freihandelsabkommen als Übernahme Europas durch die USA zu kritisieren. Denn es sind die Konzerne beider Seiten, die profitieren. Ebenso ist falsch, dass durch das TTIP die Gentechnik von den USA nach Europa kommt. Denn: Da ist sie längst. In der EU sitzen mehr weltweit agierende Gentechnik-Agrokonzerne als in den USA. Am meisten: In Deutschland (auch wenn sie wegen des Widerstandes nicht mehr im Land selbst agieren). Etliche EU-Länder fördern die Gentechnik sehr stark. Das TTIP würde all das stärken. Es ist unter anderem deshalb ein schweres Geschütz des Kapitalismus gegen die Menschen. Aber es ist keine feindliche Übernahme der EU durch die USA. Hier gilt, was auch bei vielen anderen Fragen wichtig ist: Analytisch und skeptisch denken. Kritik muss die Strukturen und Hintergründe durchdringen und darf nicht platten Vorurteilen oder Weltvereinfachungen dienen.

Buchreihe über mögliche andere Welten

Karsten Kreuschel
Vilm
(1. Band 2009, Wurdrack-Verlag in Nittendorf, 219 S., 12,95 €)

Eine ganze Reihe von Science-Fiction spielt auf einem Planeten, dessen ewiger Regen einigen Neuankämmlingen zuerst auffällt. Sie stammen von einer riesigen, fliegenden Kunstwelt, geschaffen durch die überall im Kosmos lebenden Menschen und deren selbständig gewordenen Maschinen. Diese stürzt ab, Mensch udn Maschinen kämpfen ums Überleben. Zunächst zeigt sich das Buch dabei als etwas billiger Abklatsch fernsehtauglicher Science Fiction. Zwei Drittel des ersten Bandes überzeugen so nicht. Die Wende bringt eine neue Generation: Die Kinder der Gestrandeten leben in einer anderen Beziehung zum Planeten, werden Teil desselben und geraten in eine Distanz zu ihren Eltern. Das erzeugt die Spannung und das Neue im Buch - und in den weiteren Bänden, die nach dem Einstiegsband „Der Regenplanet" die Story weiter entwickeln.

Viele Bücher zur Rettung der bestehenden Welt

Anton Hügli/Curzio Chiesa
Die Idee der Demokratie
(2012, Schwabe AG in Basel, 224 S., 57 €)

Überwiegend deutschsprachig geht das Buch das Thema „Demokratie" vielversprechend an. Nicht das übliche Jammern über die Unzulänglichkeiten der praktischen Ausführung steht im Mittelpunkt, sondern die Frage der Demokratie selbst. So werden etliche systematische Schwächen aufgezeigt - doch am Ende obsiegt wieder die Furcht vor der Botschaft, dass die Idee verkehrt sein könnte. Solche Empfehlungen überwiegen, die die Demokratie einzuhegen. Doch damit würden wieder nur neue Herrschaftsmechanismen legitimiert. Auf dem Weg zu den dürftigen Vorschlägen bietet das Buch dennoch einige Anregung, ob das System nicht doch der Fehler ist statt fehlerhaft umgesetzt zu werden.

Harry Püschel
Die Zukunft der Demokratie - Der Gemeinschaftsorganismus
(2012, R.G. Fischer in Frankfurt, 178 S., 16,80 €)

Schon der Titel ruft negative Assoziationen herauf: „Organismus" als Begriff für das menschliche Zusammenleben? Wer ist das Hirn, wer die Faust und wer die Milz? Das Innere des Buches liest sich wie eine Art Grundgesetz einer vermeintlich neuen, wirklich demokratischen Grundordnung. Doch der Unterschied zu dem, was heute normal ist, bleibt übersichtlich. Die Kapitel sind voller Normierungen und Verhaltensanforderungen an die Menschen. Zu etlichen Punkten, z.B. den Rollen von Männern und Frauen (S. 32f) liegen die Klischees sogar Jahrzehnte zurück. Die Demokratie wird kaum analysiert, sondern als eine Art heiliges Ziel dargestellt. Sie sei der „natürliche Entwicklungszustand menschlichen Miteinanders" (S. 16). Proteste gegen heutige Zumutungen der Herrschaft würden sich immer nur an Relikte aus vordemokratischen Zeiten richten. Analytische Gedanken fehlen auch hier. So ist das ganze Buch eher eine Bibel der Demokratie als ein Sachbuch.

Kerstin Pohl/Peter Massing
Mehr Partizipation - mehr Demokratie?
(2014, Wochenschau Verlag in Schwalbach, 109 S., 9,80 €)

Beteiligungsrechte werden von der herrschenden Politik immer wieder als Herzstück der Demokratie beschrieben - und von vielen Organisationen auch eingefordert. Doch die Wirklichkeit zeigt, dass Partizipation noch nicht per se Probleme löst. So lassen sich z.B. schichtenspezifisch sehr unterschiedliche Neigungen zum Mitmachen feststellen. Andererseits bieten sich auch Vorzüge und Chancen besserer Bürger_innenbeteiligung, etwas durch neue Techniken (in einem Kapitel beschrieben). Das Buch widmet sich Möglichkeiten und Gefahren. Das ist wichtig, denn wenn Politik immer intransparenter und den Ellbogen des sogenannt „freien" Marktes unterworfen wird, kann Partizipation auch der Beruhigung dienen. Wolfgang Gaiser und Martine Gille formulieren das in ihrem Kapitel „Jugendliche und Partizipation" auf S. 71 so: „Das Ziel, mehr Partizipation zu ermöglichen, ist für staatliche Akteure aber nicht ohne Ambivalenzen: Einerseits geht es darum, alle oder zumindest möglichst viele innerhalb der gewünschten Formen von Beteiligung einzubeziehen, andererseits wird manche Interessenartikulation junger Menschen kanalisiert, reguliert und in die Grenzen von „Machbarkeit" und ein enges Verständnis von Legalität (z.B. bei Demonstrationen) verwiesen."

Ilija Trojanow
Anarchistische Welten
(2012, Edition Nautilus in Hamburg, 222 S., 16 €)

Eine interessante Sammlung, wie ein Spaziergang durch den Garten der Strömungen und Debatten, die sich selbst anarchistisch begreifen oder der Idee herrschaftsfreier Welten zugeordnet werden. Die Kriterien hierfür sind schwer erkennbar, denn um eine Analyse von Herrschaft, ihren Bedingungen und Möglichkeiten der Überwindung geht es in den verschiedenen Kapiteln nicht. Wer mit diesem Makel leben kann (der angesichts der Auswahl der AutorInnen nicht zufällig entstand), findet zu vielen Aspekten gesellschaftlichen Lebens spannende Anregungen - von Einblicken in vergangene Städte über Verhaltensweisen im Tierreich bis zum Streit um Technik. Hinzu kommen Berichte aus praktischen Experimenten und Kämpfen.

BLACKROCK beherrscht BAYER

BAYERs Aktionärsstruktur hat sich in den Zeiten des forcierten Finanzkapitalismus stark verändert. [...] Die meisten Aktien erwarb der Finanzinvestor BLACKROCK. Auf rund 30 Prozent beläuft sich der Anteil des 1988 gegründeten US-amerikanischen Vermögensverwalters am BAYER-Grundkapital. Damit es nicht so auffällt, hat er den Kuchen in zumeist ca. 5-Prozent großen Stücken auf Unter-Gesellschaften wie BLACKROCK GROUP LIMITED, BR JERSEY INTERNATIONAL HOLDINGS oder BLACKROCK INTERNATIONAL HOLDINGS verteilt. Auf eine vergleichbar hohe Prozentzahl kommt BLACKROCK bei DAIMLER, ALLIANZ und BASF. Auch an anderen DAX-Unternehmen ist die Gesellschaft noch beteiligt. Ihre US-amerikanischen Investitionen erstrecken sich unter anderem auf APPLE, MICROSOFT, GENERAL ELECTRIC und GOOGLE sowie die beiden Rating-Agenturen STANDARD & POOR'S und MOODY'S. Damit entwickelte BLACKROCK sich zum größten Vermögensverwaltungskonzern der Erde (Quelle: Stichwort Bayer 4/2014, www.cbgnetwork.org/5799.html).

BASF drängt mit eigener Gentechnik-Spritzmittel-Kombination auf den Markt

Vom Gen-ethischen-Netzwerk kommt ein neues Faltblatt zu BASF. Titel: „Aus den Augen aus dem Sinn?" Darin wird über Dicamba und Imidazolinone berichtet - zwei Herbizide, gegen die Pflanzen mit gentechnischen Methoden resistent gemacht wurden. So beteiligt sich BASF am Ringen um die Nachfolge des Monsanto-Paket „Roundup Ready", welches wegen dem ausgelaufenen Glyphosat-Patents verdrängt werden kann und aus kommerziellen Gründen sicher auch soll.

Komplizierte Wirkungsweisen von Genen machen Risikoforschung zweifelhaft

Auf telepolis (www.heise.de/tp/artikel/42/42926/1.html) fand sich ein spannender Artikel über das Problem, dass sich Wirkungen von Genen nicht sicher voraussagen und folglich auch nicht messen lassen: „Durchaus kritisch äußerte sich dahingegen Dr. David Williams, ein angesehener Zellbiologe in der Augenforschung, der ebenfalls an der UCLA lehrt. Beim Pushen der grünen Gentechnik wäre viel „naive Wissenschaft" beteiligt gewesen, so Williams sinngemäß. Vor dreißig Jahren hätte man nicht gewusst, dass das Genom reagiert, sobald man ein Gen einbringt. Heute wüsste aber jeder, der in diesem Bereich forscht, dass das Genom nicht statisch wäre. Eingebrachte Gene könnten aus verschiedenen Gründen transformiert werden und das könnte auch noch Generationen später geschehen, erklärte Williams gegenüber Scientific American. Man müsste deshalb sehr wohl davon ausgehen, dass auch potenziell toxische Pflanzen durch Testreihen rutschen könnten."

Liberale EU-Abgeordnete empfiehlt deutlich stärkere Gentechnik-Verbote

Gefunden auf www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/29829.html: „Anders als die Minister will die Liberale nicht nur Verbote einzelner Gentechnik-Pflanzen (z.B. ein bestimmter Mais von Pioneer oder eine Soja von Monsanto), sondern auch generelle Anbaubeschränkungen ermöglichen. Ries schlägt außerdem weitere Gründe vor, die zur Begründung von Anbauverboten herangezogen werden könnten. Zudem sollen die Verbote insgesamt rechtssicherer werden, dazu sollen sie im Umweltrecht der EU verankert werden. Die Minister hatten hingegen das Binnenmarktrecht vorgeschlagen."

Wahrheit und Herrschaft

jb Wer in politischen Bewegungen über Macht und Hierarchien spricht, ist bereits die Ausnahme. Fast alle Ein- oder Wenig-Punkt-Bewegungen ignorieren die hinter einem Castortransport, einer Abschiebung, dem Mobilfunkmast, dem gentechnisch veränderten Mais oder dem Neubau einer Zwangsanstalt stehenden Interessen, Geflechte und Systeme der Herrschaft. Daraus folgt regelmäßig, dass wesentliche strategische Optionen vergessen oder sogar die Böcke (Teile von Staatsmacht oder Firmen) als Gärtner herbeigewünscht werden. Doch das stärkt sie dann in ihrer Verursacherrolle.

Auch diejenigen, die Herrschaftsfragen stellen, bleiben meist auf einem oberflächlichen Niveau. Sichtbare formale Gewalt, z.B. die Polizei, wird kritisiert, zudem ökonomische Verhältnisse, aber auch hier oft auf allgemeine antikapitalistische Schlachtrufe reduziert. Das aber ist nicht einmal die „halbe Wahrheit" - und gerade dieser Begriff führt zu dem, was zu einer anspruchsvollen Herrschaftskritik dazugehört: Die Analyse von Denkmuster, Normen, Diskursen, also all dem, was in Beziehungen und Verhältnissen zwischen Menschen eine Rolle spielt. Das sind deutlich mehr als Paragraphen, Gitter, Knüppel und Zugangsbeschränkungen durch Eigentum.

Wahrheit und Wahrnehmung

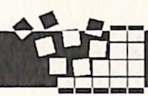
Ein zentrales Element der Herrschaftsausübung ist die Definition von Wahrheit. Wer, ob mit der Formel „im Namen des Volkes" oder als „das ist (wissenschaftlich) bewiesen", seine eigene Auffassung als wahlweise „objektiv" oder „wahr" aufplustert, kann auf Argumente verzichten. Denn eine abweichende Meinung wäre ja „subjektiv" oder „falsch". In der Lesart der Wahrheitsgläubigen wäre sie damit hinfällig. Bernhard Pörksen zerlegt in seinem Buch „Die Gewissheit der Ungewissheit" (2008, Carl Auer in Heidelberg, 237 S., 19,95 €) solche Ansichten. Er führt Gespräche mit mehreren Personen, die - so jedenfalls die Behauptung auf der Buchrückseite - zu den Begründern (tatsächlich nur Männern) der Konstruktivismus- und der modernen Systemtheorie gehören. Ihre Analyse lautet übereinstimmend: Die_er Beobachter_in prägt das, was er_sie sieht. Oder schafft es sogar. Die Ausführungen überzeugen, aber da es keine Wahrheit gibt, ist alles nur eine Sichtweise, die sich für diejenigen immer wieder bestätigt, die auch vorher an ihre Richtigkeit geglaubt haben.

Dass inzwischen die Physik zur Kronzeugin der Theorie geworden ist, dass ein Messergebnis vom Beobachtenden abhängt, ist schon seit etlichen Jahrzehnten Stand der Wissenschaft. Die Quantenphysik gab dem Versuch, das elementare Etwas zu finden, aus dem alles besteht, eine bedeutende Wendung, in dem sie nicht nur kein einheitliches Ergebnis erzielen konnte, sondern das zum Prinzip erhob. Viele Bücher beschäftigen sich seitdem mit der Frage, wie eigentlich unsere Welt funktioniert, was sie zusammenhält, wie sie sich warum entwickelt und was Menschen davon wahrnehmen können. Ein berühmter Rundumschlag stammt von Stephen Hawking mit seinem Klassiker „Das Universum in der Nussschale" (2001, dtv in München, 262 S., 12,90 €). Das vielfach preisgekrönte Buch versucht, die für normales menschliches Denken schwer verwirrenden Erkenntnisse moderner Physik zu Raum und Zeit anschaulich zu machen. Hawking, Inhaber des Lehrstuhls, den einst Isaac Newton berühmt machte, zeigt in kurzen Texten und vielen Bildern, dass die Welt weit weniger Klarheiten birgt als es in der menschlichen Wahrnehmung scheint. Stärke des Buches sind die vielen Beispiele, an denen die Effekte erklärt werden - auch wenn sie rein fiktiv sind. Weder wird eine Lokomotive in der Zeit unterwegs sein noch jemals ein Astronaut auf einem kollabierenden Stern stehen. Die Texte selbst sind allerdings so kurz, dass es schwierig wird, ihre komplexen Aussagen klar zu erfassen. Ein bisschen bleibt unklar, warum dieses Buch so viele Menschen erreicht hat. Verständlich dürfte vieles für die Leser_innen nicht sein.



Jean-Marc Lévy Leblond verzichtet weitgehend auf Bilder. Er nannte sein Buch schlicht „Von der Materie" (2011, Merve in Berlin, 173 S.). Es geht um Materie und Antimaterie, um Einsteins Relativitätstheorie und die Zweifel wiederum an allem, was irgendwann einmal als neue Erkenntnis auftauchte. Dass Wahrnehmung und Wirklichkeit eine komplizierte Verbindung miteinander haben, beschreibt Gudrun Kleinlogel in „Die Welt ist nicht, was sie scheint" (2011, R.G. Fischer in Frankfurt, 118 S., 11,95 €). Der Autorin gelingt es besser als vielen der dicken Bücher, das komplizierte und dem üblichen Denken entgegenstehende Geschehen rund um Quanten, Raum und Zeit zu vermitteln. Es ist daher als Einstieg eine gute Alternative zu den Klassikern um Schrödinger Katzen, in denen ebenfalls in wundervollen Geschichten das Weltbild vermittelt wird, in dem alles relativ ist und die Materie, so simpel sie auf den ersten Blick scheint, der Träger beeindruckender Dynamiken und Informationen ist. Kleinlogel geht noch einen anderen Schritt weiter, der fasziniert, auf dem sie aber leider nicht mehr stringent argumentiert, sondern sich selbst als Anhängerin solcher Ideen zeigt. Da das Geschehen auf der Welt nicht vollständig im Dreidimensionalen und unserem Denken einfach zugänglichen Bereich erklärbar ist, sei es unwissenschaftlich, bislang ungeklärte Phänomene ins Reich der Phantasie zu verbannen. Sie nennt als Beispiele Homöopathie, Telepathie und andere.

Das dickste Buch stammt von Eduard von Wyl und heißt „Von den Quarks ins dritte Jahrtausend" (2012, R.G. Fischer in Frankfurt, 831 S., 58 €). Es enthält Geschichten über die Geschichte der ganzen Welt - vom Urknall bis zum denkenden Leben. Geschrieben ist es in vielen kleinen Kapiteln, immer wieder mit Seitenästen, bei denen es weniger um den Inhalt als um das Drumherum von Entdeckungen und technischem Aufbruch geht. Den Erklärungen um die Entstehung der Welt sind verbale Expeditionen ins große Weltall oder in die kleinsten Teile der Zellen des Lebens beigefügt. Die Botschaft als roter Faden durch die vielen Seiten lautet: Alles ist dynamisch, in Bewegung und entwickelt sich vom Einfachen zum Komplexen. Das ist der Stoff, aus der auch die Debatte um zukünftige Gesellschaften sein kann. Die Evolution bejahend, müsste sie dann jenseits von starren Regeln verlaufen, wie sie heute vorherrschen und der Entwicklungsgeschichte von Materie und Leben widersprechen.



Biologie, Evolution und Kultur

Eine wichtige Herleitung herrschaftsfreier Ideale stammt aus einem Verständnis von Evolution nicht als linearer Prozess, sondern vor allem als Evolution der Evolutionsbedingungen. Ständig kommen neue Qualitäten in die Welt, auf deren Basis sich Neues auf neue Art weiter entwickeln kann. Recht, Strafe, Kontrolle und Normen hingegen wollen einen Zustand der Jetzt-Zeit (oder tatsächlich meist sogar der Vergangenheit) künstlich festhalten. Herrschaft ist anti-evolutionär.

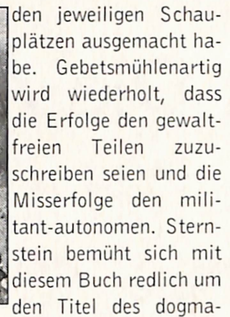
Evolution gab es von Beginn an. Denn schon Materie ist weniger ein starrer Stoff als vielmehr ein dynamisches Etwas mit vielen Unbekannten. Das forcierte die Evolution des Stofflichen. Aus ihr entwickelte sich das - weiterhin materielle - Leben. Enrico Coens bietet mit seinem Werk „Die Formel des Lebens" (2012, Carl Hanser in München, 383 S., 24,90 €) eine Geschichtsschreibung „von der Zelle zur Zivilisation", so jedenfalls steht es im Untertitel. Es enttäuscht nicht und leistet daher einen interessanten Beitrag zur Debatte der Organisierung des Lebens. Die starren Erklärungsmuster eines Charles Darwin können damit bereichert und durch Erweiterung bestätigt werden. Leben ist komplex und dynamisch. Genau deshalb braucht es keiner Götter als zusätzlicher Erklärung. Sich selbst überschätzt der Autor allerdings mit der Annahme, eine „theory of everything" bieten zu können. Seine Rückführung aller Prozesse von Leben und Kultur auf sieben Antriebe gelingt nur, weil er ziemlich vage Begriffe auswählt und diese nicht scharf definiert.



Thomas Munzinger geht in seinem „Der EGO-Tunnel" (2014, Piper in München, 464 S., 10,99 €) einen Schritt weiter und stellt die Metafrage: Wie denkt der Mensch sich selbst? Und was ist das Selbst(-Bewusstsein) folglich? Der Autor reiht Untersuchungsergebnisse aneinander (manche auch zweimal) und verweist auf die große Illusionskraft des Gehirns. Das produziere nicht nur ein subjektiv überformtes Abbild der Welt, sondern auch von sich selbst. Die Grenzen zwischen Traum und sogenannter Wirklichkeit sind verschwommener als gemeinhin angenommen. Zum Ende versucht der Autor, Konsequenzen aus all dem zu ziehen. Es bleibt wenig vom bisherigen Weltbild übrig - und von der betörenden Klarheit, die das mechanistische Weltbild einige hundert Jahre in der Nachfolge der noch primitiveren Erklärungsmodelle über Gott und die Welt in den Köpfen verankert hat.

Bewegungsticker

Gewaltfreiheitismus



Wolfgang Sternstein hat ein Buch über die Anti-Atom-Bewegung geschrieben. Ich möchte ehrlich vorausschicken, dass ich schon vor Lektüre dieses Buches deutliche inhaltliche Differenzen zu Sternstein hatte. Nach der Lektüre von „Atomkraft - Nein Danke - Der lange Weg zum Ausstieg" (2013, Brandes&Apsel in Frankfurt, 240 S., 19,90 €) sehe ich mich darin bestätigt, habe jedoch zusätzlich noch das Gefühl, schlicht nicht verstanden zu haben, für wen dieses Buch eigentlich sein soll.

Abgesehen von einem Farbfoto neueren Datums auf dem Cover sprechen die ausgewählten Fotos schon eine deutliche Sprache: Von rund 30 Bildern stammt über die Hälfte aus den 70ern, etwa 10 aus den achtzigern und gerade einmal zwei sind von 1997. Etwas Neueres findet sich nicht. In der Beschreibung heißt es, es handle sich um eine Analyse der Bürgerbewegung von Wyhl bis Gorleben. Während sehr umfangreich auf die Geschehnisse in Wyhl und Brokdorf eingegangen wird, werden die letzten eineinhalb Jahrzehnte der Bewegung jedoch reduziert auf wenige Zeilen. Passender wäre gewesen, dem Buch den Untertitel „Momentaufnahmen und subjektives Allerlei von Wyhl bis zur Bohrlochbesetzung Gorleben" zu geben.

Brennelementefabrik und Urananreicherungsanlage werden in Halbsätzen genannt, der Widerstand dagegen findet keinerlei Erwähnung. Den Grünen solle gedankt werden für ihre parlamentarische Unterstützung der Bewegung, heißt es noch in dem 2013 erschienenen Werk. Ich bin sehr froh, dass die Anti-Atom-Bewegung entgegen parteigrüner Empfehlung und trotz aller Regierungsversprechen weiterhin gegen Castortransporte auf die Straße gegangen ist und ich glaube, dass die parlamentarische Tätigkeit der Grünen in den meisten Fällen doch mehr Steine in den Weg gelegt hat, als dass sie der Bewegung geholfen hätte.

Womit sich das Buch primär beschäftigt ist, unentwegt zu betonen, dass die Art von Gewaltfreiheit und gewaltfreiem Widerstand, wie Sternstein selbst sie anwendet, die einzig richtige Art und Weise ist zu protestieren und dass Sabotage und Militanz der Inbegriff des Scheiterns seien. Um diese Behauptung zu belegen, werden immer neue Listen mit Gründen angeführt, was die Stärken und Schwächen des Widerstands an den jeweiligen Schauplätzen ausgemacht habe. Gebetsmühlenartig wird wiederholt, dass die Erfolge den gewaltfreien Teilen zuzuschreiben seien und die Misserfolge den militant-autonomen. Sternstein bemüht sich mit diesem Buch redlich um den Titel des dogmatischsten Gewaltfreien im Land.

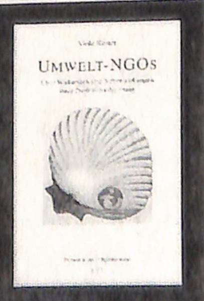
Umwelt-NGOs: Über Wirkungen und Nebenwirkungen ihrer Professionalisierung

So heißt eine Studie von Viola Köster, verlegt bei Lit in Münster (2012, 200 S., 29,90 €). Der Titel verspricht einen kritischen Blick auf die Entwicklung von Umwelt-NGOs. Der Begriff der Professionalisierung wird dann jedoch bedauerlicherweise sehr eng gefasst und es geht im Grunde im Buch nahezu ausschließlich um die Übertragung von Managementkonzepten der Betriebsoptimierung auf NGOs bzw. insbesondere deren Auswirkungen auf Festangestellte. Das Buch beschreibt zunächst die Wirkungsweise verschiedener auf Umwelt-NGOs angewandter Optimierungskonzepte (Supervision, Organisationsentwicklung, Selbstmanagement etc.) und lässt dann anonymisiert Verbandsangestellte zu Wort kommen. Durch die komplette Anonymisierung hinsichtlich Person, Funktion und Verband stehen diese Statements jedoch weitgehend im luftleeren Raum, wirken eher banal und lassen sich nicht geschichtlich einordnen. Dadurch werden zwar die zuvor beschriebenen Wirkungsweisen hinsichtlich Entfremdung, Erschöpfung, Flexibilisierung, Burnout, Prekarisierung und Konkurrenzdruck unter den NGO-Angestellten und damit ein zentraler Aspekt der Professionalisierung bestätigt, mir erscheint dies für eine Analyse der Professionalisierung jedoch zu wenig.

Der politische Bedeutungswandel einer NGO von einem zu Zeiten des Entstehens der Umweltbewegung revolutionären oder jedenfalls potentiell revolutionären Sammelbecken hin zu einer konterrevolutionären Institution wird in Kösters Werk vorrangig mit der zuvor geschilderten „Professionalisierung" begründet. Damit wird die staatliche Vereinnahmung der Umweltverbände und die damit einhergehende Modernisierung und Stärkung des eigentlich durch Umsturz zu beseitigenden Staatsgebildes zwar im Resultat korrekt, aber verkürzt dargestellt. Viele weitere Faktoren, Rahmenbedingungen, Akteur_innen und politische Entwicklungen haben hier ebenfalls Einfluss, genannt seien beispielsweise das Grunddilemma der Festanstellungen in Verbänden (Verstetigung von einmal geschaffenen Jobs und Machtposten über Jahre/ Jahrzehnte), die systematische Korrumpierung durch Macht, die Nutzung von Umweltverbänden als Sprungbrett für eine parteipolitische Karriere, die Entwicklung vieler Menschen dahin, konsumierbaren Widerstand zu fordern bzw. die Revolution von ihrem Smartphone aus liken zu wollen und das Verschwinden des Anspruchs, Dinge selber machen zu wollen. Gerade der letztgenannte Aspekt wäre spannend gewesen zu untersuchen, da die Entwicklung der NGOs teilweise durchaus als Reaktion auf eine veränderte „Nachfrage" zu werten ist. Auch innerhalb des Spektrums hochprofessionalisierter NGOs gibt es eine interessante Bandbreite an Organsiserungsmodellen, die sich tlw. besser und tlw. schlechter an die Erfordernisse der „modernen Zivilgesellschaft" anzupassen oder diese auszunutzen wissen. Spannend hätten auch weitere Fragen sein können wie die nach verbandsinternen Widerständen gegen Professionalisierung und die Reaktion darauf oder die daraus resultierenden Machtkämpfe. Ebenso fehlt die Kritik an den Entwicklungen durch andere Initiativen und Zusammenhängen sowie die Debatte um Herrschaftsanalyse (bzw. des Fehlens derselben mit daraus folgender fehlender Herrschaftskritik und Verlust aller Utopien.

Der letzte Teil des Buches beschreibt umfangreich Marcuses „kritische Naturtheorie" um dann die Logiken von Lebens- und Todestrieb auf die vorherigen Schilderungen zu übertragen. Mir erscheint die Übertragung nicht falsch, aber doch sehr schablonenhaft und wenig hilfreich für eine konkrete Organisierungsdebatte.

Ganz am Ende des Buches wird benannt, wirksamer Widerstand entstehe nach Marcuse an den Randgrupen des Kapitalismus und sei dezentral, diffus und spontan. Genau diese Orte und Personen aufzusuchen und nach ihrer Perspektive auf den NGO-Apparat zu befragen, hätte dem Buch gut getan. Hanna Poddig



Die Filme über rechtslastige und weltvereinfachende Inhalte im Film „Friedlich in die Katastrophe" sind wieder auf Youtube zugänglich.

Berlin: Die A100 frisst sich durch

vega **Seit der letzten Ausgabe des Grünen Blatts hat sich in Berlin wenig Gutes ereignet, und die Vorgänge rund um die A100 gehören sicher nicht dazu. In wenigen Worten: Die Bauarbeiten machen Fortschritte, die Verdrängung der Menschen in der Beermannstraße schreitet voran, (partei-)politisch ist die Zukunft des Projekts erst einmal abgesichert und zu allem Überfluss ist auch noch die Strafjustiz auf dem Plan getreten. Und trotzdem werden im Widerstand gegen den Autobahnausbau neue Bündnisse geschmiedet, von denen mensch sicherlich noch hören wird.**

In Neukölln, auf dem ersten Teilstück der Trasse, haben die Bauarbeiten im großen Stil begonnen. Durch den Abriss von Kleingärten, Gewerbegrundstücken und Bauruinen sowie der Fällung von Straßenbäumen ist von hier eine breite Schneise in Richtung Innenstadt entstanden. Auf deren Endstück in Treptow leben aber immer noch Menschen, die für den Autobahnbau vertrieben werden sollen. Konkret sollen in der Beermannstraße fünf Wohnhäuser und eine weitere Kleingartenanlage abgerissen werden. Die Menschen, die hier noch wohnen, werden von der Senatsverwaltung immer weiter unter Druck gesetzt.

In den Häusern wohnen noch ungefähr zehn Mietsparteien. Etwa 90 Wohnungen stehen inzwischen leer. Sie wurden im Auftrag des Senats unbewohnbar gemacht und mit hochwertigen Schlössern gegen Besetzungen gesichert. Dafür dürften mehrere zehntausend Euro draufgegangen sein. Die Leute, die aus den Wohnungen raus mussten, haben nur ein paar hundert Euro Umzugspauschale bekommen und keinen Cent Entschädigung gesehen. Bei den meisten die jetzt noch drin sind, ist der Kündigungstermin eigentlich schon verstrichen. Sie haben Einspruch gegen ihren Rausschmiss eingelegt. Eine Perspektive in den Häusern zu bleiben sehen sie nicht wirklich, viele beharren aber auf einen vernünftigen Ersatz. Denn die Ersatzangebote vom Senat sind meist miserabel. Bisher sind die verbliebenen MieterInnen davon ausgegangen, dass es noch weit bis ins nächste Jahr dauern würde, bis der Rechtsweg abgeschlossen sein würde und sie wirklich raus müssten. Inzwischen droht der Senat ihnen aber mit einer vorzeitigen Besitzeinweisung, sprich quasi einer Enteignung. Dadurch würde das Mietrecht ausgehebelt werden und das ganze Verfahren könnte deutlich schneller abgeschlossen sein. Der psychische Druck, der auf den Menschen lastet, ist enorm.

Die Situation der Leute in der angrenzenden Kleingartenanlage ist vielleicht etwas weniger existenzbedrohend, aber trotzdem beschissen. Sie bekommen zwar eine Entschädigung, bei der Berechnung des Werts der einzelnen Grundstücke wurde aber massiv getrickst. Das Ergebnis ist, dass viele sich keinen neuen Garten in der Stadt leisten können oder nicht mal den Kaufbetrag für ihre Parzellen wieder rauskriegen. Dazu kommen noch Extraschikanen, zum Beispiel die Auflage, die zum zeitnahen Abriss vorgesehenen Hütten komplett leergeräumt und besenrein an den Senat zu übergeben. Das soll im November passieren.

Gleichzeitig ist der soziale Druck in Berlin hoch wie lange nicht mehr. Zu den kontinuierlich steigenden Mieten kamen in den letzten Monaten groß angelegte Räumungen: Im April der von Geflüchteten besetzte Oranienplatz, im Juni ein großer Teil der refugees in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule und schließlich im September die Cuvry-Brache, ein Barackendorf auf einer Fläche, auf der jetzt Luxuswohnungen entstehen sollen. Dazu kommen die Geflüchteten, die Oranienplatz und Hauptmannschule „freiwillig" verlassen haben, dafür ein paar Monate in Berliner Lagern bleiben durften und jetzt wieder auf der Straße stehen. Wohnraum ist knapp und das Elend groß wie selten zuvor, eine Tatsache die mittlerweile im alltäglichen Stadtbild deutliche Spuren hinterlässt.

Als Wowereit dann das Bürgermeisteramt hingeschmissen hat, sah es für einen Moment so aus, als könnten die Leute in der Beermannstraße wieder etwas Hoffnung schöpfen. Schließlich war er es, der die SPD überhaupt erst auf A100-Kurs gebracht hat. Allerdings war ziemlich schnell absehbar, dass mit Michael Müller ein anderer Autobahnfan regierender Bürgermeister wurde. Müller hat schon in den letzten beiden Jahren als Stadtentwicklungssenator maßgeblich an der Durchsetzung des Projekts mitgewirkt, Veränderungen sind mit ihm keine zu erwarten. Seine beiden gescheiterten Herausforderer



A100-Gegner zu nennen, wäre übertrieben, aber seinen Enthusiasmus in Sachen Autobahnausbau teilen sie nicht. Trotzdem und trotz der dramatischen Situation in der Beermannstraße war die A100 im Wahlkampf überhaupt kein Thema.

Das die A100 in den letzten Monaten überhaupt noch in den Medien aufgetaucht ist, liegt vor allem an dem Strafverfahren gegen fünf A100-GegnerInnen. Nachdem Anfang Februar eine Baumbesetzung auf der geplanten Trasse geräumt wurde, wird ihnen nun Hausfriedensbruch vorgeworfen. Verfolgt werden kann das ganze überhaupt nur, weil ein Mitarbeiter aus Müllers Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Strafantrag gestellt hat. Bisher denkt die Behörde nicht daran, den Strafantrag wieder zurückzunehmen – obwohl zwei grüne Abgeordnetenhausmitglieder, Robin Wood und eine Delegation diverser stadt- und umweltpolitischer Gruppen sie dazu aufgefordert haben. Dafür hat es diese Auseinandersetzung mehrmals in die Hauptstadtpresse geschafft.

Viele dieser Presseberichte erwecken den Eindruck, es ginge politisch nur noch um das Abwehren von Kriminalisierung und nicht mehr um eine Fortsetzung des jahrelangen Protest und Widerstands gegen die A100. Der war tatsächlich mal breiter getragen als im Moment, ist aber noch lange nicht tot. Im Gegenteil, die Verzahnung zwischen umwelt- und verkehrspolitisch Aktiven mit Stadtteil- und MieterInneninitiativen ist so eng wie nie.
Ein erstes Ergebnis davon war ein Go-In bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 20.10. Mitgemacht hat ungefähr ein Dutzend bunt zusammengewürfelter Personen. Im Gepäck hatten sie einen Brief an Senator Müller, in dem gefordert wird, den Strafantrag gegen A100-GegnerInnen zurückzuziehen und die Wohnhäuser und Kleingärten in der Beermannstraße zu erhalten.
Der Senator selbst war nicht im Haus und in der Chefetage war man von dem Überraschungsbesuch nicht gerade begeistert. Dennoch nahmen sich zwei Mitarbeiter Müllers Zeit für ein längeres Gespräch. Die Linie war dabei allerdings eindeutig: Man nehme den Brief entgegen, werde ihn erstmal inhaltlich prüfen und sich dann melden. Verhandlungen in irgendeiner Form wurden scharf abgelehnt, dass unangemeldete und gemeinsame Erscheinen der Gruppe stieß ihnen sauer auf. So würde Verwaltungshandeln nicht funktionieren. Die Ankündigung weiterer Proteste wurde als Drohung aufgefasst und zurückgewiesen.
Hier zeigt sich ein klares Machtverhältnis. Denn für die MieterInnen in der Beermannstraße ist die Drohung auf der Straße zu landen konkret und sie können sich nicht einfach mehr Zeit nehmen, um sich erstmal mit dem Thema zu befassen. Doch schon auf die zaghafte Umdrehung dieses Gewaltverhältnisses reagierte die Verwaltung allergisch.
Anschließend ging es weiter zum technischen Leiter des A100-Ausbaus, der den Strafantrag unterschrieben hat. Auch er gab sich gesprächsbereit, zog sich aber in der Strafantragsfrage hinter seinen Vorgesetzten zurück. Allerdings gab es von ihm auch die klare Aussage: „Momentan ist in Müllers Behörde die Kriminalisierung von A100-GegnerInnen gewollt."
Die Verantwortliche für die Vertreibung der Menschen aus der Beermannstraße, wurde nicht angetroffen. Aber auch ihr wurde der Brief hinterlassen und ihre Bürotür etwas verschönert.

Es bleibt abzuwarten, wie es jetzt weitergeht. Dass Politik und Verwaltung es sich plötzlich anders überlegen, ist kaum zu erwarten. Trotzdem – mit dem Rollen der Baumaschinen hat sich der Protest gegen die A100 nicht erledigt. Gerade weil der Druck steigt, dürfte der Autobahnausbau auch künftig wieder auf Widerstand stoßen.

»Vögeln ist schön«



...stand 1968 als Graffito an der Fassade eines Nordhessischen Provinzgymnasiums. Eine halbe Stunde später schon hatte der Direktor die „nicht wiederzugebende, unflätige Bemerkung", wie es in der Lokalpresse hieß, bereits überpinseln lassen.
Ulrike Heider, selbst Zeitzeugin und Teilnehmerin der 68er Revolte, liefert in ihrem Buch einen umfassenden geschichtlichen Abriss über die Sexualtitätsdiskurse der vergangenen Jahrzehnte, wie sie sich in der BRD und dort insbesondere in linken und feministischen Zusammenhängen entwickelten und veränderten. Ausgehend von den geistigen Eltern der Sexuellen Befreiung von '68, wie Herbert Macuse, Wilhelm Reich oder Vera Schmidt über das studentische Aufbegehren gegen die Prüderie der Adenauerzeit, die Schwulen- und S/M-Bewegung bis zur Abrechnung mit Postfeminist_innen neokonservativer Prägung wie Charlotte Roche oder der Autorin des SM-Pornos Shades of Grey, Erika Lenoard.
Heider bezieht dabei erfrischend klare Position für eine hedonistisch er- und ausgelebte Sexualität, die sich der Unterwerfung unter gesellschaftliche Diskurse, kommerzielle Vereinnahmung und dogmatischer Aufladungen jeglicher Art konsequent verweigert. Vögeln soll schön sein, ist ihr credo, weder Sport, noch Schmerz, noch Leistung oder Konsum.

"Vögeln ist schön. Die Sexrevolte von 1968 und was von ihr bleibt" Ulrike Heider, 320 Seiten, 14,95€, Rotbuchverlag

... für eine bessere Welt!

Mein Name ist Bernhard Heidbreder, der notgedrungen die Identität von John Londoño S. angenommen hatte, als den mich die Menschen in meiner Gemeinde und auf meiner Arbeit kannten. Ich wurde am 11. Juli 2014 festgenommen; bereits seit April 1995 sucht mich die deutsche Justiz wegen meiner angeblichen Verbindung zu einer Gruppe namens K.O.M.I.T.E.E., die fälschlich als terroristisch bezeichnet wird (denn tatsächlich wurde von ihr niemals jemand verletzt oder getötet) und die für zwei durchgeführte Aktionen bekannt ist:
Das Anzünden einer kleinen Niederlassung des deutschen Militärs und den Versuch, ein leer stehendes Knastgebäude in die Luft zu sprengen, was aber nicht zu Ende geführt wurde.

Nun werden Sie sich fragen: Warum ein Gefängnis? Nun, weil es sich bei diesem Neubau nicht um irgendein gewöhnliches Gefängnis handeln sollte, sondern um ein ganz besonderes, ein Gefängnis, welches einen großen Schritt nach vorn in der repressiven Politik der deutschen Regierungen gegen MigrantInnen ohne Aufenthaltspapiere bedeutet hätte, weil diese dort unter Verletzung ihrer fundamentalen Menschenrechte inhaftiert werden sollten.

Stellen sie sich vor, Sie wären als TouristIn in Deutschland. Ihnen wird Arbeit angeboten, als KellnerIn zum Beispiel, und Sie würden sich entschließen zu bleiben, obwohl Sie keine Arbeitsgenehmigung haben, und auch keine Aufenthaltsgenehmigung, die die deutsche Ausländerbehörde, wie Sie genau wüssten, Ihnen auch niemals geben wird; Sie arbeiteten eine Zeit lang in dem Restaurant bis die Polizei dort eine Kontrolle durchführt, und Sie würden in das besagte Modellgefängnis gebracht, dass genau für Leute wie Sie gebaut wurde:
Für Einwanderer-Innen, die sich ohne Papiere in Deutschland befinden.
Dort würden Sie ungefähr ein halbes Jahr auf ihre Abschiebung warten, doch wenn dann der Tag der Abschiebung gekommen ist, werden Sie nicht in ihr Heimatland abgeschoben, sondern in ein benachbartes Land, wo Sie Ihrem Schicksal überlassen werden.

Jede und jeder weiß, dass die Länder der "Ersten Welt" eine unermessliche Schuld gegenüber den Ländern Lateinamerikas und den Ländern anderer Kontinente haben (die für sie die "Dritte Welt" sind); auf der Ausbeutung ihrer Bodenschätze beruht der heutige Reichtum der Länder Europas. Eine Form, die historische Schuld zu bezahlen, auch wenn es nur wenig wäre, wäre es, jedem zu ermöglichen in Europa sein Glück auf dem Arbeitsmarkt zu suchen; aber weit entfernt davon dies zu tun, wird ein Knast gebaut für die MigrantInnen, die sich in Deutschland befinden. Das ist keine Gerechtigkeit!

Was mich angeht, möchte ich festhalten, dass ich in meinem ganzen Leben keinen Menschen getötet habe; hingegen ist die Migrationspolitik der Europäischen Union mitschuldig am Tod von vielen, die in ihren Herkunftsländern keine Lebensgrundlagen finden, wo sie statt Arbeit Hunger, Elend und manchmal politische Verfolgung und Folter vorfinden.

Ja, ich entstamme der deutschen radikalen Linken: wir, einige tausend Menschen (ich darunter), organisieren uns in einer Strömung, die sich die Autonomen nennt und die einen uneigennützigen politischen Kampf in Solidarität mit den MigrantInnen ohne Papiere aufbaut, gegen die Verletzung ihrer elementaren Menschenrechte, dies ist eingebettet in die Aktionen der deutschen radikalen Linken gegen verschiedenste Ungerechtigkeiten.

Auch heute bleibe ich meinen Idealen treu, mein Kampf steht unter der Fahne des Antifaschismus, des Antiimperialismus, des Anti-Sexismus, des Anti-Kapitalismus, und ich habe die besten Vorsätze, ein guter Ehemann, ein solidarischer Nachbar, ein kämpfender und revolutionärer Arbeiter zu sein, ich beteilige mich am Aufbau eines gerechten öko-sozialistischen Systems; doch ich gehe davon aus, dass es nicht all dieser politischen oder persönlichen Charakteristika bedarf, sondern nur ein klein wenig solidarischen Bluts, das durch die Adern fließt, um erkennen zu können, dass die aktuelle Migrationspolitik ein Anschlag auf die elementarsten Grundlagen der Menschlichkeit darstellt.

Ich möchte in diesem Fall die Betonung darauf legen, die Umstände und die uneigennützigen politischen Beweggründe für die Aktionen der revolutionären Linken klarzustellen, wozu auch jene Gruppe gehört, der ich vor fast 20 Jahren angehört haben soll; und ich schreibe diesen Kommentar, weil ich versuchen werde die Auslieferung zu verhindern (es gibt mehr als genug Argumente, bei deren Beachtung in einem verfassungsgemäßen und rechtlich korrekten Verfahren, bei dem das Recht auf Verteidigung gewährleistet ist, ich nicht ausgeliefert werden sollte) und mein Leben mit meiner Ehefrau und meiner sozialen Gemeinschaft in Mérida weiter zu führen.

Ich benötige die Solidarität von all denjenigen, die sich mit meiner Sache identifizieren und ich bitte die venezolanische Linke im Besonderen, das sie mich als das sieht, was ich bin: Jemand, der jeden Tag sein Sandkörnchen beiträgt zum Kampf für eine bessere Welt.

21.10.14: Stand des Auslieferungsverfahrens

Die deutsche Generalbundesanwaltschaft hat ein offizielles Auslieferungsersuchen an den venezolanischen Staat gestellt.
Ein für Anfang November angesetzter Termin zur Anhörung aller Beteiligten wurde erst einmal wieder abgesagt – möglicherweise, weil die von Deutschland eingereichten Unterlagen unvollständig waren. Vorerst ist davon auszugehen, dass der Anhörungstermin zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden und eine Entscheidung über den Auslieferungsantrag dann irgendwann in der Folgezeit getroffen wird.

Kampagne gegen die Auslieferung:
https://dageblieben.net/

BEFREIUNG – WAS SONST!?

Rubrik: Knast
Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 06.02..15 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her mit den Adressen.
Kontakt: knast@gruenes-blatt.de

apendix – so steht es unübersehbar auf der Internetpräsenz der am 21. Mai diesen Jahres von Gefangenen der JVA Tegel gegründeten Gefangenengewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO).

Bald konnte die GG/BO wachsen und inzwischen gibt es Ortsgruppen in den Justizvollzugsanstalten (JVA) Burg, Sehnde, Tegel, Plötzensee, Willich I und II und Aschaffenburg, sowie den Zweiganstalten (ZwA) Krefeld und Mönchen-Gladbach.



Im August wurde die erste Ausgabe der Zeitschrift "Outbreak" (engl.: Ausbruch) herausgegeben, was den Bekanntheitsgrad der GG/BO bundesweit weiter gesteigert hat. Sie enthält neben redaktionellen Beiträgen gesammelte Erklärungen der GG/BO, Solidaritätstexte, Gastbeiträge sowie ausgewählte Presseartikel, die hinsichtlich der GG/BO in diversen Zeitungen veröffentlicht wurden. Die 1000 Exemplare der ersten Ausgabe sind inzwischen so gut wie vergriffen, der Inhalt wird aber bald auf der Website der GG/BO verfügbar sein.

Gefangene haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Oft müssen sie ohne geeignete Schutz-Ausrüstung arbeiten. Die Kernforderungen der GG/BO nach einem Mindestlohn und einer Rentenversicherung für (arbeitende) Gefangene sind in der bürgerlichen Gesellschaft 'draußen' selbstverständliche Standards, die einst gewerkschaftlich erkämpft wurden. Diese Forderungen haben einen klar reformistischen Charakter, dennoch reagiert der Staat mit Repression:
Die Anstaltsleitung der JVA Willich I beschränkt die Möglichkeiten des GG/BO-Sprechers André Borris M.á Moussa Schmitz hartnäckig. Immer wieder werden ihm zugesandte Unterlagen nicht ausgehändigt. So wird er selbst von Informationen abgeschnitten und es wird massiv erschwert, dass er z. B. Flugblätter und Mitgliedschafts-Anträge verbreiten kann. Das ist wohl gesetzeswidrig, aber dass der Staat seine Gesetze bricht, wenn es gerade praktisch erscheint, ist weder eine Neuigkeit, noch eine Ausnahme.

Die basisgewerkschaftliche Organisierung ist offenbar lästig. Immerhin lässt sich aus Gefängnisarbeit, wo der Lohn einen Bruchteil des deutschen Mindestlohn-Standards beträgt, gut Profit schlagen – nämlich geschätzt eine halbe Milliarde pro Jahr, bundesweit. Hier lohnt sich, einen Blick in die USA zu werfen, wo es einen Zusammenhang der Industrialisierung des Knastsystems und wachsenden Gefangenenzahlen gibt.

Von Anfang an appellierte die GG/BO an Gewerkschaften 'draußen', die Belange von Gefangenen nicht länger unbeachtet zu lassen, sich zu solidarisieren und gemeinsam zu organisieren. Von FAU- und ver.di-Gruppen kamen Solidaritäts-Bekundungen. Aktive der Industrial Workers of the World (IWW) hielten Anfang August diesen Jahres eine Solidaritätskundgebung ab.
Linksgewerkschaftliche Basisstrukturen innerhalb und außerhalb von DGB-Einzelgewerkschaften, Sektionen und Ortsgruppen der Basisgewerkschaften (FAU, IWW) haben begonnen, sich mit den zentralen Forderungen nicht nur auseinanderzusetzen, sondern diese auch aktiv aufzugreifen, um diese in ihren Reihen stark zu machen.

Zeigt euch solidarisch, reagiert auf den Ebenen, die euch liegen ob Öffentlichkaitsarbeit, persönlicher Unterstützung oder direkte Aktion! Ihr könntet z. B. dem mit besonders vielen Repressalien überzogenen André Moussa in Willich und anderen aktiven Gefangenen schreiben (und Briefmarken mitschicken), euch auf juristischer oder politischer Ebene mit der Anstaltsleitung auseinandersetzen oder aktives GG/BO-Mitglied werden – das können nämlich auch Menschen, die nicht (oder treffender: weniger) gefangen sind.

www.gefangenengewerkschaft.de

Die Redaktion der Outbreak hat eine eigene Mail-Adresse, die für Leserbriefe, eigene Beiträge, aber auch für Bestellungen genutzt werden soll: **outbreak@gefangenengewerkschaft.de**

Abgesehen von den Schikanen, die seine Tätigkeit als GG/BO-Sprecher betreffen, hat André auch darunter zu leiden, dass er seine Medikamente seit drei Jahren zu einer Uhrzeit verabreicht bekommt, die es ihm unmöglich macht, an der Freistunde teilzunehmen. Er freut sich sehr über Briefe und andere Formen der Unterstützung:
André Borris M. Á Moussa Schmitz
Gartenstr. 1, 47877 Willich

Diesmal steht hier erfreulicherweise keine Knast-Adresse von Oliver Rast, einem Mitbegründer der GG. Er wurde nämlich am 10.09.14 nach über drei Jahren entlassen!
„Auch wenn ich jetzt draußen bin, werde ich mich weiterhin für die Gefangenengewerkschaft einsetzen und gegen Zustände wie in der JVA Tegel vorgehen," so Oliver Rast nach seiner Entlassung.

Solidarität gegen die Verfolgung von Organisationen als "Foreign Agents" in Russland

ACN Mit den "Foreign Agent"- und "Extremismus"-Gesetzen werden derzeit viele progressive Organisationen in Russland verfolgt. Klares Ziel der gesetzlichen Instrumente ist die Ausschaltung von die politischen Machthaber*innen störenden Organisationen und Bewegungen. Legale Organisationen werden in diesem Kontext de facto verboten, wenn sie als "Foreign Agents" (ausländische Agenten) eingeordnet werden, denn ihre Weiterarbeit ist unter diesen Umständen so gut wie unmöglich. Mit schwammigen Extremismus-Anklagen werden auch Einzelpersonen, die sich kritisch geäußert haben, mit mehrjährigen Haftstrafen bedroht, und quasi von der Bildfläche entfernt. Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sowie andere fortschrittliche Organisationen sollen als Spione gebrandmarkt und öffentlich diskreditiert werden.

Seit dem Sommer versucht eine Soli-Kampagne Öffentlichkeit für die verfolgten Gruppen herzustellen. In diesem Artikel beginnen wir mit einem Einblick in die Thematik.

Hintergrund

In den USA gibt es ein ähnliches Gesetz, das 1938 als Maßnahme gegen Propagandisten des Dritten Reiches erlassen wurde. Die Tatbestandsbeschreibung, Registrierzwang und Haftandrohung bei Zuwiderhandlung klingen ähnlich. Bis heute ist diese ursprünglich als Anti-Nazi-Gesetz deklarierte Vorschrift in den USA in Kraft. Später wurde das Gesetz mehrfach ergänzt und beispielsweise für die anti-kubanische Linie der US-Regierung verwendet. In Russland wurde diese Idee 2012 kopiert, richtet sich aber nicht in erster Linie gegen Nazis, sondern gegen jegliche Art politisch aktiver Organisationen und deren Aktivist*innen.

Es sprechen aber wesentliche Unterschiede dagegen die russische Verfolgung von NGOs als "Auslandsagenten" mit dem US-"Foreign Agents Registration Act" (FARA) zu rechtfertigen, wie es die russische Regierung in der Öffentlichkeit tut. Während das Gesetz in den USA im wesentlichen auf Individuen (und hierbei explizit ausländische Staatsbürger*innen) abzielt, die innerhalb der Vereinigten Staaten aktiv werden, hat das russische Gesetz ausschließlich russische Nichtregierungsorganisationen im Fokus. Es geht also um die Unterdrückung inländischen Engagements "eigener" Bürger*innen bzw. ihrer Organisationen. Wissenschaftliche, religiöse, künstlerische und humanitäre Tätigkeiten fallen in den USA nicht unter FARA - ganz im Gegensatz dazu stehen Organisationen aus derartigen Themenfeldern in Russland durchaus im Fokus der "Foreign Agent"-Gesetzgebung, humanitäre NGOs erfahren sogar recht systematisch solche Verfolgung. Außerdem hat der Begriff des "Foreign Agent" in beiden Ländern völlig unterschiedliche Bedeutung. Während im englischen Sprachgebrauch das Wort "Agent" gar nicht so sehr auf Spionagetätigkeit abzielt, sondern als Interessentvertreter benutzt wird (z.B. Handelsagenten etc.), meint er im russischen Diskurs ausländische Spione, denn der verwendete russische Begriff wurde in der Propaganda des Kalten Krieges geformt und wird Umfragenergebnissen zufolge von der Mehrheit der Bevölkerung immer noch so verstanden. Während also in den USA "Ausländische Agenten" einfach Menschen sind, die im Interesse ausländischer Institutionen handeln, wird das Wort in Russland in militärischem Sinne als "ausländischer Spion" verstanden. Dass keine Organisation, deren Arbeit sich an die allgemeine Bevölkerung richtet, und die Aufklärung betreiben will, mit einem solchen Label noch bestehen kann, ist offenkundig.

Gruppen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, waren eines der wichtigsten Angriffsziele der "Foreign Agents"-Gesetzgebung. Das Gesetz war im November 2012 nach den Protesten gegen Unregelmäßigkeiten während der russischen Präsidentschaftswahlen vom März des gleichen Jahres aufgesetzt worden, wo Wahlbeobachtungsorganisationen die Vorgänge kritisch begleitet und auf Manipulationen aufmerksam gemacht hatten. Der russische Präsident Wladimir Putin unterstellte der starken Protestbewegung sie sei vom Westen initiiert. Vor der Einführung des "Foreign Agent"-Gesetzes hatte er bereits eine drastische Verschärfung des Demonstrationsrechts veranlasst. "Damit soll demonstriert werden, dass Gruppen, die die Regierung kritisieren, dies nicht tun, um öffentliche Interessen zu beschützen, sondern weil sie von irgendwelchen 'ausländischen Bösen' dafür bezahlt werden", erklärt Vladimir Slivyak, stellvertretender Vorsitzender der Umweltorganisation Ecodefense.

"The Free Dictionary" erklärt "foreign agent" als "(militärischer) Geheimagent, der von einem Staat angeheuert wurde, um Informationen über seine Feinde, oder von einem Unternehmen engagiert wurde, um Industriegeheimnisse von Konkurrenten zu beschaffen". "Spion" und "Undercover-Agent" werden als Synonyme angeboten. Per russischer Definition sind "Foreign Agents" Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Förderung oder andere Unterstützung aus dem Ausland erhalten und politisch aktiv sind. Angesichts der politischen Situation in Russland und der finanziell prekären Lage vieler Menschen dort, ist offenkundig, dass politische, unabhängige Arbeit ohne Unterstützung von Gruppen und Aktivist*innen in anderen Ländern schwer möglich ist. Daher sind viele, vielleicht die meisten, dieser politisch unabhängigen, kritischen Organisationen in Russland von dem "Foreign Agent"-Gesetz bedroht.

Bereits zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs in der Duma (russisches Parlament) im Juli 2012 gab es Proteste sowohl von Oppositionsparteien im Parlament als auch von Nichtregierungsorganisationen vor dem Gebäude. Kritik gegen das Gesetz gab es auch von Tatjana Morschtschakowa, einer der Autorinnen der russischen Verfassung, und vom den Kreml beratenden Menschenrechtsrat. Russische Menschenrechtsorganisationen stufen das Gesetz als illegitim und als in Widerspruch mit von der russischen Verfassung garantierten Grundrechten ein. Im russischen Unterhaus war er aber von einer Mehrheit der Abgeordneten unterstützt worden. Die Regierungspartei "Einiges Russland", die über eine Mehrheit im Parlament verfügt, hatte den Gesetzesvorschlag eingebracht. Offiziell soll das Gesetz verhindern, dass ausländische Staaten Einfluss auf Russlands Innenpolitik nehmen.

Fallbeispiele

Ecodefense

Die Umweltorganisation "Ecodefense" mit Sitz in Kaliningrad kam schon letztes Jahr durch die örtliche Staatsanwaltschaft unter den Druck der "Foreign Agent"-Gesetzgebung: "Wir sollten die Arbeit der Regierung auf keinerlei Ebene stören, wir sollten keine Petitionen machen oder Entscheidungsträger*innen in irgendeiner Weise beeinflussen. Andernfalls würde es als "politische Aktivitäten" mit Geldstrafen/Schließung usw. behandelt werden. - Genaugenommen ist es nett ein solches Kompliment von den russischen Behörden zu bekommen, das macht uns definitiv stolz. Aber wir wollen die Party noch nicht verlassen. Seit wir gewarnt wurden, haben wir einige "Störungen" unternommen und sind bisher glücklicherweise nicht ernsthaft bestraft worden..." Doch das ist nun anders.

Anti-AKW-Aktion von Ecodefense

Ecodefense ist eine Partnerorganisation von Bürgerinitiativen in der BRD, die gegen Atomtransporte aktiv sind, und war an Kampagnen gegen Uran- und Atommülltransporte nach Russland beteiligt. Russische und deutsche Aktivist*innen haben gemeinsam durchgesetzt, dass Uranhexaflourid-Transporte von der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau nach Russland zu verschiedenen Interimslagern unter freiem Himmel eingestellt worden sind. Im Sommer 2013 reichten Ecodefense und zehn Menschenrechtsorganisationen Klage gegen die "Foreign Agent"-Regelungen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein.

Revanche für erfolgreiche Kampagne gegen das Ostsee-AKW

Am 16. Juni 2014 erhielt Ecodefense vom Justizministerium einen Prüfungsbericht, in dem die Organisation zum "ausländischen Agenten" erklärt wurde. Diese Entscheidung wurde wegen der erfolgreichen Kampagne der Organisation gegen das Ostsee-AKW nahe Kaliningrad getroffen, die 2007 gestartet war. Im Jahr 2013 waren die Bauarbeiten an dem Standort eingestellt worden; ihre Fortführung ist nach intensiven Kampagnen gegen das neue Atomkraftwerk ungewiss. Ecodefense geht davon aus, dass die Erklärung eine Revanche angesichts der erfolgreichen Aktivitäten gegen das Ostsee-AKW darstellt und dass der russische Atomkonzern Rosatom hierbei im Spiel war.

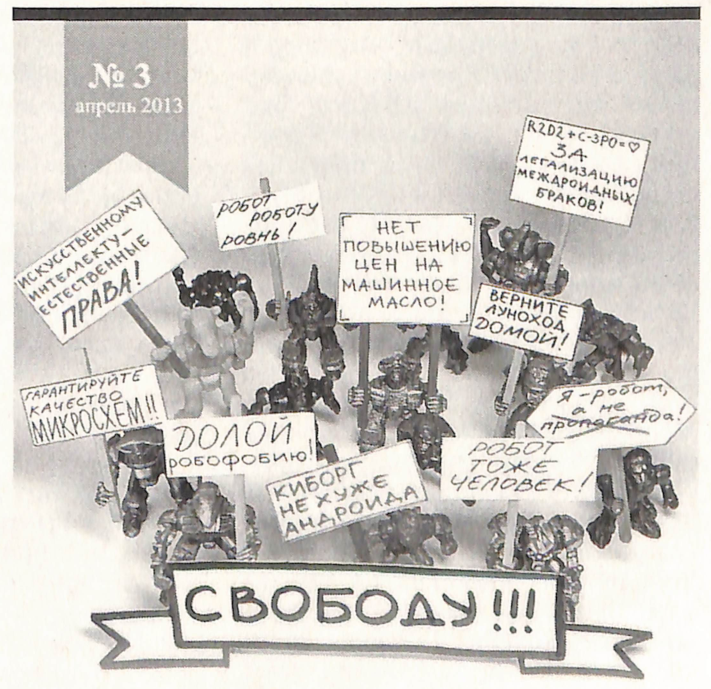
Bei der zuvor von den russischen Behörden im Frühjahr 2013 durchgeführten Überprüfung fanden sich keine Anhaltspunkte dafür, dass Ecodefense als "ausländischer Agent" betrachtet werden könnte. Offenbar kam mensch bei der in diesem Jahr durchgeführten Überprüfung anfangs zum selben Ergebnis, musste dieses dann jedoch unter Druck aus Moskau revidieren und in der Endfassung des Berichts die Aussage treffen, dass Ecodefense als "ausländischer Agent" handle.

Mittlerweile hat das Justizministerium Ecodefense im "Foreign Agent"-Register eingetragen. Offensichtlich wollte das Ministerium nicht den Gerichtsprozess abwarten, mit dem Ecodefense sich gegen die Einordnung zur Wehr setzen will. Außerdem leiteten die Behörden auch noch ein Bußgeldverfahren wegen der Unterlassung, sich selbst als Foreign Agent zu registrieren, ein. Neben der Stigmatisierung als ausländischer Spion wurde die Organisation auch noch zu mehreren Tausend Euro Bußgeld verurteilt.

In Reaktion auf die Einstufung von Ecodefense als "Foreign Agent" erhielt die Organisation dutzende Solidaritätserklärung aus vielen Teilen der Welt.

Humanistische Jugendbewegung

Ende Mai wurde bekannt, dass gegen die Murmansker Menschenrechtsorganisation "Humanistische Jugendbewegung" (GDM) Anklage erhoben wurde. Der FSB - russischer Geheimdienst, ehemals KGB, hatte die NGO beobachtet, ein wissenschaftliches Gutachten zur Analyse von Texten in ihrer Zeitschrift in Auftrag gegeben und die örtliche Staatsanwaltschaft aufgefordert das Verfahren gegen die Aktivist*innen einzuleiten. In Kooperation mit Gruppen in der BRD veranstaltete die Humanistische Jugendbewegung seit Jahren Konferenzen und Zusammenkünfte, wie den "Dialog der Kulturen", "Vostok Fo-


МОЛОДЕЖНАЯ
ПРАВОЗАЩИТНАЯ ГАЗЕТА
№ 3
апрель 2013

Письмо редактора: Стр. 2 Свобода собраний в Мурманске: Стр. 3 Вопрос правозащитникам: Стр. 7

Wichtigstes Beweismittel im Verfahren gegen die "Humanistische Jugendbewegung": Das Titelbild der "Jugend für Menschenrechte Zeitung" belege die Gefährdung der Russischen Föderation durch die Gruppe.

rum" oder die Schulausstellung "Anne Frank. Lehren der Geschichte". Jährliche Sommerakademien unter verschiedenen Themen, die auf Selbstorganisation und Bildung von unten setzten, waren wichtige internationale Treffpunkte für politisch interessierte und engagierte junge Menschen. Mit dem "Urban Fest" Anfang Juni und dem "Vostok-Forum 2014" Ende Juli/Anfang August fanden möglicherweise die letzten von der Organisation veranstalteten Konferenzen statt, sollten sich FSB und Staatsanwaltschaft durchsetzen.

"Freiheit!" - ein Aufruf zu Gewalt...

Die GDM-Zeitschrift "Jugend für Menschenrechte" sei einer vom "Zentrum gegen Extremismus" (eine der politischen russischen Strafverfolgungsbehörden) bezahlten sprachwissenschaftlichen Expertin zufolge voll von versteckten Botschaften und Aufforderungen, die verfassungsmäßige Ordnung zu verändern, und verletze die Integrität der Russischen Föderation. Artikel zu Folter und unmenschlicher Behandlung seien eine Diffamierung der Polizei und schädigten deren Image. Tatsächlich berichtete die "Jugend für Menschenrechte Zeitung" über Fälle von Polizeigewalt und Folter, über Gerichtsverfahren gegen Aktivist*innen, über Menschenrechtsarbeit und aktuelle Probleme.

Eigentlich das einzige Argument, dass im Fall gegen GDM vorgetragen wird, behandelt Veröffentlichungen in der Menschenrechts-Zeitung, und verdeutlicht die Qualität der "Expertise". Das liest sich dann folgendermaßen: "Die Texte und illustrierenden Materialien in der 'Jugend für Menschenrechte Zeitung' bergen spezielle sprachliche Mittel der visuellen Beeinflussung ... "sprechende" Satzzeichen - die Ausrufezeichen im Slogan 'Freiheit!!!'. Die in den Texten und Überschriften der 'Jugend für Menschenrechte Zeitung' verborgenen Aufrufe zur gewaltsamen Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung und Verletzung der Integrität der Russischen Föderation bestehen in den wiederholten Forderungen nach 'Freiheit' sowie Forderungen nach 'Rechten'."

Tatiana Kulbakina schrieb dazu am 30. Mai 2014 im Journal 7x7: "Eigentlich habe ich keine Lust, das hier zu kommentieren. Die Absurdität ist offenkundig, wie ich finde. Im Prinzip ist die gesamte Untersuchung im selben Stil gemacht." Das linguistische Gutachten wurde von Philologie-Doktorin Larissa Gorban verfasst, die 2008 ihren Doktortitel für die Arbeit "Kriegsmarinelexik der russischen Sprache in Synchronie und Diachronie" erhielt. Sie behauptet in ihrer Expertise, "GDM weist Merkmale eines ausländischen Agenten auf".

Aktionsfelder von GDM

Die Humanistische Jugendbewegung macht vor allem Bildungsarbeit zu verschiedenen Themen, hat selbst aber nie öffentliche Aktionen wie Demonstrationen oder Mahnwachen veranstaltet. Ziele der Organisation sind die Vermittlung humanistischer Werte an Jugendliche; die Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen, rechtliche Bildung und Jugendbildung; die Stärkung der öffentlichen Rolle und sozialen Bedeutung von Jugend; die Entwicklung von gegenseitigem Verständnis zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern; die Aufklärung für Toleranz, Freiheit und die Rechte des Einzelnen, andere Weltsichten und Lebensweisen. Das alles klingt fast wie aus den Förderrichtlinien des Jugend-Programms der EU - also was hierzulande nicht als verwerflich, sondern als besonders förderwürdig betrachtet wird. Im Fokus der "Foreign Agent"-Vorwürfe gegen GDM stehen Zuschüsse, die die Organisation für ihre internationalen und interkulturellen Veranstaltungen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und vom Generalkonsulat der Niederlande in St. Petersburg erhalten hat.

Historie der "Foreign Agent"-Vorwürfe

Schon im Frühjahr 2013 wurde GDM von der Staatsanwaltschaft geprüft - offiziell, um zu checken, inwiefern die offiziellen Ziele der Organisation mit den tatsächlichen Aktivitäten in Einklang stehen. Diese Prüfung war bereits mit dem damals recht neuen "Foreign Agent"-Gesetz verbunden. Es gab keine Bemängelungen.

Im März 2014 wurde die Humanistische Jugendbewegung durch das Justizministerium im Zuge der regulären dreijährlichen Prüfungen auch auf das Vorliegen von "Foreign Agent"-Aktivitäten gecheckt, woran die Staatsanwaltschaft indirekt beteiligt wurde und zusätzliche Fragen beisteuerte. Diese Prüfung erfolgte im Namen der Staatsanwaltschaft,



Die Vertreterin der Staatsanwaltschaft im Prozess gegen die Murmansker Gruppe "Humanistische Jugendbewegung"

ausgeführt durch das Justizministerium. Im Abschlussbericht bescheinigte das Ministerium Mitte März, dass zwar ausländische Gelder geflossen sind, aber die Arbeit von GDM nicht als politisch zu bewerten ist, womit die Tatbestandsmerkmale nicht erfüllt werden. Der russische Mainstream-Diskurs setzt "politisch" mit "parteipolitisch" gleich, während aktivistische Tätigkeiten nicht als politisch betrachtet werden. Die Staatsanwaltschaft jedoch sah den Fall anders und mischte sich ein. Aber die ist gar nicht zuständig, sondern das Justizministerium.

Mitte April lud die Staatsanwaltschaft die Vorsitzende der Humanistischen Jugend-Bewegung Zhanna Ponomarenko zu einem offiziellen Gesprächstermin vor. Insbesondere sollte ein weiteres Mal der Sinn der Aktivitäten der Organisation erläutert werden. Die meisten konkreteren Fragen betrafen die von der Humanistischen Jugend-Bewegung herausgegebene "Jugend für Menschenrechte Zeitung", die im Fokus der FSB-Papiere stand. Ein beigefügtes linguistisches Expertengutachten sollte versteckte Anti-Regierungs-Botschaften aufzeigen. In dem Gespräch, das am 21. April 2014 stattfand, wurden GDM die Verfahrensakten vorgelegt, um eine Stellungnahme abzugeben. Dadurch wurde auch bekannt, dass der FSB die Staatsanwaltschaft aufgefordert hatte

aktiv zu werden, da er die Aktivitäten der Humanistischen Jugend-Bewegung entgegen der Meinung des zuständigen Ministeriums als politische einschätze. Die Staatsanwaltschaft schloss sich dieser Auffassung an und reichte das Verfahren vor Gericht ein.

Der nicht-öffentliche vorbereitende Gerichtstermin fand am Vormittag des 16. Juni im Amtsgericht Murmansk statt. Die Vertreterin von GDM stellte die Position der Menschenrechtsorganisation dar, reichte Anträge ein und verwies auf ein Gegengutachten zur Sprachexpertise der Staatsanwaltschaft. Das Justizministerium war nicht anwesend, hatte aber eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Darin teilte es mit, dass aus seiner Sicht die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft ohne Grundlage seien. Damit bestehen in diesem Prozess zum ersten Mal wirkliche Chancen für eine als "ausländischer Agent" angeklagte NGO den Fall doch zu gewinnen.

Am Dienstag, den 8. Juli 2014 erfolgte der erste öffentliche Tag der Hauptverhandlung gegen die Humanistische Jugendbewegung. Hier sollten Zeug*innen der Anklage vernommen und das wissenschaftliches Gegengutachten zur linguistischen Expertise der Anklage behandelt werden. Von JANUN gab es zum Prozess eine Presseerklärung. Einen kurzen Mitschnitt aus dem Gerichtstermin gibt es bei einem russischen TV-Sender (allerdings auf russisch) - online im Artikel auf der Internetseite des grünen blatts verlinkt.

Der Optimismus, weil in diesem Verfahren erstmals die zuständige Behörde der Einstufung als Auslandsagent widerspricht, wurde an diesem Prozesstag leider wieder gedämpft. Obwohl die Richterin selbst den Hauptbeweis der Staatsanwaltschaft - das umstrittene linguistische Gutachten - als fragwürdig bezeichnete, gab es keinen Freispruch.

Staatsanwaltschaft und Verteidigung stellten ihre Positionen dar, wobei die Staatsanwältin, trotz der ablehnenden Stellungnahme aus dem Justizministerium und der Ankündigung der Anklageseite im gerichtlichen Vorverfahren vom 16. Juni ihre Position überdenken zu wollen, auf ihrer Sichtweise - GDM handele als "ausländischer Agent" - beharrte.

Der Aufforderung des Gerichts die Sprachwissenschaftlerin, die das Gutachten im Auftrag des "Zentrum gegen Extremismus" verfasst hatte, als Zeugin vorzuladen, war die Staatsanwaltschaft nicht nachgekommen. Sie habe Probleme die Expertin zu finden. Nach Anfeindungen in "vKontakte" (russische Facebook-Variante) habe sie Murmansk fluchtartig verlassen und die Polizei wisse nicht wo sie sich befinde. Das klingt nicht überzeugend, zumal alle Seiten gespannt sind, ihre ziemlich kreativen, wissenschaftlich verpackten Interpretationen erläutert zu bekommen. Auf das Gutachten angesprochen gab die Staatsanwältin immer nur ausweichende Antworten - sie sei keine Expertin und könne daher nicht sagen, wieso drei Ausrufezeichen im Slogan "Freiheit!!!" ein Aufruf zur gewaltsamen Änderung der verfassungmäßigen Ordnung seien.

Richterin und Staatsanwältin erschienen (und verließen den Saal) immer gemeinsam, und haben sich über die Prozessstrategie offenbar ausgetauscht. Obwohl nach der vernichtenden Stellungnahme des Justizministeriums, der Feststellung der Richterin das Gutachten sei fragwürdig und der Unfähigkeit der Staatsanwaltschaft die Gutachterin vorzuladen - und nach Ankündigung einer Sitzungsunterbrechung zur Beratung des Gerichts - anzunehmen war, dass es jetzt ein Urteil geben würde, wurde nur die Ausdehnung des Verfahrens verkündet. Das Gericht habe beschlossen, dass es ein weiteres Gutachten brauche. Darin solle dann eine "psychologisch-linguistische" Untersuchung vorgenommen werden. Was genau das sein wird, ist noch nicht ganz klar - vermutlich eine psychologische Interpretation der Texte in der GDM-Zeitung, um die Motive der Autor*innen zu erraten. Komisch, warum sie diese nicht einfach als Zeug*innen vorladen und direkt fragen.

Wir setzen diesen Bericht im nächsten grünen blatt fort! Der kontinuierlich aktualisierte Gesamtartikel ist online unter http://gruenes-blatt.de/index.php/Foreign_Agent-Kampagne mit umfassenden Quellenangaben und Referenzen zu finden. Dort gibt es auch einen umfangreichen Medienspiegel. Kontakt zur Kampagne ist via soli-kampagne@riseup.net möglich.

http://russlandantirep.blogsport.de



Bure 365: Aufruf zum Mitmachen!

NukeNews Im Juni 2014 wurde die Kampagne "Bure 365" gegen das Projekt "Cigéo" gestartet. Dieses Endlager für hochradioaktiven Atommüll soll in dem kleinen Dorf Bure in Ostfrankreich gebaut werden. Anti-Atom-Gruppen aus Frankreich und ganz Europa sind aufgerufen, sich an dieser Kampagne zu beteiligen und so viele Aktionen wie möglich zu organisieren. Jede Form der Solidarisierung ist willkommen: ziviler Ungehorsam, öffentliche Aktionen, direkte Aktionen, Vorgehen auf juristischer Ebene ...

http://nocigeo.noblogs.org/post/category/translation-en/

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 31.01.2015

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Unterstützung der russischen Anti-Atom-Bewegung

NukeNews Dass Russland ein spezifisches Verständnis davon hat, was im nationalen Interesse ist und was nicht, ist nichts Neues. Aber die Diskrimination der Anti-Atom-Aktivisten insbesondere von der NGO Ecodefense hat ein Niveau erreicht, welches einen internationalen Aufschrei erfordert. Unten findet ihr eine breite Plattform dafür - in vielen Sprachen. Unterstützt bitte unsere Freunde in Russland, es wird der Anti-Atom-Bewegung insgesamt helfen.

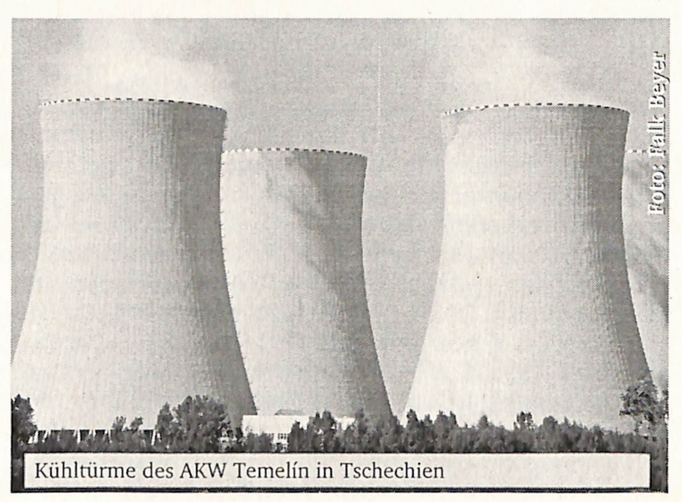
http://www.dianuke.org/international-appeal-in-solidarity-with-russian-anti-nuke-group-ecodefense-declared-foreign-agent/

Tschechien - Slowakei - Ungarn: Neue Entwicklungen

NukeNews Einerseits wurden Pläne, das südböhmische AKW-Temelín um zwei neue Blöcke zu erweitern, gestoppt - mit ökonomischen Argumenten. Es gibt aber immer noch Bemühungen im Bereich des AKWs Temelín - aber auch im AKW Dukovany, dem zweiten Atomkraftwerksstandort in Tschechien, zumindest einen neuen Block zu errichten. Andererseits scheint der staatlich dominierte tschechische Energiekonzern CEZ große Teile des slowakischen Energieversorgers SE vom bisherigen italienischen Eigentümer ENEL übernehmen zu wollen, der wohl versucht, nicht ganz so profitable Investitionen außerhalb Italiens abzustoßen. Das Ergebnis könnte ein erneuter Impuls sowohl in der Slowakei als auch in Tschechien sein, mit eigenen Mitteln doch weiterhin in den Ausbau der Atomkraft zu investieren.

Oder mit russischer Hilfe, was insbesondere in Ungarn der Fall scheint, wo die gesamte außenpolitische Strategie des ehemaligen Dissidenten und nun Ministerpräsidenten Viktor Orban immer mehr zu einer reinen Kopie von Vladimir Putins russischem Drang nach neuem Land, egal wo, zu werden scheint. Natürlich mit einem starken Interesse an russischer Atomtechnologie und generell einer noch größeren Energieabhängigkeit anderer Länder von Russland. Aber auch von chinesischer Unterstützung wurde in den betroffenen Ländern, wie auch in Rumänien schon, gesprochen.

http://spravy.pravda.sk/ekonomika/clanok/328081-stratove-mochovce-zavisi-to-aj-od-kupca/
http://hungarianwatch.wordpress.com/2014/05/05/rosatom/


Foto: Falk Beyer

Kühltürme des AKW Temelín in Tschechien

Kampagne für unabhängige Strahlungsmessung im Nordwesten (UK)

NukeNews "Radiation Free Lakeland" macht Lobbyarbeit für eine unabhängige Strahlungsmessung im Nordwesten. Diese wurde früher vom Strahlenmessdienst "RADMIL" in Lancashire durchgeführt, der vor einigen Jahren aber aufgrund von Budgetkürzungen der Regionalverwaltung aufgelöst worden war.

http://mariannewildart.wordpress.com/2014/09/07/independent-radiation-monitoring-in-nw-what/



Polen: AKW-Neubau-Updates



Foto: Falk Beyer

NukeNews Die Bohrarbeiten durch Worley Parsons Ltd. im Kontext komplexer Standort- und Umweltuntersuchungen in den Dünen von Lubiatowo, einem der AKW-Kandidaten in Wejherowo, Pommern, wurden dank lokalen Widerstands in den letzten Wochen und Monaten erfolgreich verzögert. Es bestehen gewisse Chancen, dass das Konsortium die Deadline zum Abschluss des UVP-Berichts im Januar 2015 verpassen wird. Dieser soll planmäßig kurz danach im öffentlichen Beteiligungsverfahren bereitgestellt werden, vielleicht im Frühjahr 2015. Die sogenannte Umwelt-Entscheidung wird für Ende 2016 erwartet, während die endgültige Standortentscheidung derzeit für den Jahreswechsel von 2017 zu 2018 geplant ist.

Das größte Problem bleibt - natürlich - die Finanzierung. PGE war es bisher möglich vier "Partner-Teilhaber" unter den polnischen staatlichen Unternehmen aus den Bereichen Energiewirtschaft und Kupferbergbau zu gewinnen: ENEA, KGHM Polska Miedz und TAURON Polska Energia. Die entsprechende Vereinbarung zwischen diesen bedarf noch der Zustimmung der UOKiK, der staatlichen Aufsicht für Verbraucherschutz.

Ukraine: Neubaupläne am AKW Chmelnyzkyj

NukeNews Die gute Nachricht: Von offizieller Seite wird gesagt, dass die Ukraine beim Bau neuer Reaktorblöcke am AKW Chmelnyzkyj nicht länger mit Russland zusammenarbeiten wird.

Die schlechte Nachricht: Es werden immer noch Optionen für den Bau neuer Reaktoren erwogen, lediglich unter Einbeziehung eines anderen Partners. Des Weiteren meinte Anfang September ein ukrainischer Abgeordneter, dass die Regierung über einen möglichen Standort und Partner bis Ende des Jahres entscheiden sollte. Es gibt auch Gespräche über eine teilweise (bis zu 40%) Privatisierung von Energoatom, was völlig neu ist, denn früher wurde nur über eine Gesellschaft gesprochen (erster Schritt einer Privatisierung).

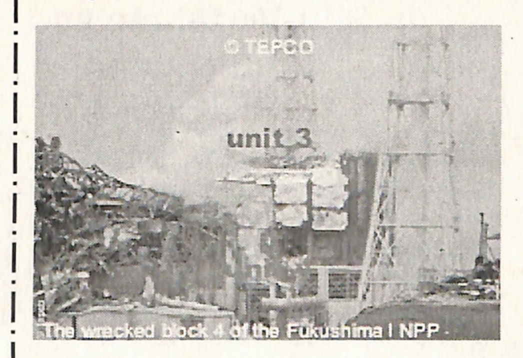
Offenbar wird angenommen, eine Privatisierung helfe, Privatkapital für die Vorhaben zu gewinnen. Eine weitere Möglichkeit, die Gelder einzuwerben, sagen sie, wäre eine Vereinbarung über den Export von Strom in die EU. Als mögliche technische Partner wurden bisher tschechische Firmen genannt. Es gibt dabei aber noch große Unsicherheitsfaktoren und einen Mangel an Information. Jedenfalls wird behauptet, dass die existierende Infrastruktur am Standort des AKW Chmelnyzkyj nicht verwendet werden könne.

Japanischer Experte spricht in Europa über Fukushima

NukeNews Kazuhiko Kobayashi aus Japan, der viele Jahre in Deutschland gelebt hat, ist als vehementer Kritiker der Atomlobby bekannt. Diesen Herbst besucht er wieder Europa, um über die aktuelle Situation rund um Fukushima und über die Pläne der japanischen Atomlobby zu sprechen. Er besucht dabei Deutschland, Polen, Österreich, die Türkei und Slowenien. Neben seiner Informationsarbeit wird er mit den eingenommenen Spendengeldern auch ein Kinderprojekt in Japan unterstützen.

http://www.youtube.com/watch?v=jyfbEPCNgnY

http://nuclear-news.net/2012/12/04/fukushima-medical-university-hospital-cover-up-an-interview-with-kazihiko-kobayashi/



The wrecked block 4 of the Fukushima I NPP

UK: Stop Moorside

NukeNews Die gerade gestartete Petition zum Stopp Moorsides behandelt ein von der Industrie als "größte nukleare Entwicklung in Europa" bezeichnetes Vorhaben. Obwohl es keine Lösung für das Problem des Atommülls gibt, ist unsere Regierung auf Biegen und Brechen entschlossen, eine riesige Schneise durch Cumbria zu schlagen, um neue Atomreaktoren zu errichten. Mit den Worten des Abgeordneten Michael Meacher: "Wir brauchen neue AKWs wie ein Loch im Kopf!"... Bitte unterschreibt die Petition und verbreitet sie:

https://you.38degrees.org.uk/petitions/stop-moorside-biggest-nuclear-development-in-europe






"Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie und die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading. Zuletzt wurden die verschiedenen Abbauverfahren, insbesondere die In Situ-Technologie, genauer betrachtet.

In Situ-Verfahren vs. konventionelle Ölpumpen

Nach dem kurzen Einschub über verrückte Ingenieure, die mittels Atombomben Tar Sands unter Tage mobilisieren und abbauen wollten, geht es nun noch einmal zurück ins Reich der praktizierten In Situ-Technologien bei der Ausbeutung schwer erreichbarer Teersand-Lagerstätten.

Diese Abbauverfahren, bei denen Bohrungen vorgenommen und Rohstoffe aus der Tiefe zunächst "mobilisiert" und dann an die Oberfläche gepumpt werden, kommen nicht nur bei den Tar Sands zum Einsatz, sondern auch in anderen Bergbau-Bereichen. Von der konventionellen Ölgewinnung unterscheidet sich das Verfahren ganz wesentlich, auch wenn es auf den ersten Blick einige Ähnlichkeiten gibt.

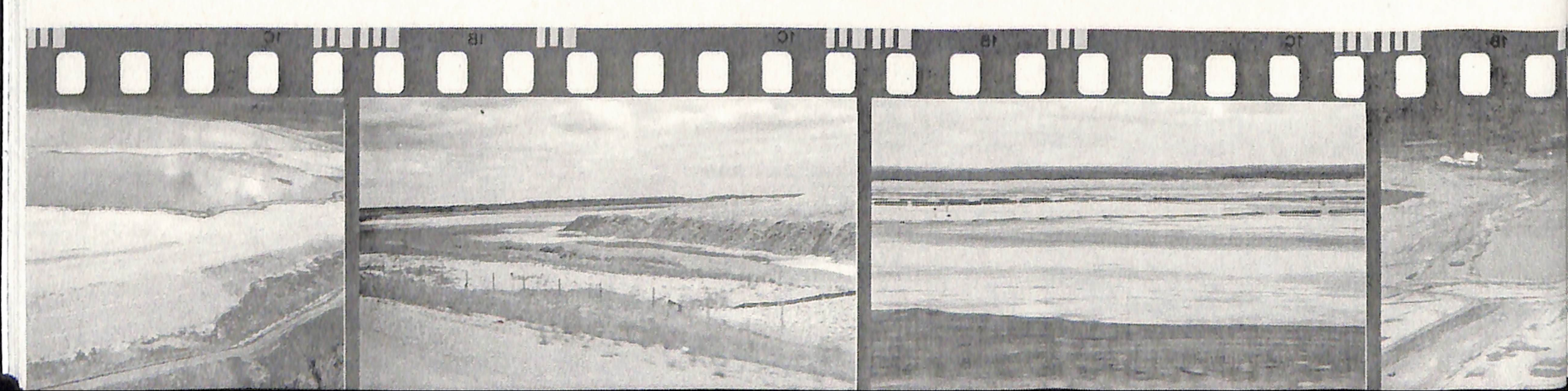
Konventionelles Öl hat eine viel geringere Viskosität als die Teersande und ist dadurch deutlich fließfähiger als das Bitumen aus den Tar Sands. Bei einer konventionellen Öllagerstätte wird das Öl durch Energien aus der Gesteinsformation, z.B. Wasserdruck oder Erdgas, an die Oberfläche gepresst. Mit der Zeit verringert sich dieser Druck natürlich, dann kommen Pumpen und fortgeschrittene Gewinnungstechnologien zum Einsatz, um das Lager weitmöglichst auszubeuten.

Im Gegensatz dazu führen die hohe Viskosität des Bitumens im Zusammenspiel mit den niedrigen Temperaturen in der Lagerstätte dazu, dass der Rohstoff nicht fließt. Dadurch wird es schwierig die Tar Sands aus den Tiefen durch Bohrlöcher an die Oberfläche zu befördern. Die In Situ-Technologien brauchen daher etwas, um das zähe Bitumen zu mobilisieren - in der Regel geschieht dies durch Einführung von Hitze in die Formationen. Meist wird dazu oberirdisch Wasserdampf erzeugt - unter Verbrennung von Erdgas - und unter hohem Druck in den Untergrund gepresst. Die Hitze verflüssigt das Bitumen, reduziert seine Viskosität und macht ein Abpumpen erst möglich. Im Gegensatz zur konventionellen Erdölgewinnung erfordern In Situ-Tar Sands-Verfahren also die zusätzliche Verbrennung fossiler Rohstoffe - die sie eigentlich einsparen sollen.

Verharmlosung der Bitumen-Industrie

Scheinbar, um zu zeigen, dass die Verwendung von Tar Sands-Bitumen keine Erfindung der Industrie ist, zählt das Oil Sands Discovery Center historische Einsatzbereiche auf. Indigene, die dieses Material als Dichtungsmasse verwendeten, um ihre Birkenrinden-Kanus wasserundurchlässig zu machen, müssen ebenso für die Propaganda der Ölindustrie herhalten, wie kleinere kommerzielle Anwendungen in allen möglichen Bereichen. Bedauert wird nur, dass das nahe Fort McMurray gewonnene Tar Sands-Bitumen bis vor einem halben Jahrhundert nicht konkurrenzfähig war und deshalb nicht sehr weit über die Region hinaus zum Einsatz kam.

Foto: Falk Beyer



- Fortsetzung (Teil 6) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Eine frühe Motivation Bohrungen in tiefe Tar Sands-Lager vorzunehmen, war wohl auch die Fehlannahme, dass unterhalb davon gewaltige konventionelle Ölbassins zu finden wären.

Brennende Geschichte

Die folgenreiche Erfolgsstory der Tar Sands-Industrie führt stolz auch die Produktionsstätte des Bergbau-Ingenieurs Max W. Ball auf, die am Horse River nahe Fort McMurray gelegen war. Unter dem Namen Abasand Oils Limited residierte sein Unternehmen ab 1936 in der Region und versuchte Gewinn aus der Ausbeutung der Natur zu schlagen, indem die Tar Sands der Petroleum-Wirtschaft schmackhaft gemacht werden sollten. Die Anlage brannte 1941 ab, wurde wieder aufgebaut, und brannte 1945 wieder ab. Kommentar der Tar Sands Lobby: "Abgesehen von diesen Problemen war das Projekt eine entscheidende technologische Weiterentwicklung". Leider führten derartige "Erfolgsgeschichten" nur zur Schließung des Unternehmens, nicht aber zur Beendigung der Versuche Teersande in großindustriellem Maßstab abzubauen.

Die Geschichte dieser Industrie beginnt aber schon 1670 mit der "Hudson's Bay Charta", die in Winnipeg, in der heutigen kanadischen Provinz Manitoba, unterzeichnet wurde. Damit begann offiziell der "Handel" mit den First Nations, was nichts anderes bedeutete, als dass per königlicher Urkunde durch Karl II. der Hudson's Bay Company (HBC) das Monopol auf Pelzhandel und andere Aktivitäten im riesigen Einzugsgebiet der Hudson Bay eingeräumt wurde. Die Indigenen mussten dann quasi nur mit diesem "ältesten kanadischen Unternehmen" Handel betreiben. Aus dem Netzwerk der HBC-Handelsposten sollen sich die späteren offiziellen Behörden des westlichen Kanadas und USA entwickelt haben.

Mit dem Vorlegen von Tar Sands-Proben in York Factory, dem HBC-Hauptquartier, durch Cree-Vertreter Waupisoo erfolgten die ersten

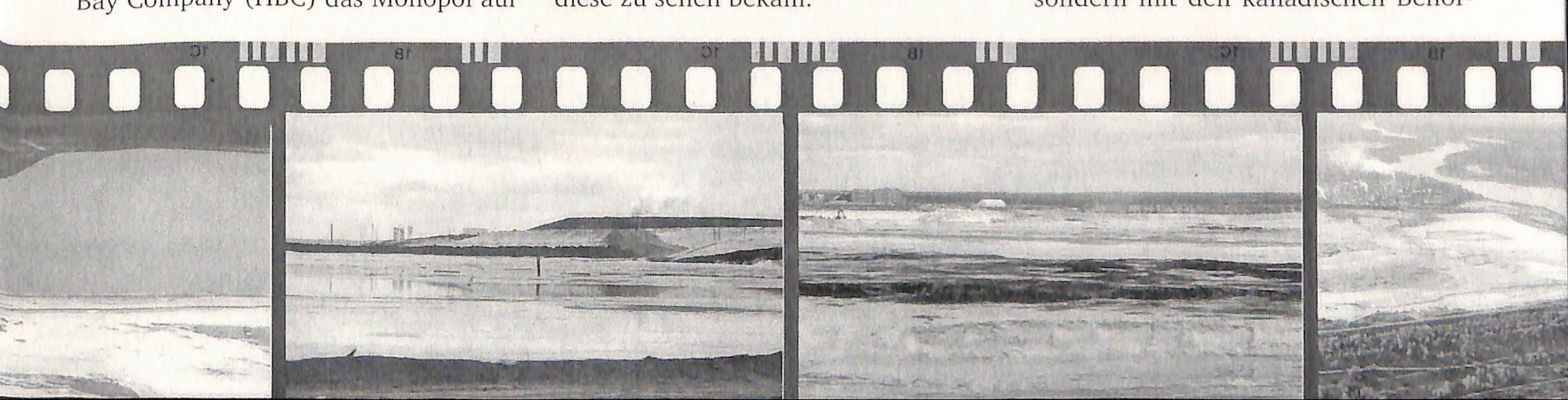

Foto: Falk Beyer

Schritte zur Ausbeutung dieses Rohstoffes schon in der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert. Ende des 18. Jahrhunderts stachen vor allem die britischen Erkunder Alexander MacKenzie (Schottland) und Peter Pond (England) hervor, von denen ersterer die erste detaillierte Beschreibung der Tar Sands sowie von Lagerstätten verfasste, während letzterer der erste Europäer sein soll, der diese zu sehen bekam.

Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Athabasca Tar Sands vom kanadischen Geological Survey erstmals begutachtet. Zu dieser Zeit etwa wurde auch eine HBC-Poststation im weiteren Umfeld der Lagerstätten eingerichtet. Von 1900-1910 bohrte dann Alfred von Hammerstein erfolglos nach Öl in der Region und stieß stattdessen nur auf Salzlager. Auch die ersten In Situ-Experimente geschahen zu dieser Zeit durch Jacob Absher.

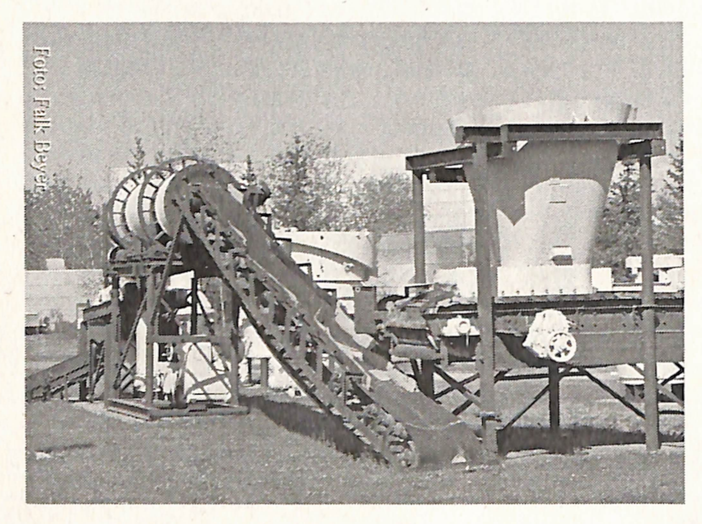
Ansätze einer Theorie zur Verarbeitung der Teersande einschließlich Heißwasser-Separationsverfahren und futuristischen Einsatzgebieten entwickelte Dr. Sidney Ells zwischen 1914 und 1919, während er Tar Sands-Aufschlüsse in den Provinzen Alberta und Saskatchewan untersuchte. Zum Anfang der 20er Jahre wurde dann durch Dr. Karl A. Clark und Sidney M. Blair eine kleine Separationsanlage errichtet.

1924 bis 1930 begann die McMurray Asphaltum and Oil Company mit Experimenten zur Verwendung der Tar Sands als Straßenbelag. Am Bitumount errichtete Robert Fitzsimmons eine Heißwasser-Separationsanlage, die im Sommer 1930 300 Barrel Bitumen produzierte. Nun steigerten sich die Produktionszahlen immer weiter. Zwischen 1936 und 1945 wollte der schon genannte Max Ball Pachtverträge - wohl gemerkt nicht mit den indigenen Menschen, deren traditionelles Land hier ausgebeutet und zerstört werden sollte, sondern mit den kanadischen Behör-



den - erwerben und plante eine Anlage, die täglich 400 Tonnen Tar Sands verarbeiten sollte. Abasands Oils Ltd. brannte aber immer wieder ab...

Der großindustrielle Einsatz begann schließlich 1967 mit dem Start der Tar Sands-Fabrik von Great Canadian Oil Sands Limited (GCOS, heute Suncor), die täglich 45.000 Barrel Öl produzieren sollte.


Foto: Falk Beyer

Renaturierung

Das kanadische Gesetz schreibt vor, dass die Industrie nach der Ausbeutung des Bodens den ursprünglichen Naturzustand wiederherstellen muss. In Kanada wird das als "Reclamation" bezeichnet. Die gängige Praxis ist allerdings keinesfalls, dass die zerstörten Biotope und Ökosysteme wieder hergestellt würden - das wäre wohl auch kaum möglich. Vielmehr scheint es zu genügen, wenn nach dem Bergbau alles wieder "grün" ist. D.h. es werden ein paar Bäume angepflanzt, teilweise Gras ausgesät. Weder sind die alten Lebensgemeinschaften nach dem industriellen Eingriff wieder da, noch ist überhaupt irgendeine ökologische Vielfalt gegeben. In der Regel handelt es sich um Monokulturen mit wenigen Arten und Altersklassen-Wälder ohne Diversität.

Die wenigen "Renaturierungs"-Projekte der Tar Sands-Industrie werden werbewirksam präsentiert und sollen suggerieren, dass nach der Zerstörung der Ökosysteme und Rohstoffgewinnung alles wieder gut ist. Beispiele hierfür sind der Crane Lake, der wie ein Naturlehrpfad hergerichtet ist, oder der Bison View Point, wo Tourist*innen "Büffel" in einer Graslandschaft vorgeführt werden. Beides sieht auf den ersten Blick nett aus, bei näherer Betrachtung wird aber schnell offenkundig, dass keinerlei ökologische Qualität besteht.

Der erste Eindruck am Crane Lake ist blühende Natur - ein See, diverse Wasservögel, ein Birkenwäldchen, Nadelwald, und ein Wanderweg mit vielen Tafeln führt einmal rings herum. Wer sich mit Ökologie nicht auskennt, wird nicht bemerken, dass die Artenvielfalt beschränkt, der Wald ein gleichaltriger Forst ist und dass die standorttypischen Arten fehlen. Es ist eine einfache Kulturlandschaft, wie sie für einen Park geeignet wäre. Dieses (von der Tar Sands-Lobby) hoch gepriesene Renaturierungs-Vorzeigeprojekt hat dagegen rein gar nichts von dem wieder hergestellt, was dort einst war. Und dabei wäre es hier sehr leicht gewesen, verglichen mit den Altlasten, an die sich - in diesem Falle seitens Suncors - noch nicht herangetraut wurde. Denn unter dem grünen Mäntelchen liegt "lediglich" ein Tagebau, kein Tailing Pond...

Im Interview mit dem Chief der indigenen Community, die hier für die Tar Sands-Industrie gearbeitet hat, erklärte dieser, dass sie vorgeschlagen hatten die standorttypischen Arten anzupflanzen und auch eine höhere Zahl von Arten zu verwenden. - Aber selbst diese kleine Verbesserung war der Industrie trotz Modellcharakter des Standorts zu teuer und aufwendig.

Vortragsangebot Tar Sands

*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurde. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

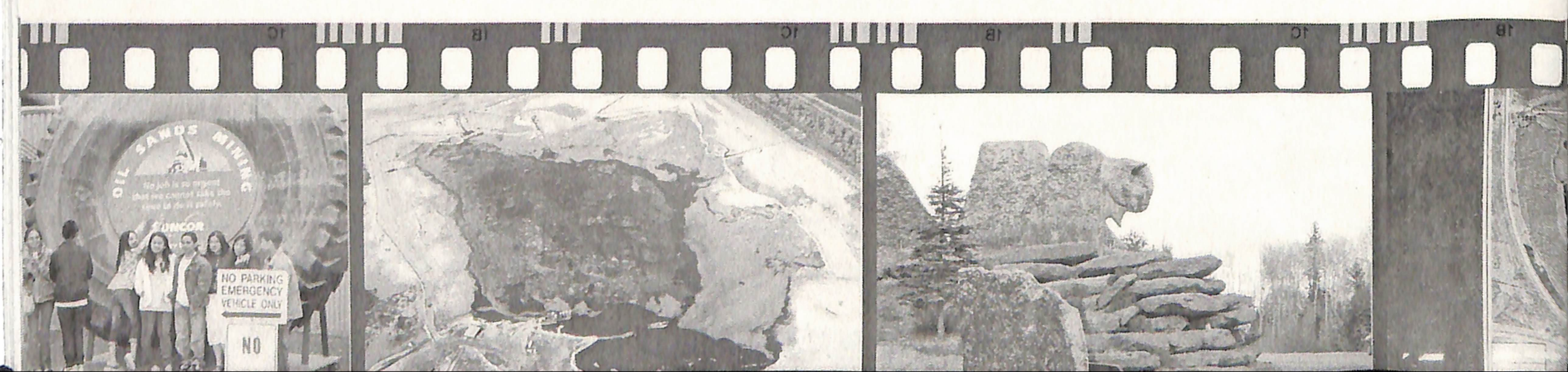
Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de

Was dann eigentlich auch unwissenden Touristen beim Besuch des Crane Lake auffallen müsste, ist der Gestank nach Petroleum, der überall vorherrscht, und leicht Kopfschmerzen verursacht. Außerdem sind in kurzen Abständen die Propanexplosionen zu hören, die die Wasservögel vom verderblichen Landen in den Tailing Ponds abhalten sollen - was oft nicht funktioniert. Das ganze ist so überhaupt nicht "erholsam" - entgegen dem ersten Eindruck. Einige Hochstände im Wald rund um den Crane Lake ermöglichen nicht nur den Blick über die Reclamation-Fläche, sondern auch auf die umgrenzenden Gebiete. Wohin mensch da auch blickt, sind Anlagen der Ölindustrie zu sehen. Selbst mit seinen Mängeln ist Crane Lake doch eine winzige Insel in einer viel kaputteren Umgebung...

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



USA: Weckruf für Capenhurst

NukeNews Eine Leckage von radioaktivem Uranhexafluorid (UF6) in den USA bringt große Besorgnis unter den Anwohnern des Nordwestens. Das Leck vom Sonntagabend, den 26. Oktober 2014 mit Freisetzung von Uranhexafluorid in der Honeywell Urananreicherungsanlage in Metropolis, Illinous, zeigt deutlich die Art von Gefahr auf, die solchen Anlagen innewohnt.

Verschiedene Berichte zeigen eine Wolke von Uranhexafluorid, die sich von der Anlage wegbewegt. Uranhexafluorid ist hochtoxisch, reagiert mit Wasser heftig und ist für die meisten Metalle intensiv korrosiv.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/A_wake_up_call_for_Capenhurst

EU genehmigt Subventionen für AKW Hinkley Point

fb Ursprünglich hatte die EU-Kommission ernsthafte Bedenken an der geplanten Vereinbarung eines sogenannten "Strike Price" für den neuen Reaktor des französischen Atomkonzerns EDF in Hinkley Point in Großbritannien verkündet. Der vorgeschlagene Deal im Umfang von 17,6 Milliarden Pfund wurde als potentiell schädlich und als illegale Förderung durch öffentliche Gelder betrachtet.

Am 8. Oktober jedoch wurde die britische Staatsbeihilfe für die Atomkraft durch die EU-Kommission genehmigt. Der sogenannte "Contract for difference", der 35 Jahre lang laufen soll, garantiert Mindesteinnahmen für den Reaktor. Die britische Regierung hat zugestimmt EDF 92,5 Pfund pro MWh von AKW Hinkley Point C zu bezahlen, was dem doppelten des derzeitigen Großhandelspreises für Strom entspricht.

Die österreichische Regierung hat eine Beschwerde gegen die Entscheidung der Kommission beim Europäischen Gerichtshof angekündigt.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/PR:Stop_Hinkley_Comment_on_European_Commission_Go-ahead_for_%C2%A317.6bn_Hinkley_Deal

Laufzeitverlängerung: Ein unnötiges Risiko

NukeNews Seit dem 11. Oktober 2014 überschreiten nun alle vier Reaktoren des AKW Kola in Russland ihre projektierte Betriebsdauer. Am Freitag, den 10. Oktober ging die Laufzeit des 4. Blocks zu Ende. Das "Kola Environmental Center" hält eine Laufzeitverlängerung der Reaktoren über die geplante Projektperiode hinaus für ein zusätzliches Risiko, für das keine Notwendigkeit besteht.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Lifetime_extension_of_Kola_NPP

Neues von den Hearings in Russland

NukeNews Fast 30 Fragen, die von Bellona im Rahmen eines Runden Tischs Mitte Oktober zur Leistungserhöhung des 1. Blocks des AKWs Kalinin vorgelegt worden waren, blieben aufgrund der Unterbrechung des Treffens unbeantwortet. Dies führte zu deutlichen Bedenken, ob Russlands AKW-Betreiber Rosenegoatom weiß, worauf er sich da einlässt.

Fotos aus Sellafield durchgesickert

NukeNews Von einem Whistleblower weitergegebene Fotos, die zeigen, wie in der Anlage Sellafield gefährlicher Abfall seit Jahrzehnten extrem unsicher gelagert wird, sind von Radiation Free Lakeland an den Kanzler Österreichs geschickt worden. Die Fotos erschienen am 27. Oktober in der Zeitschrift "The Ecologist" unter dem Titel "Durchgesickerte Fotos aus Sellafield zeigen 'massive Gefahr einer Freisetzung von Radioaktivität'".

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Leaked_Photographs_Sellafield

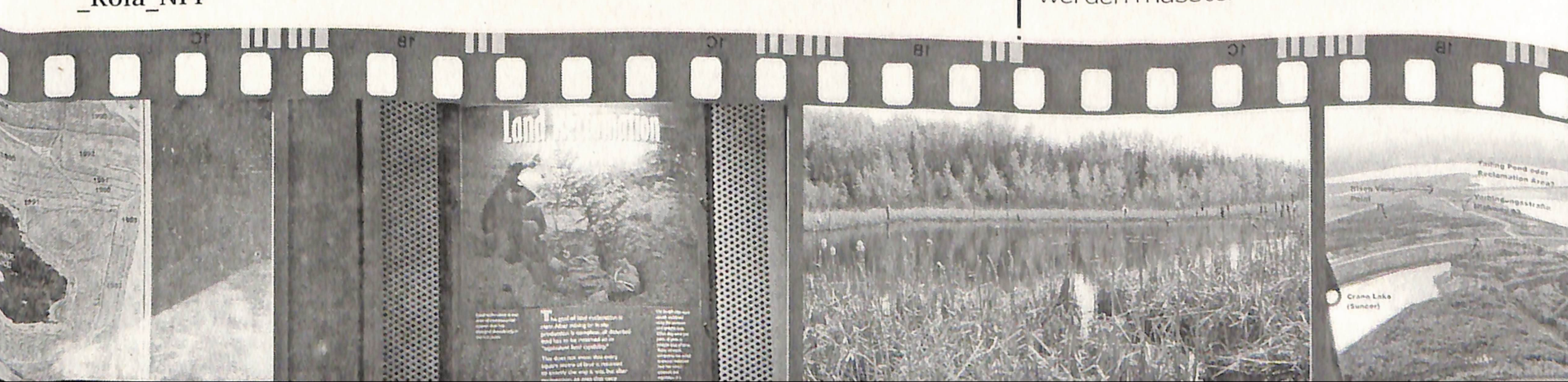
Smolensk: Russische Atomindustrie lügt in offiziellen Dokumenten

NukeNews Im Zuge von öffentlichen Hearings zur Ausstattung des neuen AKWs in Smolensk mit dem Experimentalreaktor WWER-TOI, hält der russische Staatskonzern Rosatom weiterhin die Illusion der ökologischen Sicherheit und ökonomischen Machbarkeit des Baus eines neuen AKWs aufrecht, indem er sich auf nicht existierende Verbote von Alternativen beruft und auf die Träume eines "sicheren" radioaktiven Abfalls.

http://bellona.org/news/nuclear-issues/radioactive-waste-and-spent-nuclear-fuel/2014-09-russian-nuke-industry-lies-official-documents-build-new-reactors-smolensk

Polen: AKW-Bau-Vertrag

NukeNews Die Spezialfahrzeugfirma des PGE-Konzerns, PGE EJ1, hat am 12. September nach einer Ausschreibung einen Vertrag mit der Firma AMEC Nuclear UK Ltd. zum Bau des ersten AKWs in Polen unterzeichnet. Dabei geht es um Aufgaben des sogenannten Eigentümer-Ingenieurs. Der Vertrag beläuft sich auf eine Rekordsumme von umgerechnet etwa 300 Millionen € (1,3 Mrd. PLN) auf der atomaren Ausgabenliste von PGE. Die Medien sprechen von einer Nettosumme, womit zumindest die Mehrwertsteuer noch dazugerechnet werden müsste.







UK: Atomzüge in Carnforth

NukeNews Regelmäßig transportieren Züge Container mit hochradioaktiven Brennstäben ("Atomzüge") durch Carnforth. Diese Atommüllzüge mit abgebrannten Brennstäben werden vom DRS betrieben. Die "Direct Rail Services" gehören zur "Nuclear Decommissioning Authority", die diesen hochradioaktiven Abfall durch einige der am dichtesten besiedelten Regionen Großbritanniens fahren lässt.

http://mariannewildart.wordpress.com/2014/07/19/not-so-brief-encounter-nuclear-trains-at-carnforth/

Infomaterialien

http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Estnisches Energieunternehmen zu Investitionen im AKW Visaginas: "Nein, danke!"

NukeNews Litauen und Hitachi Ltd. bereiten Pläne zur Schaffung einer vorläufigen Projektfirma vor, um das AKW-Projekt Visaginas weiter zu bringen. Es sieht allerdings so aus, als hätte das Projekt nicht viele Chancen, weil es nicht ohne die regionalen Partner Estland und Litauen realisiert werden kann. Estland ist besonders widerwillig hinsichtlich Investitionen in das Atomkraftwerk. Sandor Liive von "Eesti Energie" erklärte im August 2014, dass billige Atomenergie nicht mehr existiere, und dass, wenn Litauen jetzt an Estland mit dem Angebot, in das AKW Visaginas zu investieren, herantreten würde, die Antwort "Nein" wäre.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Estonian_energy_company_about_investing_in_Visaginas_NPP:_%22No,_thanks%22

Finnische Regierung gestattet Rosatoms Aktivitäten



Foto: Falk Beyer

Geplanter Standort des Fennovoima-AKWs inmitten von Naturschutzgebieten

fb In der Auseinandersetzung, ob die Beteiligung des russische Atomkonzerns Rosatom an Fennovoimas AKW-Neubauprojekt in Pyhäjoki eine neue Grundsatz- entscheidung erfordert, hat die finnische Regierung jetzt Rosatoms Aktivitäten abgesegnet. Mit zehn Ja-Stimmen und siebenmal "Nein" hatte die Regierung Mitte September entschieden. In Folge dessen verließen die Grünen die Regierung.

2010 hatte das finnische Parlament das sogenannte AKW Hanhikivi ermöglicht, als es eine Grundsatzentscheidung für Fennovoimas Pläne verabschiedete. Damals hatte der deutsche Energiekonzern E.on ca. 34% der Anteile des Unternehmens; Russland war nicht beteiligt. Als E.on das Atomprojekt verließ, waren die Neubaupläne beinahe gescheitert. Dann übernahm Rosatom E.ons Anteile und hat nun etwa ein Drittel an Fennovoima. Daneben wurden das Reaktordesign sowie die Dimension des Projekts verändert. Der letzten offiziellen Sichtweise zufolge war nun eine völlig neue Grundsatzentscheidung für das AKW notwendig - was eine wesentliche Verzögerung bedeutet hätte.

Die letzte Neuigkeit aus Pyhäjoki war der Baubeginn der Zufahrtsstraßen zum geplanten AKW-Gelände am 16. September.

Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net

Auf dem Yellowcake-Pfad

NukeNews Kanadas Urangeschichte. Elliot Lake in Ontario war einst die "Uranhauptstadt" der Welt. In 20 Betriebsjahren versagten mehr als 30 Dämme, die Uranabbau-Abwässer zurückhalten sollten. Dadurch wurden radioaktive Abfälle und chemische Gifte in das Einzugsgebiet des Serpent River freigesetzt, der in den Lake Huran mündet. Bis 1996, als das Bergwerk schließlich geschlossen wurde, wurden mehr als 170.000.000 Tonnen radioaktive Abwässer hinterlassen.

http://www.uranium-network.org/images/Canada/Yellowcake%20Series%20WS%2020092010.pdf









Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 7. Dezember 2014, 1. März 2015
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit drei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 7. Dezember 2014 bzw. für die Folgeausgabe bis zum 1. März 2015 schicken.

Tschechien: Marsch gegen Uranabbau in Brzkov

NukeNews An dem Marsch vom 7. September 2014 gegen den geplanten Uranabbau nahmen etwa 200 Menschen teil, einschließlich Kindern und der lokalen Bevölkerung. Einige TeilnehmerInnen kamen auch aus benachbarten Dörfern und Städten. Der Marsch wurde von der NGO "Unsere Zukunft ohne Uran" organisiert, welche damit die Ablehnung der Bevölkerung ausdrückt, die sich gegen die Absicht der Regierung stellt, den Uranabbau wieder aufzunehmen und in Zukunft hier fortzusetzen. Dies widerspräche einem Dokument zur Rohstoffpolitik der Tschechischen Republik aus dem Jahre 1999. Während des Protesttages konnten die BürgerInnen die Petition "NEIN zum Uranabbau im Hügelland" der Organisation unterschreiben (etwa 1.200 Unterschriften seit Juli), die an Premierminister Sobotka gerichtet ist.

Den vollständigen Artikel gibt es hier:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/March_against_uranium_in_Brzkov

Neue Ausgabe des World Nuclear Industry Status Reports online

NukeNews Eine der besten Adressen mit Informationen zu den weltweiten Entwicklungen rund um die Atomindustrie ist online - die 2014er Ausgabe des WISR (Statusbericht der internationalen Atomindustrie) - dank vor allem der Arbeit von Mycle Schneider und Antony P. Froggatt.

http://www.worldnuclearreport.org

Kanada: OPG erklärt AKW Darlington unter Kontrolle

NukeNews Der starke Anstieg der Kosten für Atomprojekte in Ontario und anderswo ist berüchtigt. Seit der Jahrhundertwende schießen die Kosten für die Überholung sowohl des Atomkraftwerks Pickering A von OPG als auch des Atomkraftwerks Bruce A von Bruce Power weit über die ursprünglich veranschlagte Summe hinaus.

http://www.thestar.com/business/2014/08/18/opg_says_darlington_risks_are_contained.html

"Gesichter des Urans"

NukeNews Vom 24. September bis zum 31. Oktober 2014 fand in der Passage des Buchladens "Kuba und Pařízek" in Polná in Tschechien die Fotoausstellung "Gesichter des Urans" des Fotografen Václav Vašků statt. Diese Fotoausstellung erfolgte zeitlich parallel mit der Bearbeitung der Machbarkeitsstudie für die Eröffnung der Uranlagerstätten Brzkov und Horní Věžnice. Die Regierung hatte das Staatsunternehmen Diamo beauftragt, diese Studie bis zum 30. September 2014 fertigzustellen. Die Eröffnung der Fotoausstellung fand am Mittwoch, 24. September 2014 um 15 Uhr zusammen mit Václav Vašků statt.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Photo_Exhibition_%22Faces_of_Uranium%22_in_Poln%C3%A1



Palmöl ist nicht vegan

Anke Guido / **Vegan ist ein Produkt, wenn es nichts vom Tier enthält, oder? Grundsätzlich stimmt das, doch auch die Produktionsbedingungen mancher veganen Lebensmittel und anderer Produkte sind für Tiere (und Menschen) so schädlich, dass sie eigentlich nicht guten Gewissens als „vegan" im Sinne von „frei von Tierleid" zu bezeichnen sind.**

Ein Bewusstsein für die Brisanz von Palmöl scheint unter veganen Konsument_innen und Tierrechtler_innen noch relativ wenig verbreitet und setzt sich erst langsam durch. Dabei werden im Zusammenhang mit der Palmölproduktion enorme Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen begangen, Tiere und Menschen ermordet und aus ihren Lebensgebieten vertrieben.

Palmöl ist überall enthalten, auch in veganen Bioprodukten: Margarine, herzhaften wie Schokoaufstrichen, Chips, Tofuburgern, Gesichtscremes und Duschgels, Keksen und Brötchen, auch in vielen Produkten, die mit der Veganblume gekennzeichnet sind. Kaum erwähnt werden muss, dass Palmöl auch in einer Vielzahl konventioneller Produkte verwendet wird, darunter auch in jeder Menge zufällig veganer Artikel, und es werden immer mehr. Der Boom der sogenannten Agrotreibstoffe hat die Menge des verbrauchten Palmöls zusätzlich rasant erhöht.

Es scheint - auch beim veganen Konsum - fast unmöglich Palmöl auszuweichen. Wer kein Palmöl haben will, sieht sich beim Einkaufen noch mehr „Fallen" gegenüber, als für vegane Käufer_innen ohnehin bestehen. Im Grunde hat sich die Situation umgedreht. Zumindest in größeren Städten, in denen es neben Supermärkten mit immer mehr veganen Produkten noch Biomärkte, Reformhäuser und Drogeriemärkte mit Biosortiment gibt, lässt es sich inzwischen sehr einfach vegan leben. Vegane Läden gibt es auch immer mehr, und ansonsten kann man leicht beim veganen Versand bestellen. Wer aber Palmöl ausweichen will, bekommt echte Schwierigkeiten, nicht nur beim Essen, sondern auch bei Pflege- und Reinigungsprodukten.

Jede Form des menschlichen Wirtschaftens greift in das Umfeld anderer Lebewesen ein und auch durch Bioanbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln werden beispielsweise die auf Feldern lebenden Tiere unbeabsichtigt beeinträchtigt oder sogar getötet. Auch viele weitere grundsätzlich nicht tierausbeuterische menschliche Aktivitäten haben negative Auswirkungen auf Tiere und nehmen ihnen ihre Lebensmöglichkeiten. Dies muss überhaupt erst einmal wahrgenommen und soweit es geht beendet werden. Was Palmöl jedoch auf traurige Weise besonders macht, ist das Ausmaß und planvolle Vorgehen, die Geschwindigkeit, das bewusste und öffentlich bekannte Inkaufnehmen der Zerstörung und Ermordung. Die Bilder von verbrannten und verstümmelten, von schwerverletzt auf ihrem zerstörten Land herumirrenden Orang-Utans sind bekannt. Das Leiden und die Ermordung der vielen anderen, kleineren, weniger „menschenähnlichen" Tiere durch die Brandrodungen und Regenwaldvernichtung sind medial weit weniger präsent. Hinzu kommt, dass Palmöl völlig unnötig ist und durch andere Pflanzenöle ersetzt werden könnte, stattdessen sogar andere, früher verwendete Zutaten verdrängt hat. Die Industrie behauptet zwar, die speziellen Eigenschaften von Palmöl seien nicht so leicht durch andere Öle erreichbar. Aber selbst wenn dies bei manchen, stark verarbeiteten Produkten so wäre, nötig sind diese nicht. Man kann auch ohne Schokoaufstrich oder Kekse leben oder sie in einer anderen Rezeptur genießen.


Quelle: Wikipedia

Auch als vegan lebender Mensch sollte man sich über die Problematik von Palmöl informieren und Sensibilitäten dafür schaffen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Frage zu diskutieren, was tatsächlich vegan ist – „genügt" eine tierproduktfreie Ernährung und Bekleidung? Klar ist, dass „100 % vegan" trotz aller individuellen Bemühungen derzeit kaum umsetzbar ist. Aber es geht auch nicht um ein Ranking des perfektesten veganen Alltags, sondern darum, Produktionsbedingungen und wirtschaftliche Interessen zu hinterfragen, die ökologischen und sozialen Bedingungen der Produktion zu betrachten.

So genanntes zertifiziertes Palmöl, das gern als ökologische Alternative präsentiert wird, ist nicht besser und dient nur dazu, die Industrie reinzuwaschen: „Der RSPO (Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl) ist eine im Jahre 2004 gegründete Zertifizierungsinitiative, die nach eigenen Angaben die Förderung des nachhaltigen Palmölanbaus als Ziel hat. Mitglieder des RSPO sind neben einigen Nichtregierungsorganisationen hauptsächlich Unternehmen wie Unilever und Wilmar, die durch die Umwandelung von Tropenwäldern in Ölpalmenmonokulturen riesige Gewinne einstreichen. Dementspre-

chend lasch sind die ökologischen Standards, nach denen das RSPO-Siegel vergeben wird. Verboten sind weder Regenwaldzerstörung noch Monokulturen. Die vom RSPO festgelegten sozialen Standards bringen nichts, da sie praktisch kaum umgesetzt werden! De facto verleiht der RSPO dem schmutzigen Palmöl einen grünen Anstrich!" (http://www.robinwood.de/Palmoel.64.0.html)
Tierrechtler_innen können und sollten sich mit den Bedingungen der Erzeugung und den katastrophalen Auswirkungen von Palmöl beschäftigen. Neben einem bewussteren Konsum ist es sinnvoll, Produktanfragen zu stellen, um den Hersteller_innen, auch der Biowirtschaft, zu zeigen, dass ihre Kund_innen andere Zutaten verlangen. Am besten wäre ein soweit möglich umsetzbarer Boykott von Produkten mit Palmöl. Auch Aktionen und Kampagnen zu Palmöl unter dem Aspekt der Tierrechte oder die Unterstützung solcher Kampagnen von Umweltorganisationen mit dem Schwerpunkt auf Tierrechten und veganen Produkten könnten sinnvoll sein.

Vor allem sollte bedacht werden, dass Vegansein als rein individueller Lifestyle wenig bewirkt. Vegan zu leben ist ein praktischer Aspekt der Befreiung von Tieren und Menschen. Allein wird der Veganismus, wie auch ökologisches Engagement, jedoch die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe von Ausbeutung und Umweltzerstörung nicht ändern. Das kann nur durch politisches Bewusstsein und Handeln gelingen.

Anke Guido
2. Vorsitzende Free Animal e. V.

Vegane Produkte ohne Palmöl:

Liste veganer Lebensmittel ohne Palmöl des Online-Ökobranchenbuchs „Umweltblick" http://www.umweltblick.de/index.php/vegane-lebensmittel

Free Animal e. V. wurde 1996 gegründet, um die wirtschaftliche Existenz von Lebenshöfen zu sichern, auf denen Tiere ihr Leben frei von Nutzung und Ausbeutung bis an ihr natürliches Ende verbringen können. Ein weiteres Anliegen des Vereins ist die Aufklärung über jegliche Art der Ausbeutung von Tieren sowie die Arbeit von Lebenshöfen und die Verbreitung des Tierrechtsgedankens, der die Grundlage für die Idee der Lebenshöfe bildet.

Free Animal e. V. unterstützt bundesweit sieben Lebenshöfe sowie weitere private Initiativen und Projekte. Über 450 Tiere haben dadurch bis an ihr Lebensende ein sicheres Zuhause, darunter Pferde, Kühe, Schweine, Ziegen, Schafe, Esel, Hunde, Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen, Hühner, Gänse und Tauben.

E-Mail: freeanimal@gmx.de
Internet: www.free-animal.de

Aktionscamp gegen Tierfabriken 2014: Workshops, Konzis und Blockaden

- Einige Aktive der Kampagne gegen Tierfabriken -

Auch das zweite Aktionscamp gegen Tierfabriken (ACGT) bei der Wiesenhof-Schlachtfabrik in Wietzen-Holte war ein voller Erfolg. Auf einem großzügigen, malerisch gestalteten Gartengrundstück fanden Anfang August viele große und kleine Zelte Platz, sodass um die 60 Aktivist_innen sich in toller Atmosphäre austauschen und weiterbilden konnten. Neben dem Workshop- und Kulturprogramm standen natürlich auch Aktionen bei Wiesenhof und seinen Partnerunternehmen auf der Agenda. Schließlich versteht sich das ACGT zwar als schönes Sommercamp, aber auch als eines, von dem direkte antikapitalistische Tierbefreiungs- und Umweltpolitik ausgeht.

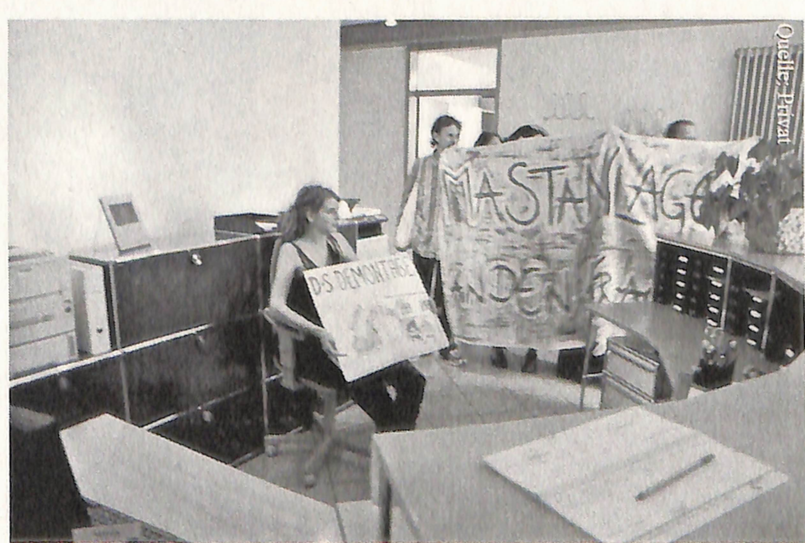
Der Beginn

Der Aufbau am Dienstag brachte mit Solardusche und Kompost-Toilette, Küchen- und Veranstaltungszelten, FrauenLesbenTrans*Inter-Rückzugsbereich und Awareness-Zelt die Infrastruktur des Camps in den Garten.

Am Mittwoch wurden dann auf einer Fahrradtour die Anwohner_innen der Nachbardörfer über das ACGT informiert, dessen Programm auch schon in der örtlichen Zeitung veröffentlicht worden war. Am Nachmittag informierten Aktive des Bündnisses Tierfabriken Widerstand über effektive Handlungsmöglichkeiten gegen neu geplante Anlagen. Insbesondere wurden Recherchetipps, Einwendungen und andere Interventionen in Genehmigungsverfahren thematisiert, welche das Bündnis seit Anfang des Jahres erfolgreich gegen Tierhaltungsprojekte in Ostdeutschland durchführt.

Bürobesetzung bei D+S Montage

Die Baufirma D+S ist seit langem gute Partnerin des Wiesenhof-Konzerns. Auch für die geplante Ausweitung des Schlachtbetriebs in Wietzen-Holte von 140.000 auf 250.000 getötete Tiere am Tag erarbeitet D+S die Baupläne. Am zweiten Tag des Aktionscamp überraschten dann zwanzig Aktivist_innen die Mitarbeiter_innen der verantwort-



Quelle: Privat



lungslosen Planungsfirma in Stuhr-Brinkum. Auf ihren Transparenten und Schildern stand „D+S demontieren" und „Wer vom Tiermord profitiert, dem sei die Pleite garantiert!" Im Rahmen der Protestaktion ketteten sich zwei Personen mit Bügelschlössern im Büro fest, womit der Planungsbetrieb für eine gute Weile unterbrochen war – da nützte auch die Unart des unangenehm aggressiven Firmenchefs Frank Denker nichts, der einen Aktivisten am Hals packte, aus dem Gebäude schleifte und gegen ein parkendes Auto schleuderte. Glücklicherweise überstand der Genosse den Übergriff relativ unbeschadet, im Gegensatz zum Image der Baufirma, deren Geschäftsführer sich in der Öffentlichkeit gern als Vegetarier und Tierfreund gibt. Über den Anlass der Aktion wurden Passant_innen per Flyer und Straßenkreide, Zeitungsleser_innen aus der Region in mehreren Artikeln verschiedener Blätter informiert.
Nach der Vorstellung der Fleisch-Atlanten von Heinrich-Böll-Stiftung und BUND fand der turbulente Tag einen wunderschönen Abschluss im Konzert der streunenden Punkerin und Glamour-Queen Faulenz*A. Ihre Lieder erzählen aus einem radikalen (Gefühls-)Leben, fassen Mut und Freude, Trauer und Wut in Worte und Klangbilder und verbinden Themen von besetzten Häusern bis zu queerer Liebe und Identität..

Blockade der Schlachtfabrik

Am Freitag folgte eine Blockade bei Wiesenhof, die dreizehn Stunden andauerte. Bis in den Morgen des Samstag hinein saßen rund 15 Personen den LKW auf der Hauptzufahrt im Weg, während weitere Aktivist_innen das hintere Tor per Anketaktion geschlossen hielten. Die Polizei, die ebenso wie der Firmenwachdienst während des gesamten Camps zum Schutz der Schlachtfabrik zugegen war, verhielt sich auffällig ruhig. Lediglich diverse Streifen fuhren in Bullies und PKW an der Blockade vorbei, verzichteten aber auf eine Räumung. Offenbar sollte eine deeskalative Strategie des Aussitzens die Aktivist_innen langsam demotivieren. Allerdings war noch bis in die Nacht hinein Betrieb auf dem Unternehmensgelände; ein Laster und zwei PKW fuhren in halsbrecherischen Manövern querfeldein, knapp an den sitzenden Menschen vorbei, um das Firmengelände zu verlassen. Selbst wenn Wiesenhof sich also auf eine Situation dieser Art eingestellt haben mag und die Polizei suggerieren wollte, sie sei an einer Räumung gar nicht interessiert, war der Störeffekt der Blockade klar ersichtlich und auch das folgende regionale Medienecho beträchtlich. Dass die Blockade zufällig mit der länger geplanten live-vertonten Gedichtlesung „Galerie des Entsetzens" des Lyrikers Tobias Hainer direkt vor der Schlachtfabrik zusammenfiel, machte die Aktion darüber hinaus zu einer eindrücklichen Erfahrung für alle Beteiligten.

Demo und Lesung in Nienburg

Kurz nach Ende der Blockade machten sich die ersten wieder auf: In Nienburg sollte der Samstag für einen Infostand und einen Demozug in der Innenstadt genutzt werden. Es herrschte die Kleinstädten eigene obskure Atmosphäre einer Demo zwischen Wohnhäusern mit gepflegten Vorgärten, kleinen Parks, eher verschlafenen Einkaufszentren und einer von Tourigruppen und Junggesell_innenabschieden dominierten Fußgänger_innenzone. Umso stärker fielen die Aktivist_innen in diesem Setting auf, und im kleinen belebteren Teil der Stadt fanden ihre Redebeiträge recht viele externe Zuhörer_innen. Besonders erfreulich war auch die Beteiligung lokaler Aktiver aus veganen und / oder Antifa-Kontexten an der Demonstration.
In der VHS in unmittelbarer Nähe der Abschluss-Kundgebung fand am Nachmittag eine Lesung der Journalistin und Autorin Hilal Sezgin aus ihrem Buch „Artgerecht ist nur die Freiheit" und ihren Kolumnen statt.

Abschluss: Vorträge, Radtour und Vernetzung

Der Sonntag hielt mit Vorträgen zu bioveganer Landwirtschaft und zu Blockupy noch einmal zwei besonders spannende Programmpunkte bereit, die trotz der intensiven vergangenen Tage auch von interessiertem Publikum vom Camp und aus der Umgebung gut besucht wurden. Auf einer kleinen Radtour wurde nochmals der Kontakt zur Bevölkerung der umliegenden Dörfer gesucht und ein ordentlicher Stapel von Flyern und Aufklebern gegen Wiesenhof und die Schlachtfabrikerweiterung verteilt. Mit einer ausgedehnten Vernetzungsphase lokaler und überregionaler Aktivist_innen endete das Aktionscamp gegen Tierfabriken 2014 am Sonntag Abend.



Totale Befreiung?!

Die Kampagne gegen Tierfabriken (bislang: Wietze/n-Kampagne) verfolgt keinen Single-Issue-Ansatz, sondern möchte Tierbefreiung als Teil der Bewegung hin zu einer befreiten Gesellschaft begreifen. Dementsprechend ernst nehmen die in ihr Aktiven machtkritische Ansprüche, nicht nur an Utopien, sondern auch ans eigene Handeln im Hier und Jetzt. Dass es wie schon 2013 ein Awareness-Team auf dem Camp gab, das von Diskriminierung Betroffenen parteilich zur Seite stand, war gut und wichtig; wie sich in verschiedenen Situationen zeigte, ist das auch und gerade auf linken Sommercamps wie diesem unerlässlich. Allerdings wäre in diesem Bereich eine längere Vorlaufzeit und mehr Vorbereitung sinnvoll gewesen – trotz des sonstigen Organisationsaufwands und auch in der recht kurzen Zeit zwischen dem Ärger um den Spitzel Ralf Gross und dem Camp. Die Szene ist nicht frei von Widersprüchen und Machtverhältnissen, Sexismen können einem auch in Diskussionen um Tierrechte plötzlich um die Ohren geklatscht werden, und Barrierefreiheit wird selten genügend bedacht... anstelle einer weitergehenden Auflistung hier der Appell an Orgagruppen: Macht Euch frühzeitig Gedanken um mögliche Ausschlüsse auf euren Veranstaltungen. Perfekte sichere Räume werden wir nicht schaffen können, oft kann mensch mit ein wenig Zeit, Reflexion und Energie aber schon so einigem vorbeugen (und Erklärungen und Schilder in einfacher und / oder auf verschiedenen Sprachen schreiben, zum Beispiel). Selbstverständlich geht diese Thematik nicht nur Orgas, sondern uns alle etwas an. Und es ist ein Prozess, der keinen endgültigen Abschluss finden wird.



Quelle: Privat



Quelle: Privat



Quelle: Privat

Fazit & Ausblick

Das Camp war ein Ort, an dem Menschen liebe Leute treffen und Urlaubstage verbringen konnten, ebenso aber einer, in dem Aktionen ausgetüftelt und angegangen wurden. Diese Mischung, die bei aller Anstrengung für eine insgesamt ausgeglichene und angenehme Stimmung sorgte, wurde von vielen sehr geschätzt. Die Aktion bei einem Partnerunternehmen Wiesenhofs bedeutet eine neue Eskalationsstufe und einen weiteren Stein auf dem Weg zur Erweiterung der Schlachtfabrik. In einer Zeit vermehrter Kritik an der Fleischindustrie den darin verstrickten Baufirmen die Laune zu vermiesen, die auch Optionen abseits der Tierausbeutung wahrnehmen könnten, ist eine Chance zur Verhinderung von neuen Projekten in diesem Bereich. So lässt sich das Modell des Widerstands gegen Mastanlagen als Zulieferer der Schlachtfabriken auf andere zuarbeitende Branchen übertragen.
Bislang ist in Sachen Ausbau bei Wiesenhof Stillstand zu verzeichnen. Dies ist neben formalen Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren sicher auch den lokalen und überregionalen Protesten zu verdanken. Im Winter 2014/2015 soll analysiert und evaluiert werden, welche Formen und Felder des Widerstands gegen Tierfabriken derzeit den größten Sinn ergeben. Auf dass Wiesenhof statt des Ausbaus die Schließung beschert wird!

Widerstand gegen Tierfabriken:

LKA überwachte Telefone

Übers Ermitteln, Bespitzeln und Abhören

Es empfiehlt sich vorerst den Beitrag "Ein Spitzel in der Wietze/n - Kamagne" (grünes blatt Nr. 64 oder im Internet unter: kampagne-gegen-tierfabriken.info), zu lesen. Um Lesegewohnheiten endgegen zu kommen wurde der folgende Text der in Deutschland gängigen Gramatik und Rechtschreibung angepasst. Anmerkung der Redaktion.

Philipp Waldnah / Über den Jahreswechsel 2013 / 2014 hörte das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen drei Monate lang die Handys von drei Personen ab, die gegen Tierfabriken aktiv sind oder waren.

Eine von mehreren Möglichkeiten, diese Geschichte zu erzählen, ist es, bei den Hühnermastanlagen in Alvesse und Mehrum (beide im Landkreis Peine in Niedersachsen) zu beginnen. Diese wurden beide im Jahr 2011 – jeweils kurz vor ihrer Inbetriebnahme – in Brand gesetzt.[1] Zu den Aktionen bekannten sich die Gruppe Ei[2] sowie die Animal Liberation Front (ALF)[3], die in ihren Erklärungen beide auch den Kampf gegen Tierausbeutung als Motivation nannten. Wegen des hohen Sachschadens – alleine in Alvesse betrug er zirka 500.000 Euro – und wegen der unaufgeklärten Brände der Mastanlagen in Sprötze (Juli 2010), zu dem sich ebenfalls die ALF bekannte, sowie in Schnega (Dezember 2011) hatten Polizei und Staatsanwaltschaft ein erhöhtes Aufklärungsinteresse. Das kann den Ermittlungsakten entnommen werden, die uns inzwischen vorliegen und insgesamt knapp 700 Seiten umfassen.

Doch wie kam es schließlich zur Abhörung der Telefone?

Zunächst fanden die Polizeien keinerlei Spuren oder Hinweise, die auf bestimmte Menschen hindeuteten – obwohl das darauf spezialisierte Kriminaltechnische Institut des LKA Niedersachsen mehrere Fundstücke von der Brandruine in Alvesse genau untersucht und als *„Bestandteile von Brandvorrichtungen“* identifiziert hatte. Im März und April 2012 beendete die lokale Polizeiinspektion jedoch erfolglos seine Ermittlungen bezüglich beider Aktionen und übergab die Akten nacheinander der Staatsanwaltschaft Braunschweig. Das weitere Vorgehen dieser Behörde sowie des LKA-Staatsschutz lässt sich anhand der Akten nicht richtig nachvollziehen. Ob dafür wohl weitgehende Ahnungs- oder Planlosigkeit eine Rolle gespielt haben mögen? Jedenfalls stellte die Staatsanwaltschaft die Alvesse-Ermittlungen in der Folge offiziell gleich zwei Mal ein – im April und im August 2012.

Trotz Einstellungen ermittelte das LKA weiter

Währenddessen blieben andere aktiv. Zum Ersten: Das LKA observierte sechs Monate lang einen Aktivisten im Rahmen eines sogenannten Gefahrenermittlungsvorgangs und produzierte zwei Ermittlungsberichte durch Kriminaloberkommissar Stefan Spittler (LKA-Staatsschützer gegen *„links“*). Zum Zweiten: Das Bundeskriminalamt versuchte, ein gemeinsames Treffen von Behördenvertretungen aus Niedersachsen, Berlin und Bologna (Italien) zu koordinieren, da die Staatsanwaltschaft Bologna Zusammenhänge zwischen den Aktionen in Alvesse, Mehrum und einer Aktion in Bologna am 21. Juli 2011 vermutete, wo fünf Tage nach dem Brand in Alvesse dreißig Hühner aus einem Forschungszentrum befreit wurden, welches anschließend in Brand gesetzt wurde.[4] Ob dieses angedachte Treffen zustande kam, ist aus der Ermittlungsakte nicht ersichtlich. Zum Dritten: Auch die Aktivitäten der V-Person Ralf Gross, die explizit zur Aufklärung der Brände eingesetzt worden war, vermehrten und spitzten sich im weiteren Verlauf noch zu.[5]

Neben Ralf Gross gab es noch weitere Personen die Informationen an das LKA weitergaben

An dieser Stelle bietet sich ein Exkurs an, denn wir erfahren aus den Akten: Ralf war nicht die erste Person, die der Polizei Informationen lieferte. Bereits am 27. Dezember 2011 trafen



Quelle: Privat

[1] siehe z. B. zu Alvesse http://celleheute.de/fast-fertige und zu Mehrum http://www.paz-online.de/Peiner-Land/Hohenhameln/Tierschutzorganisation-bekennt-sich-zu-Brandanschlag

[2] Quelle: https://linksunten.indymedia.org/de/node/44055

[3] Quelle: https://linksunten.indymedia.org/de/node/48389

[4] siehe z. B. https://linksunten.indymedia.org/de/node/58083

sich Beamte des LKA mit einer Person, die bei einem Vortrag, den Aktivistis elf Tage zuvor in Lüneburg im "*Infocafe Anna und Arthur*" gehalten hatten, anwesend gewesen sei. Sie zeigte in einer ihr vorgelegten Mappe auf die Fotos der Vortragenden, die sie erkannt habe. Fast zwei Jahre (!) später – am 2. September 2013 – habe eben selbige V-Person mit der Bezeichnung „*Info 1*" dann bei einer polizeilichen Befragung in Lüneburg ausgesagt, dass die Vortragenden sich bei ihren Berichten über vergangene Aktionen „*radikal*" geäußert hätten.

Zusätzlich zu den zwei V-Personen gab's (angeblich) am 11. März 2013 per E-Mail einen anoymen und lediglich sehr dürftigen Hinweis über die herbei spekulierte Beteiligung einer konkret benannten Person an der In-Brand-Setzung der Mastanlage in Sprötze. Die anonyme Hinweis-Person sei – ihren eigenen Angaben zufolge – um den 30. Juli 2010 herum auf der Bauplatzbesetzung in Wietze gewesen und beschrieb nun – also knapp zwei Jahre später – der Mäster*innen-Familie Eickhoff und der Polizei, was sie dort beobachtet habe. Im Konkreten mutmaßt sie die Beteiligung einer Person, weil diese ein gleich aussehendes Hemd getragen habe wie eine Person, die sich in der Nacht vor der Aktion zusammen mit anderen geheim, ein bisschen entfernt von der Besetzung aufgehalten haben soll. Zudem habe die Person am Tag der Aktion die Besetzung in Wietze verlassen. Ob und wie dieser sogenannte Hinweis in weitere oder neue Ermittlungen einfloss, ist nicht bekannt. Das LKA notierte jedenfalls: „*Es ist nicht auszuschließen, dass es sich bei der [...] erwähnten blonden, weiblichen Person auch um die [Name einer später abgehörten Person] handeln könnte.*" In Anbetracht der Tatsache, dass über die erwähnte Person ansonsten nichts geschrieben wurde, wirkt diese Feststellung nicht sonderlich erkenntnisfördernd. Aber warum sollte es dem LKA auch auf einmal um Erkenntnisse gehen, anstatt ums Datenproduzieren und Lauschen?

Soweit der Exkurs zu Spitzeln und Hinweis-Personen. Was das LKA bezüglich der Alvesse-Mehrum-Ermittlungen nun vorliegen hatte, waren eine Aussage von „*Info 1*", Sammlungen mit Aktionen und mit früheren Ermittlungsverfahren gegen Aktivistis sowie diverse vermeintliche Belastungen durch Ralf. Daraus konstruierte es einen Anfangsverdacht gegen die genannten zwei Vortrags-Personen, woraufhin die Staatsanwaltschaft sie ab Oktober 2013 als Beschuldigte behandelte und die beiden Ermittlungsverfahren bezüglich der Brände in Alvesse und Mehrum zusammenführte. Rasch folgte vom Amtsgericht Braunschweig die Anordnung, drei Monate lang die Telefone der Aktivistis abzuhören, womit der Staatsschutz am 28. Oktober begann – also bereits zwei Jahre nach den In-Brand-Setzungen; und an genau jenem Tag, als zum zweiten Mal eine geheim geplante Schlachtfabrik-Blockade bei Wietze scheiterte. Deswegen war der Tag des Beginns der Abhörungen somit zugleich auch identisch mit dem Tag des Beginns der intensiven Recherche nach dem Informationsleck. Kurz darauf meinte das LKA dann zu wissen, dass eine dritte Person unmittelbar zuvor „*in kleinem Kreis*" über Brandlegungen geredet habe. Da auch er „*eine Führungsperson der militanten Tierrechtsszene*" sei, gab's den nächsten Gerichtsbeschluss und ab dem 8. November sodann die dritte Person, deren Telefonate und SMS mitgehört und -gelesen wurden.

"Durch die Überwachungsmaßnahmen ergaben sich keinerlei neue Ermittlungsansätze ..."

Diese Eskalation staatlichen Schnüffelns in den Privatsphären von Menschen aus der Kampagne gegen Tierfabriken endete am 9. Februar 2014, zwei Wochen nach Ralfs Enttarung als Spitzel. Zirka drei Monate später lieferte KOK Spittler seinen dritten und finalen Ermittlungsbericht, in welchem er die Telekommunikationsüberwachung ziemlich knapp auswertete und zu dem Schluss kam, „*dass sich durch die Überwachungsmaßnahmen keinerlei neue Ermittlungsansätze hinsichtlich einer Aufklärung der oben angegebenen Brandanschläge gegeben haben*". Wenig später wurde das Verfahren nun zum bereits dritten Mal durch die Staatsanwaltschaft eingestellt, diesmal gefolgt von postalischen Benachrichtigungen der Betroffenen über die Telefonüberwachung im August 2014. Sowohl jene Betroffenen als auch einer von zwei Journalistis und eine Rechtsanwältin, deren Telefonate mit abgehört wurden, beantragten die gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Abhörungen, deren Ergebnis noch aussteht.

„Wir wissen einfach zu wenig. [...] Uns fehlen einfach die Klärungsansätze. [...] Wir kennen die Zellen schlichtweg nicht."

Der Staat bewies mit seinem Lauschangriff, dass ein eineinhalb-jähriger Spitzeleinsatz nicht das letzte widerliche Mittel ist, das er bereit ist im Dienste der Fleischindustrie einzusetzen. Was der Staat ebenso bewies, formulierte „*ein hochrangiger Staatsschützer eines Landeskriminalamts, der ungenannt bleiben will*" folgendermaßen gegenüber der Zeitung Die Zeit[6]: „*Wir wissen einfach zu wenig. [...] Uns fehlen einfach die Klärungsansätze. [...] Wir kennen die Zellen schlichtweg nicht.*" Der Sprecher dieser Worte dürfte aus dem engsten Umfeld des Lauschers Stefan Spittler stammen, denn in dem Absatz, in den dieses Zitat integriert ist, geht es um die Brandlegungen in Niedersachsen sowie um Telefonate, während derer „*die Extremisten*" nie über ihre Aktionen sprachen. Die formale Konsequenz der polizeilichen Ahnungslosigkeit ist, dass inzwischen bezüglich aller fünf Mastanlagenbrände in Niedersachsen ab 2010, bei denen von einer politischen Motivation ausgegangen wird, die Ermittlungen eingestellt wurden. Betreffend die Aktionen in Sprötze (Juli 2010) und Klein Fullen (November 2012) ist dies aus einer öffentlichen Erklärung des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius vom 28. Januar 2014 zu entnehmen.[7] Bezüglich der Aktionen in Alvesse (Juli 2011), Mehrum (Oktober 2011) und Schnega (Dezember 2011) ist dies von den betroffenen Personen bekannt, gegen die zwischenzeitlich ermittelt wurde. So viel zu dem, was bewiesen wurde und feststeht.

Der Widerstand geht weiter?!

Was hingegen unklar bleibt: Glaubten die Menschen vom Staatsschutz ernsthaft, die Abgehörten würden am Telefon über militante Aktionen sprechen, die über zwei Jahre zurücklagen? Wichtiger dürfte es doch gewesen sein, mehr über widerständige Strukturen und persönliche Beziehungen herauszufinden sowie Abschreckung zu erzeugen. Was nun zu beweisen ist, ist, dass der Widerstand gegen Tierfabriken auch nach dieser Repressionseskalation weitergeht – wie es auch nach allen Besetzungs- und Blockade-Räumungen, nach den Sprötze-Ermittlungen, nach allen staatlichen Gewalthandlungen und nach Ralf der Fall war.

---

[7] Die Zeit, 28. August 2014: „Die Vegane Armee Fraktion"

[8] Quelle: www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_17_2500/1001-1500/17-1183.pdf (Seite 3)

Die Verdächtigkeit von Schuhen, Fahrradtouren und Seitenhieben

Philipp Waldnah/Ich möchte illustrieren, wie dürftig, ahnungslos oder wirr die Verdächtigungen bezüglich der Beteiligung bestimmter Personen an den Brandlegungen konstruiert wurden. Vorangestellt sei betont: Die Verdächtigungen beruhten immer auch sehr stark auf der Tatsache, dass die Personen an vielen öffentlichen Aktionen teilgenommen hatten. Betreffend Alvesse und Mehrum beruhten sie zudem darauf, dass sie deswegen als Führungspersonen der militanten Tierrechtsszene in Niedersachsen anzusehen seien. Hinzu kamen in vielen Fällen Sympathiebekundungen zu militanten, direkten Aktionen.

Im Folgenden führe ich sechs Beispiele von Gegebenheiten auf, die über das Genannte hinaus gehen und aus Sicht der jeweiligen Ermittlungsbehörden konkrete Anfangsverdachte begründeten.

Sprötze

➡ Eine Person wurde verdächtigt, weil sie in den Händen mal Schuhe einer bestimmten (sehr häufig getragenen) Marke hielt, von der Abdrücke am Aktionsort gefunden worden seien.

Andere wurden verdächtigt, weil in der Gegend Personen beim Trampen gesehen worden seien, die jedoch auch ganz anders ausgesehen haben könnten.

Alvesse (und damit 'automatisch' auch Mehrum)

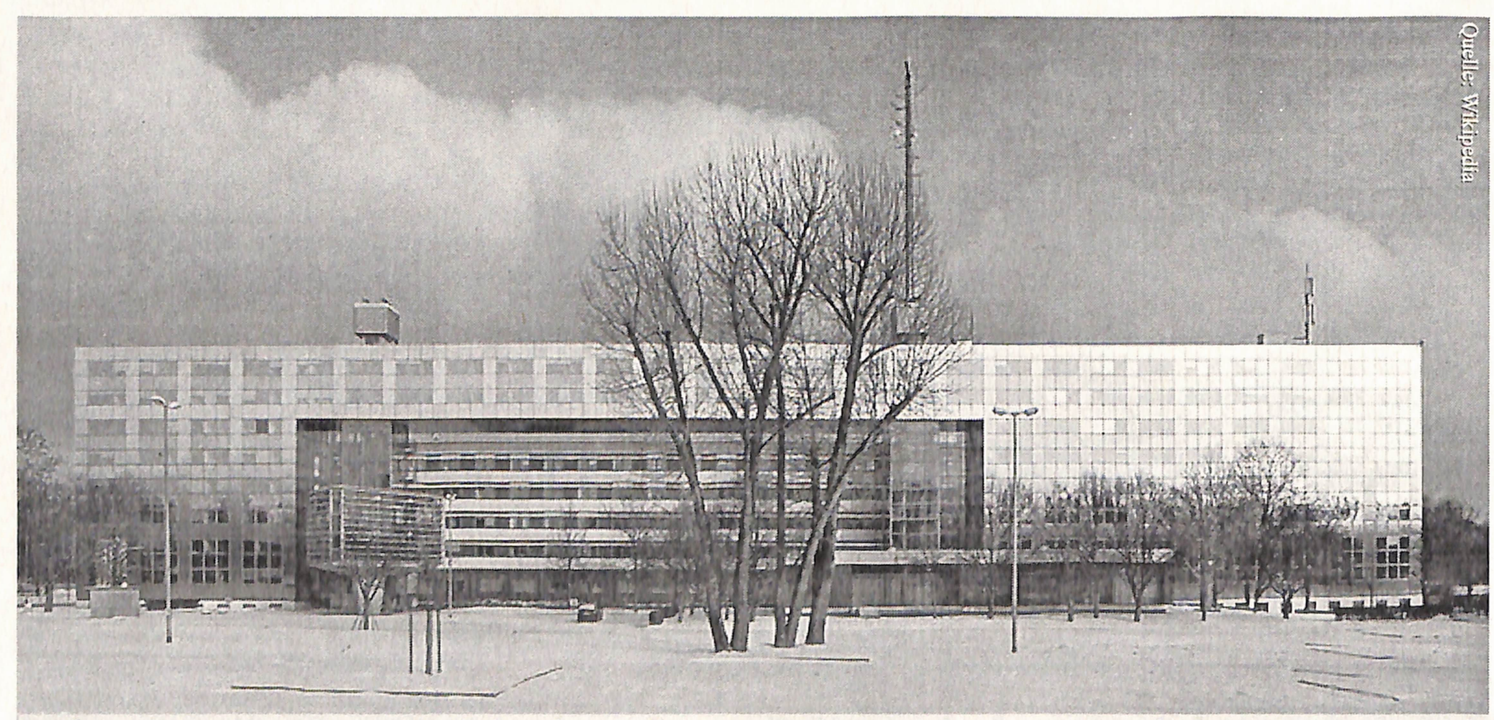
➡ Eine Person wurde unter anderem aus den folgenden zwei Gründen verdächtigt:

- Sie wurde drei Monate vor der Aktion aus der Schweiz kommend am Grenzübergang von der Polizei kontrolliert. Da das Bekennungsschreiben von einer IP-Adresse aus der Schweiz abgeschickt worden sei, sei dies eine interessante Feststellung.

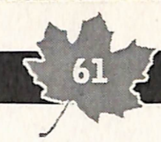
- Sie sei über sieben Monate nach der Aktion während einer (nächtlichen) Fahrradtour in drei Kilometer Entfernung zur Mastanlage kontrolliert worden, was als *„unmittelbare Nähe“* gewertet wurde.

➡ Eine zweite Person wurde verdächtigt, weil sie – nach Angaben von „I/226“ (LKA-interne Bezeichnung für Ralf Gross) – wortwörtlich gesagt habe: „*... dass Aktionsformen wie Brandlegungen so nicht mehr durchgeführt werden können, da beim letzten Mal die Leute fast an den Arsch gekriegt worden seien ...*“. Die ehemals verdächtige Person versichert, dass sie diesen Satz in der betreffenden Situation nicht gesagt habe und will damit verdeutlichen, dass in die Verdachtskonstruktionen auch gravierende Falschinformationen eingeflossen seien, welche auf große Missverständnisse oder Lügen zurück zu führen seien.

➡ Die dritte Person wurde verdächtigt, weil sie – nach Angaben von „Info 2“ (ebenfalls eine LKA-interne Bezeichnung für Ralf Gross) – einer anderen Person einen „kräftigen Rippenstoß“ gegeben habe, da diese gesagt habe: *„Wir haben damals in Sprötze ein Bekennerschreiben abgeschickt.“* Die Verdächtigte habe dazu den Hinweis gegeben, dass es *„nicht »wir« sondern »man«“* heiße. In Anbetracht der Tatsache, dass auch diese Behauptung vom LKA aufgestellt wurde, welches sich wiederum auch hier auf den selben Menschen berief, der anderen massiv schaden wollte, darf bereits die Grundlage dieser Verdachtskonstruktion angezweifelt werden. Dass aus dem angeblichen Rippenstoß dann eine Verdächtigung in einem anderen (!) Ermittlungsverfahren wurde, erscheint einfach nur noch absurd.


Quelle: Wikipedia

Das Foto zeigt den Hauptsitz des LKA Niedersachsen in Hannover. Von hier aus haben Beamte unter der Leitung von Stefan Spittler Spitzeleinsätze, mindestens eine Observation und Telefonüberwachungen gegen die Aktivist_innen organisiert, koordiniert und durchgeführt.



Deutsche Großmachtpolitik geht voll in Ordnung! - Teil 2

ggkn **Fortsetzung des Artikels aus Augabe Nr. 65**

Aber die vier Weltenrichter/innen, die mal eben feststellen, dass eigentlich Großbritannien schuld daran hat, dass der 1. Weltkrieg zum „globalen Desaster" geworden ist, auch wenn sie das so nicht sagen, brauchen für ihre Argumentation beträchtlichen Mut zur Lücke. Erstens war eigentlich bei jedem Konflikt nach 1900 klar, dass egal wie lokal er angefangen hat, er ziemlich schnell global werden könnte. Es gab genug Nationen, inklusive Deutschland, die bereits die ganze Welt als Material für ihr Projekt, nationalen kapitalistischen Reichtum zu steigern, real ins Auge gefasst hatten. Dann betrifft eben jeder Regionalkonflikt auch diese anspruchsvollen Nationen. Zweitens aber erklärte Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg nachdem deutsche Truppen in Belgien einmarschierten. Und ob mensch das nun als Anlass, Vorwand oder Grund sehen will: Um einen „lokalen Konflikt (zwischen Österreich-Ungarn und Serbien)" hat es sich zu diesem Zeitpunkt ganz offensichtlich nicht mehr gehandelt. Aber geh', wer wird da pingelig sein, Benelux oder Balkan, Belgrad oder Brüssel - fängt ja alles irgendwie mit B an, und was sind tausend Kilometer unter Feind_innen? Drittens aber muss man die werten Historiker_innen wirklich fragen, ob sie allen Ernstes der damaligen Weltmacht Nr. 1 Großbritannien nachträglich vorhalten wollen, dass sie nicht brav zugeschaut hat, wie die Weltmacht Nr. 3 Deutsches Reich die beiden Verbündeten Frankreich und Russland abräumt und in Zukunft Europa und Teile Afrikas und Asiens unter seine Kontrolle kriegt?
Letztlich wiederholen die Autor/innen hier nur die enttäuschten Hoffnungen der deutschen Diplomatie und Kriegsplanungen als Anklage, Großbritannien hätte sich gefälligst raushalten sollen. Mensch sieht: „Gott strafe England", wie mensch sich damals erbittert über die Einmischung der „Vettern jenseits der Nordsee" grüßte, ist als grummelnder Unterton deutscher Geschichtsschreibung nach wie vor zu haben. Ein guter Nationalist hat eben ein gutes Gedächtnis für die Verfehlungen der „Feinde" und vergibt auch nicht so schnell.

„Worum nun ging es in diesem Krieg? Um Demokratie und Freiheit, um "Zivilisation" gegen "Kultur", um einen Kampf der Werte und Ideologien, wie die Propagandisten bald verkündeten? Viele der in den Massenheeren aufmarschierenden Männer waren durchaus bereit, ihre Heimat zu verteidigen, konnten aber mit dem Krieg der Ideen nicht viel anfangen. Die propagandistische Verzerrung des Gegners zur blutrünstigen Bestie widerstrebte ihnen. Im Kriegserlebnis entstand oftmals eine Gemeinsamkeit über die Schützengräben hinweg."

Jetzt darf der einfache Landser sprechen. Dem war das propagandistische Gerede oftmals wurscht, weil er als Nationalist wusste, dass die Feinde nun mal bekämpft werden müssen, wenn die Regierung das sagt. Ja, und zu Weihnachten haben dann die Überlebenden auch mal Schützengrabenübergreifend zusammen gefeiert, solange Pause vom Morden war, und sich hinterher weiter umgebracht. Auskünfte worum es in diesem „heilinger Verteilungskrieg" (Karl Kraus[1]) genau ging, ist diesem herzerwärmenden Frontgemälde freilich genauso wenig zu entnehmen, wie der jeweiligen Kriegspropaganda.

„Auch der völkerrechtswidrige Durchmarsch durch Belgien mit den ihn begleitenden Grausamkeiten machte das wilhelminische Deutschland nicht zum Oberschurken und "Barbaren". In den englischen und französischen Kriegsstrategien war Belgien ebenso wenig tabu gewesen. Die Verletzung der Souveränität Belgiens war nicht der Grund, sondern der willkommene Vorwand für das britische Eingreifen."

Kommen wir also doch noch zu Belgien. Wie üblich sind die Planungen der anderen Beleg dafür, dass die Taten des Deutschen Reichs nicht so schlimm gewesen sein können, und nur wegen ein paar „begleitender Grausamkeiten" wollen wir hier doch niemanden zum „Barbaren" erklären. Und weil Großbritannien kein Recht auf Teilnahme am 1. Weltkrieg haben soll, darf der Anlass für seinen Kriegseintritt auf keinen Fall ein Grund, sondern muss ein Vorwand gewesen sein. Irgendwelche Belege werden sich in den „detailreichen Studien" schon finden. Dass die Souveränität Belgiens Großbritannien nur insoweit interessierte, wie das seine Interessen betraf, wird schon so gewesen sein; dass es daran aber gar kein Interesse hatte, ist ganz einfach falsch.

„Sind also alle geradezu schlafwandlerisch in die Katastrophe hineingeschlittert?"

Muss man sich rhetorische Fragen stellen oder hat schon mal jemand einen Vorwände erfindenden Schlafwandler getroffen?

„Das auch wieder nicht."

Warum die Abkehr vom guten Mr. Clark an dieser Stelle? Dessen Bestseller entnehmen die Autor/innen nur, dass Deutschland keine Schuld am Krieg hatte. Der Rest aber ist für sie recht ungenießbar. Zum einen kann mensch - bei allem, was an diesem oberflächlichen, im schlechten Sinne des Wortes parteiischen, anekdotenlastigen und z.T. ganz schön spekulativen Buch sonst zu kritisieren ist - auch beim schlechtesten Willen keine Unbedenklichkeitserklärung für Nationalismus und eine Absage an ein supranational organisiertes Europa ablauschen; eher sogar das ziemliche Gegenteil. Zum zweiten will sich das Quartett mit so einem drittklassigen Freispruch - alle waren irgendwie überfordert, die Kommunikation klappte nicht und viele Missverständnisse und persönliche Animositäten verhinderten eine friedliche Lösung - nicht zufrieden geben.

[1] Die letzte Tage der Menschheit, I. Akt, 1. Szene.

Also:

„Die politischen Führungseliten hatten durchaus Interessen an einem militärischen Konflikt, die sich nicht aus hohen moralischen Standards, sondern aus handfester Machtpolitik speisten. So kämpfte Russland nicht in erster Linie für das Selbstbestimmungsrecht der slawischen Brudervölker, sondern für eigene expansive Ziele in Osteuropa und am Bosporus. Frankreich war nicht passives Opfer deutscher Aggression, sondern durchaus selbst zu einem Waffengang bereit, sofern es Russland und möglichst auch England an seiner Seite wusste. Englands außenpolitische Elite um Sir Edward Grey erscheint im Lichte neuerer Forschungen weniger friedfertig und auf Ausgleich bedacht als vielfach angenommen. Österreich-Ungarn war nicht das willenlose Objekt sinistrer Kriegstreiber in Berlin."

Alles Heuchler diese Russen, Franzosen, Engländer, die verfolgten gar keine höheren Ziele! Und Österreich-Ungarn hat auch Schuld, obwohl sie das so nie nennen würden, weil sie ja „realpolitisch" argumentieren wollen! Nichts als Interessen, die sich aus handfester Machtpolitik speisten, hatten die alle, obwohl die Angabe von Frankreichs und Großbritanniens Interessen etwas vage bleibt. Naja, aber dafür kommen skandalöse Enthüllungen: „Englands außenpolitische Elite" war, das muss mensch auch mal sagen dürfen, „weniger friedfertig und auf Ausgleich bedacht als vielfach angenommen". Dass das eigentlich heißt, dass sie aber doch irgendwie „friedfertig" und „auf Ausgleich bedacht" gewesen sein müsste, wenn sie es „weniger" gewesen sein soll, als vielfach angenommen wird - also bitte was sollen denn solche Sprachlogeleien, wo es um Höheres geht! Mit langweiligen Überlegungen, dass die Einmischung in einen kontinentaleuropäischer Krieg, mit der ganzen absehbaren Vernichtung von Reichtum und Machtmitteln und den ganzen unabsehbaren Folgen, für die damalige Weltmacht Nr.1 einfach nicht sonderlich attraktiv und darum nicht das Mittel erster Wahl war, ohne dass „Englands außenpolitische Elite" diese Option deswegen ausschließen hätten wollen: Mit sowas kriegt mensch die Briten ja nie vom hohen Ross runter.

„Die deutsche Führung schließlich", geht es weiter. Ujujujuj, jetzt wird es spannend: Mal kucken was die für Interessen hatte, die sich aus handfester Machtpolitik speisten:

„Die deutsche Führung schließlich verfolgte, getrieben von Abstiegsängsten und Einkreisungssorgen, das defensive Ziel, jene prekäre Situation einer begrenzten Hegemonie auf dem europäischen Kontinent wieder zu errichten, die das Reich unter Bismarck besessen hatte, weit entfernt davon, übermütig und größenwahnsinnig nach der Weltmacht zu greifen."

Haben wir was verpasst oder ausgelassen? Interessen? Handfeste Machtpolitik? Von wegen: Voller „Ängste" und „Sorgen", waren die armen Entscheidungsträger in Berlin, sicherlich im Gegensatz zu ihren Amtskollegen anderswo. Deswegen verfolgte das Deutsche Reich auch bloß ein „defensives" Ziel, gerade mal die Wiedererrichtung einer „prekären", weil nur „begrenzten" Hegemonie, gegen die, weil es sie schon mal gab und sie ja auch nur begrenzt gewesen wäre, nun wirklich niemand Einwände erheben kann! Es ist nicht leicht so ein deutsches Politiker-/innenleben, vor allem wenn man von lauter böswilligen und heuchlerischen Machtpolitiker_innen eingekreist worden ist, die einen zwingen, Millionen von Landsleuten für ein rein defensives Ziel in den Tod zu schicken. Da blutet einem doch auch nachträglich das Herz. Sätze wie „Wir wollen auch einen Platz an der Sonne", „am deutschen Wesen soll die Welt genesen" „Peking muss rasiert werden" und so lustige Pläne wie das Septemberprogramm des Reichskanzlers Bethmann-Holweg, das recht großzügige Änderungen der europäischen Landkarte vorsah, die vierjährige Weigerung, über einen „Verständigungsfrieden" auch nur zu reden und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk, wo das Deutsche Reich der jungen Sowjetmacht fast ganz Osteuropa abknöpfte, sind selbstverständlich alle rein defensiv gemeint gewesen und weit entfernt von „Übermut" und „Größenwahn". Aber das versteht außerhalb Deutschlands wieder keiner!
In gewisser Weise sind Nationalist_innen wie Neitzel, Geppert & Co dann auch wieder bewundernswert: Wie mensch es hinkriegt, mit Argusaugen jedwede moralische Heuchelei anderer Nationen zu erspähen und genussvoll zu zerpflücken - und mit welcher ideologischen Verbohrtheit mensch gleichzeitig nur die besten Absichten bei der eigenen Nation sieht: Chapeau, vor solch intellektueller Selbstzurichtung.

„Aus der Distanz von nunmehr fast hundert Jahren erscheint die Schulddebatte ein wenig wie die Fortführung jener kriegsüblichen Propaganda, der das Deutsche Reich damals kaum etwas entgegenzusetzen wusste, das sich in der Rolle des "Barbaren", der belgische Frauen und Kinder schändete, vorgeführt sah."

Nicht wahr, die Kriegspropaganda der anderen Mächte war verlogen und gemein. Die deutsche hingegen - ja, über die erfahren wir komischerweise nichts, außer dass das Deutsche Reich den bösen Feinden kaum etwas entgegenzusetzen wusste. Das stimmt zwar kein bisschen, aber in dem schönen Bild vom besorgt-ängstlich-defensiv-prekären Deutschland sollte ‚unschuldig angegriffen' und ‚wehrlos' nicht fehlen. Hätten die Autor/innen früher gelebt, sie hätten als Plakatmaler für die Weimarer Republik und ihren Kampf gegen Versailles gute Dienste leisten können. Eine genaue Erklärung was denn die früher erwähnten „begleitenden Grausamkeiten" gewesen waren, und welchen realen Kern (und welche Übertreibungen) die Vorwürfe der „Schändung" belgischer Frauen und Kinder beinhalteten, würde natürlich zu weit führen. Und auch gar nicht zum Beweiszweck passen, dass Deutschland gar nicht so schlimm war, die anderen Mächte allerdings ziemlich schlimme Finger gewesen sind, weswegen an einer deutschen Großmachtpolitik damals wie heute überhaupt nichts auszusetzen ist.

„Der Erste Weltkrieg ist der Beginn vieler Schrecken, einer von ihnen ist die Moralisierung des Krieges. Dass man diesen Krieg habe führen müssen, um jeglichem Krieg ein Ende zu machen oder, wie der amerikanische Präsident Wilson proklamierte, die Welt sicher für die Demokratie zu machen, dass es sich also im Krieg gegen das Deutsche Reich um einen "gerechten Krieg" gehandelt habe, erweist sich heute als der Versuch, ein Massenschlachten, das mindestens elf Millionen Soldaten das Leben kostete, zu rechtfertigen - also als Sinngebung des Sinnlosen. In Wirklichkeit beseitigten der große Krieg und der Friedensschluss, der ihm folgte, kein einziges Problem. Sie hinterließen im Gegenteil viele neue Konflikte, die uns, etwa im Nahen Osten, noch heute beschäftigen."

Na endlich mal eine Kritik am Krieg, die sich gewaschen hat: Millionen sterben, ohne Probleme zu lösen, darum ist das ganze Gerede der Kriegsgegner Deutschlands nur

Sinngebung des Sinnlosen. Vermute hier keine_r eine Absage an Kriege überhaupt: Gegen ein zünftiges Massenschlachten haben die Autor/innen offensichtlich keine Einwände, wenn es einen „Sinn" hat – nämlich irgendwelche „Probleme" zu lösen. Im Gegenteil: Der ganze Artikel läuft auf ein Plädoyer für mehr, aber anders und offenherziger begründete Kriege hinaus. Denn mal ehrlich: Wenn die Moralisierung des Krieges einer der Schrecken war, dann kann's mit der Schrecklichkeit der anderen Schrecken nicht so weit her sein, vor allem wo die Soldaten dann auch über die Schützengräben Gemeinsamkeiten entwickelt haben.

„Der enorme Erfolg des Buchs von Christopher Clark ist ein Hinweis darauf, dass die zeitliche Distanz ein neues, weniger von Emotionen und Ideologien genährtes Interesse ermöglicht. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Das Ende des Kalten Krieges hat den Blickwinkel ebenso verändert wie das Heraufziehen eines stärker multipolar ausgerichteten und global dimensionierten Staatensystems mit unverkennbaren strukturellen Ähnlichkeiten zur Welt vor 1914. Das Gut-gegen-Böse-Schema des Ost-West-Konflikts gilt nicht mehr. Die Welt ist komplizierter und konfliktträchtiger geworden, wie wir nicht zuletzt im Bürgerkrieg in Jugoslawien in den 90er-Jahren gesehen haben. Uns scheint, dass diese Veränderung in Politik und Öffentlichkeit noch nicht angekommen ist. Sie fordert aber mehr denn je die realpolitische, nicht die moralische Antwort auf das Weltgeschehen."

Genau! Deutschland ist nicht mehr Teil eines Blocks, sondern selber eine Macht; dadurch ist die Welt ziemlich multipolar und einfache Gut-Böse-Schema sind da gar nicht im nationalen Interesse. Und statt irgendwelchen idealistischen Gewäschs über Frieden, Demokratie und Menschenrechte, muss mensch die gute alte Realpolitik ausgraben, die sich die Mühe nicht macht, die nationalen Interessen noch lange mit irgendwelchen übernationalen Idealen auszustaffieren, weil ihr der nationale Erfolg das höchste denkbare Ideal ist.
Damit das geht, lege mensch sich gefälligst nur die Emotionen und Ideologien zu, die der schwarz-rot-goldenen Viererbande in ihren deutschnationalen Kram passen. Dass es an denen in Politik und Öffentlichkeit ihres Erachtens noch fehlt, ärgert die Autor/innen dann aber schon.

„Die multipolare Welt von heute mag an 1914 erinnern. Die Analyse der Julikrise aber lehrt uns, dass es heute wie damals keine zwingende Notwendigkeit für eine globale Katastrophe gibt."

Eben, eben: Hätte Großbritannien sich rausgehalten und die anderen Deutschland mal machen lassen, wäre das ja alles nicht passiert. Die Lehre sollten sich alle mal einleuchten lassen, weil sie wegen der Ähnlichkeit von 1914 mit 2014 irgendwie ganz schön aktuell sein könnte. Gut, dass das ein paar deutsche Historiker/innen mal klarstellen.
An dieser Stelle darf aber auch gestaunt werden: Haben uns unsere Geschichtslehrer/innen nicht immer davor gewarnt, mit so veralteten Konzepten wie „Imperialismus" und „Kapitalismus" die ganz andere Welt von heute zu analysieren? Und dann kommen die vier Autor/innen und sagen, es sei schon recht, die heutige Zeit mit der Zeit des „Hochimperialismus", wie das Schulgeschichtsbuch sowas nennt, zu vergleichen? Mensch darf sich da nicht täuschen, irgendeine Untersuchung, ob die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Staatenkonkurrenz damals und heute aus dem gleichen Zweck, nämlich nationaler Reichtumsproduktion und der dafür nötigen/eingesetzten gewaltsamen staatlichen Interessendurchsetzung, und unterschiedlichen Umständen (Währungspolitik, Rolle der Landwirtschaft, Produktivkraftentwicklung, Auflösung von Bourgeoisie und Adel in Kapital und Grundeigentum) herrühren, sind von den Vieren gewiss nicht zu haben. Vielmehr ist der Feldherrnhügel, den die Autor/innen erklimmen, so hoch, dass alle Frontverläufe gleich aussehen. „Mehr als zwei" – das soll die Gemeinsamkeit zwischen 1914 und 2014 sein.

„Die neuen historischen Erkenntnisse gefallen einigen nicht, weil sie im Widerspruch zu lieb gewonnenen Selbst- und Feindbildern stehen. In England und Frankreich würden viele gern an der Schwarz-Weiß-Version eines "gerechten Krieges" festhalten, in dem Liberalismus gegen Militarismus, Demokratie gegen Autokratie und nationale Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft standen."

Und das lassen sich die Vier nicht länger gefallen, wo sie ja gerade nachgewiesen haben, dass interessengeleitete Machtmenschen der Entente ganz schön gemein zu den defensiv sorgengeplagten, dafür aber doch recht maßvollen, weil nur eine begrenzte und prekäre Hegemonie wiederherstellen wollenden deutschen Politikern waren. Die „beste liberale Tradition unserer westlichen Partner" ist in Zukunft gefälligst kein Argument mehr für eine kritische Betrachtung deutscher Großmachtpolitik früher und heute, sondern ein Argument dafür. Da muss mensch auch erstmal drauf kommen.

„Umgekehrt haben wir uns in Deutschland einen negativen Exzeptionalismus angewöhnt: das Gefühl, heute besonders gut dazustehen, weil wir in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders schlecht gewesen seien."

Und daran stört die Autor/innen gewisslich nicht der Exzeptionalismus, denn das Deutschland außerordentlich großartig, friedliebend und maßvoll gewesen ist, finden sie ja selbst. Auch dass irgendjemand findet, dass Deutschland heute besonders gut dasteht, wird die Autor/innen nicht ärgern; schon eher, wenn jemand seine_ihre Begeisterung für Deutschland genau aus dem zieht, was sie der deutschen Öffentlichkeit gerade abgewöhnen wollen. Was sie nämlich nicht mehr haben wollen, ist die Abgrenzung gegenüber der vorherigen Geschichte. Selbst nachträgliche Selbstkritik ist eben für gute Nationalist_innen nicht das richtige, kraftvolle Ja zu Volk und Vaterland, das sie einzig angemessen finden.

„Manch einem behagen daher die Deutungen der Julikrise nicht, die zwar den deutschen Beitrag nicht leugnen, ihn jedoch in angemessene Proportionen setzen."

Selbstverständlich, warum sollte das Quartett den deutschen Beitrag „leugnen" wollen: Nach ihren Ausführungen bestand er ja gerade aus lauter gut begründete Sorgen und Ängsten, die in ein maßvolles, keineswegs größenwahnsinniges Programm mündeten. Die „angemessene Proportion", in die mensch das zu setzen hat, ist ja wohl dann die, dass das arme Deutschland wegen der Machtpolitik der Anderen oder gar völlig grundlos in einen Krieg verstrickt wurde. Allerdings werden die Autor/innen sich bei ihrem offensiven Abstrakt-Bekenntnis, mensch habe gar nicht vor, irgendetwas zu leugnen, noch was anderes gedacht haben. Sie legen damit von vornherein Einspruch gegen entsprechende Vorwürfe von linker Seite ein, und das gleichermaßen argument- wie substanzlos. Wem das alles nicht behagt, der ist ein „Nestbeschmutzer", aber weil mensch sowas heutzutage so

nicht mehr formuliert, klingt's ein bisschen netter.

„Schuldstolz aber steht uns genauso wenig zu wie ein triumphierender Freispruch".

Also für das, was „uns" zusteht, da sind die vier auf jeden Fall zuständig. Und weil ihr Freispruch alles andere als triumphierend ist – immerhin haben sich „unsere westlichen Partner" in Form der EU an ihren eigenen „besten liberalen Traditionen" versündigt, und das nachdem sie Europa in einen Krieg gestürzt haben, den sie dann auch noch moralisiert und zur Sinnstiftung missbraucht haben: Haben die ein Glück, dass „wir" nicht nachtragend sind! – müssen sich die ganzen deutschen Kompliziert-Nationalist_innen mit ihrem Hitler-Komplex und ihrem Grundgesetz-Stolz, von den glorreichen Vier erklären lassen, dass ihnen ihre Befangenheit gegenüber der deutschen Geschichte nicht zusteht. Und wehe einer nimmt sich in Zukunft noch mal heraus, Kritik an irgendwas zu üben. Dem wird dann Schuldstolz attestiert.

„Die deutsche Selbstbezogenheit ist kontraproduktiv. Denn vor allem macht die gegenwärtige Krise klar, dass ein Europa scheitert, das auf historischen Fiktionen beruht. Falsche Lehren aus der Vergangenheit könnten sich als fatal für das europäische Projekt erweisen."

So hat mensch die Euro-Krisen und die wechselseitige Unzufriedenheit der europäischen Mächte mit ihren Konkurrenz- und Kooperationsresultaten noch nicht gesehen. EZB, Krisenkonkurrenz, Finanzmärkte, Staatsverschuldung – alles Schmu. 1. Weltkrieg und falsche Lehren! Aber was sind die richtigen Lehren?

„Pazifismus und die Überwindung des Nationalstaates sind nicht die einzig denkbaren Schlussfolgerungen aus den Weltkriegen."

Übersetzt heißt der Satz:

Pazifismus und die Überwindung des Nationalstaates sind völlig undenkbare Schlussfolgerungen aus den Weltkriegen, weil wir von beidem nichts halten, sondern für ein großes starkes Deutschland sind, das endlich auch mal Kriege so führen darf, wie die Gewinner von Weltkrieg I und II. Das sind wir unserer nämlich eigentlich glorreichen Geschichte schuldig und das ganze linke Gesindel, das das anders sieht, soll sich gefälligst verpissen.

Aber so formuliert mensch heute nicht mal mehr in der Springerpresse. Fällt irgendwem übrigens der Plural auf? Plötzlich ist von „den Weltkriegen" die Rede, das heißt offensichtlich hat das massive Wilhelm II-Whitewashing in den Augen der Autor/innen auch die braunen Flecken auf der deutschen Weste gleich mitentfernt.
Das Angebot der Quadriga, sich darüber zu streiten, ob Pazifismus oder die Überwindung des Nationalstaates nur keine, eine oder die einzig denkbare Schlussfolgerung aus den Weltkriegen sei, sollte mensch rundherum ablehnen. Als ob es zur Ablehnung von Krieg erstmal ein paar millionenschwere Gemetzel nötig wären, und der Nationalstaat erst durch Volksgemeinschaft, Shoah und Vernichtungskrieg diskreditiert worden wäre - und sich vorher und unterhalb dessen keine Einwände finden lassen würden gegen die staatliche Zusammenfassung von Menschen zu einem „Volk" und ihre mörderischen und brutalen zivilen und militärischen Konsequenzen.
Dass Pazifismus übrigens keine gelungene Schlussfolgerung aus irgendetwas ist, sei nur angemerkt. Den herrschenden Frieden mit seinen gegensätzlichen Interessen für irgendwie in Ordnung, die kriegerische Austragung dieser Interessenkonflikte hingegen unnötig und falsch zu finden, ist kein Beitrag dazu, Kriege abzuschaffen – und lauter nationale Gewaltmonpolisten zur internationalen Gewaltlosigkeit aufzurufen, hat, je nach Umständen, dann auch etwas Tragisches oder Komisches.
Was mensch die Autor/innen schon gar nicht mehr fragen mag, ist, wo Pazifismus denn jemals prominent politisch eine Rolle gespielt hätten – sieht mensch mal von den ganz frühen Anfangsjahren der Bundesrepublik ab. Oder zählt die Haltung der verflossenen schwarz-gelben Koalition, sich nicht auf Kriege einzulassen, bei denen Deutschland nicht richtig mitbestimmen darf, schon als Pazifismus? Aber vielleicht verwechseln die Autor/innen auch die 62% der Deutschen, die gegen eine stärkere militärische Beteiligung an Auslandseinsätzen sind (SZ v. 1./2.02.2014), mit Pazifist/innen? Denn davon muss mensch leider ausgehen: Dass die lieben Landsleute mehrheitlich die menschenrechtliche Begründung so ernst nehmen, dass sie nicht einsehen, deutsches Geld und deutsche Soldaten für irgendwelche Ausländer/innen und ihre Menschenrechte auszugeben, genau wie die Autor/innen das letztlich auch sehen. Aber wer sich einen Stahlhelm aufsetzt, leidet da natürlich unter Sichteinschränkungen.
Anders sieht es mit der „Überwindung der Nationalstaaten" aus. Das wäre ja mal was! Leider meinen die Autor/innen damit die supranationale Machtzusammenballung der europäischen Nationalstaaten, die ganz vieles ist, aber keine Überwindung der Nationalstaaten darstellt. Darum lohnt es sich auch nicht, darauf weiter einzugehen.

„Denn weder sind die alten Ängste vor deutscher Hegemonie verschwunden, noch hat die Moralisierung außenpolitischen Handelns seit 1990 zu einer größeren Integration der Bundesrepublik in die europäische Staatengemeinschaft geführt."

Nicht zu lange über das „denn" rätseln. Zwischen den beiden Sätzen besteht nicht die logische Verbindung, die das „denn" nahelegt – also das hier allen Ernstes ein Argument gebracht würde, warum Pazifismus und Überwindung des Nationalstaates nicht die einzig denkbaren Schlussfolgerungen aus den Weltkriegen (gewesen) sind. Nicht mal dann übrigens wenn Pazifismus oder Überwindung des Nationalstaates irgendwie handlungsleitende Ideale der deutschen Politik gewesen wären – was sie, wie gesagt, mitnichten waren. Ob Ängste vor deutscher Hegemonie denn irgendeinen Grund in der Sache haben könnten, ist dem schwarz-rot-goldenen Kleeblatt nicht mal eine Überlegung wert. Denn Leute wie diese Figuren sind gleichermaßen für eine solche Hegemonie, wie sie alle Ängste davor als absurd antideutsche Phantasien geißeln. Und auch das Gerede von „der größeren Integration" in „die europäische Staatengemeinschaft" sollte mensch jetzt nicht auf die Goldwaage legen. Es ist gar nicht so, dass die Autor/innen da ernstlich für wären, sondern sie wollen nur ihren zusammenphantasierten linksliberalen Kontrahent/innen vorrechnen, dass sie ihre angeblich erstrebten Ziele nicht erreichen konnten und dem leicht beleidigten deutschen Nationalgefühl recht geben, „wir" seien ja nun wirklich die besten Europäer/innen wo gibt, würden dafür aber gar nicht recht geliebt. Und das nur, weil Deutschland sagt, wo's langgeht, und dass Massenarmut bedeutet.

„Im Gegenteil: Einen Menschenrechtsinterventionismus, der sich nicht an nationale Interessen bindet, versteht außerhalb Deutschlands kein Mensch."

Moment, Moment: Also jenes Ausland, in dem viele an der Idee eines "gerechten Krieges" festhalten wollen, „in dem Liberalismus gegen Militarismus, Demokratie gegen Autokratie und nationale Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft" standen - ausgerechnet da sollen Leute Verständnisprobleme bei einem „Menschenrechtsinterventionismus, der sich nicht an nationale Interessen bindet" haben? Offensichtlich waren die Autor/innen zu verliebt in den deutschnationalen Dauerbrenner „Das wäre im Ausland nicht möglich" - den schon im Kaiserreich Reichskanzler Bülow benutzt, um die Sozialdemokrat_innen für ihren angeblich fehlenden Patriotismus auszuschimpfen - um sich über die innere Konsistenz ihrer Argumentation Gedanken zu machen. Und müssten die Autor/innen sich nicht mal entscheiden, ob das Ausland nun aus lauter verstockten und unbelehrbaren Idioten besteht, die von „uns" an ihre „beste liberale Tradition" erinnert werden müssen oder die moralische Richtschnur liefern soll, wie's in Deutschland laufen soll? Und zusätzlich mal ein Argument liefern, das irgendwie plausibel macht, dass selbst wenn es wahr wäre, dass der Rest der Welt aus lauter nationalistischen Saftsäcken besteht, dies einen guten Grund abgäbe, dies nachzuahmen?
Aber was haben die Autor/innen eigentlich gegen einen „Menschenrechtsinterventionismus" pur? Haben die am Ende was gegen Menschenrechte? Gemach, irgendeine Kritik an den heiligsten Prinzipien bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit, die ihr Dasein damit tief in die Menschennatur verlegt, ist hier nicht zu erwarten. Auch gegen die grundsätzliche Infragestellung der Souveränität eines Staates über Land und Leute, wenn ihm Verletzung der Menschenrechte vorgeworfen wird, werden die vier schon nichts haben. Selbst der instrumentelle Einsatz des Vorwurfs, der sich einen Dreck um Folter, Mord, Vergewaltigungen, Hungerblockaden an sich schert, sondern diese zum Anlass nimmt, wenn aus anderen Gründen die Staatsgewalt mißliebig ist, ist nicht der Grund der Kritik. Im Gegenteil, genau das ist ja ein „Menschenrechtsinterventionismus", der sich „an nationale Interessen bindet", wie die Autor/innen ihn gerne hätten. So wird es von Deutschland und den anderen auch die ganze Zeit gemacht. Dass kein Staat wegen Menschenrechten einen Krieg anfängt, sondern dass die Anklage Menschenrechtsverletzung dann fällig wird, wo einem Staat mangelnde Botmäßigkeit gegenüber der kapitalistischen Weltordnung nachgewiesen werden soll, kann jede_r wissen, der_die's wissen will.
Was die Auto/innen vermutlich an der Berufung auf Menschenrechte stört, ist, dass die Politik öfters behauptet, sie sei ja nun geradezu verpflichtet, einzuschreiten, wenn ein Staat sich so aufführe. Manchmal tragen auch Bündnispartner ihre Forderung zum Mitmachen als moralische Verpflichtung vor. Diese - rhetorische - Berufung auf einen - angeblichen, in Wirklichkeit höchstens selbst geschaffenen - „Zwang" empfinden die vier vermutlich als eine Einschränkung der Handlungsoptionen des deutschen Staates; auch wenn sie das keineswegs ist.

„Auch will keiner unserer Nachbarn in einem übernationalen großen Ganzen aufgehen, solche Pläne nähren vielmehr die Angst vor alten Machtansprüchen."

Muss mensch diesen Unsinn noch kommentieren? Als ob im Ausländermaut-, keine-Sozialunion-, Roma-nach-Rumänien-Deutschland irgendjemand dafür plädieren würde, in einem „übernationalen großen Ganzen" aufzugehen. Hier ist ein Pappkamerad aufgebaut, auf den nun kräftig losgedroschen wird.

„Die Idee, dass wir mit „Europa" den Nationalismus bekämpfen müssten, der angeblich die Triebfeder des Dreißigjährigen Krieges des 20. Jahrhunderts gewesen sei, hat den Nationalstaat zu Unrecht diskreditiert."

Wenn das mal wahr wäre! Aber interessant ist schon, wie die Autor/innen die Welt sehen wollen. Mit dem politischen Bildungsgeschwätz „Patriotismus gut/ Nationalismus schlecht" geben sie sich gar nicht mehr ab, sondern stellen der Vaterlandsliebe in all ihren Formen einen ziemlich umfangreichen Persilschein aus. Dass all ihre „Argumente" vorher gar keine Hinweise enthalten, wie das nun mit dem Nationalismus als „Triebfeder" aussieht, stört diese Leute nicht. Ihnen geht es nämlich gar nicht um „den Nationalismus", sondern um den deutschen Nationalismus, auch nicht um „den Nationalstaat", sondern um den deutschen Nationalstaat. Nun müsste mensch lange suchen, um irgendwelche Anhaltspunkte zu finden, in Deutschland sei der Nationalismus nennenswert mit oder ohne Europa bekämpft worden und der Nationalstaat sei irgendwo zu Recht oder zu Unrecht so diskreditiert, wie sich das alle vernünftigen Menschen wünschen würden. Umfragen in der deutschen Bevölkerung belegen regelmäßig das genaue Gegenteil, und auch den Politikerreden und -handlungen lässt sich ziemlich klar der gegenteilige Befund entnehmen. Die selbstkritische Anklage, die Deutschen seien nicht nationalistisch genug, gehört hingegen zum Inventar des deutschen Nationalismus von Arndt über Wilhelm II und Hitler bis hin zu den Gepperts, Neitzels, Stephans und Webers unserer Tage. Auskünfte über die Realität enthielt dieser Vorwurf nie, zu entnehmen aber ist ihm, an welch hohen Ideal einer einheitlichen und von keinem Zweifel und keiner Kritik getrübten nationalen Volksgesinnung die jeweilige Realität gemessen wird. So auch hier.

"EU oder Krieg" ist die falsche Alternative und lässt sich auch nicht aus der Geschichte der Weltkriege ableiten."

Und die richtige Alternative? Vermutlich heißt sie für die Autor/innen „dEUtschland oder Deutschland", da wollen sie sich nicht festlegen. Jedenfalls sind die Vier strikt dagegen, sich mit dem Verweis auf zwei Weltkriege die EU aufnötigen zu lassen; die soll sich in Zukunft daran messen lassen, wie sie dem deutschen Interesse dient und nicht mehr ein außer Frage stehendes Stück europäischer Friedensarchitektur sein. Sie plädieren hier für eine bemerkenswerte Renovierung der deutschen und europäischen Gedenkkultur. Einen wirklichen Politikwechsel würde das nicht bedeuten, denn so machen es alle längst.

„Ein abgeklärter Blick auf die Vergangenheit tut not. Er würde uns zu einem unaufgeregteren Selbstbild unserer Rolle in Europa und der Welt verhelfen. Und das wäre ein wirklicher Fortschritt."

Und das unaufgeregte Selbstbild „unserer" Rolle führt dann zu einer schönen, aufregenden, aber unaufgeregten Großmachtpolitik in der Welt, und zwar so, wie Deutschland das braucht. Und wohin dieser „Fortschritt" führt? Nach Deutschland und in die Welt. Wohin denn auch sonst.

Hungerkrise durch Fleischkonsum?
– Zur Kritik des politischen Veganismus

Sebastian **Es kann einem der Schauer über den Rücken laufen, wenn man über das Elend auf der Welt liest. Laut Mike Davis z. B. leben eine Milliarde Menschen in Slums – das entspricht der Weltbevölkerung zu der Zeit als Engels über die Lebenssituation der englischen Arbeiterklasse schrieb. 2030 sollen es nunmehr 2 Milliarden sein[1].**

Eine der großen Leistungen des Kapitalismus besteht nach wie vor darin, völlig unfähig zu sein, den Welthunger zu beseitigen. Von veganer Seite wird oft die Ursache für den Hunger im exorbitanten Fleischkonsum, vor allem der westlichen Welt gesehen[2]. In stofflicher Hinsicht ist es durchaus richtig, dass mehr Menschen ernährt werden könnten, wenn man die Fleisch- und Käseproduktion reduzieren (d.h. nicht notwendigerweise gänzlich abschaffen wie es der politische Veganismus fordert) würde. Schließlich wird viel Land für Weidefläche verschwendet und etwa die Hälfte des produzierten Getreides oder Soja wird an die Tiere verfüttert[3]. Aber die Tatsache, dass Millionen Menschen hungern, gründet nicht darin, dass es objektiv zu wenig Nahrung gibt (oder zu viele Menschen auf der Welt sind wie Ökofaschisten z.B. von Earth First behaupten[4]), sondern weil diese Menschen einfach kein Geld dazu haben[5]. Man sollte dabei auch erwähnen, dass große Flächen für den Anbau von Nullkalorien-Pflanzen verwendet werden, wie Blumen, Tabak und Kaffee.

Was in dieser Debatte in der Regel völlig außer Acht gelassen wird, ist die Logik kapitalistischer Produktionsweise. Diese nämlich ist verantwortlich für die Industrialisierung der Landwirtschaft, für Monokulturen, für die Enteignung und Vertreibung von Kleinbauern, die die Megastädte und Slums anschwellen lassen[6]. Im Prinzip wiederholen sich im Trikont die Prozesse auf viel höherer Stufenleiter, als sie im 19. Jahrhundert in Europa geschahen. Der Unterschied besteht aber darin, dass die in die Städte hinzugezogenen, nicht von einer Industrie absorbiert werden, sondern überflüssiges „Menschenmaterial" bilden. Ihre Überflüssigkeit ist das Resultat der Krise der Arbeitsgesellschaft, die einen Menschen grundsätzlich nur als verwertungsfähigen Arbeitskraftbehälter anerkennt. Im Kapitalismus ist der Mensch nur ein Toter auf Urlaub.
Gegenstand und Ziel kapitalistischer Produktionsweise ist nicht die Befriedigung irgendwelcher Bedürfnisse. Ziel ist es, sich in der Konkurrenz einen möglichst großen Mehrwert anzueignen um quasi aus einem Euro zwei zu machen. In der Konkurrenz setzt sich derjenige durch, der am produktivsten ist, der am billigsten anbieten kann. Das kann erreicht werden durch Kostenreduktion, durch Reduzierung der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" (Marx) z.B. durch den Einsatz von Maschinen. Eine Folge der Konkurrenz und der Marktdynamik ist, wie Marx feststellte, die „wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals", also das Zurücktreten unmittelbarer Arbeit Einzelner und der zunehmende Einsatz von Maschinen, was zu einer wachsenden Kapitalkonzentration führt. Das Ergebnis ist der moderne Agrarkapitalismus und die Massentierhaltung[7]. Einfach kein Fleisch und Käse mehr oder selbst keinen Honig mehr wie Vegan-Ideologen meinen, beseitigt diese Verrücktheit keineswegs. Wenn die Nahrungsmittelkonzerne durch die Konkurrenz, gerade in der Krise, ihre Profite einbüßen, ist die Tendenz sehr stark, die Kosten jetzt erst recht zu senken, um in der Konkurrenz zu bestehen, was die ökonomische Ursache für die Qualitätsminderung und Vergiftung der Nahrung ist.

veganer Kurzschluss: Ohne Fleich wird alles gut

Die Vergiftung und zunehmende Ungenießbarkeit der Nahrung hat dabei viele längst bekannte Facetten: Gemüse ist vergiftet, gespritzt oder gentechnisch geändert durch Konzerne wie Monsanto. Mit dieser „Nahrung" werden Tiere gefüttert

[1] Mike Davis: Planet der Slums, Assoziation A 2011.
[2] Zahlen und Fakten zur globalen Fleischproduktion, siehe: http://www.boell.de/downloads/2013-01-Fleischatlas.pdf
[3] Exemplarisch für die Rinderzucht: Jeremy Rifkin: Das Imperium der Rinder, Campus 1994.
[4] Tomasz Konicz: All you can eat – Ist das Wachstum der Weltbevölkerung schuld an der globalen Nahrungsmittelknappheit?, in Konkret 3/2013
[5] Hunger gibt es auch in den USA http://www.welt.de/wall-street-journal/article114918996/47-Millionen-US-Buerger-leben-von-Essensmarken.html.
[6] Peter Jonas: Jenseits der Agrarrevolution, http://www.kosmoprolet.org/jenseits-der-agrarrevolution
[7] Anselm Jappe: Gene, Werte, Bauernaufstände, http://exit-online.org/pdf/Jappe-Gene-Okt2001.pdf
[8] Tomasz Konicz: Wohl bekomm's ! In der Nahrungsmittelindustrie wird der Irrsinn des Kapitalismus besonders deutlich, in Konkret 5/2013
[9] Ist aber auch eine Quelle von „Biodiesel".

und obendrein mit Antibiotika „behandelt“[8]. Das hat zweifellos katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt. Die agrarkapitalistischen Sojamonokulturen sind gentechnisch verändert und mit Pestiziden behandelt. Vegane Nahrung enthält oftmals Palmöl, für dessen Herstellung sehr gerne Regenwald vernichtet wird[9]. Veganismus ist daher alles andere als nachhaltig und offensichtlich eine eher konsum-moralisierende Haltung, die einer fundamentalen Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise ausweicht. Als Beispiel an dem das noch offensichtlicher wird, mag ein fisch-kritischer Flyer von Peta genügen der skandalisiert, dass in Fisch sehr viel Quecksilber zu finden ist. Aber anstatt zu fordern, dass die Verseuchung der Welt aufhöre, möge man bitte der Gesundheit willen keinen Fisch mehr verzehren...

Weil nur der Tauschwert zählt und der Gebrauchswert daher für die Profitmaximierung zugerichtet wird, ist der Gebrauchswert einer Ware durch die Form der Produktionsweise vergiftet: sprich „formvergiftet“. Das zeigt sich besonders in der „geplanten Obsoleszenz“ von Waren, also der Produktion von Waren die planmäßig frühzeitig kaputt gehen. Das hat den Grund in der beabsichtigten Absatzerhöhung. Die Formvergiftung führt aber eben auch zu der zunehmenden Ungenießbarkeit der Nahrung. Der Unterscheid zwischen veganer Ernährung und fleischlicher ist letztendlich, dass die vegane Nahrung nur einfach verseucht ist.

Ein weiterer Grund für Hunger ist die Tatsache, dass pflanzliche Nahrung für „Biodiesel“ verwandt wird - weil das mehr Profit verspricht und das hat außerdem zur Folge, dass die Nahrungsmittelpreise ansteigen. Eine Reduktion von Fleischkonsum - ohne dass die Verwertungslogik berührt wird, führt womöglich nur dazu, dass der Anreiz aus Soja Sojadiesel zu machen ansteigt - und es eben nicht zu einer Linderung des Hungers verwendet wird- denn zur Bedürfnisbefriedigung findet Produktion im Kapitalismus grundsätzlich nicht statt. Am Ende vergammeln die Sojaberge, weil diese nicht mehr abgesetzt werden können. Den Fleischkonsum für den globalen Hunger verantwortlich zu machen ist daher fundamental falsch.

Steigt die Produktivität der Landwirtschaft, kommt es eben nicht zu einer schonenderen Landwirtschaft oder zu mehr Wohlstand wie z.B. die Produktion von Mais in den USA zeigt. Man plagt sich dann mit Maisbergen herum, deren Zucker deswegen zahlreichen Nahrungsmittel zugesetzt wird, was die massenhafte Verbreitung von Fettleibigkeit und Diabetes zur Folge hatte. Die „Formvergiftung“ der Nahrung durch die Verwertungslogik, führt eben dazu, dass Essen krank macht - und das betrifft nicht nur Fleischkonsum. VerganerInnen leben also nicht unbedingt gesünder. Individualverkehr, Schwermetalle und Radioaktivität, Arbeitsterror und Einsamkeit nehmen eben keine Rücksicht auf Essgewohnheiten. Was kritisiert werden muss ist die ökonomische Form als solche. Dazu müssen sich man und frau notwendigerweise mit der Wertabspaltungskritik beschäftigen....[10]

Wie Jutta Ditfurth[11] immer wieder in ihrer Kritik gegen Ökofaschisten und Ähnliches argumentiert, ist die Lösung der ökologischen Frage nicht ohne die Lösung der sozialen Frage zu haben. Prinzipiell ist es richtig, bestehende Konsumstrukturen und -inhalte zu hinterfragen und zu ändern. Ein reduzierter Fleischkonsum ist aus Umweltschutzgründen ganz sicher richtig, ebenso wie die Abschaffung des Individualverkehrs[12]. Auch wenn die Kultur des Fleischessens sexistische Vorstellungen und Praxen mittransportiert, wie Rifkin in seinem Buch „Imperium der Rinder“ zeigt, ist diese radikal zu kritisieren. Ausgangspunkt muss aber eine Kritik des Kapitalismus und seiner Katastrophen sein. Tatsache ist, dass der politische Veganismus an einem solchen Zugang im Wesentlichen vorbeigeht und daher an einer möglichen Kritik der „politischen Ökonomie der Nahrungsmittel“ scheitert. Man will eben das Fell waschen ohne es nass zu machen.

[10] Siehe dazu die Selbstdarstellung der Gruppe Exit: http://exit-online.org/text.php?tabelle=selbstdarstellung

[11] Z.B. in `Entspannt in die Barbarei: Esoterik, (Öko)faschismus und Biozentrismus`, Konkret Literatur-Verlag 1996

[12] Klaus Gietinger : Totalschaden, Westend 2010.

Anzeigen



2014-04 EU-Revision

Bio-Anbauverbände disqualifizieren sich

mbvn Schon vor einem Jahr zeigte sich der Dachverband BÖLW (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft) der Anbauverbände (wie Bioland, Demeter, Naturland, Biokreis ...) verschnupft bis beleidigt als bekannt wurde, dass die europäische Kommission für Landwirtschaft die nun über 20 Jahre alte Bio-Verordnung einer Revision unterziehen will - ohne die Verbände zunächst daran zu beteiligen. Heraus kam eine wie immer umständlich verfasste Verordnung der Bürokratie in Brüssel mit viel zu vielen Hintertüren für die Verwaltung - aber getragen von einer Online-Umfrage in 2012. Durch die vorgegebenen Fragen war das Ergebnis schon vorbestimmt. Aber für wen, wenn nicht für die/den (zahlende/n) Verbraucher*in werden biologische Lebensmittel hergestellt? Natürlich kommt es auch der Umwelt zu Gute, wenn weniger Pestizide und Dünger ausgebracht werden. Seien wir doch mal ehrlich: Sind wir immer noch so altruistisch wie zu Beginn der Bio-Zeit? Das wissen auch die Anbauverbände und fürchten ums Geschäft.

Die Kommission hat nun einen Revisionsentwurf vorgelegt, der einerseits auf die vielen Bio-Skandale der letzten Jahre eingeht und andererseits in der Befragung ein erhöhtes Verbraucher*innen-Bedürfnis nach 'sicheren' Lebensmitteln feststellt. Daraus resultieren u.a. folgende Veränderung zur bisherigen Verordnung:

- keine Teilbetriebsumstellung mehr (das war bisher der Plus punkt für die Anbauverbände),
- nur noch EINE Kontrollstelle pro Betrieb (war Ursache für den größten Geflügelfleisch-Skandal),
- kleine Betriebe mit Gemein schaftszertifizierung,
- keine Ausnahmen mehr (die in der Vergangenheit zeitlich wie restriktiv reichlich ausgedehnt wurden),
- verbesserte Tierschutzbedingungen entsprechend der Verhaltensbedürfnisse,
- keine flächenunabhängige Tierproduktion,
- Beschränkungen bei Pflanzen schutzmittel (gemeint ist hier vor allem wohl Kupfer),
- kein gentechnisch manipuliertes oder polyploi des Saatgut (CMS-Saatgut),
- Verarbeitungsmethoden sollen die Qualitätsmerkmale bewahren,
- keine Umstellungsware mehr (beispielsweise konventionelle Ferkel im ersten Mast-Durch gang),
- keine Hydrokulturen.

Prozess- vs. Produktkontrolle

Angeprangert wurde die Einführung der Produktkontrolle, d. h. künftig soll nicht mehr die bisherige Prozesskontrolle ausreichen, sondern auch im Reagenzglas analytisch (k)eine Belastung festgestellt werden. Die bisherige Kontrolle auf dem Papier (Warenstromführung) wird also durch eine "handfeste" Schadstoffanalyse ersetzt. Das verursacht Kosten, über deren Kompensation nichts gesagt wird. Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Die diversen Skandale haben in der bisherigen Kontrollpraxis allerdings auch gezeigt, wie geduldig Papier ist. Es wurde auch nicht diskutiert, wie sinnvoll 'Grenzwerte' sind und ob sie evtl. dazu verleiten, solange zu mischen, bis die Werte unterschritten werden. Nein, es wurde arrogant abgelehnt. Ganz so wie es der Bauernverband auch tut - und deshalb wohlwollend darüber berichtete. Denn - so die Befürchtung - wenn die 'Bios' diese prozessbegleitende Produktkontrolle bekommen, wird sie über kurz oder lang für sämtliche Nahrungsmittel eingeführt. Dies verkennt die Tatsache, dass bereits viele Firmen solche Analysen stichprobenartig durchführen.

Auf einem Symposium wurden die Gegenargumente zusammengetragen. Dabei sind die Argumente, ein Spritzmittelabdrift konventioneller Nachbarn wäre möglich und viele Bio-Betriebe würden unter den geplanten Produktkontrollen wieder rückumstellen, doch nur scheinbar zutreffend. Kann das Schweigen zu den anderen oben genannten Verbesserungen in dem vorliegenden Entwurf als Zustimmung gewertet werden? Nein, natürlich nicht! Der komplette Verordnungsentwurf wird ja abgelehnt und sich an der Frage der Produktkontrolle festgebissen. Wie auch sonst will man der/dem geneigten Verbraucher*in erklären, dass man überhaupt nicht damit einverstanden ist, dass viele Punkte der eigenen Richtlinien jetzt schon zu den Basics gehörten? Diese löblichen Richtlinien werden vielfach durch einzelbetriebliche Ausnahmegenehmigungen auf EU-Standards zurückgesetzt (darunter geht ja nicht, dann dann ist es nicht mehr 'bio'). Eine 'heilige Kuh' war bis heute die komplette Betriebsumstellung, die nun auch 'von Europa' festgeschrieben wird. Wo bleibt da der Unterschied zur Verbandsware?

Die bisherige EU-Verordnung hatte schon den Nachteil, dass sie durch die Limitierung zum Ausnutzen dieser Grenzen verführte. Der betriebliche Recyclinggedanke blieb längst auf der Strecke. Eine Spezialisierung zu viehlosem Ackerbetrieb - eigentlich ein Unding im ökologischen Landbau - wird längst auch nicht mehr auf allen Demeter-Höfen verfolgt.

Der Nährstoffhunger dieser Betriebe wird nicht mehr im klassischen Sinne durch Fruchtfolge, Gründüngung und Tierdung gedeckt. Einerseits haben wir Betriebe mit arrondierten Hühnerställen auf ca. 9 ha Fläche, die 21.000 Hühnern vorschriftsmäßige 4m² Auslauffläche bieten mit max. 150 m Tiefe (Die Herde zu je 3.000 Hühner durch Maschendraht getrennt). Andererseits sollen (kommunale) Komposte und Rückstände aus der konventionellen Tierhaltung (Haarmehlpellets u. a.) den Kreislauf schließen. Das Rückführen solcher Nährstoffe ist in der Tendenz mit Belastungen verbunden, die es eigentlich im biologischen Landbau nicht geben sollte. Daher macht eine anschließende Produktkontrolle Sinn und muss zusätzlich zur bestehenden Prozesskontrolle, die bisher im Kreislauf ausreichend erschien, eingeführt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die neuen, größeren Betriebseinheiten zur Verschärfung dieser Situation bei gleichzeitigem Preisverfall beigetragen haben - also mithin nicht befürchtet werden muss, dass Betriebe aufgeben. (Bei der Gelegenheit: wir müssen die Tierhaltung den Tieren anpassen nicht andersherum mit beispielsweise unbehornten Tieren auf kleine

rechtwinkelige Ställe reagieren!) Die Abdrift, ist ja nicht nur ein Problem der Spritzmittel, sondern auch für gentechnisch veränderte Organismen zu klären. Sie darf allerdings nicht dazu dienen, wegen Nicht-Klärung der Produkthaftung die Herstellung soweit zu ‚liberalsieren', dass es egal wird, ob nun biologisch oder gentechnikfrei angebaut wurde/wird. Dann gibt es nämlich doch den ‚Mondscheinbauer'. Wenn diese Kampagne der Anbauverbände also kein Eigentor ist (wovor haben die Erzeuger eigentlich Angst, wenn sie doch schon so vorbildlich erzeugen?), dann war es eine Machtdemonstration der Bio-Lobby für Erzeugung, Verarbeitung und Handel, der auch einige andere NGOs zum Teil mit obskuren Argumenten auf den Leim gingen.

Verbraucherschutz?
Verwundert hat die Haltung der Verbraucherschützer*innen, die sich jahrelang im Windschatten der Anbauverbände bewegten. Transparenz und Kontrolle sind die wesentlichen Kriterien der Verbraucherzentralen, die in diesem Fall aber offensichtlich übersehen werden. Die EU-Kommission argumentierte mit der Onlinebefragung, an der vorzugsweise französische Verbraucher*innen teil- nahmen, und dem im Fragebogen suggerierten Verbraucherverlangen nach `sicheren' Lebensmitteln. Fragen wir uns doch mal selber: Wer will schon `dreckige' Nahrung? Der Bundesverband der Verbraucherzentralen sah hingegen keinen Grund, auf bessere Kontrollen zu bestehen und wollte den Entwurf "nur schreddern" statt nachzuverhandeln.
So zeigt doch die ganze Diskussion um die Revision deutlich, dass das reflexhafte Zurückweisen europäischer Verordnungen (die Bio-Verordnung ist trotz aller Schwächen ein mutiger Eingriff in bestehende Rechtsverhältnisse gewesen und hat Möglichkeiten zum Schutz bestimmter Produktionszweige aufgezeigt, die von privaten Siegeln, von `Neuland' bis `fair', nicht erreicht werden können) gepaart mit Interessen von großen Betriebsstrukturen und nicht wahrgenommenem Verbraucherschutz nicht besser sind, als was TTIP im Großen versucht.
In [Biohandel 10/14] wird auf die angeblich gängige Praxis hingewiesen, nach der bereits vielfach analysiert wird, um einen Rückstandsgehalt von 0,01 mg/kg auszuschließen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass dieser Wert in den meisten Fällen nicht durch Abdrift entstehen kann. Interessant ist in dem Zusammenhang der Kommentar von Leo Frühschütz unter seinem Artikel. Mit beleidigtem Unterton ("Es waren Bio-Bäuer*innen und -Verarbeiter*innen, die die ersten Bio-Standards festlegten. Erst viel später kam die EU und verabschiedete Mindeststandards...") wird beschrieben, dass tatsächlich eine langjährige Bewegung dazu führte, was dann europaweit in ein einzigartiges Gesetz gegossen wurde - übrigens auch damals schon zum Leidwesen der Anbauverbände. Hätte man damals ein besseres 'Bio' haben wollen, hätte man schon damals anders gestritten! Heute ist es eine Wiederholung! Statt dass die Anbauverbände eine starke Bio-Gesetzgebung verlangen (wie sie ja immer vorgeben) tun sie alles, um sie zu schwächen, bzw. sogar zu verhindern! Damit lässt es sich dann den eigenen Mitgliedern leicht zeigen, wir haben Euch vor 'Schlimmerem' bewahrt und der Öffentlichkeit wird Sand in die Augen gestreut mit den - ach so - besseren Verbandsrichtlinien. Wir haben es durchschaut! Die jetztige Kampagne, verbunden mit der Verhinderung einer Produktkontrolle, also der Möglichkeit, dass Verbraucher*in erfährt, was er/sie eigentlich wissen möchte - immer wieder von vielen NGOs in diesem Bereich gefordert - diese Kampagne sollte die Verbraucher*innen hellhörig werden lassen! Und Bio-Konsument*innen erst recht! Es ist ein denkbar schlechter Stil, der Kundschaft diese Informationen vorzuenthalten und sie für dumm zu verkaufen! Statt zu fordern "Wir führen die Produktkontrolle ein, wenn die konventionelle Landwirtschaft bald nachzieht" - das wäre nämlich politisch der Weg zu einer ökologischeren Landwirtschaft und zu geringer belasteter Nahrung - traut man offenbar den eigenen Produkten nicht und will sie gar nicht überprüfen. Ein fatales politisches Zeichen und DIE vertane Chance zur 'Qualitätssicherung' der Biokennzeichnung. Aber wahrscheinlich soll es genau so sein, denn schon früher hatten die Anbauverbände die Bestrebung, möglichst eine schwache EU-Verordnung zu haben, über die dann die Verbandsrichtlinien erhoben wurden!
Am 16. Oktober hat der Bundestag einstimmig den Entschluss angenommen, nach dem der Bundeslandwirtschaftsminister sich in Europa dafür einsetzen soll, dass dieser Kommissionsvorschlag nicht durchkommen soll. Eigentlich waren alle Fraktionen der Bio-Lobby mit dem Argument gefolgt, dass man den Bio-Boom doch nicht abwürgen dürfe und weiter ausbauen müsse. Am Rande gab es noch Geplänkel, das den weitreicherenden Antrag der Opposition zu Fall brachte, weil nun mal CDU/CSU nicht für einen Antrag der LINKEN stimmen können. Die politische Bewertung ist ohnehin moderater als die Betrachtung der Interessensvertretung. Man sieht wenigstens ein, dass es eine Verbesserung geben muss - nur eben nicht diese. Mitarbeit an einer neuen Bio-Verordnung sieht in den übrigen europäischen Ländern allerdings anders aus.
So kann sich die Bio-Lobby in Deutschland freuen, sich zunächst mal für ihre Belange durchgesetzt zu haben. Im Parlament wurden bereits Stimmen laut, die annehmen, dass in Europa für die deutschen Argumente wenig Gehör zu finden sein wird.
Wir werden sehen, ob sich der Bio-Markt auch in diesem Jahr weiter positiv entwickelt hat; der Jahreswechsel verbunden mit statistischen Erhebungen und die BioFach im Februar sind ja bald. Noch kann die Revision nicht für schwächelnde Zahlen verantwortlich gemacht werden.

Verbraucher*innen wehrt euch u. a. anläßlich der nächsten "Wir haben es satt"-Demo im Januar in Berlin. Wir wollen ein besseres "Bio"!

Amiet, Felix und Krebs, Albert :

Bienen Mitteleuropas: Gattungen, Lebensweise, Beobachtung

di Ein kompaktes Buch liegt mir mit dem Buch von Felix Amiet und Albert Krebs in den Händen. Ich durchblättere es; faszinierende, ausdrucksstarke Bilder warten auf vielen Seiten darauf, angesehen zu werden. Verglichen zu werden mit dem, was sich im realen Leben denn so wildbienenmäßig in der Natur zeigt. Das Buch ist sehr gut gegliedert, gut verständlich und handhabbar aufgebaut. Praxistauglich. Zumindest eine Einteilung auf Gattungsebene sollte damit in einigen bis vielen Fällen möglich sein. Am Anfang findet sich eine umfassende Einführung zu Wildbienen im Allgemeinen und ein kurzer Bestimmungsschlüssel, doch der größere Teil des Buches beinhaltet detaillierte Beschreibungen von Gattungs- und Artenportraits. 40 in Deutschland, Österreich und der Schweiz vertretenden Gattungen werden in Wort und Bild vorgestellt, darunter 170 Arten (von ca. 740 vorkommenden). Ein wenig irritierend finde ich allerdings, dass die Autoren oft von "Mitteleuropa" reden, dessen Bienenfauna sie vorstellen. Gegebene Informationen beziehen sich aber durchweg nur auf die oben genannten drei Länder. Warum wird nicht genauer darauf verwiesen? Zwar gibt es für Mitteleuropa mehrere Definitionen, aber bei keiner mir Geläufigen fällt es so klein aus.
Abgesehen von der letztgenannten (kleinen?) Irritation lautet mein Fazit: Die Autoren gaben sich große Mühe, viele interessante Details auf ansprechende Weise zu Vermitteln, um ein durchaus brauchbares Feldbuch zu erstellen.

2014, 2. Auflage.
Haupt Verlag, Bern.
423 Seiten.
ISBN: 978-3-258-07903-5

Wildbienen- die anderen Bienen

di Paul Westrich geht es mit seinem Buch darum, Menschen in die Lebensweise von Wildbienen einzuführen, um somit ihren Schutz anzuregen. Und das erreicht er auch. Beim Lesen des Buches werden Faszination und Neugier angeregt, es lädt zum „Machen" ein. Ich war in ständiger Versuchung rauszugehen um nach Bienen zu schauen. Aber dann hätte ich ja nicht weiterlesen und diese neue Welt vor meinem inneren Auge nähren können. Zu dieser Welt tragen die vielen eindrücklichen, gut beschrifteten Fotos bei, welche größtenteils von Westrich selber geschossen wurden. Die Kapitel und Absätze sind kurz gehalten, bringen die Vielfalt innerhalb der Wildbienen aber trotzdem gut herüber.
Das Buch beginnt mit einer Übersicht über Verwandtschaftsverhältnisse und Ökologie der Wildbienen; Westrich betont dabei die Bandbreite an Lebensweisen und wechselt das mit anschaulichen, detailreiche Einblicke zu einzelnen Arten ab. Es folgen einige praxisbezogene Überlegungen zum Wildbienenschutz. Von herausragender Wichtigkeit für die Praxis sind sicherlich die sich mit dem (An)Bau von Nahrungsquellen und Nisthilfen beschäftigenden Kapitel. Dort beschreibt Westrich recht genau welche Maßnahmen für viele, oder einige besondere Bienen bedeutend sind. Auch kritisiert er gängige Fehler. Bei den 7 „Nisthilfen", die ich zwischen dem Lesen des Buches und dem Schreiben dieser Rezension zu Gesicht bekam sah ich bei !Allen! Mängel. Auch die meisten Saatgutmischungen, die mir später als "Bienenweide" in die Hände vielen enthielten eher Pflanzen für unspezialisierte Bienen. Das führt dazu, dass die Hilfen von den Bienen nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden können. In meinen Augen hätte Westrich noch ausführlicher auf die Beobachtung von Wildbienen in der Natur eingehen können. Das würde auch seinen mehrmals wiederholten Appell erfahrbarer machen, dass es unabdingbar ist gesamtlandschaftliche Schutzmaßnahmen zu erhalten oder auszubauen. Auch könnten die Bienen besser „direkt vor Ort" von Menschen ohne Nisthilfen und /oder bei Spaziergängen beobachtet werden. Bewusst vom Menschen geschaffene Nist- und Nahrungsplätze sind neben dem „pädagogischen" Wert sicher eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie verbrauchen vielleicht sogar neu herzustellende Ressourcen und beruhigen im schlimmsten Fall nur das Gewissen, weil sie vorgaukeln die allgemeine Lebensraumzerstörung wett zu machen.
Ich kann das Buch wärmstens allen Menschen empfehlen, die sich aufmachen wollen die Faszination der Wildbienen zu erfahren. Es in seiner Nähe zu haben garantiert dem Fernseher oder Computer sicherlich Nutzungspausen.

2013, 3. Auflage.
Verlag Dr. Friedrich Pfeil, München, Deutschland. 168 Seiten.
ISBN 978-3-89937-136-9

Keine Anzeige

Eine Frage...

dr/cat Warum eigentlich wirbt die graswurzelrevolution mit nebenstehendem Foto? Und würde sie das auch tun, wenn die Leute nicht friedlich lächelnd im Gleisbett lägen, sondern anstatt dessen - sagen wir mal schwarz vermummt - eben jenes Gleis mit einer Flex zerlegten? Währenddessen vielleicht andere eventuell störungswillige Polizist_innen mittels Schottersteinen auf Distanz hielten?
Es darf angenommen werden, dass nicht. Weil es nicht der gängigen Definition von Gewaltfreiheit entspricht, wie sie auch in der GWR vertreten wird. In dieser Militanz-vs-Gewaltfrei-Frage wird leider regelmäßig, und durchaus auch nicht ausschließlich nur von der gewaltfreien Fraktion, der Gärtner zum Bock gemacht. Es wird keine Debatte mehr über die angestrebte Utopie und die Möglichkeiten ihres Erreichens geführt, sondern sich darum gestritten welche Aktionsform der zum Dogma erhobenen Strategie angemessen ist, und welche nicht. Es wird nicht vorrangig gefragt, was macht Sinn, um dieses oder jenes Ziel zu erreichen sondern vielmehr „was ist gewaltfrei?". Oder auch „ist das noch gewaltfrei?".
Die Fixierung auf eine bestimmte Strategie, ganz gleich welcher Art, ist dabei prädestiniert für staatliche Versuche die Bewegung anhand der bestehenden (dogmatischen) Grenzen weiter zu spalten und gezielt die Entsolidarisierung voranzutreiben. Dem gilt es entgegen zu wirken. Als die in dieser Anzeige abgebildeten Personen, ist es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass wir hier - rein theoretisch versteht sich - auch schwarz vermummt, mit einem Stein in der Hand hätten fotografiert werden können. Wenn wir mit unserer Aktionsgruppe das im Vorhinein als die sinnvollste und effizienteste aller Varianten erachtet hätten, nicht nur um diesen konkreten Atom-Zug eine Weile lang aufzuhalten, sondern im Hinblick auf das letztliche Ziel emanzipatorischer Kämpfe, einer von Herrschaftsverhältnissen befreiten Welt. Das Foto von friedlichen Menschen im Gleis ist also in dieser Hinsicht das Ergebnis einer taktischen Überlegung. Mehr nicht.
Es freut uns natürlich, dass die GWR über die Aktion berichtet hat. Auch die Verwendung für Werbezwecke wäre bei einer Zeitung mit ja nicht abzustreitendem emanzipatorischem Anspruch, wie es die GWR ja ist, kein grundsätzliches Problem. Aber wir würden uns wünschen, davon ausgehen zu können, dass sie dann auch mit uns werben würde, wenn die taktische Überlegung zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Solange dies aber so nicht ist, bleibt leider der bittere Beigeschmack des Vereinnahmt-Worden-Seins für eine kritikwürdige Sub-Strömung.
Wären wir gefragt worden, ob wir mit der Verwendung dieses Fotos einverstanden sind - unter den gegebenen Umständen hätten wir Nein gesagt. Denn wir sind nicht gewaltfrei. Auch nicht mit Lock-On am Arm.



Blockade eines Urantransports bei Hamburg, August 2014. Foto: Pay Numrich
GWR Nr. 391, Sept.: Anti-Atomkraft in F & D: Für einen gerechten Frieden!

Bitte lächeln!

dr Am 28. Oktober wurde in Stuttgart ein Antifaschist verurteilt. Kommt (leider) vor. Aber in diesem Fall hatte sich die Justiz was ganz Besonderes ausgedacht. Er soll gegen das Kunsturheberrecht verstoßen haben. Der Antifaschist habe nebenstehendes Foto von Herrn Kriminalhauptkommisar Peter Sitzler aufgenommen und veröffentlicht, als dieser vergangenen Juni anlässlich einer Demo gegen protofaschistische Proteste gegen den Baden-Württembergischen Bildungsplan als Zivilpolizist im Einsatz war. Schlimme Sache sowas.



Foto: https://linksunten.indymedia.org/de/node/126039

Medium zum Mitmachen!

grünes blatt Fahrplan 2015

Frühjahr 2015

Redaktionsschluss: 6. Februar
Layout: 9.–15. Februar
Versand: ab 9. März

Sommer 2015

Redaktionsschluss: 15. Mai
Layout: 18.–24. Mai
Versand: ab 15. Juni

Winter 2015/2016

Redaktionsschluss: 23. Oktober
Layout: 26. Oktober – 1. November
Versand: ab 23. November

ISSN 1612-2186

